

Veronika Diem

## **Fremdarbeit in Oberbayern**

Studien zur Geschichte der Zwangsarbeit am  
Beispiel Rosenheim und Kolbermoor

1939 bis 1945



Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors  
Beiheft 1



Veronika Diem

## Fremdarbeit in Oberbayern

Studien zur Geschichte der Zwangsarbeit am  
Beispiel Rosenheim und Kolbermoor

1939 bis 1945

**Veronika Diem: Fremdarbeit in Oberbayern. Studien zur Geschichte der Zwangsarbeit am Beispiel Rosenheim und Kolbermoor 1939 bis 1945. Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors Beiheft 1. Kolbermoor 2005  
14,90 €**

Druck: Druckwerk GmbH München

Gestaltung: Veronika Diem, München

Titelbild: Ausschnitt aus einer Ansicht des Gebäudes der Firma Anton Kathrein (1937/38) aus der Bewerbung der Firma Anton Kathrein im Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim 1937/1938 (StAM, NSDAP 914).

Der Druck wurde durch das DGB-Bildungswerk Bayern e.V., den Kurt-Eisner-Verein e.V. und die Hans Böckler Stiftung finanziell unterstützt.

Zu beziehen über:

Buchhandlung Levin  
Rosenheimer Straße 28  
83059 Kolbermoor  
Fax 08031/299282

Prof. Dr. Klaus Weber  
Ludwig-Wörl-Weg 38  
81375 München

Fax 089/54404165

Zur Autorin:

Veronika Diem M.A., geboren 1975 in Tegernsee, schloß im Sommersemester 2004 das Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München ab.

Copyright © 2005 by Geschichtswerkstatt Kolbermoor e.V. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Autorin. Jede weitere Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung der Geschichtswerkstatt e.V. unzulässig.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort und Dank</b>	S. 4
<b>1 Einleitung</b>	S. 5
1.1 Stand der Forschung	S. 5
1.2 Fragestellung und Eingrenzung	S. 8
1.3 Quellenlage	S. 12
<b>2 Ausländereinsatz im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1945</b>	S. 15
2.1 Die Jahre 1933-1939: Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemangel und Ausländereinsatz	S. 15
2.2 September 1939: Der Kriegsbeginn mit dem Überfall auf Polen	S. 19
2.3 Ende 1941: Das Scheitern des Blitzkrieges gegen Russland	S. 20
2.4 Anfang 1943: Die Niederlage von Stalingrad	S. 22
2.5 Jahreswechsel 1943/44: Der Vormarsch der Alliierten	S. 23
2.6 Mai 1945: Kriegsende	S. 25
<b>3 Strukturen in Kolbermoor und Rosenheim bis 1939</b>	S. 26
3.1 Kolbermoor und Umgebung	S. 26
3.1.1 Entstehung und wirtschaftliche Entwicklung	S. 27
3.1.2 Bevölkerung und politische Entwicklung	S. 29
3.2 Rosenheim und Umgebung	S. 32
3.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung	S. 32
3.2.2 Bevölkerung und politische Entwicklung	S. 35
3.3 Der Arbeitsamtsbezirk Rosenheim	S. 39
<b>4 Organisation und Verwaltung des Ausländereinsatzes auf lokaler Ebene</b>	S. 42
4.1 Der Weg zum Arbeitseinsatz	S. 42
4.1.1 Anwerbung und Rekrutierung	S. 42
4.1.2 Transport und Verteilung auf die Arbeitsamtsbezirke	S. 44
4.1.3 Bahnhof und „Sanierung“ Rosenheim	S. 47
4.2 Verwaltung des Arbeitseinsatzes auf lokaler Ebene	S. 51
4.2.1 Arbeitsamt Rosenheim	S. 52
4.2.2 NSDAP und DAF	S. 54
4.2.3 Wirtschaftsamt Rosenheim und Bad Aibling	S. 58
4.2.4 Lagerwirtschaftsamt für den Wehrwirtschaftsbezirk VII	S. 59

<b>5 Menschen im Ausländereinsatz</b>	S. 63
5.1 Gruppen im Arbeitseinsatz	S. 63
5.2 Menschen im Arbeitseinsatz in Rosenheim und Kolbermoor	S. 65
5.2.1 Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau	S. 65
5.2.2 Strafgefangene aus Bernau am Chiemsee, Lebenau und Aichach	S. 68
5.2.3 Kriegsgefangene	S. 78
5.2.4 ZivilarbeiterInnen	S. 83
5.3 Zahlen zum Ausländereinsatz im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim	S. 87
<b>6 Orte des Ausländereinsatzes: Lebens- und Arbeitsbedingungen</b>	S. 96
6.1 Allgemeine arbeitsrechtliche Bestimmungen und die Rolle der Einsatzträger	S. 96
6.2 Ausländereinsatz in Rosenheim und Kolbermoor	S. 98
6.2.1 Einsatz in Haus- und Landwirtschaft	S. 99
6.2.1.1 Arten der Arbeit	S. 100
6.2.1.2 Unterbringung und Bewachung	S. 101
6.2.1.3 Versorgung	S. 102
6.2.1.4 Konflikte und Bestrafung	S. 105
6.2.2 Fallbeispiele bei öffentlichen Einsatzträgern	S. 110
6.2.2.1 Unterbringung und Bewachung der Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen bei der Beseitigung von Hochwasserschäden in Rosenheim und Umgebung im Sommer 1940	S. 110
6.2.2.2 Versorgung von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern bei den Schuhmachergemeinschaftswerkstätten in Rosenheim im Herbst 1942	S. 112
6.2.2.3 Umgang mit kranken ZivilarbeiterInnen bei der Saline Rosenheim im Sommer 1944	S. 115
6.2.3 Fallbeispiele bei industriellen Einsatzträgern	S. 117
6.2.3.1 Barackenbau für Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter beim Graphitelektrodenwerk C. Conradt Werk Kolbermoor im Sommer 1941	S. 117
6.2.3.2 Unterbringung und Situation der Ostarbeiterinnen bei der Fabrik für elektrotechnische Apparate Anton Kathrein in Rosenheim ab Frühjahr 1942	S. 122
6.2.3.3 Arten der Arbeit beim Bauunternehmen Hans Holzner im Auftrag der Deutschen Reichsbahn ab Sommer 1943	S. 127
6.2.3.4 Ostarbeiterinnen und ihre Kinder bei der Gasmaskenfabrik Roeckl in Kolbermoor ab Jahresbeginn 1944	S. 131
6.3 Lager	S. 137

<b>7 Chronologie des Ausländereinsatzes in Kolbermoor</b>	S. 139
7.1 Die Jahre 1935 bis 1939: Nur wenige Ausländer in Kolbermoor	S. 142
7.2 Das Jahr 1940: Kriegsgefangene zur Räumung von Hochwasserschäden	S. 145
7.3 Das Jahr 1941: Erster Fall von „verbotenem Umgang“	S. 146
7.4 Das Jahr 1942: Auslagerungsbetrieb Roeckl kommt nach Kolbermoor	S. 147
7.5 Das Jahr 1943: Rund 250 ausländische Arbeitskräfte in Kolbermoor	S. 148
7.6 Das Jahr 1944: BMW lagert Teilproduktion nach Kolbermoor aus	S. 151
7.7 Januar bis Juni 1945: Die Bedingungen werden immer schlechter	S. 160
<b>8 Ausländische ArbeiterInnen: Vom „Risiko für die öffentliche Ordnung“ zu Displaced Persons</b>	S. 166
8.1 Exkurs: Volksdeutsche Umsiedler, Evakuierte und Flüchtlinge in Rosenheim und Kolbermoor	S. 172
<b>9 Gesellschaftsgeschichtliche Aspekte: Die „Fremden“ in der oberbayerischen Heimat</b>	S. 177
9.1 Das Sonderrecht für die Fremdvölkischen: Verordnungstheorie und lokale Wirklichkeit	S. 177
9.1.1 Raum und Kontakt	S. 182
9.1.2 Einige emotionale Spannungsfelder	S. 186
<b>10 Resümee: Zwangsarbeit in der oberbayerischen Kriegsgesellschaft</b>	S. 194
<b>11 Anhang</b>	S. 198
11.1 Verzeichnis Firmen und Einsatzträger	S. 199
11.2 Abkürzungsverzeichnis	S. 207
11.3 Abbildungsverzeichnis	S. 208
11.4 Quellenverzeichnis	S. 210
11.4.1 Ungedruckte Quellen	S. 210
11.4.2 Gedruckte Quellen	S. 216
11.4.3 Zeitungen	S. 217
11.5 Literaturverzeichnis	S. 218

## Vorwort und Dank

Die vorliegende Darstellung entstand im Frühjahr 2004 als Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Es wurden zwar einige Veränderungen vorgenommen, jedoch konnten nach April 2004 erschienene Publikationen zum Thema nicht mehr gesondert ausgewertet werden. Der erste Teil des Kapitels zur Chronologie des Ausländereinsatzes in Kolbermoor war bereits 2004 im 2. Band des Jahrbuches zur Geschichte Kolbermoors abgedruckt.

Das erste Verfassen einer Danksagung ist nicht einfach; man weiß nicht wo anfangen und wo enden: Eigentlich hätte ich das Bedürfnis, eine lange Liste mit Namen niederzuschreiben, auf der all die Menschen stehen, die mir geholfen haben, das Studium aufzunehmen, es wohlwollend und beratend begleiteten und mich nicht nur bei meiner Magisterarbeit unterstützten. Deshalb nun vorab all diesen Menschen: Herzlichen Dank!

Mein ganz besonderer Dank für Begleitung und anregende Gespräche in allen Magisterlebenslagen gilt Robert Bierschneider, Christine Graf, Irene Limmer, Thomas Rudner, Günther Gerstenberg und David Hilliger.

Hervorheben möchte ich darüber hinaus alle MitarbeiterInnen der im Anhang aufgeführten Archive, ohne deren - oft auch unbürokratische - Hilfe die Arbeit so nicht hätte entstehen können.

Die Aussagen von ZeitzeugInnen, vor allem aber die Briefe der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, eröffneten mir einen durch das Aktenstudium nur schwer zu erlangenden Zugang, für das geschenkte Vertrauen bin ich sehr dankbar. Hier auch vielen Dank für die Übersetzungen an Sabine Frauenreuther und Pavel Kopal.

Abschließend möchte ich mich für die Anregung des Themas und die Vor-Ort-Unterstützung bei den Mitgliedern der Geschichtswerkstatt Kolbermoor e. V. und für die finanzielle Unterstützung beim Kurt Eisner Verein e.V., beim DGB-Bildungswerk Bayern e.V. und vor allem bei der Hans Böckler Stiftung ausdrücklich bedanken.

München im Mai 2005

## 1 Einleitung

Die bundesdeutsche Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, die von den Nationalsozialisten nach Deutschland gebracht wurden, um hier in allen Bereichen der Wirtschaft zumeist unter widrigen Bedingungen Arbeit zu leisten, fand durch das Ende des Projekts „*Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter*“<sup>1</sup> im Sommer 2004 einen vorläufigen Abschluß. Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft wurde durch die 1999 angestoßene Entschädigungsdebatte zum Politikum: Sowohl die deutschsprachigen Medien als auch die zeitgeschichtliche Forschung widmeten dem Thema wachsende Aufmerksamkeit. In der Folge entstand eine Vielzahl von unternehmensbezogenen, regionalen und lokalen Studien.

### 1.1 Stand der Forschung

Nachdem die DDR-Historiographie bereits in den 50er Jahren vor allem unter marxistisch-leninistischem Blickwinkel mehrere Beiträge vorgelegt hatte, begann man sich in Westdeutschland, trotz der Arbeit von Pfahmann<sup>2</sup> aus dem Jahre 1968, erst seit Anfang der 80er Jahre intensiver mit der Geschichte der ausländischen Arbeitskräfte im nationalsozialistischen Deutschland zu beschäftigen. Herbert legte mit seiner Dissertation 1985 eine wesentliche Darstellung über die politischen Voraussetzungen und den chronologischen Verlauf des Ausländereinsatzes auf dem Gebiet des Deutschen Reiches vor<sup>3</sup>, womit der Anstoß für eine in der Zwischenzeit nahezu unüberschaubar gewordene Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen mit verschiedenen Schwerpunktsetzun-

---

<sup>1</sup> Hier arbeiten das Bundesarchiv, Koblenz, der Internationale Suchdienst (ITS), Bad Arolsen, und der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V., Köln, zusammen.

<sup>2</sup> Pfahmann, Hans: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt 1968.

<sup>3</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985).

gen gegeben war. Darunter finden sich gerade in neuerer Zeit auch größere wissenschaftliche Studien zur Zwangsarbeit in einzelnen Kommunen und Regionen, wie zum Beispiel die Arbeiten zu Düsseldorf<sup>4</sup>, Wuppertal<sup>5</sup>, Berlin und Brandenburg<sup>6</sup> sowie Mecklenburg-Vorpommern<sup>7</sup>.

Der lokale und regionale Zuschnitt überwiegt auch in der aktuelleren Forschung zur Geschichte der Zwangsarbeit in Südbayern. Diese Schwerpunktsetzung erscheint vor dem Hintergrund der ortsspezifischen Verhältnisse und Gegebenheiten sinnvoll und notwendig, da auf der Ebene der durch Verordnungen der NS-Machthaber geschaffenen Rahmenbedingungen eine verzerrte Realität vorgespiegelt wird.

Grossmann<sup>8</sup> setzte sich Mitte der 80er Jahre als einer der ersten mit der Thematik Zwangsarbeit in Bayern auseinander, Bauer<sup>9</sup> arbeitete in einem größeren Teil ihrer Veröffentlichung 1995 den Aspekt der ausländischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft heraus.

An die komplexe Situation der ZwangsarbeiterInnen in der Münch-

---

<sup>4</sup> Looz-Corswarem, Clemens von (Hrsg.): Zwangsarbeit in Düsseldorf. „Ausländer-einsatz“ während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt (= Düsseldorf-Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 62). Düsseldorf 2002.

<sup>5</sup> Speer, Florian: Ausländer im „Arbeitseinsatz“ in Wuppertal. Zivile Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg. Wuppertal 2003.

<sup>6</sup> Meyer, Wienfried und Neitmann, Klaus (Hrsg.): Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption. Potsdam 2001.

<sup>7</sup> Stamp, Friedrich: Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Arbeitsheft Nr. 24 der Otto Brenner Stiftung. Berlin 2001.

<sup>8</sup> Grossmann, Anton: Polen und Sowjetrussen als Arbeiter in Bayern 1939-1945. In: Archiv für Sozialgeschichte XXIV. Bd. (1984). S. 355-398.

Grossmann, Anton: Fremd- und Zwangsarbeit in Bayern 1939-1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986). S. 481-521.

<sup>9</sup> Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996. Mit einem weiteren wirtschaftlichen Teilbereich, dem Bergbau in Oberbayern, setzte sich Andrea Pancur in ihrer unveröffentlichten Zulassungsarbeit auseinander: Pancur, Andrea: Bergbau unterm Hakenkreuz: Zwangsarbeit im Bergwerk am Fallbeispiel Penzberg 1939 bis 1945. München 1994.

ner Kriegswirtschaft wagte sich 1996 Heusler<sup>10</sup>. In der Folge setzte sich Weger<sup>11</sup> am Beispiel der Stadtrandgemeinde Olching mit dem Thema auseinander. Der Landkreis Neu-Ulm ist Gegenstand der Arbeit von Stöferle<sup>12</sup>, während Smolorz<sup>13</sup> den Ausländereinsatz in Regensburg aufgearbeitet hat. Neben diesen Arbeiten sollen exemplarisch für die vielen anderen kleineren Studien die Beiträge von Raim<sup>14</sup>, Jung<sup>15</sup> und Laube<sup>16</sup>, für die große Menge an Erinnerungsliteratur ehemaliger ZwangsarbeiterInnen die beiden Sammelbände von Werner<sup>17</sup> und Muggenthaler<sup>18</sup> erwähnt werden.

Die aktuellste Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit in Bayern erschien im Frühjahr 2005 mit einer Arbeit von Bösl, Kramer und Linsinger<sup>19</sup> zum Landkreis München.

Mit der letztgenannten Studie, den Beiträgen von Heusler und Weger ist der Großraum München weitgehend behandelt. Ziel der vorlie-

---

<sup>10</sup> Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996.

<sup>11</sup> Weger, Tobias: Nationalsozialistischer „Fremdarbeitereinsatz“ in einer bayerischen Gemeinde 1939-1945. Das Beispiel Olching (Landkreis Fürstentfeldbruck) (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 20). Frankfurt am Main 1998.

<sup>12</sup> Stöferle, Peter: Zwangsarbeit hatte eine Adresse. Ausländer in Stadt und Kreis Neu-Ulm im „Dritten Reich“. Neu-Ulm 2002.

<sup>13</sup> Smolorz, Roman P.: Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ am Beispiel Regensburgs (= Regensburger Studien Bd. 8). Regensburg 2003.

<sup>14</sup> Raim, Ernst: Zwangsarbeit in Landsberg. In: Landsberger Geschichtsblätter 99/100 (2000/2001). S. 120-124.

<sup>15</sup> Jung, Helmut: „Da is m'r koi Mensch mehr...“. Zwangsarbeit in Oettingen während des Zweiten Weltkrieges (= Schriftenreihe des Heimatverbandes Oettingen Bd. 8). Oettingen 1999.

<sup>16</sup> Laube, Volker: Fremdarbeit in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese München und Freising: Stand 14.02.2001. In: Pfister, Peter (Hrsg.): Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising Bd. 1). München 2001. S. 40-46.

<sup>17</sup> Werner, Constanze: Kiew – München – Kiew. Schicksale ukrainischer Zwangsarbeiter. München 2000.

<sup>18</sup> Muggenthaler, Thomas: „Wir hatten keine Jugend“. Zwangsarbeiter erinnern sich an ihre Zeit in Bayern. Viechtach 2003.

<sup>19</sup> Bösl, Elsbeth u. a.: Die vielen Gesichter der Zwangsarbeit. Ausländereinsatz im Landkreis München 1939-1945. München 2004.

genden Arbeit soll es nun sein, die Situation der ZwangsarbeiterInnen in einer ländlichen Region fernab der Großstadt München zu beleuchten.

Die bisher erschienenen Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus in Rosenheim und Kolbermoor beschränken sich vor allem auf die Zeit bis zur Machtergreifung und die unmittelbare Nachkriegszeit: So zeichnen Miesbeck<sup>20</sup> und Stäbler<sup>21</sup> das Emporkommen des Nationalsozialismus in der Stadt Rosenheim und in den Bezirksämtern Rosenheim, Aibling und Wasserburg am Inn nach. Lediglich in dem Katalog zur Ausstellung ‚Rosenheim im Dritten Reich‘<sup>22</sup> wird in einzelnen Artikeln die Kriegszeit gestreift und in der Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim<sup>23</sup> sind drei Beiträge zur Nachkriegszeit in Rosenheim erschienen. Für die Stadt Kolbermoor liegt seit 2002 das von der Geschichtswerkstatt Kolbermoor herausgegebene Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors<sup>24</sup> vor, in dem Beiträge über die Zeit des Nationalsozialismus überwiegen. Aber außer einer von mehreren Firmen im Landkreis Rosenheim in Auftrag gegebenen Studie zum Einsatz von Zwangsarbeitern, die jedoch nicht eingesehen werden konnte, existiert bisher keine Arbeit zur Zwangsarbeiterthematik.

## 1.2 Fragestellung und Eingrenzung

Das grundlegende Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, im Anschluß an einen kurzen einführenden Teil zum allgemeinen Verlauf die Mecha-

---

<sup>20</sup> Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994.

<sup>21</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989).

<sup>22</sup> Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 1989.

<sup>23</sup> Das bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim 53 (1996).

<sup>24</sup> Geschichtswerkstatt Kolbermoor (Hrsg.): Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors Bd. 1. Kolbermoor 2002.

nismen des Ausländereinsatzes auf lokaler Ebene darzustellen.

Nach einem Überblick über die ökonomische, soziale und politische Ausgangssituation in Kolbermoor und Rosenheim vor dem Beginn des Krieges orientiert sich die Arbeit an folgenden Leitfragen:

Wie kamen die ausländischen Arbeitskräfte nach Rosenheim und Kolbermoor, wer war an der Organisation des Arbeitseinsatzes vor Ort beteiligt und wie waren die Kompetenzen verteilt?

Zunächst wird unter Einbeziehung der Aktenbestände des Arbeitsamtes Rosenheim und der örtlichen Gliederungen der NSDAP, ergänzt durch Angaben von Zeitzeugen, versucht, den Weg der Menschen aus ihrer Heimat zum einzelnen Einsatzträger nachzuzeichnen. Hier gilt dem Bahnhof und der Sanierung<sup>25</sup> Rosenheim als zentrale Durchgangsstationen sowohl für ausländische Arbeitskräfte als auch für militärische Einheiten ein besonderes Augenmerk. Auch konnte im Zuge der Recherchen die Bedeutung eines vermutlich nur in München existierenden Lagerwirtschaftsamtes herausgearbeitet werden, das als übergeordnete Verwaltungsbehörde kurz charakterisiert werden soll.

Ein weiteres Kapitel widmet sich der Frage, wer überhaupt zum Arbeitseinsatz nach Kolbermoor und Rosenheim gebracht wurde: Welche Gruppen waren im Einsatz? Wie entwickelte sich der Ausländereinsatz in den beiden Orten? Und nicht zuletzt, um wie viele Menschen handelte es sich?

Auf der Basis einer allgemeinen Darstellung der Gruppen im Arbeitseinsatz sollen diese in bezug auf ihren Einsatz in Rosenheim und Kolbermoor näher bestimmt werden. Dabei geht es zum einen um die Herkunft der ZwangsarbeiterInnen und ihre rechtliche Stellung, zum anderen um die zeitliche Abfolge ihres Eintreffens in der Region. Besonderes Gewicht wird hier auf den Einsatz von Strafgefangenen ge-

---

<sup>25</sup> Entlausungseinrichtung für Soldaten an der Bahnstrecke zwischen Rosenheim und Kolbermoor gelegen. Ausführlich im Kapitel zu Bahnhof und „Sanierung“ Rosenheim.

legt, da dieses Thema in der allgemeinen Forschung bisher kaum Beachtung fand und zudem zum Einsatz der Häftlinge aus den drei Haftanstalten Bernau am Chiemsee, Lebenau und Aichach aussagekräftige Quellen gefunden werden konnten. Die Lebensbedingungen der verschiedenen Gruppen, die unter dem heute in der Forschung gebrauchten Begriff Zwangsarbeiter gefaßt werden, waren sehr unterschiedlich, weshalb in der folgenden Untersuchung weitgehend die zeitgenössischen Begriffe verwendet werden: ‚Strafgefangene‘ bzw. ‚Justizhäftlinge‘ und ‚KZ-Häftlinge‘, wobei auch weibliche und deutsche Häftlinge eingeschlossen sind, ‚ausländische ZivilarbeiterInnen‘ und ‚Kriegsgefangene‘, sowie die Sammelbegriffe – obwohl nicht immer ganz korrekt – ‚ausländische Arbeitskräfte‘ und ‚FremdarbeiterInnen‘. Ebenso wird im folgenden, der besseren Lesbarkeit halber, auf die Hervorhebung von Eigennamen, zeitgenössischen bzw. nationalsozialistischen Begriffen verzichtet.

Zur Annäherung an die Zahl der ausländischen ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen schließt dieser erste Teil mit einem Überblick über die quantitative Entwicklung des Ausländereinsatzes im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim, der auf Basis statistischer Veröffentlichungen der Arbeitsverwaltung ermittelt werden konnte.

Im weiteren Verlauf der Arbeit stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte im Vordergrund: Wie war der Arbeitseinsatz geregelt, wie wurden die Regeln vor Ort umgesetzt? Wie sah der Ausländereinsatz in den Bereichen Haus- und Landwirtschaft, bei öffentlichen und bei industriellen Einsatzträgern aus? Für die Haus- und Landwirtschaft wird der Einsatz unter allgemeinen Gesichtspunkten beschrieben, für den öffentlichen und industriellen Bereich werden diese Gesichtspunkte anhand von Beispielen einzelner Betriebe ausgeführt. Die Auswahl dieser Firmen wurde aufgrund der besonderen Quellendichte für bestimmte ehemalige Einsatzträger vorgenommen. Eine im Anhang beigefügte Liste aller in den Quellen belegbaren Betriebe, die ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hatten, ergänzt dieses Kapitel. Die auf Monatsberichten verschiedener staatlicher und

kommunaler Dienststellen basierende Chronologie zum Ausländereinsatz in Kolbermoor schließt diesen Teil mit einem Blick auf die Entwicklung des Zwangsarbeitereinsatzes in einer industriell geprägten Gemeinde ab.

Nach einem kurzen Überblick über die Lage der zu Displaced Persons (DPs) gewordenen ZwangsarbeiterInnen endet die Arbeit mit dem Versuch, unter Einbeziehung weiterer Gruppen, die aufgrund des Krieges in die Region kamen, und unter dem Gesichtspunkt der sonderrechtlichen Stellung der ausländischen Arbeitskräfte, herauszuarbeiten, welche Veränderungsprozesse durch die Fremden im gesellschaftlichen Gefüge der oberbayerischen Region angestoßen wurden.

Zu den verschiedenen Aspekten der Zwangsarbeit wurde die aktuelle Literatur herangezogen, einige allgemeine Ausführungen stützen sich vor allem auf Spoerer<sup>26</sup>, dessen Arbeit einen zusammenfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Forschung bietet, auch Zahlenangaben wurden, soweit vorhanden, dort entnommen. Die Zahlen für das Untersuchungsgebiet konnten nicht immer auf der kommunalen örtlichen Ebene angegeben werden, weshalb in einigen Fällen auf Zahlenangaben auf der Ebene der Landkreise beziehungsweise des Arbeitsamtsbezirks zurückgegriffen werden mußte.

Ergänzt wird die wissenschaftliche Darstellung der Zwangsarbeit in Rosenheim und Kolbermoor an Stellen, wo es sinnvoll und möglich erscheint, durch Kurzportraits ehemaliger ZwangsarbeiterInnen, die in Rosenheim und Kolbermoor beschäftigt waren.<sup>27</sup> Diese Portraits stützen sich hauptsächlich auf deren persönliche Angaben und wurden, soweit verfügbar, mit Informationen aus amtlichen Quellen ergänzt.

Die Darstellung der Zwangsarbeit auf unterster lokaler Ebene stößt

---

<sup>26</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001.

<sup>27</sup> Dank der Unterstützung einzelner Partnerorganisationen der Bundesstiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* konnte der meist schriftliche Kontakt zu ehemaligen ZwangsarbeiterInnen hergestellt werden.

naturgemäß in bezug auf die erhaltenen archivalischen Quellen an ihre Grenzen, was im Kapitel zur Quellenlage näher ausgeführt wird. Jedoch schien es auch angezeigt, manche Gebiete nur zu streifen: So werden aus der Flut der zeitgenössischen Verordnungen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen im Arbeitseinsatz gesetzlich regelten, nur einzelne, für die Darstellung relevante Bestimmungen erwähnt. Auf umfassende Ausführungen zu den sich ständig wandelnden Lohn- und Verpflegungssätzen sowie zu den Versicherungsverhältnissen wird hier größtenteils verzichtet, da sie für die oben angeführten Fragen keinen Erkenntnisgewinn liefern und darüber hinaus in der allgemeinen Literatur umfassend behandelt sind.

### 1.3 Quellenlage

Die Regierung von Oberbayern ordnete in einem Funkspruch vom 25. April 1945 folgendes an:

*„Mit der Aktenverbrennung ist sofort zu beginnen. Alles was dem Feind nützlich sein könnte, ist zu vernichten. Dazu gehören alle politischen Akten und vor allem sämtliche polizeiliche [sic!] Ausländerakten. Auch die einschlägigen Tagebücher und Renner sind zu beseitigen. Alle geheimen Sachen u. geheimen Reichssachen! Zu schonen sind alle Karteien, aber nur die eigentlichen Karteiblätter!“<sup>28</sup>*

Dieser Funkspruch ist, neben Bombenschäden und Aussonderungen in der Nachkriegszeit, ein Grund für die unterschiedliche Dichte des Quellenmaterials: Fehlen mancherorts ganze Überlieferungsstränge, so ist in anderen Bereichen umfangreiches Material mit sehr heterogenem Informationsgehalt vorhanden.<sup>29</sup>

Relevante Unterlagen befinden sich in verschiedenen staatlichen, kommunalen und kirchlichen Archiven sowie den einschlägigen Ein-

---

<sup>28</sup> Funkspruch der Regierung von Oberbayern an die Landratsämter vom 25.04.1945. StAM, LRA 205718.

<sup>29</sup> Einen aktuellen Überblick zu Quellen zur Zwangsarbeit im allgemeinen bieten Reininghaus, Wilfried u. Reimann, Norbert: Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien. Bielefeld 2001.

richtungen der Wirtschaft. Da dieses Material aber das Thema eher aus verwaltungstheoretischer Sicht beleuchtet, wurden aus etwa 25 schriftlichen Berichten von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und aus einigen Gesprächen mit Zeitzeugen in Rosenheim und Kolbermoor einzelne Angaben herangezogen sowie eine Auswahl von Erinnerungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in den bereits erwähnten, vom restlichen Text abgehobenen Kurzportraits wiedergegeben.

Im folgenden soll nun auf die Überlieferungslage in den verschiedenen Archiven eingegangen werden. Als tragende Kräfte der Organisation des Ausländereinsatzes sind die staatlichen Behörden und Dienststellen der Arbeits-, der Wirtschafts- und der inneren Verwaltung auf den Ebenen des Deutschen Reiches, des Landes Bayern und der Stadt- und Landkreise Rosenheim und Aibling anzusehen. Wegen des lokalen Zuschnitts konnte auf die Durchsicht der im Bundesarchiv Berlin verwahrten umfangreichen Unterlagen der verschiedenen Reichsbehörden wegen ihres eher allgemeinen Inhalts verzichtet werden. Für das Land Bayern bot sich das im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrte Material der bayerischen Ministerialebene, vor allem des Staatsministeriums für Wirtschaft und des Reichsstatthalters Ritter von Epp, zur Klärung überregionaler Fragen an. In bezug auf den Untersuchungsraum wurden im Staatsarchiv München, das die Überlieferung der staatlichen Unter- und Mittelbehörden mit Sitz in Oberbayern verwahrt, hauptsächlich die Unterlagen des Arbeitsamtes Rosenheim, der Bezirksämter/Landratsämter Aibling und Rosenheim, die Sonderserie der Spruchkammerakten sowie das Quellenmaterial regionaler und lokaler Gliederungen der NSDAP gesichtet. Die Überlieferung der Arbeitsverwaltung ist zwar auf der Ebene des Arbeitsamtes Rosenheim mit allgemeinen Unterlagen zum Ausländereinsatz relativ dicht, weist jedoch im Konkreten einige Lücken auf, auf der Ebene des Landesarbeitsamtes (Süd-) Bayern setzt sie erst in der direkten Nachkriegszeit ein.

Das zum Thema erhaltene Archivgut der Bezirksämter/Landratsämter Aibling und Rosenheim kann als durchschnittlich bezeichnet werden, wobei einzelne Bereiche, beispielsweise das Be-

richtswesen im Falle Aiblings, durchaus positiv hervorzuheben sind. Die Spruchkammerakten, die im Hinblick auf MitarbeiterInnen der Arbeitsverwaltung, kommunale Entscheidungsträger und die jeweiligen Einsatzträger in nahezu geschlossener Serie vorliegen, besitzen in bezug auf den Ausländereinsatz in Rosenheim und Kolbermoor meist nur mindere Aussagekraft. Die sonst eher lückenhafte Quellenüberlieferung regionaler und lokaler Organisationen der NSDAP findet für den Untersuchungsraum mit dem umfangreichen Material der Kreisleitung Rosenheim eine glückliche Ausnahme. Die zur Abrundung herangezogenen Archivalien aus dem Bereich der Justizverwaltung, beispielsweise die Haftpersonalakten der Justizvollzugsanstalten, ermöglichten den Blick auf konkrete Einzelfälle von Menschen im Arbeitseinsatz.

Im Stadtarchiv Rosenheim sind nur noch einige wenige Unterlagen zum Zwangsarbeitereinsatz erhalten, so befinden sich dort vereinzelte Berichte des Oberbürgermeisters von Rosenheim und der Landräte von Aibling und Rosenheim, ein Teil der Ausländerkartei des Wirtschaftsamttes und einige Photographien, deren Herkunft jedoch nicht eindeutig geklärt ist.

Zur Ergänzung und Konkretisierung der Überlieferung staatlicher und kommunaler Dienststellen wurden die im Archiv des Erzbistums München und Freising verwahrten Seelsorge- und Einmarschberichte sowie die Matrikelbücher des katholischen Pfarramttes Kolbermoor herangezogen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die im Bayerischen Wirtschaftsarchiv befindlichen Unterlagen der Baumwollspinnerei Kolbermoor und die zu den behandelten Unternehmen vorhandenen einzelnen Unterlagen im Historischen Archiv der BMW A.G. und im Konzernarchiv der Degussa A.G. zu nennen. Im selben Zusammenhang ist auch das Material zu einem Außenkommando des Konzentrationslagers Dachau nahe Rosenheim zu sehen, das im Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau verwahrt wird.

Lediglich eine der rund 20 angeschriebenen, noch bestehenden Firmen ermöglichte den Zugang zu firmeneigenen Unterlagen.

## 2 Ausländereinsatz im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1945

### 2.1 Die Jahre 1933-1939: Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemangel und Ausländereinsatz

Der bereits 1932 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung, der durch die expansive nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ab 1933 mit ihrem Schwerpunkt im Rüstungsbereich kräftig angeschoben wurde und ab 1936 immer mehr Arbeitskräfte band, führte zu einem Wandel am Arbeitsmarkt: Der Arbeitskräfteüberschuß wurde von einem Arbeitskräftemangel abgelöst, welcher sich anfangs vor allem im Agrar- und Bausektor durch die Abwanderung auch der dringend gesuchten Facharbeiter in die besser bezahlten Arbeitsplätze in der Industrie bemerkbar machte.<sup>30</sup>

Das Heranziehen von Frauen kam aus ideologischen Gründen anfangs nicht in Frage, hatten die Nationalsozialisten doch seit der Machtübernahme 1933, natürlich auch zur Schönung der Arbeitslosenstatistik, mit erheblichem Aufwand versucht, die Frauen auf dem ihnen zugedachten Platz im Haushalt zu halten und damit aus der Erwerbsarbeit herauszubekommen. Auch die relativ bald einsetzenden militärischen Rekrutierungen entzogen dem Arbeitsmarkt zusätzlich wichtige männliche Arbeitskräfte. Des weiteren wollte man nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg eine soziale Mißstimmung in der Bevölkerung vor Kriegsbeginn durch das Unterlassen unpopulärer Zwangsverpflichtungen vermeiden, machte sich doch bereits die Schwerpunktsetzung auf die Rüstungsindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie bemerkbar.

Neu verfügte Planungsinstrumente, wie beispielsweise das im November 1935 eingeführte staatliche Arbeitsvermittlungsmonopol oder

---

<sup>30</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 29.

die seit Juni 1938 geltende Dienstpflichtverordnung, brachten keine merkliche Verbesserung. Dabei sollte Deutschland nach dem Ziel des Vierjahresplans im Jahr 1940 für den Krieg ausreichend gerüstet sein. Mit der Ernennung Hermann Görings<sup>31</sup> zum Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan wurde schließlich eine zentrale Stelle geschaffen, welche die Erlangung dieses Zieles in allen Bereichen voranbringen sollte. Der Mangel an Arbeitskräften verschärfte sich weiter und ab Ende 1938 fehlte im Deutschen Reich nach zeitgenössischen Schätzungen eine Million ArbeiterInnen. Um die Kriegsvorbereitungen nicht zu gefährden, sah man in der Beschäftigung von sogenannten FremdarbeiterInnen eine Möglichkeit, den Arbeitskräftemangel zu kompensieren. Dieser Lösungsansatz, welcher der fremdenfeindlichen Ideologie der Nationalsozialisten völlig widersprach, wurde mit folgender Kompromißformel begründet: Der Einsatz von Ausländern sollte eine vorübergehende Maßnahme bleiben und mittelfristig sollten die hereingeholten ArbeiterInnen durch Rationalisierung wieder entbehrlich gemacht werden.

Der Einsatz von Ausländern war keine neue Idee, hatte man doch schon im Ersten Weltkrieg darauf zurückgegriffen, auch in der Zwischenkriegszeit waren bereits Ausländer beschäftigt worden, wenn auch nur in geringer Zahl und vor allem in der Landwirtschaft. So konnte man, als sich die Nationalsozialisten entschlossen, dem Arbeitskräftemangel durch einen weitgreifenden ausländischen Arbeitseinsatz abzuhelpfen, die Erfahrungen in Organisation und Durchführung nutzen und den Einsatz im Zweiten Weltkrieg effizienter gestalten.<sup>32</sup>

Eine zeitgenössische Dissertation zur wirtschaftlichen Struktur des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim<sup>33</sup> gibt dazu Auskunft:

---

<sup>31</sup> *Hermann Göring* wurde durch die Benennung einer Hermann-Göring-Straße und die Anbringung einer Tafel am Geburtshaus ein geehrter „*Sohn der Stadt Rosenheim*“.

<sup>32</sup> Herbert, Ulrich: *Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 40, 55-63.

<sup>33</sup> Stegmüller, Ludwig: *Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamts-Bezirks Rosen-*

Im Sprengel des Arbeitsamtes Rosenheim tritt die Wende zur Arbeitskräftenot bereits 1935 zutage:

*„Vor allem klagen das Bau- und Baunebengewerbe, sowie die Landwirtschaft über Leutenot, welche teilweise nur dadurch behoben werden kann, daß im zwischenbezirklichen Ausgleich und auch aus außerstaatlichen Gebieten Arbeitskräfte herbeigezogen werden, oder daß Arbeitskräfte aus anderen Berufen für diese Wirtschaftszweige umgeschult werden.“<sup>34</sup>*

Für das Jahr 1937 heißt das in Zahlen ausgedrückt für die Landwirtschaft, daß trotz der Hereinnahme von 1200 österreichischen Arbeitskräften etwa 1000 offene Stellen nicht besetzt werden konnten.<sup>35</sup>

Nachdem im März 1938 Österreich an das Deutsche Reich angeschlossen worden war, befürchtete man seitens des Arbeitsamtes Rosenheim, daß ein großer Teil der österreichischen LandarbeiterInnen in die Heimat zurückkehren würde, und bemühte sich deshalb um Ersatz aus Jugoslawien und Italien.<sup>36</sup> Darüber hinaus kam es bereits im Mai/Juni 1938 zu Anforderungen bei der Gefangenenanstalt Bernau am Chiemsee (Landkreis Rosenheim) und verschiedenen Amtsgerichtsgefängnissen, Strafgefangene für Arbeiten in der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Anfragen wurden jedoch größtenteils abgelehnt.<sup>37</sup>

Auf Reichsebene schloß man 1939 mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Spanien und Jugoslawien Staatsverträge über die Beschäftigung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften ab.<sup>38</sup> So arbeiteten auch

---

heim. Rosenheim 1939 (zugl. Diss. München 1938).

<sup>34</sup> Stegmüller, Ludwig: Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamts-Bezirks Rosenheim. Rosenheim 1939 (zugl. Diss. München 1938). S. 248.

<sup>35</sup> Stegmüller, Ludwig: Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamts-Bezirks Rosenheim. Rosenheim 1939 (zugl. Diss. München 1938). S. 252.

<sup>36</sup> Landesarbeitsamt Bayern an Arbeitsamt Rosenheim am 07.04.1938. StAM, Arbeitsämter 1195.

<sup>37</sup> Anfragen des Arbeitsamtes Rosenheim und Antworten der Gefangenenanstalt Bernau am Chiemsee und der Amtsgerichtsgefängnisse Wasserburg am Inn und Rosenheim im Mai und Juni 1938. StAM, Arbeitsämter 1249.

<sup>38</sup> Hier spielten auch geldwirtschaftliche Aspekte eine große Rolle, da der Transfer der Löhne der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimatländer den Devisengesamtbestand des Deutschen Reiches über die Maßen belastete und das Kursverhältnis der

im Bereich des Arbeitsamtes Rosenheim im Sommer 1939 landwirtschaftliche Arbeitskräfte aus Polen, Bulgarien und Italien; zuverlässige Zahlen liegen hierzu jedoch nicht vor.<sup>39</sup>

Darüber hinaus boten sich 1938 durch den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes sowie im Frühjahr 1939 durch die Errichtung des Reichsprotectorates Böhmen und Mähren neue Möglichkeiten zur Rekrutierung von Arbeitskräften, „ohne daß dadurch devisenwirtschaftliche, ideologische, außenpolitische oder sicherheitspolizeiliche Probleme entstanden wären“<sup>40</sup>. Ab Herbst 1938 wurde auch mit der Zwangsverpflichtung deutscher und österreichischer Jüdinnen und Juden für den geschlossenen Arbeitseinsatz begonnen.<sup>41</sup>

Mit dem Beginn des Krieges stieg der Bedarf an Arbeitskräften weiter an, und so holte man dem Kriegsverlauf entsprechend aus den überannten, überfallenen und annektierten Staaten immer mehr ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene ins Reich. Mit dieser Entwicklung ging eine Radikalisierung in bezug auf die Rekrutierung und die Lebensbedingungen der FremdarbeiterInnen einher, die man an vier Zäsuren im Laufe des Krieges festmachen kann. Hier soll nun in großen Bögen der allgemeine Verlauf des Ausländereinsatzes im Deutschen Reich dargestellt werden, um diesen anschließend an den regionalen Beispielen Rosenheim und Kolbermoor zu konkretisieren.

---

Reichsmark gegenüber den Währungen dieser Länder günstig stand. Ausführlich hierzu: Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 64-65.

<sup>39</sup> Verschiedene Fehlanzeigen des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Bayern. StAM, Arbeitsämter 878, 879.

<sup>40</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 66.

<sup>41</sup> Für Rosenheim und Kolbermoor finden sich in den archivalischen Quellen keine Angaben zum „geschlossenen Arbeitseinsatz“ jüdischer Menschen. Ausführlich zum Einsatz für Deutschland und Österreich: Gruner, Wolf: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Berlin 1996. Und Gruner, Wolf: Der geschlossene Einsatz österreichischer Juden 1938-1942. In: Dachauer Hefte 16 (2000) Thema: Zwangsarbeit. S. 36-53.

## 2.2 September 1939: Der Kriegsbeginn mit dem Überfall auf Polen

Der Mangel an Arbeitskräften verschärfte sich mit Kriegsbeginn deutlich, denn zum einen wurden mehr und mehr Männer zum Fronteinsatz herangezogen, zum anderen waren noch aus der Vorkriegszeit freie Stellen unbesetzt geblieben.

Nach den erfolgreichen Blitzkriegen gegen Polen und Frankreich wurden sowohl von dort als auch aus den den annektierten Niederlanden und dem besetzten Belgien Kriegsgefangene und Zivilisten als Arbeitskräfte nach Deutschland gebracht und über die Arbeitsämter verteilt. So kamen auch bereits Ende September 1939 250 polnische Zivilkräfte im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim an.<sup>42</sup> Zivile Arbeitskräfte wurden mit mehr oder minder stark ausgeübter Repression durch Anwerbekommissionen und die umgehend in den eroberten Gebieten aufgebaute Arbeitsverwaltung für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich geworben. Ab Ende Oktober 1939 wurde im Generalgouvernement die generelle Arbeitspflicht eingeführt, und jeder, der Arbeitslosenunterstützung erhalten wollte, mußte sich verpflichten, auch in Deutschland zu arbeiten. So war den Behörden der Arbeitsverwaltung ein wirksames Instrument in die Hand gegeben worden, um weiter polnische Arbeitskräfte für die Arbeit im Reich zu gewinnen, denn die polnische Bevölkerung stand, verstärkt durch Informationen über die Situation anderer polnischer ArbeiterInnen im Deutschen Reich, seit dem Frühjahr 1940 einem solchen Arbeitseinsatz immer ablehnender gegenüber.<sup>43</sup>

Im Deutschen Reich bildeten die Polenerlasse vom März 1940 mit einer Fülle ausgrenzender Verbote und der Kennzeichnungspflicht den Beginn des Ausbaus eines Sonderrechts für bestimmte ausländische Gruppen, mit dessen Umsetzung der Geheime Staatspolizei (Gestapo)

---

<sup>42</sup> Landesarbeitsamt Bayern an Arbeitsamt Rosenheim am 27.09.1939. StAM, Arbeitsämter 880.

<sup>43</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 96-98.

ein großer Handlungsspielraum zugebilligt wurde. In diesem Zusammenhang sind auch die ersten Gründungen von polizeilichen Sonderlagern in der Nähe größerer Unternehmen zu erwähnen. In diesen später Arbeitserziehungslager (AEL) genannten Haftstätten sollten Vertragsbrüchige und Arbeitsbummelanten durch besonders schwere Arbeit und schlechteste Bedingungen bestraft beziehungsweise gebessert werden.<sup>44</sup>

Trotz der nach Kriegsbeginn zusätzlich verfügbaren Auskämmaktionen, mit denen für die Kriegswirtschaft unrentable Betriebe, später sogar ganze Wirtschaftszweige, verkleinert oder gar geschlossen wurden, und trotz der Durchführung verschiedenster Rationalisierungsmaßnahmen konnte der Arbeitskräftebedarf immer noch nicht gedeckt werden.<sup>45</sup>

### 2.3 Ende 1941: Das Scheitern des Blitzkrieges gegen Russland

Da sich der Blitzkrieg gegen Rußland zum Feldzug ausweitete, reagierte die Arbeitseinsatzverwaltung mit einer Reihe von Zwangsmaßnahmen. In den bereits besetzten sowjetischen Gebieten wurde im Dezember 1941 die Arbeitspflicht eingeführt, ähnliche Bestimmungen folgten im März 1942 für die Niederlande und im Oktober 1942 für Nordfrankreich und Belgien. Die großen Verluste an der Ostfront führten zu einer erheblichen Radikalisierung der Methoden, so wurden zum Beispiel auch bei der Anwerbung von sogenannten Westarbeitern immer öfter Zwangsmaßnahmen angewandt. Die anfangs unter ideologischen Gesichtspunkten für einen Arbeitseinsatz nicht in Frage kommenden sowjetischen Kriegsgefangenen, die als slawische Untermenschen in den Lagern lebensbedrohlichen Bedingungen ausgesetzt waren, sollten nach einer Entscheidung Hitlers vom 31. Oktober 1941 doch zum Ar-

---

<sup>44</sup> Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Stuttgart München 2000 (zugl. Diss. Bochum 1998). S. 70-82.

<sup>45</sup> Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 86. Es folgt eine detaillierte Beschreibung der Auskämmaktionen und ihrer Folgen am Beispiel Münchens. S. 86-100.

beitseinsatz nach Deutschland gebracht werden. Da jedoch der Zustand der Kriegsgefangenen aufgrund der unmenschlichen Behandlung so schlecht war, daß nur ein geringer Teil, und dieser zumeist völlig entkräftet, in Deutschland ankam, verlagerte man sich auf die Hereinholung der sowjetischen Zivilbevölkerung. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 1941 in den eroberten sowjetischen Gebieten die Arbeitspflicht eingeführt.<sup>46</sup>

Waren bis zu Beginn des Jahres 1942 ausländische Arbeitskräfte vor allem in der Landwirtschaft beschäftigt, so kam es im Laufe des Jahres zu einer deutlichen Verschiebung zugunsten der Schwerindustrie und der gewerblichen Wirtschaft, so daß nun in den drei Wirtschaftsbereichen jeweils etwa ein Drittel der ArbeiterInnen beschäftigt waren.<sup>47</sup>

Zur Steigerung der Anwerbezahlen und zur Optimierung der organisatorischen Abläufe wurde mit der Ernennung des thüringischen Gauleiters Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) am 21. März 1942 die Zuständigkeit für den Arbeitseinsatz gebündelt.<sup>48</sup>

Ab September 1942 ging man auch systematisch dazu über, vermehrt Häftlinge der Konzentrationslager außerhalb von SS-Betrieben und Landwirtschaft gegen Gebühr an meist größere Rüstungsbetriebe als Arbeitskräfte auszuleihen. Diese Häftlinge wurden vielfach in Außenlagern bei den jeweiligen Produktionsstätten untergebracht und mußten dort unter SS-Bewachung oftmals unter lebensgefährlichen Bedingungen arbeiten.<sup>49</sup>

---

<sup>46</sup> Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Neuauflage, Bonn 1997. S. 191.

<sup>47</sup> Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001. S. 146.

<sup>48</sup> Naasner, Walter: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945: die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 45). Boppard am Rhein 1994. S. 34-57.

<sup>49</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter,

## 2.4 Anfang 1943: Die Niederlage von Stalingrad

In der Folge der Niederlage von Stalingrad und den daraus resultierenden gewaltigen Verlusten der deutschen Truppen im Osten sowie der auf Hochtouren laufenden Wirtschaft des totalen Krieges erhöhte sich der Bedarf an Arbeitskräften im Deutschen Reich erneut rapide. Da die Gebiete im Osten zur Anwerbung von ArbeiterInnen im weiteren Verlauf des Krieges immer geringer wurden, verschärfte man die Rekrutierungsmaßnahmen im Ausland noch einmal: Terror gegen die Zivilbevölkerung, Auskämm-Aktionen und Dienstverpflichtungen ganzer Jahrgänge wurden zu alltäglichen Mitteln der Anwerbung.<sup>50</sup>

Für die Arbeitskräfte im Reich brachte die Wende des Krieges teilweise eine Verbesserung der Verhältnisse, legten Arbeitgeber und Verwaltung vor dem Hintergrund der Steigerung der Arbeitsleistung nun doch mehr Wert auf die einzelne Arbeitskraft, da ein Nachschub an neuen ArbeiterInnen immer schlechter zu bekommen war. Vor allem für die Arbeitskräfte aus dem Osten ging damit in der Regel eine leichte Erhöhung der Verpflegungssätze und eine geringfügig bessere Behandlung einher.

Im Herbst 1943 wurden, nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten im September 1943, etwa 600 000 von den Deutschen entwaffnete und gefangengenommene italienische Militärinternierte als Arbeitskräfte in das Deutsche Reich gebracht. Diese, seit der deutschen Niederlage in Stalingrad, größte geschlossen ins Reich gebrachte Gruppe war ob des Verrates, den das nationalsozialistische Deutschland Italien vorwarf, oft sehr schlechter Behandlung durch ihre Arbeitgeber und deutsche Kollegen ausgesetzt.<sup>51</sup>

---

Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 111.

<sup>50</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 298.

<sup>51</sup> Hammermann, Gabriele: Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Bd. 99). Tübingen 2002.

## 2.5 Jahreswechsel 1943/44: Der Vormarsch der Alliierten

Mit den Gebietsverlusten an den deutschen Frontlinien verringerten sich ab dem Frühsommer 1944 auch die Möglichkeiten, weitere ausländische Arbeitskräfte in großer Zahl zu rekrutieren. Dies führte einerseits dazu, daß verstärkt KZ-Häftlinge vor allem in der Rüstungsindustrie und der Bauwirtschaft unter oft grausamen Bedingungen zum Einsatz kamen<sup>52</sup>, andererseits ging man nach der Besetzung Ungarns im März 1944 sogar dazu über, mehrere zehntausend ungarische Juden über Konzentrationslager zum Arbeitseinsatz in das eigentlich als judenfrei geltende Reichsgebiet zur Rüstungsarbeit zu deportieren.<sup>53</sup> Auch Auslagerungen von ganzen Fertigungsabteilungen und die vermehrte Einrichtung von Produktionsstätten unter Tage, die vor der Zerstörung durch Bomben schützen sollte, trugen dazu bei, daß sich die Zahl der KZ-Außenlager seit dem Frühjahr 1944 massiv erhöhte. Im Mai 1944 wurde zusätzlich noch der umfassende industrielle Arbeitseinsatz von Strafgefangenen durch die Reichsministerien für Justiz und Rüstung verfügt.<sup>54</sup>

Mit einer großangelegten Aktion sollten ab März 1944 auch Kinder aus den sowjetischen und polnischen Gebieten in das Deutsche Reich gebracht werden. Im Rahmen des Rückzugs der deutschen Truppen wurden durch Massenevakuierungen bis zum August 1944 noch weitere zivile Arbeitskräfte rekrutiert.<sup>55</sup>

---

S. 314-318.

<sup>52</sup> Raim, Edith: Die Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühldorf. Rüstungsbauten und Zwangsarbeit im letzten Kriegsjahr 1944/45. Landsberg am Lech 1992 (zugl. Diss. München 1991). S. 91-92.

<sup>53</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 85.

<sup>54</sup> Gemeinsame Erlasse der beiden Reichsministerien vom 12. und 26.05.1944. Zitiert nach: Eichholz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 Bd. III/1 [Nachdruck des dritten Bandes, der bereits 1996 im Akademie-Verlag Berlin erschien]. München 2003. S. 236.

<sup>55</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 300.

Das Gefahrenpotential, das nach Ansicht der nationalsozialistischen Sicherheitsbehörden ab 1944 von den ausländischen Arbeitskräften ausging – man fürchtete vor allem Aufstände – führte Anfang 1945 dazu, daß die örtlichen Staatspolizeileitstellen und Dienststellen der Sicherheitspolizei mehr freie Hand bekamen und ohne Genehmigung höherer Stellen Maßnahmen gegen Verdächtige vollstrecken konnten. Diese Übertragung der Verantwortung auf nachgeordnete Teil des NS-Polizeiapparates hatte zum Teil verheerende Folgen, da den Betroffenen nun polizeiliche Selbstjustiz und nicht selten sofortige Erschießung drohte.

Die Verschlechterung der Versorgungslage für die deutsche Bevölkerung hatte für die ausländischen Arbeitskräfte noch wesentlich massivere Auswirkungen, da es für diese immer schwieriger wurde, an Lebensmittel zu kommen. Viele FremdarbeiterInnen waren, sei es wegen Bombenangriffen, Flucht oder Entlassung, arbeits- und obdachlos und wurden so nicht mehr von den Einsatzträgern versorgt. Oftmals blieb zur Sicherung des Überlebens nur noch der Diebstahl von Nahrungsmitteln und Kleidung. So bot der beginnende Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung zwar einerseits die Möglichkeiten, sich frei zu bewegen, sich zusammenzuschließen oder aufs Land zu fliehen, andererseits standen die ausländischen Arbeitskräfte jedoch im Zentrum der sicherheitspolizeilichen Aufmerksamkeit und waren so, noch schutzloser als zuvor, von der erlaubten Selbstjustiz durch Sipo und Gestapo bedroht.<sup>56</sup>

Die meist ausgemergelten KZ-Häftlinge in den Außenlagern der Konzentrationslager wurden häufig in den letzten Wochen des Krieges unter SS-Bewachung in Evakuierungsmärschen zurück in die Hauptlager beziehungsweise weg von der Frontlinie geführt. Wer nicht mehr

---

<sup>56</sup> Ausführlich dazu Paul, Gerhard: „Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.“ Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo 1944/1945. In: Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa. Darmstadt 2000. S. 543-568.

weiterkonnte und liegen blieb, wurde zurückgelassen oder erschossen.<sup>57</sup> Insgesamt waren, nach einer Schätzung von Spoerer auf Basis der statistischen Erhebung der Arbeitsverwaltung, 8 435 000 ausländische ZivilarbeiterInnen (davon etwas über eine Million freiwillig), 4 575 000 Kriegsgefangene und 1 550 000 KZ-Häftlinge zwischen 1939 und 1945 im Arbeitseinsatz auf dem Gebiet des Deutschen Reiches.<sup>58</sup>

## 2.6 Mai 1945: Kriegsende

Die Befreiung durch die Alliierten bedeutete für die ausländischen Arbeitskräfte vor allem ein Ende der Zwangsarbeit und eine bessere Versorgung, da seitens der Alliierten überraschend schnell eine Grundversorgung aufgebaut werden konnte. Als Displaced Persons lebten die ZwangsarbeiterInnen anfangs meist in den Baracken, die schon vor Kriegsende ihre Unterkunft darstellten. In manchen Orten kam es zu Übergriffen auf die deutsche Bevölkerung und man fürchtete, mancherorts zurecht, vor allem die kollektive Rache der Displaced Persons, zumeist war diese Furcht jedoch unbegründet. Die Rückführung der Displaced Persons war im September 1945 größtenteils abgeschlossen. Für die Kriegsgefangenen, aber auch für die zivilen Arbeitskräfte aus den Gebieten der Sowjetunion begann nun ein weiteres Leidenskapitel, denn Sowjetbürger, die den Deutschen lebend in die Hände gefallen waren, galten als Kollaborateure und wurden mit ihrer Repatriierung zur Überprüfung in Sammellager gebracht. Erhärtete sich dabei, völlig willkürliche Maßstäben zugrundelegend, der Verdacht der Kollaboration, so folgte für diese Menschen die Einweisung in ein Arbeitslager. Diejenigen, die verschont wurden, konnten zwar nach Hause zurückkehren, wurden dort aber meist als Bürger zweiter Klasse geächtet.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 209-211.

<sup>58</sup> <http://www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeiter.htm>, Stand Dezember 2000.06.10.2004.

<sup>59</sup> Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001. S. 182-183.

### 3 Strukturen in Kolbermoor und Rosenheim bis 1939

In der unterschiedlichen Struktur und Entwicklung der beiden Orte Kolbermoor und Rosenheim liegt ein besonderer Reiz. Ist Rosenheim eine historisch gewachsene Ansiedlung, die bereits 1328 die Marktfreiheit erhalten hatte, so steht diametral dazu die Entstehung Kolbermoors, das durch die Gründung einer Baumwollspinnerei 1860 und die anschließende Ansiedlung der Arbeitskräfte um das Fabrikgelände entstand. Beide stellen industrielle Inseln in einer überwiegend agrarisch geprägten Umgebung mit relativ großer Entfernung zur nächstliegenden Großstadt München dar. Der folgende Abschnitt soll einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche, politische und soziale Struktur dieser beiden Orte und den übergeordneten Arbeitsamtsbezirk Rosenheim geben.

#### 3.1 Kolbermoor und Umgebung

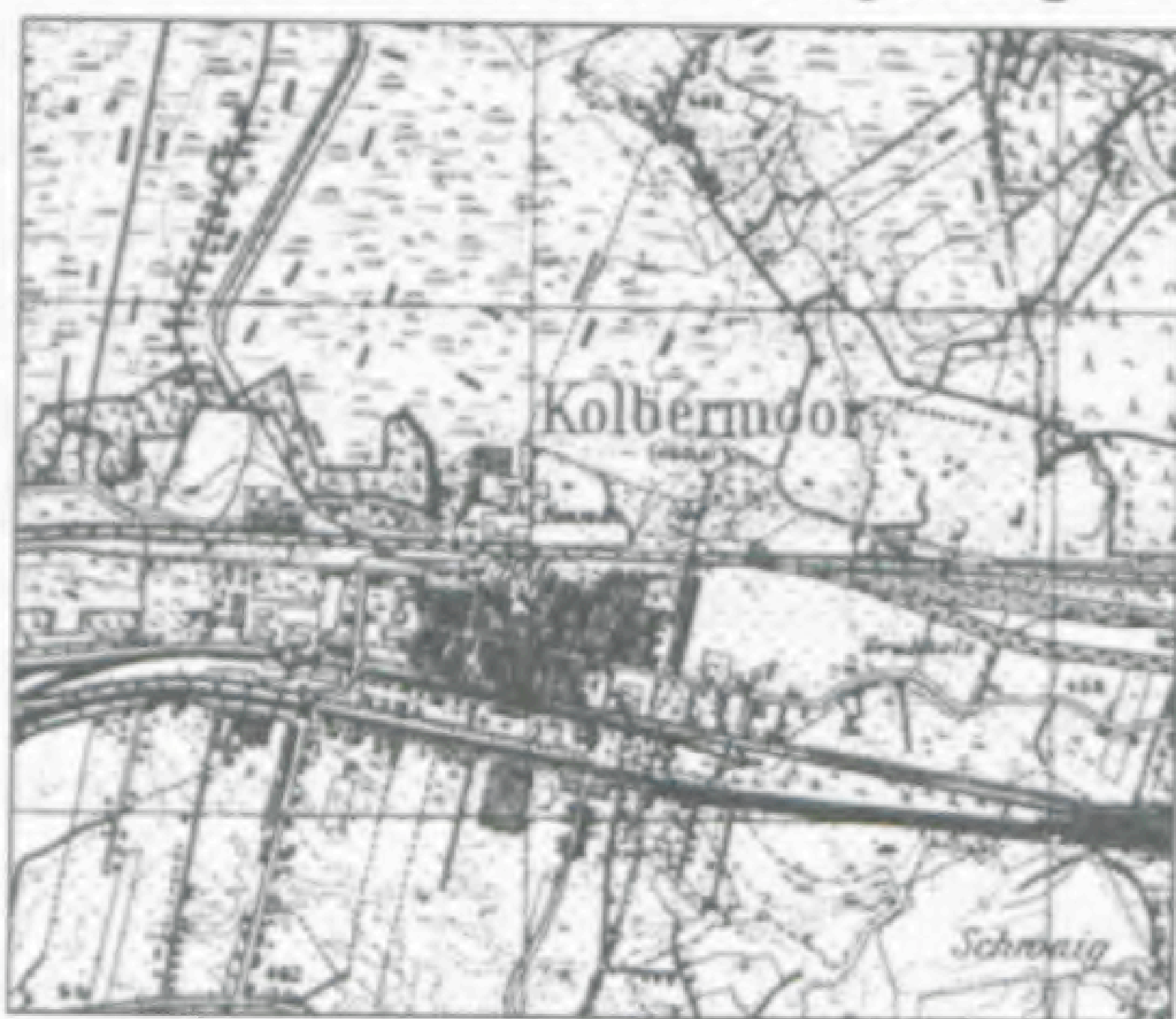


Abbildung 2: Topographische Karte von Kolbermoor (1944).<sup>60</sup>

<sup>60</sup> Ausschnitt aus einer topographischen Karte von Rosenheim und Umgebung. Aufnahme 1906, Ausgabe 1910, letzte Nachträge 1944. Bayerisches Landesvermessungsamt.

### 3.1.1 Entstehung und wirtschaftliche Entwicklung

Der Bezirk Aibling lockte in der Phase der Industrialisierung Bayerns mit günstigen Standortverhältnissen: große Flächen an billigem Ödland, die Wasserkraft der Mangfall, weite Torfabbauflächen zur Gewinnung von Brennmaterial und vor allem eine verkehrsgünstige Lage zwischen den potentiellen Absatzmärkten München und Österreich. So siedelten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschiedene Industriebetriebe entlang der Mangfall an, unter ihnen auch eine Baumwollspinnerei, die sich 1860 westlich von Rosenheim im Kolbermoor niederließ. Der in seiner Art erste und einzige Textilbetrieb im südostbayerischen Raum stieß mit seiner Entwicklung zum größten Betrieb der Region<sup>61</sup> die Wandlung der Gemeinde Kolbermoor<sup>62</sup> von einer kleinen Torfstechersiedlung zu einem prosperierenden Industrieort an. Ein 1876 in Betrieb genommenes Tonwerk und die Baumwollspinnerei waren über Jahrzehnte hinweg die größten Arbeitgeber am Ort, an dem sich in der Folgezeit zur Versorgung der ArbeiterInnen auch Handel und Gewerbe sowie einige landwirtschaftliche Betriebe ansiedelten. Die wirtschaftliche Lage der Gemeinde Kolbermoor und ihrer Bewohner war somit eng mit der Entwicklung der beiden Großbetriebe verbunden, die von lokalen Ereignissen wie Bränden und Hochwasser, aber auch der internationalen politischen Entwicklung wie dem Ersten Weltkrieg, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise häufig in Mitleidenschaft gezogen wurden.<sup>63</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg kam mit dem als Zweigwerk der Firma Conradt Nürnberg gegründeten Graphitelektrodenwerk in Kolbermoor ein dritter Großbetrieb hinzu. Dieser belieferte vor allem die

---

<sup>61</sup> Mit 1 000 Beschäftigten war die Baumwollspinnerei 1925 der größte Arbeitgeber im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim. Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 47.

<sup>62</sup> Eigenständige Gemeinde seit 1863 mit den dazugehörigen Ortschaften Pullach und Aiblingerau.

<sup>63</sup> Kahlhammer, Otto: Die ersten 30 Jahre in der Entwicklung Kolbermoors. In: Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 13 (1968) S. 97-128. hier S. 97-105.

chemische und die Schwerindustrie mit in einem Brennverfahren künstlich erzeugten Graphit und war kaum konjunkturellen Schwankungen unterworfen.<sup>64</sup>

Baumwollspinnerei<sup>65</sup>, Tonwerk und Graphitelektrodenwerk prägten das Bild der 1936 zum Markt erhobenen Gemeinde auch noch zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Neben diesen drei großen Industriebetrieben befanden sich in Kolbermoor Ende 1938 noch 250 kleinere gewerbliche und 140 landwirtschaftliche Betriebe, die sich vor allem auf Obstanbau und Viehwirtschaft spezialisiert hatten.<sup>66</sup> Die Statistik nennt im Jahr 1939 insgesamt 1 708 Beschäftigte<sup>67</sup>, wovon allein 888 Personen<sup>68</sup> in der Baumwollspinnerei beschäftigt waren. Für das Tonwerk und die Firma Conradt liegen keine konkreten Zahlen vor, man kann jedoch auf der Basis früherer Zahlen insgesamt mindestens 250 Belegschaftsmitglieder veranschlagen, was bedeutet, daß über zwei Drittel der Beschäftigten in Kolbermoor ihren Lebensunterhalt durch industrielle Arbeit bei den drei größten Betrieben am Ort bestritten.

---

<sup>64</sup> Stadtverwaltung Kolbermoor (Hrsg.): Chronik von Kolbermoor 1863-1963 [verfaßt von Otto Kahlhammer]. München 1963. S. 37 und 41.

<sup>65</sup> Diese bildete seit 1924 mit drei weiteren Spinnereien und Webereien die „*Union Kolbermoor A.G.*“.

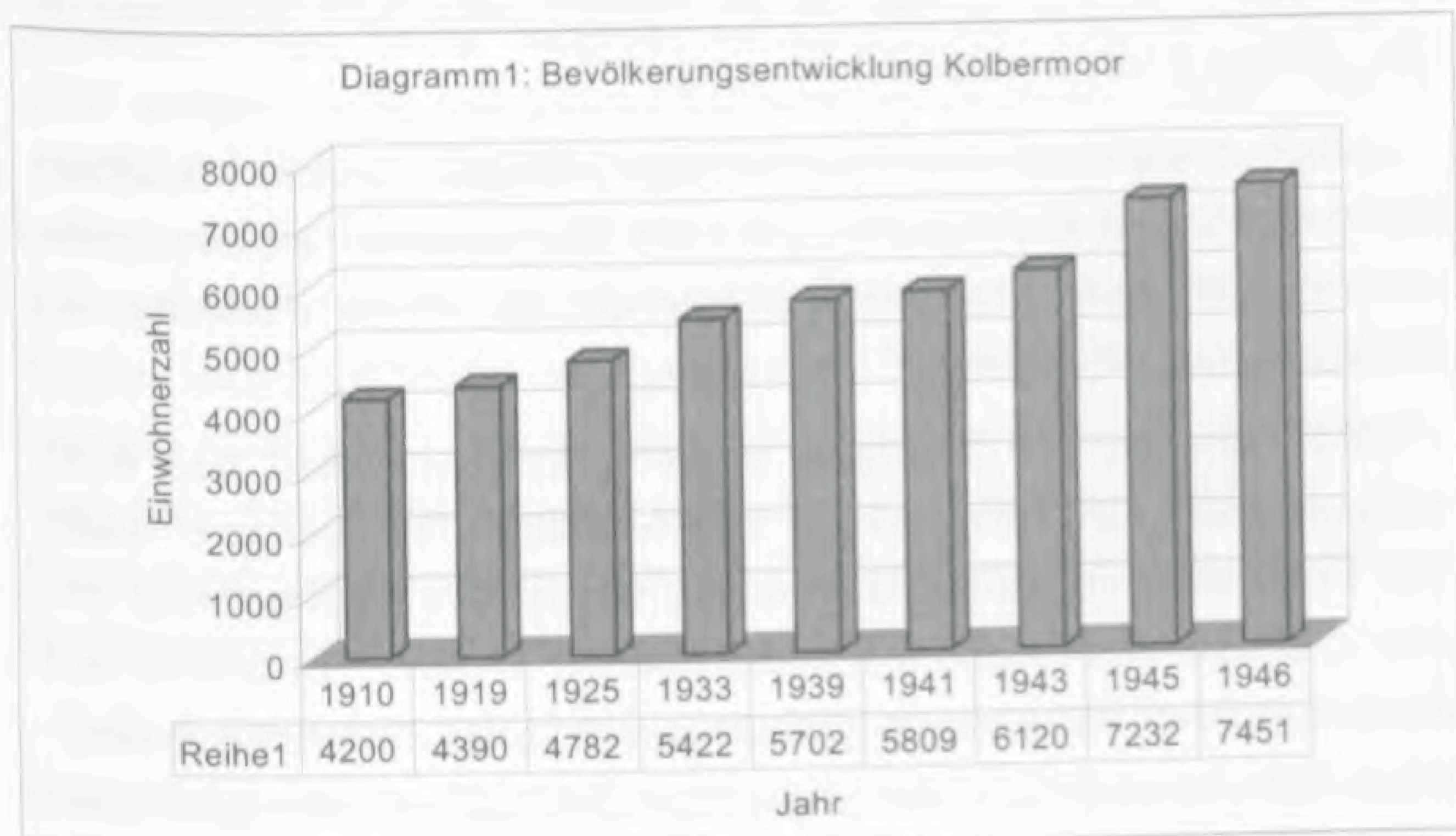
<sup>66</sup> Kahlhammer, Otto: Aus Kolbermoors Vergangenheit (III). Die Jahre 1924-1945. In: Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 15 (1970). S. 168-189, hier S.186.

<sup>67</sup> Bayerisches Statistisches Landesamt: Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik. Heft 1: Oberbayern. Beiträge zur Statistik Bayerns 132/1. München 1942. S. 24.

<sup>68</sup> Personenstandsvergleich März 1939 bis April 1948. BWA Baumwollspinnerei Kolbermoor F 24-673.

### 3.1.2 Bevölkerung und politische Entwicklung

Die Gemeinde Kolbermoor wuchs nach ihrer Gründung 1860 innerhalb von zehn Jahren zum größten Ort des Bezirks Aibling heran, und wie das Diagramm zeigt, nahm die Zahl der Bevölkerung stetig zu.



**Diagramm 1: Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Kolbermoor von 1910-1946.<sup>69</sup>**

Da die Einwohnerschaft Kolbermoors zum größten Teil aus der Arbeiterschaft der drei Industriebetriebe bestand, bildete sich bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Bewegung katholisch-christlicher, aber auch sozialistischer Arbeitervereine und Gewerkschaften heraus. Im Zuge der blutigen Niederschlagung der bayerischen Räterepublik kam es zur gewaltsamen Besetzung Kolbermoors durch ein weißes Freikorps, in deren Verlauf der Vorsitzende des revolutionären Volkstrates Georg Schuhmann und sein Sekretär Alois Lahn Anfang Mai 1919 ermordet wurden.<sup>70</sup> Trotzdem behielten, wie die Wahlergeb-

<sup>69</sup> Bevölkerungszahlen zusammengestellt aus Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Historisches Gemeindeverzeichnis. Beiträge zur Statistik Bayerns 192. 1840-1952. München 1952. S. 19. Und Statistik des Pfarramtes Kolbermoor.

<sup>70</sup> Zum genauen Hergang: Salomon, Andreas: Auf den Spuren von Georg Schuhmann

nisse bis 1924 zeigen, USP und KPD einen verhältnismäßig starken Rückhalt in der Kolbermoorer Bevölkerung, der Begriff vom roten Kolbermoor traf also zu.<sup>71</sup> Jedoch begann auch die NSDAP früh, in der Gemeinde für sich zu werben, und gründete bereits 1921 eine eigene Ortsgruppe. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Adolf Hitler seine erste Rede als Agitator für die NSDAP außerhalb Münchens im Juni 1920 in Kolbermoor hielt.<sup>72</sup>

Stäbler sieht einen weiteren wichtigen politischen Faktor im Christlichen Ortskartell Kolbermoor, „*das ein überraschend wirkungsvolles und politisch einflußreiches Gegengewicht zur linken Subkultur des Industrieortes gebildet hatte*“.<sup>73</sup>

Das Krisenjahr 1928 brachte der von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot geplagten Bevölkerung weitere Unbill: Die Spinnerei mußte ihre Produktion drosseln, das Tonwerk wurde durch einen Brand zerstört und zum Jahresende folgte ein strenger Winter.<sup>74</sup> In diesem Jahr übernahm Josef Fleischmann (Jahrgang 1885) das Amt des berufsmäßigen Bürgermeisters.<sup>75</sup> Die Situation in Kolbermoor verschärfte sich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 noch mehr: Eisenbahnwaggons mußten als Notunterkünfte verwendet werden und die Gemeinde Kolber-

---

und Alois Lahn. Ein Beitrag zur Kolbermoorer Räterepublik. Kolbermoor 2000.

<sup>71</sup> Landgrebe, Christa: Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor. München 1980 (zugl. Diss. München 1977). S. 161-162.

<sup>72</sup> Landgrebe, Christa: Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor. München 1980 (zugl. Diss. München 1977). S. 163.

<sup>73</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 278.

<sup>74</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 76.

<sup>75</sup> Zur Rolle Fleischmanns 1933-1944 in Kolbermoor: Salomon, Andreas: Die Kahlhammer-Fleischmann-Kontroverse 1964. Fleischmanns Bürgermeisterzeit 1933-1945. In: Geschichtswerkstatt Kolbermoor (Hrsg.): Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors Bd. 1. Kolbermoor 2002. S.86-108.

moor hatte die größte Fürsorgelast unter den bayerischen Gemeinden zu tragen.<sup>76</sup>

Nach der Machtübernahme in Deutschland begannen die Nationalsozialisten im März 1933 auch in Kolbermoor mit der Gleichschaltung des Gemeinderates, an dessen Spitze Josef Fleischmann weiter Bürgermeister blieb. In der Folgezeit schien sich die Situation des Ortes, unter anderem aufgrund der im Rahmen des Baus der nahegelegenen Autobahn München-Salzburg neu entstandenen Arbeitsplätze, zu verbessern, während jedoch das einst rege Vereinsleben nach und nach gleichgeschaltet wurde. Mit der Markterhebung 1936 erhoffte man sich, weitere Industriebetriebe im Rahmen des Vierjahresplanes nach Kolbermoor zu bringen<sup>77</sup>, um die Gemeindefinanzen dauerhaft zu sanieren. Nachdem dies nicht gelang, versuchte Fleischmann erfolglos, den Markt durch die Gründung eines Verschönerungsvereins für den Fremdenverkehr attraktiv zu gestalten.

Die Rolle der örtlichen Träger des NS-Regimes in Kolbermoor ist bisher noch nicht systematisch aufgearbeitet, eine zentrale Figur der Kolbermoorer NSDAP ist jedoch der Ortsgruppenleiter Georg Frasch (Jahrgang 1890), der ab 1939 auch zweiter Beigeordneter von Bürgermeister Fleischmann war. Dem Bezirksamt Aibling<sup>78</sup> stand ab dem 7.

---

<sup>76</sup> Kahlhammer, Otto: Aus Kolbermoors Vergangenheit (III). Die Jahre 1924-1945. In: Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 15 (1970) S. 168-189, hier S.178.

<sup>77</sup> Erwähnung Kolbermoors im Bericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 2.2.1938: „Der Bezirksamtsvorstand von Aibling regt an, dass bei der Gründung neuer Fabriken im Vollzuge des Vierjahresplanes die Marktgemeinde Kolbermoor berücksichtigt werden soll. Kolbermoor sei nach seiner ganzen Entwicklung nach Terrainbestand, Kraft, Verkehrsanschluß, Bevölkerung auf eine weitere industrielle Entwicklung angewiesen. Eine andere Entwicklungsmöglichkeit gebe es für den Ort nicht. Die Arbeiter müssen jetzt vielfach auswärts Verdienst suchen und seien zum Teil völlig von ihren Familien getrennt.“ Abschrift in BayHStA, MWi 5915.

<sup>78</sup> Ab dem 1. Januar 1939 wurden zur Vereinheitlichung im Deutschen Reich die Bezirksamter in Landratsämter umbenannt, aus dem Bezirksamtmann wurde der Landrat. Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 28.11.1938 Reichsgesetzblatt I 1938. S. 1675. Dem Titel des Amtsblattes des Landrates Nr. 1 (1939) ist zu entnehmen, daß der Landkreis nun Bad auch in der Landkreisbezeichnung übernommen hatte, jedoch fehlen hierzu klärende Angaben, auch nachfolgend findet sich sowohl

Juli 1938 bis zum 8. Juni 1945 Dr. Martin Roidl (Jahrgang 1890) vor.<sup>79</sup>

### 3.2 Rosenheim und Umgebung



Abbildung 3: Topographische Karte von Rosenheim (1944).<sup>80</sup>

#### 3.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Aufgrund der günstigen Lage an Inn und Mangfall und des Vorhandenseins von billigem Brennmaterial (Holz, Torf) in nächster Umgebung wurde 1810 die Saline Rosenheim gegründet. Der frühe Anschluß an das Eisenbahnnetz 1857 wurde zum Take-off für Rosenheim, das sich

---

Bad Aibling als auch Aibling in Literatur und Quellen. Hier wird weiterhin Aibling für den Landkreis und Bad Aibling für die Kreisstadt benutzt.

<sup>79</sup> Mehr zur Person im Kapitel: Chronologie des Ausländereinsatzes in Kolbermoor. Lechner, Korbinian: Die Wohltat der Errichtung eines Bezirksamtes. Kleine Verwaltungsgeschichte der Verwaltungs- und Wirtschaftsregion Aibling. In: Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 17 (1972). S. 9-37, hier S 36.

<sup>80</sup> Ausschnitt aus einer topographischen Karte von Rosenheim und Umgebung. Aufnahme 1906, Ausgabe 1910, letzte Nachträge 1944. Bayerisches Landesvermessungsamt.

zum wirtschaftlichen Verwaltungszentrum der gesamten südostbayerischen Region entwickelte.<sup>81</sup> Die Rosenheimer Industrie bestand neben mittelständischen Handels-, Handwerks- und Baubetrieben und dem Verkehrsgewerbe, vor allem wegen des örtlichen Eisenbahnknotenpunktes (Kufstein-Salzburg-München), aus größeren metallverarbeitenden Unternehmen (Maschinenfabrik Beilhack, Landmaschinenfabrik Konrad, die Eisenwerke Wolf und die Blitzableiter- und Röhrenfabrik Kathrein) und größeren Betrieben des Holzverarbeitenden Gewerbes (Parkettfabrik Süddeutsche Holzindustrie A.G., Säge- und Holzbearbeitungswerk Aicher, Papierfabrik Niedermayer A.G. und das Holzbearbeitungswerk Wilhelm Rief).

Im Nahrungsmittelgewerbe sind vor allem die Vereinigte Kunstmühle Rosenheim und als größte Brauerei neben einigen mittelständischen Unternehmen die Auerbrauerei A.G. zu nennen. Nachdem sich die ortsansässige genossenschaftliche Milchverwertungszentrale von den Folgen der Weltwirtschaftskrise nicht mehr erholte, trat für diese Anfang 1933, trotz nationaler Vorbehalte seitens der Rosenheimer, mit dem französischen Gervais-Konzern ein Käufer aus dem Ausland auf den Plan.

Sicherlich der bekannteste Industriezweig war die Sportartikelherstellung. Der Klepper-Mantel, dem diese Bekanntheit zu verdanken ist, lange als Synonym für einen wasserdichten Regenmantel genutzt, war ursprünglich nur ein Nebenprodukt des 1907 gegründeten Faltfoot- und Zeltherstellers Klepper, der diesen Mantel ab 1919 in Serie produzierte.

Erwähnenswert sind noch größere Industriebetriebe in der Umgebung Rosenheims, so im Osten der Stadt, auf der anderen Innseite, die Industrierwerke Hamberger in Ziegelberg, die neben einer Ziegelei eine Holzverarbeitung für Zündhölzer und Sanitärbedarf betrieben, südlich von Rosenheim das Torfwerk in Raubling, das zur Rosenheimer Saline

---

<sup>81</sup> Auch zum folgenden Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989), S. 39-50.

gehörte, und schließlich die Zellstoffwerke im zehn Kilometer entfernten Redenfeld.

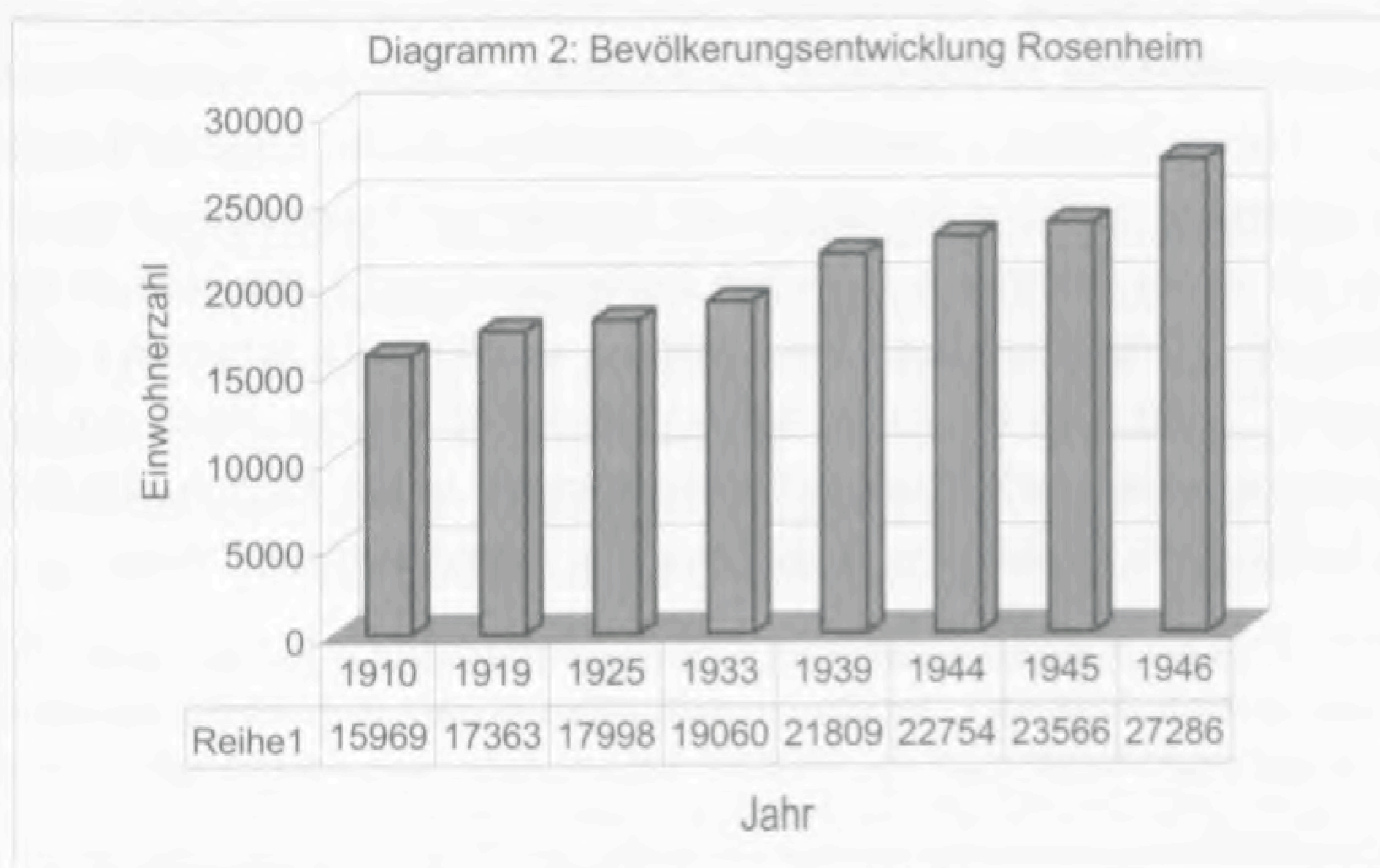
Im Stadtrandgebiet von Rosenheim befanden sich auch kleinere, meist im Nebenerwerb bewirtschaftete, landwirtschaftliche Anwesen. Vor allem das Umland Rosenheims hatte sich jedoch, bis auf ein paar industrielle Inseln, seine agrarische Struktur überwiegend bewahrt. Wegen der meist schlechten bis mittleren Bodenqualität wurde hier überwiegend Viehzucht, Milch- und Forstwirtschaft betrieben. Abschließend sei mit dem Fremdenverkehr noch kurz der jüngste Zweig der Wirtschaft im Rosenheimer Umland erwähnt. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelten sich hauptsächlich am südlichen und östlichen Rand des Bezirkes Rosenheim die Ortschaften des Inntals und Prien am Chiemsee zu angesehenen Fremdenverkehrsorten. Diese hatten sich als Orte der Sommerfrische und der Erholung einen Namen gemacht, während Rosenheim, das Mitte des neunzehnten Jahrhunderts noch über ein angesehenes Heilbad verfügte, mehr und mehr zur Durchgangsstation auf dem Weg in die Berge wurde.<sup>82</sup>

---

<sup>82</sup> Willi, Alois: Die Stadt Rosenheim. Ihre Erscheinung und Raumbeziehung (= Forschungen zur deutschen Landeskunde Bd. 51). Landshut 1951. S. 154.

### 3.2.2 Bevölkerung und politische Entwicklung

Rosenheim war als Industrie-, Verkehrs- und Verwaltungszentrum ein starker Anziehungspunkt für Arbeitssuchende aus der näheren und ferneren Umgebung und hatte deshalb, wie Kolbermoor, ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen.



**Diagramm 2: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Rosenheim**

**1910-1946.<sup>83</sup>**

Die Rosenheimer Bevölkerung war zum größten Teil katholisch, zu erwähnen ist noch eine kleine jüdische Gemeinde, die 1925 39 Glaubensangehörige verzeichnete und, da ohne eigene Synagoge, der israelitischen Kultusgemeinde München angeschlossen war.<sup>84</sup> Schon seit Beginn der zwanziger Jahre und natürlich noch massiver in den dreißiger

<sup>83</sup> Zahlenspiegel, Bevölkerungszahlen der Stadt Rosenheim (Einwohner) 1565-2001. StadtA Ro.

<sup>84</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 18.

Jahren waren die jüdischen Bürger Rosenheims bössartigen Schikanen ausgesetzt, und diejenigen, welche sich nicht durch Emigration retten konnten, wurden Anfang der vierziger Jahre deportiert.<sup>85</sup>

Miesbeck konstatiert für den kulturellen Bereich der Stadt, „[. . .] daß gegenüber der raschen wirtschaftlichen Expansion die Grundversorgung mit kulturellen Einrichtungen lange Zeit zurückblieb.“<sup>86</sup> Ein Grund dafür war möglicherweise die gute Verkehrsverbindung zur Großstadt München. Auf die politische Entwicklung Rosenheims hatte diese Verbindung zu München, nach Stäbler, folgenden Einfluß: Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich die politische Lage in Rosenheim parallel zu der in der Großstadt. Gestützt auf heimgekehrte Soldaten, die in der Sanierung zwischen Kolbermoor und Rosenheim untergebracht waren, entstand ein „relativ stabiles revolutionäres Regiment“<sup>87</sup>, das sich bis Ende April 1919 halten konnte. Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Räteregierung in der Region, die sich in Kolbermoor als letztem Rückzugsort der Roten abgespielt hatte,

*„wurden Rosenheim und sein Umland nun Tummelplatz für alle Spielarten antidemokratischer, nationaler und völkisch-antisemitischer Gruppen, die ein bedeutender Teil der Bürgerschaft als Retter aus bolschewistischer Gefahr und Garanten für den Schutz vor einer Wiederholung der Vorgänge nicht nur tolerierte, sondern in der Hoffnung auf Wiederherstellung der alten Ordnung nach Kräften förderte. Der ‚Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund‘ bereitete das Feld, auf dem 1920 ein noch unbekannter ‚Herr Hittler (!) aus München‘ zu ackern begann.*

---

<sup>85</sup> Stäbler, Wolfgang: Antisemitismus und Judenverfolgung in Rosenheim 1920-1942. S. 37-40. Und Miesbeck, Peter: Schicksale Rosenheimer Juden. Eine Dokumentation. In: Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 1989. S. 37-47. Und Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 297-326 und 499-506.

<sup>86</sup> Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 340.

<sup>87</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989), S. 217.

*Die Gründung der ersten NSDAP-Ortsgruppe außerhalb Münchens am 18. 4. 1920 in Rosenheim war unter diesen Vorzeichen kein Zufall.*<sup>88</sup>

Diese politische Konstellation, ein auch im bürgerlich-katholischen Milieu verwurzelter Antisemitismus, antidemokratische Strömungen und die andauernden Auseinandersetzungen zwischen Braunen, Roten und Schwarzen prägten die Zeit bis zur Machtübernahme in Rosenheim. Der Widerstand einzelner, im katholischen Milieu verwurzelter Bevölkerungsteile wirkte zwar bis in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft hinein, hatte aber wenig Erfolg.

Die vollständige Übernahme des Stadtrates, der Stadtverwaltung und der Schutzpolizei nach der Gleichschaltung Bayerns durch NSDAP-Mitglieder zog sich bis zum Frühjahr 1934 hin. Nach einem Mißtrauensvotum der NSDAP-Stadträte wurde der berufsmäßige Bürgermeister der Stadt, Dr. Hans Knorr, durch den SA-Führer Georg Zahler ersetzt.<sup>89</sup> Mit der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 beseitigte man die kommunale Selbstverwaltung schließlich endgültig, denn der Stadtrat wurde zum beratenden Organ des nach dem Führerprinzip handelnden Bürgermeisters degradiert. Nach dem Rücktritt von Oberbürgermeister Zahler im Jahr 1938 übernahm der stellvertretende Kreisleiter Johann Gmelch (Jahrgang 1893) das Amt, welches er bis 1945 innehatte.<sup>90</sup> Laut der letzten verfügbaren Partei-Statistik vom Dezember 1940 waren zehn Prozent der Bewohner Rosenheims Mitglieder

---

<sup>88</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 217. Detailreich beschrieben in: Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 145-164.

<sup>89</sup> Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 240.

<sup>90</sup> Leicht, Walter: Die nationalsozialistische Machteroberung. In: Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 1989. S. 18-22, hier S. 21.

der NSDAP.<sup>91</sup>

Seit der Machtübernahme wurde die von Kompetenzgerangel und Machtkämpfen gekennzeichnete lokale Führungsriege der Partei nach und nach durch härter durchgreifende jüngere Funktionäre ausgetauscht.<sup>92</sup> Der Leiter der Rosenheimer NSDAP-Ortsgruppe, Josef Heliel (Jahrgang 1906), übernahm am 9. Juni 1934 zusätzlich die Kreisleitung, die ab 1936 die Bezirksämter Rosenheim und Bad Aibling umfaßte.<sup>93</sup> Das Amt des Rosenheimer Ortsgruppenleiters übergab er am 1. Dezember 1935 an Oberbürgermeister Gmelch, der, nachdem Heliel am 5. Juni 1940 in Frankreich gefallen war, auch die Kreisleitung kommissarisch übernahm. Diese Vereinigung der drei Ämter in einer Person änderte sich erst im Januar 1942 mit der Berufung von Walter Ziehnert (Jahrgang 1898) zum neuen Kreisleiter, der dieses Amt bis 1945 ausübte.<sup>94</sup>

Für das Bezirksamt Rosenheim berief man am 1. November 1936 Fritz Schorr (Jahrgang 1889) zum Leiter, der jedoch am 6. Februar 1942 wegen eines Dienststrafverfahrens aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Amt an die Behörde des Reichsstatthalters in Salzburg versetzt wurde.<sup>95</sup> Ihm folgte am 16. August 1942 Herrmann Lippert (Jahrgang 1898), der jedoch bis 19. Februar 1944 in der Kommandantur des Befehlshabers von Gross-Paris und, bis zum wirklichen Amtsantritt in Rosenheim am 4. Oktober 1944, in der Kommandantur des Heeresge-

---

<sup>91</sup> Miesbeck, Peter: Die „Partei“ und ihre Gliederung nach 1933. In: Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 1989. S.34-36, hier S. 34.

<sup>92</sup> Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 379.

<sup>93</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 02.01.1936. StAM, LRA 113813.

<sup>94</sup> Miesbeck, Peter: Die „Partei“ und ihre Gliederung nach 1933. In: Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 1989, S. 34. Und Miesbeck, Peter: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994. S. 364.

<sup>95</sup> BayHStA, MInn 84959.

biets Südfrankreich tätig war.<sup>96</sup> Am 18. Mai 1945 wurde Hermann Lippert seiner Tätigkeit als Landrat enthoben.<sup>97</sup>

### 3.3 Der Arbeitsamtsbezirk Rosenheim



Abbildung 4: Stadt- und Landkreise im Südosten Oberbayerns (1933).<sup>98</sup>

Nur kurz soll hier, gewissermaßen als übergeordnete regionale Klammer und als Lieferant des spärlich vorhandenen statistischen Materials zum Ausländereinsatz, der Arbeitsamtsbezirk Rosenheim beschrieben werden. Neben den Bezirksämtern Wasserburg am Inn, Aibling und Rosenheim umfaßte er ab dem 1. August 1942 auch den Bereich des Arbeitsamtes Holzkirchen mit den Landkreisen Miesbach und

<sup>96</sup> Während der Abwesenheit Lipperts erstattete der Landrat von Aibling Bericht für Aibling und Rosenheim. Schreiben des Kommandanten des Heeresgebietes Südfrankreich Abt. Verwaltung und Wirtschaft an die Oberfeldkommandantur 894, Abt. Mil. Verw. Marseille vom 15.04.1944. BAA Hz-2231. Und Selbstauskunft von Hermann Lippert an die Spruchkammer Rosenheim-Stadt vom 24.05.1946. StAM, SpK-Akten K 1064 Lippert, Hermann.

<sup>97</sup> BayHStA, MInn 84283.

<sup>98</sup> Broszat, Martin u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München Wien 1977.

Bad Tölz.<sup>99</sup>

Landkreis/Stadtkreis	männlich	weiblich	gesamt
Landkreis Rosenheim	28 238	28 056	56 294
Landkreis Miesbach	22 711	24 542	47 253
Landkreis Wasserburg	19 132	20 019	39 151
Landkreis Aibling	15 547	15 203	30 750
Landkreis Bad Tölz	13 706	13 092	26 798
Stadtkreis Rosenheim	10 681	11 128	21 809
<b>Gesamt</b>	<b>110 015</b>	<b>112 040</b>	<b>222 055</b>

**Tabelle 1: Stand der Wohnbevölkerung im erweiterten Arbeitsamtsbezirk Rosenheim (Juli 1944).<sup>100</sup>**

Die einzigen auffindbaren Zahlen über die Schwerpunkte der Wirtschaft des Arbeitsamtsbezirks zur NS-Zeit stammen aus der Arbeit Stegmüllers: 1933 gehören 57,4 Prozent der Erwerbspersonen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim land- und forstwirtschaftlichen Berufsgruppen an, wobei sich im Amtssprengel hauptsächlich klein- und mittelbäuerliche Betriebe befanden. Die nächstgrößte Gruppe (23 Prozent)

<sup>99</sup> Auflösung der Arbeitsämter Holzkirchen und Lindau mit Wirkung zum 1. August 1942 für die Dauer des Krieges durch Beschluß des RAM vom 10.07.1942. StAM, Arbeitsämter 1117.

<sup>100</sup> Größe und Zahl der Landkreise Rosenheim, Bad Aibling, Wasserburg, Miesbach und Tölz. Stand am 7.07.1944. StAM, Arbeitsämter 1117. Diese Zahlen entsprechen bis auf geringe Abweichungen den Bevölkerungszahlen aus dem Jahr 1939, die als Vergleichswert angegeben wurden in: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Bearbeitet auf Grund der Volkszählung vom 13.09.1950. Beiträge zur Statistik Bayerns 169. München 1952. S. 29.

hatte ihren Arbeitsplatz in Industrie und Handwerk.<sup>101</sup>

Mit Rosenheim und Kolbermoor werden also die zwei industriellen Zentren in einer agrarisch geprägten Umgebung im Arbeitsamtsbezirk untersucht. Das neben dem entwicklungsgeschichtlichen Gegensatz von Kolbermoor und Rosenheim interessante Spannungsfeld von zwei industriellen Inseln in einem stark landwirtschaftlich geprägten Umfeld in bezug auf die Zwangsarbeit soll im folgenden aufgegriffen werden.

---

<sup>101</sup> Stegmüller, Ludwig: Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamts-Bezirks Rosenheim. Rosenheim 1939 (zugl. Diss. München 1938). S. 84.

## 4 Organisation und Verwaltung des Ausländereinsatzes auf lokaler Ebene

### 4.1 Der Weg zum Arbeitseinsatz

Wie kamen die ausländischen Arbeitskräfte in den Arbeitsamtsbezirk Rosenheim? Welche Stationen durchliefen sie auf ihrem Weg zum Arbeitseinsatz in den Betrieben?

Um diese Fragen zu beantworten, soll hier der oft sehr unterschiedliche Weg der rekrutierten ArbeiterInnen und Kriegsgefangenen aus deren Perspektive nachgezeichnet werden. Die beteiligten Behörden vor Ort werden anschließend dargestellt, wobei im Rahmen der vorhandenen Quellen vor allem auf die unteren örtlichen Verwaltungseinheiten und ihre Strukturen zur Organisation des Ausländereinsatzes eingegangen werden soll, da die Abläufe auf den mittleren und höheren Verwaltungsebenen bereits ausführlich durch Heusler im Zusammenhang mit dem Münchner Einsatz aufgefächert wurden.<sup>102</sup> In einem letzten Kapitel wird mit dem Lagerwirtschaftsamt für den Wehrwirtschaftsbezirks VII (LgWA), das ab 1941 für die Versorgung der in Lagern untergebrachten ArbeiterInnen zuständig war, dennoch eine Behörde der mittleren Verwaltungsebene näher vorgestellt, da für dieses Amt bei den Recherchen vor Ort neue Quellen entdeckt werden konnten.

#### 4.1.1 Anwerbung und Rekrutierung

Die vier Grundformen der Rekrutierung von Arbeitskräften, die sich in der Anwerbepaxis in den einzelnen Gebieten überlagerten, aber nahezu in allen besetzten oder verbündeten Staaten zur Anwendung kamen, faßt Spoerer folgendermaßen zusammen:

---

<sup>102</sup> Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 53-74.

„1. reine Werbung

2. Werbung mit maßgeblicher Beeinflussung

3. Konskription, also die Aushebung ganzer Jahrgänge unter Rückgriff auf die einheimische Verwaltung

4. Deportation durch willkürliche Gewaltanwendung deutscher oder deutsch-verbündeter Sicherheitsorgane.“<sup>103</sup>

Grundsätzlich war die freiwillige Meldung der einheimischen Bevölkerung in den eroberten Gebieten, bedingt durch die schlechte Situation am jeweiligen Arbeitsmarkt und die daher oft verlockend klingenden Versprechungen für einen Einsatz im Reich, für die deutsche Arbeitsverwaltung der ökonomischste Weg, ArbeiterInnen für den Reichseinsatz zu gewinnen. Aufgrund der Skepsis gegen die deutschen Besatzer und der bald eingehenden schlechten Nachrichten von Beschäftigten aus dem Reich blieben die freiwilligen Meldungen jedoch weit hinter den Erwartungen zurück, so daß seitens der deutschen Arbeitsverwaltung mehr und mehr Druck ausgeübt wurde.

Mit dem im Kriegsverlauf immer drastischer steigenden Arbeitskräftebedarf in der deutschen Wirtschaft verschärften sich die Maßnahmen zur Gewinnung von Arbeitskräften. Durch „Anwerbekommissionen“<sup>104</sup>, aber auch durch Kooperation mit der örtlichen Verwaltung und der Wehrmacht wurden immer mehr Menschen nach Deutschland deportiert.

Die oben erwähnte Kategorisierung der Arten der Anwerbung scheint - auch im Spiegel der Angaben von Zeitzeugen, die in Rosenheim und Kolbermoor eingesetzt waren – durchaus zutreffend. Deren Berichte reichen von der Vermittlung durch die örtliche Arbeitsverwal-

---

<sup>103</sup> Auch zum folgenden Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 37-40.

<sup>104</sup> Quellen über die Anwerbung in Polen und der Ukraine durch eine bayerische Anwerbekommission des Arbeitsamtes Freising unter der Leitung des Regierungsrates Graf von Spreiti finden sich in StAM, Arbeitsämter 757 bis 773.

tung<sup>105</sup>, über gemeinsame Aktionen der lokalen Verwaltung vor Ort in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung, bei denen jungen Männer beispielsweise beim Kinobesuch verschleppt wurden<sup>106</sup>, bis hin zur zwangsweisen Verschickung von nicht zum Militär eingezogenen Männern der Jahrgänge 1924-1928 zum Arbeitsdienst ins Reich<sup>107</sup>.

#### 4.1.2 Transport und Verteilung auf die Arbeitsamtsbezirke

Nachdem in den meisten Darstellungen der Transport der ausländischen Arbeitskräfte kaum thematisiert wird und die Quellen vor allem auf Verordnungen und gesetzliche Bestimmungen beschränkt sind, die keine Auskunft über die tatsächlichen Bedingungen geben können, muß man sich hier überwiegend auf die Aussagen von Zeitzeugen und die Ablaufbeschreibungen der Verordnungen stützen.

Ins Reich kamen die FremdarbeiterInnen meist mittels Bahntransport<sup>108</sup>, nach Angaben der Zeitzeugen geschah dies häufig in Form von Sammeltransporten in Güterwaggons<sup>109</sup>, die weder über Sitzbänke noch über hygienische Einrichtungen verfügten und deren Boden meist lediglich mit Stroh ausgelegt war.<sup>110</sup>

Über grenznahe Auffanglager zur Entseuchung und Entlausung kamen die FremdarbeiterInnen in der Regel in Durchgangslager (Dulag),

---

<sup>105</sup> Brief von Šeba V., Tschechische Republik vom 13.01.2004.

<sup>106</sup> Brief von Josef M., Tschechische Republik vom 15.01.2004. Ein anderer tschechischer Zwangsarbeiter beschreibt: „I went to Munich in Summer 1943 by train with other young Czechs born in 1924, as a gift from our [. . .] president Hácha to Hitler on his birthday“. Brief von Jindrich Ladislav P., jetzt Australien vom 31.12.2003. Emil Hácha (geboren am 12.07.1872) schloß am 15.03.1939 auf Druck Hitlers den Protektorsvertrag mit dem Deutschen Reich und blieb bis 1945 nominell Staatspräsident. Nach seiner Verhaftung durch die Rote Armee starb er am 27.06.1945 kurz vor seinem Gerichtsverfahren im Gefängnis.

<sup>107</sup> Brief von Fazekas L., Slowakische Republik vom 16.01.2004.

<sup>108</sup> DB Museum (Hrsg.): Geschichte der Eisenbahn in Deutschland Bd. 2. Im Dienst von Demokratie und Diktatur. Die Reichsbahn 1920-1945. Nürnberg 2002. S. 112.

<sup>109</sup> Zum Beispiel Briefe von Maria I., Belarusland vom 15.01.2004 und Genowefa M., Polen/jetzt USA vom 26.01.2004

<sup>110</sup> Smolorz, Roman P.: Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ am Beispiel Regensburgs (= Regensburger Studien Bd. 8). Regensburg 2003. S. 61.

von wo aus sie auf die verschiedenen Arbeitsamtsbezirke verteilt wurden.

Kriegsgefangene nahmen einen ähnlichen Weg: Vom Frontstamm-  
lager aus, in das sie nach ihrer Gefangennahme gebracht wurden, er-  
folgte der Transport in frontnahe Auffanglager<sup>111</sup>, von dort aus, je nach  
Dienstgrad, weiter in ein Offizierslager (Oflag) beziehungsweise ein  
Kriegsgefangenenengemeinschaftsstammlager (Stalag) im Reich.<sup>112</sup> Dies  
beschreibt den idealtypischen Weg, jedoch kann man davon ausgehen,  
daß der Transport selten so reibungslos verlief. Die Transportierten  
wurden mehrmals entlaust, es kam zu längeren Aufenthalten in den  
verschiedenen, meist überfüllten Lagern oder auf freier Strecke und die  
Transportbedingungen, vor allem aus dem Osten, waren unter Versor-  
gungs- und Hygienegesichtspunkten denkbar schlecht.<sup>113</sup>

Der Weg der FremdarbeiterInnen und Kriegsgefangenen in das Ge-  
biet des Arbeitsamtes Rosenheim läßt sich anhand der Quellen nicht  
genau rekonstruieren, jedoch waren, neben Lagern in München, das  
Dulag Dachau-Rothschwaige und das Stalag VII A in Moosburg an der  
Isar die für die Zuteilung von Kriegsgefangenen nächstgelegenen zent-  
ralen Verteilungsstellen.<sup>114</sup>

Das Dulag Dachau-Rothschwaige<sup>115</sup> wurde am 15. Juli 1942 in Be-

---

<sup>111</sup> Diese Auffanglager wurden teilweise auch Dulags genannt.

<sup>112</sup> Adam, Robert: Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern. In: Müller, Ernst Ferdinand (Hrsg.): Bayerisches Jahrbuch 1942. Ein Hand- und Nachschlagebuch für Partei, Staat, Verwaltung, Wirtschaft und alle Berufe nebst Kalendarium. München 1942. S. 313-316. Inhaltlich nahezu identisch mit: Hölk, N.N: Der Kriegsgefangeneneinsatz im zweiten Kriegsjahr. In: Reichsarbeitsblatt 15 (1941) Teil V (Soziales Deutschland). S. 256-259.

<sup>113</sup> Heusler, Andreas: Ausländische Arbeitskräfte bei der Reichsbahn 1939-1945. In: Schossig, Bernhard (Hrsg.): Unter dem geflügelten Rad. Arbeit und Leben bei der Eisenbahn in München und im südlichen Bayern. München 2001. S. 122-152, hier S. 125.

<sup>114</sup> Briefe von Genoewa M., Polen/jetzt USA vom 26.01.2004 und von Maria I., Belarusland vom 15.01.2004.

<sup>115</sup> Zur ungenügenden Quellenlage und zum folgenden Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 208-212.

trieb genommen, da die Ausländerlager im Stadtgebiet München wegen Kapazitätsproblemen und Seuchengefahr eine Bedrohung für die Stadtbevölkerung darstellten. Das Lager war für ca. 2 000 Personen angelegt und sollte wohl zuerst nur für OstarbeiterInnen genutzt werden.<sup>116</sup> Nachdem anfangs die ankommenden Arbeitskräfte dort lediglich untersucht und entlastet wurden, entwickelte sich das Dulag „zum medizinischen Versorgungsstützpunkt für kranke, vor allem stationär zu behandelnde ausländische Zivilarbeiter im oberbayerischen Raum“, auch schwangere Arbeiterinnen wurden zur Entbindung oder aber zur Abtreibung nach Dachau-Rothschwaige verbracht<sup>117</sup>. Wurden die ausländischen Arbeitskräfte bei Krankheit oder Schwangerschaft anfangs noch in ihre Heimat zurücktransportiert, ging man später mehr und mehr zur nötigsten Versorgung vor Ort über.

Das Stalag VII A im Norden von Moosburg an der Isar, das den altbayerischen Teil des Wehrkreises VII mit kriegsgefangenen Arbeitskräften versorgte, wurde im September 1939 gegründet und war ab März 1940 bezugsfertig<sup>118</sup>, davor waren die Kriegsgefangenen in einem Zeltlager untergebracht. Bis auf einige Gefangene, die in den lagereigenen Werkstätten arbeiteten, wurden die Kriegsgefangenen nach Entseuchung, Erfassung in der lagereigenen Arbeitseinsatzstelle und Musterrung von dort aus unter Bewachung in Arbeitskommandos mit unterschiedlicher Stärke an die verschiedenen Arbeitsamtsbezirke verteilt.<sup>119</sup>

---

<sup>116</sup> Später scheinen auch Italiener und Polen dort eingetroffen zu sein. Nach einer Schließung wegen Seuchenquarantäne am 22.05.1944 sollten ab der Wiedereröffnung am 05.06.1944 auch alle anderen neu eintreffenden Ausländer dort erfaßt werden. StAM, Arbeitsämter 1276.

<sup>117</sup> Mehrere Einweisungsanforderungen aus dem Gebiet des Arbeitsamtes Rosenheim sind noch erhalten. StAM, Arbeitsämter 881. Genaueres zu dieser Thematik im Kapitel Orte des Arbeitseinsatzes.

<sup>118</sup> Zum Fehlen einer wissenschaftlichen Darstellung und zum umfassenden Aktengut in den Archives Nationales, Paris: Weger, Tobias: Nationalsozialistischer „Fremdarbeitereinsatz“ in einer bayerischen Gemeinde 1939-1945. Das Beispiel Olching (Landkreis Fürstentfeldbruck) (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 20). Frankfurt am Main 1998. S. 54.

<sup>119</sup> Anfangs gab es auch sogenannte „fliegende Arbeitskolonnen“, die zur Saisonarbeit gleichzeitig mehreren Betrieben zur Verfügung gestellt wurden. Ende des Jahres 1940 waren rund 2000 Arbeitskommandos des Stalags VII A eingesetzt. Diese An-

Nach der Ankunft in Rosenheim waren Bahnhof und Sanierung Rosenheim die ersten Stationen auf dem Weg zu den Einsatzträgern.

#### 4.1.3 Bahnhof und „Sanierung“ Rosenheim

Als südlichster Knotenbahnhof im Reich kam dem Bahnhof Rosenheim mit seiner Verbindung nach Salzburg und Kufstein als Truppenumschlagplatz bereits im Ersten Weltkrieg militärische Bedeutung zu. Auch in bezug auf den Ausländereinsatz vor Kriegsbeginn und in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges wurde Rosenheim, insbesondere im Zusammenhang mit dem Einsatz von italienischen LandarbeiterInnen, als Durchgangsbahnhof, Versorgungsstation und Umladeplatz genutzt.

So beförderte man im Mai 1939 ca. 34 000 Italiener über den Bahnhof Rosenheim ins Reich<sup>120</sup>, wovon, den auffindbaren Quellensplittern zufolge, nur ein geringer Teil im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim selbst beschäftigt wurde.<sup>121</sup> Im April des darauffolgenden Jahres wurden im Rahmen eines 90 Minuten dauernden Aufenthalts die Fahrgäste von 20 Zügen mit jeweils ca. 750 Italienern, also insgesamt ca. 15 000 Menschen, in verschiedenen Rosenheimer Gasthäusern verpflegt.<sup>122</sup> Für das Frühjahr 1941 meldete das Arbeitsamt Rosenheim 28 Transporte<sup>123</sup>, die

---

gaben sind einem Bericht des Lagerkommandanten Oberst Nepf entnommen, der in der Broschüre der Stadt Moosburg an der Isar (Hrsg.): Geschichte des Gefangenenlagers Stalag VII A (1939-1945). Moosburg an der Isar 1982 zusammengefaßt wurde. Ansonsten ist die ca. zehn Textseiten umfassende verkürzte Wiedergabe von zwei zeitgenössischen Berichten unter diesem vielversprechenden Titel eher enttäuschend.

<sup>120</sup> Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Bayern für Mai 1939. StAM, Arbeitsämter 879.

<sup>121</sup> Leider sind für diesen Zeitraum nur nicht aussagekräftige Meldungen über italienische Arbeitskräfte erhalten, die auch im Winter im Arbeitsamtsbezirk blieben. In: Ausländische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1939-1945, Italien. StAM, Arbeitsämter 879.

<sup>122</sup> Für den Monat Mai liegen keine Angaben vor. Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Bayern für April 1940. StAM, Arbeitsämter 884. Bericht der Kreisleitung Rosenheim an die Gauleitung München-Oberbayern vom 04.05.1940. StAM, NSDAP 1625.

<sup>123</sup> Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Bayern für April

Kreisleitung berichtete Mitte Mai von 18 000 Industrie- und 21 085 LandarbeiterInnen<sup>124</sup> und Ende des Monats resümierte die DAF-Kreisverwaltung Rosenheim in ihrem Jahresbericht, daß „82 Sonderzüge von italienischen Industriearbeitern“ versorgt wurden.<sup>125</sup> Mit der folgenden Einladung des Arbeitsamtes an die Kreisleitung Rosenheim endet die Überlieferung zur Versorgung der italienischen Arbeitskräfte-transporte:

*„Aus Anlass des Abschlusses der diesjährigen Transporte italienischer Landarbeiter kommen am Mittwoch, den 28. 5. 41, mit dem um 13.02 Uhr eintreffenden Sonderzug mehrere Gäste aus Italien, darunter auch führende Persönlichkeiten der Faschistischen Partei, nach Rosenheim. Diese nehmen an dem gegen 13.15 Uhr stattfindenden Eintopfessen der italienischen Landarbeiter im Hotel König Otto teil.“<sup>126</sup>*

Auch aufgrund von Truppentransporten wurde der Rosenheimer Bahnhof, vor allem mit dem deutschen Eingreifen auf dem Kriegsschauplatz in Nordafrika und dem Balkanfeldzug zu Beginn des Jahres 1941, mit seiner Verbindung Richtung Salzburg und Kufstein zu einem strategisch wichtigen Bahnhof.<sup>127</sup>

Die im Westen Rosenheims gelegene Sanierungsanstalt<sup>128</sup>, die zwi-

---

1941. StAM, Arbeitsämter 879.

<sup>124</sup> Bericht der Kreisleitung Rosenheim an die Gauleitung München-Oberbayern vom 12.05.1941. StAM, NSDAP 1625.

<sup>125</sup> Bericht der Deutschen Arbeitsfront Kreisverwaltung Rosenheim für die Zeit vom 31.04.1940 bis 01.05.1941. StAM, NSDAP 1812.

<sup>126</sup> Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim an den Kreisleiter Rosenheim Mai 1941. StAM, NSDAP 1557.

<sup>127</sup> Jobst, Georg: Geschichte des Bahnhofs Rosenheim (= Das Bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des historischen Vereins Rosenheim 29). Rosenheim 1958. S. 70.

<sup>128</sup> Aufgrund unzureichender hygienischer Maßnahmen galten im Ersten Weltkrieg Kopf-, Filz und Kleiderläuse wegen der Übertragung von Fleckfieber und Typhus als große Seuchengefahr. In Rosenheim errichtete man deshalb, unter anderem mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen, im Sommer 1915 eine „Sana“, in der zu verlegende Truppen *entlaust* werden konnten. Mit Hilfe von chemischen Substanzen, durch das Entfernen der Haare und durch das Auskochen der Kleidung wurden die Soldaten und auch Kriegsgefangene *lausfrei* gemacht. In der Anlage zwischen Rosenheim und Kolbermoor konnten gleichzeitig 12 000 Personen zur Behandlung untergebracht werden. Später wurde sie teilweise wieder abgebaut und anderweitig verwendet. Dazu: BayHStA, Inspektion der Eisenbahnen Bd. 23; Nöth, Stefan: Das Lausdenkmal. Zur Geschichte der Sanierungsanstalt Plattling 1915-1920. In: Der

schen den Kriegen unter anderem als Notunterkunft für Wohnungslose genutzt wurde<sup>129</sup>, schien neben einem im September 1942 in Betrieb genommenen sogenannten Vorbahnhof im Süden der Stadt den Rosenheimer Bahnhof zu entlasten<sup>130</sup>.

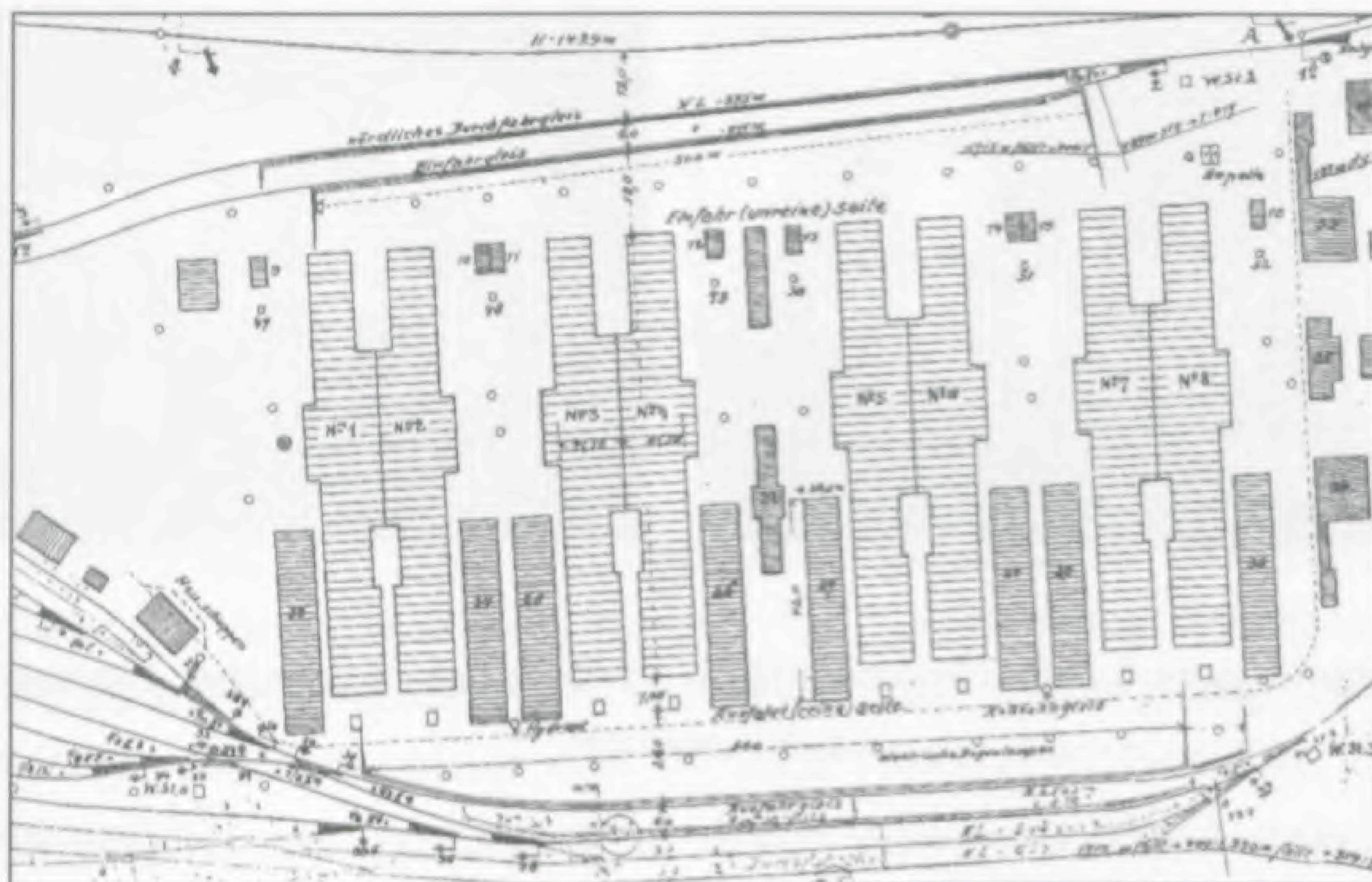


Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Plan der Sanierungsanlage  
(November 1915).<sup>131</sup>

Nachdem in verschiedenen Quellen erwähnt wird, daß das Rosenheimer Gesundheitsamt Untersuchungen und Seuchenvorbeugung an den FremdarbeiterInnen vor Ort übernahm<sup>132</sup>, und auch mehrere Bilder

---

Storchenturm 44 (1988). S. 78-91; Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns Nr. 43: Weichenstellung. Eisenbahnen in Bayern 1835-1920. München 2001. S. 106.

<sup>129</sup> Stäbler, Wolfgang: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989). S. 88.

<sup>130</sup> Jobst, Georg: Geschichte des Bahnhofs Rosenheim (= Das Bayerische Inn-Oberland, Zeitschrift des historischen Vereins Rosenheim 29). Rosenheim 1958. S. 70.

<sup>131</sup> Plan der Sanierungsanlage Rosenheim 02.11.1915. BayHStA, Inspektion der Eisenbahnen Bd. 23.

<sup>132</sup> Rundschreiben des Staatsministeriums des Inneren unter anderem an die Gesundheitsämter vom 17.02.1940. StAM, LRA 40577. Und Schriftverkehr zwischen Ge-

existieren, auf denen ukrainische ZwangsarbeiterInnen im Jahr 1942 auf dem Gelände der Sanierung 1942 abgebildet sind, kann man davon ausgehen, daß die Sanierungsanlage im Westen des Bahnhofs zumindest teilweise reaktiviert wurde.



Abbildungen 6 und 7: Photographien „Entlausung ukrainischer Zwangsarbeiter Juni 42“.<sup>133</sup>

Smolorz bestätigt in seiner Arbeit zu Regensburg den Vorgang der nochmaligen Desinfektion und Entlausung vor Ort, weiter schreibt er, gestützt auf Zeitzeugenaussagen, zum doppelten Zweck der Maßnahme:

*„Die Zwangsarbeiter wurden nach ihrer Reise tatsächlich gesäubert, gleichzeitig aber entsprechend der Propaganda als schmutzig und krankheitserregend dargestellt. Da sie unabhängig von Geschlecht und Alter immer nackt zum Bad geführt wurden, stellte diese Maßnahme vor allem für die weiblichen Verschleppten eine Demütigung dar.“<sup>134</sup>*

Ein weiterer Beleg für die These von der Reaktivierung ist, daß die am 14. August 1944 abmarschierenden Pioniere ebenfalls in den Westen

---

sundheitsamt Rosenheim und Arbeitsamt Rosenheim. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>133</sup> Aufnahmen zu ZwangsarbeiterInnen in Rosenheim. StadtA Ro, Fotosammlung, Stichwort Zwangsarbeiter. Die Bilder wurden durch die Stadtarchivarin von Rosenheim beschriftet; sie vermutet, daß diese Bilder in der Sanierung aufgenommen wurden.

<sup>134</sup> Smolorz, Roman P.: Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ am Beispiel Regensburgs (= Regensburger Studien Bd. 8). Regensburg 2003. S. 62.

des Rosenheimer Bahnhofs zur Sanierung geführt wurden.<sup>135</sup>

Auch im Rahmen des Rückzugs der deutschen Truppen scheint der Rosenheimer Bahnhof mit der Sanierungsanlage strategisch wichtig gewesen zu sein. Die Tatsache, daß einige ausländische Jugendliche, die in den letzten Kriegsmonaten zum militärischen Dienst ins Reich gebracht worden waren, auf dem Weg an die Front in Rosenheim saniert wurden, läßt diesen Schluß zu.<sup>136</sup>

Der letzte erhaltene Nachweis zur Sanierung ist folgende Schadensmeldung der Stadt Rosenheim vom 16. Februar 1945: „*Volltreffer in der Entlausungsanstalt der Wehrmacht in der Sanierung. Schwere Beschädigung*“<sup>137</sup>.

Auch die Alliierten erkannten die Bedeutung des Rosenheimer Bahnhofs, der deshalb seit Herbst 1944 immer wieder bombardiert wurde. Anfangs entstanden nur geringe Schäden, jedoch gelang mit den heftigen Bombenangriffen vom 18. bis 21. April 1945 die völlige Zerstörung.<sup>138</sup>

#### 4.2 Verwaltung des Arbeitseinsatzes auf lokaler Ebene

Die Kompetenzverteilung in der lokalen Verwaltung des Arbeitseinsatzes im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim läßt sich vor allem aus den erhaltenen Akten der jeweiligen Ämter rekonstruieren. Durch nicht klar abgegrenzte Aufgaben entstehende Probleme, die vielerorts zwangsläufig zu Konkurrenz und lang anhaltenden Auseinandersetzungen in einer

---

<sup>135</sup> Angaben zur Marschroute in einem Aufruf an die Rosenheimer Bevölkerung, den Pionieren zum Abschied am 14.08.1944 „*mit Fahnen und Blumen noch eine kleine Freude [zu] bereiten*“. StadtA Ro, Dokuslg, Nationalsozialismus III.

<sup>136</sup> Briefe von Fazekas L. (Jahrgang 1928), Slowakische Republik vom 16.01.2004, von Stefan P. (Jahrgang 1927), Slowakische Republik vom 08.01.2004, von Lázló I. (Jahrgang 1928), Ungarn vom 23.12.2003, von Branko Š. (Jahrgang 1927), Bosnien 08.01.2004.

<sup>137</sup> Nachmeldung zu den Schäden der Angriffe auf das Stadtgebiet Rosenheim vom 16.02.1945. StadtA Ro Doku Krieg-2. Weltkrieg.

<sup>138</sup> Stefan Freundl: Der Bahnhof am Wegekreuz Rosenheim. Eisenbahngeschichte und Stadtentwicklung. Wasserburg 1985. S. 140.

„atomisierten Verwaltung“<sup>139</sup> führten, sind auf der Basis der vorhandenen Quellen für Rosenheim kaum nachweisbar. Auch eine Verlagerung der Einflußsphäre der Arbeitsverwaltung zugunsten der Deutschen Arbeitsfront (DAF) oder der Rüstungsdienststellen, wie sie Heusler für München feststellte<sup>140</sup>, war im Arbeitsamtsbezirk nicht zu beobachten. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, daß die archivalischen Quellen vor allem für die Jahre 1944 und 1945 sehr rudimentär überliefert sind.

#### 4.2.1 Arbeitsamt Rosenheim

Die zentrale Verwaltungsdienststelle des Ausländereinsatzes war das Arbeitsamt mit seinen Nebenstellen Wasserburg am Inn, Prien am Chiemsee, Bad Aibling und ab August 1942 auch Holzkirchen und Bad Tölz<sup>141</sup>.

Benötigte eine Firma ausländische Arbeitskräfte, so meldete sie dies dem Arbeitsamt. Diese Anforderung des Betriebes wurde anschließend per Inspektion vor Ort oder per Fragebogenerhebung durch die DAF geprüft. Bei landwirtschaftlichen Betrieben geschah dies über die zuständige Stelle der Kreisbauernschaft. Zumeist ging es dabei um Unterbringungs- beziehungsweise Versorgungsfragen, Lohn und, falls notwendig, die ordnungsgemäße Sicherung und Bewachung vor Ort.

Mit regelmäßigen Bedarfsmeldungen wurde die entsprechende Zahl an ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen beim Landesarbeitsamt Bayern<sup>142</sup> angefordert.<sup>143</sup>

---

<sup>139</sup> Die Auseinandersetzungen in München beschreibt anschaulich: Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996.

<sup>140</sup> Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 54 und 58.

<sup>141</sup> Leiter des Arbeitsamtes waren von März 1939 bis Februar 1941 Reg. Rat. Dr. Hans Th. Miersch (Jahrgang 1889) und bis zum August 1945 Reg. Rat. Dr. Paul Neumann (Jahrgang 1894). StAM, SpK-Akten K 3904 Miersch, Hans und K 3913 Neumann, Paul.

<sup>142</sup> In zwei Neugliederungen wurde der Landesarbeitsamtsbezirk Bayern umstrukturiert: Im Juli 1942 zum *Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern* (neben kleineren Verände-

Die zugewiesenen FremdarbeiterInnen und Kriegsgefangenenkommandos mußten nach der Zuweisung im entsprechenden Dulag oder Stalag abgeholt werden oder wurden vom Lager aus nach Rosenheim geschickt und von Mitarbeitern des Arbeitsamtes und der Kreispolizeibehörde am Bahnhof abgeholt. Nach der Ankunft wurde seitens des Gesundheitsamtes Rosenheim eine gesundheitliche Untersuchung vorgenommen. Ob diese in der Sanierung im Zusammenhang mit der Entlassung stattfand, konnte nicht zweifelsfrei geklärt werden. Nach der Erfassung, das heißt der Erteilung einer Arbeitsgenehmigung mittels sogenannter Grauzettel für ausländische ZivilarbeiterInnen durch das Arbeitsamt, die Meldebehörde und das jeweils zuständige Wirtschaftsamt, konnten die Menschen von Beauftragten der Betriebe abgeholt werden.

Eine weitere Aufgabe der Ausländerstelle im Arbeitsamt Rosenheim war die Annahme von Beschwerden und Klagen über arbeitsunwillige oder arbeitsunfähige FremdarbeiterInnen. Daneben konnten hier auch ArbeiterInnen ihre Klagen wegen schlechter Behandlung durch die Einsatzträger vortragen. Die Ausländerstelle entschied über die Umsetzung beziehungsweise den anfangs noch möglichen Rücktransport der arbeitsunfähigen Kräfte<sup>144</sup> sowie über die Genehmigung eventueller Heimaturlaube und Familienheimfahrten. Leider gibt es hierzu so gut wie keine Überlieferung in den Akten des Arbeitsamtes Rosenheim.

---

rungen kamen die Arbeitsamtsbezirke Landshut und Pfarrkirchen dazu). Aus: Der Arbeitseinsatz im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern. Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Bayern Nummer 7 (Juli 1942). S. 1. StAM, NSDAP 2011.

Im Juni 1943 wurde die Gaueinteilung in die Arbeitsverwaltung übernommen, der Arbeitsamtsbezirk Rosenheim lag nun neben den Arbeitsamtsbezirken München Stadt/Land, Freising, Ingolstadt, Mühldorf, Traunstein und Weilheim im *Gauarbeitsamtsbezirk München-Oberbayern*. Spoerer, Mark: NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30.09.1944 nach Arbeitsamtsbezirken. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001). S. 666-684, hier S. 667.

<sup>143</sup> Zum weiteren Verfahren mit den Bedarfsmeldungen: Maier, Dieter G.: Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit. In: Winkler, Ulrike (Hrsg.): Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000, S. 67-84, hier S. 73-74.

<sup>144</sup> Maier, Dieter G.: Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit. In: Winkler, Ulrike (Hrsg.): Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000. S. 67-84, hier S. 75-76.

Neben dem durch Einberufungen wachsenden Personalmangel<sup>145</sup>, der durch die erweiterte Zuständigkeit des Arbeitsamtes Rosenheim noch verschärft wurde, bestand auch eine eklatante Raumnot, da das Arbeitsamt nur notdürftig im Gebäude des Bräu am Anger untergebracht war. Dort herrschte schon vor dem Krieg Platzmangel<sup>146</sup>, deshalb konnten manche Auflagen, die im Rahmen des Einsatzes von Ausländern verfügt worden waren, nicht ohne weiteres eingehalten werden, so zum Beispiel die Forderung, daß deutsche Volksgenossen keinesfalls im selben Warteraum mit Angehörigen von Feindstaaten sitzen durften. Einem Schreiben des Leiters des Arbeitsamtes ist zu entnehmen, daß eine andere Regelung gefunden wurde:

*„Das Beisammensein von reichsdeutschen Besuchern des Arbeitsamtes mit Angehörigen der Feindstaaten innerhalb der Amtsräume habe ich schon bisher nicht als rechtmässig angesehen [ . . . ] Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten habe ich daher bisher schon angeordnet, dass grundsätzlich reichsdeutsche Besucher des Amtes vor den Ausländern behandelt werden.“<sup>147</sup>*

#### 4.2.2 NSDAP und DAF

Die Quellen geben keine genaue Auskunft darüber, inwiefern die NSDAP und das Amt für den Arbeitseinsatz der DAF in Rosenheim und Kolbermoor am Unterhalt von Ausländerlagern und deren Betreuung beteiligt waren.<sup>148</sup> Zwar kann man aus einigen Schriftwechseln

---

<sup>145</sup> In einem Brief an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern vom 12.06.1940 beklagte sich Arbeitsamtsleiter Dr. Miersch über die Personalnot. StAM, Arbeitsämter 1214.

<sup>146</sup> Eberhardt, Susanne: 100 Jahre Arbeitsamt Rosenheim. Rosenheim 2001. S. 44.

<sup>147</sup> Schreiben des Leiters des Arbeitsamtes Rosenheim an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern vom 23.12.1941. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>148</sup> Die offizielle Vereinbarung war: „Um die Betreuung [der ausländischen Arbeitskräfte] auszubauen und die Arbeitsämter zu entlasten, hat der Reichsarbeitsminister mit der Deutschen Arbeitsfront, Amt für Arbeitseinsatz, vereinbart, daß diese die Betreuung der gewerblichen ausländischen Arbeitskräfte bei deren Eintreffen und während ihrer Beschäftigung im Reich übernimmt. Dies gilt besonders für die Lagerbetreuung, Lagerführung und Verpflegung. Die AÄ. und LAÄ. arbeiten mit den Dienststellen des Amtes für Arbeitseinsatz der Deutschen Arbeitsfront in allen Betreuungsfragen eng zusammen.“ In: Timm, Max: Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland. Reichsarbeitsblatt von Nr. 34 (1941) bis Nr. 2 (1942)

schließen, daß die Kreisleitung über die Ankunft von Transporten durch das Arbeitsamt beziehungsweise durch in Abschrift übersandte Berichte der Bürgermeister und Landräte über den Stand des Ausländereinsatzes informiert war, völlig unklar ist jedoch, inwieweit hier seitens der Parteifunktionäre eingegriffen wurde.

Die DAF als angeschlossener Verband der NSDAP und nationalsozialistische Gemeinschaftsorganisation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber war die Organisation, die durch ihre feingliedrige Struktur und eine Vielzahl von Großkampagnen die Belegschaften auf die nationalsozialistische Linie brachte.

Der durch die DAF seit 1937 ausgetragene Leistungskampf deutscher Betriebe erfreute sich im Kreisgebiet Rosenheim großen Zuspruchs: 1940/41 nahmen insgesamt fast 1 000 Betriebe daran teil.<sup>149</sup> Dieser Wettkampf um den Titel Nationalsozialistischer Musterbetrieb sollte die Unternehmer dazu anhalten, die Arbeitsbedingungen ihrer MitarbeiterInnen nach nationalsozialistischen Vorstellungen auszurichten, um so die Produktivität weiter zu steigern. Mit einem sehr hohen Aufwand an schriftlichem Propagandamaterial, unter anderem in Form von monatlichen Rundschreiben, Sonder-Mitteilungen usw., wurden Anordnungen zum Umgang mit den ausländischen Arbeitskräften erteilt.<sup>150</sup> So wurde beispielsweise in einem Rundschreiben der Gauverwaltung München-Oberbayern vom 7. Dezember 1942 unter „*Betreff*

---

Teil V (Soziales Deutschland). Nr. 35/36 (1941) S. 639.

Im Arbeitsamtsbezirk schienen die Lager eher von den jeweiligen Betriebsführern unterhalten zu werden, inwiefern die DAF-Betriebs-Gemeinschaften dabei beteiligt waren, ist nicht zu ermitteln.

<sup>149</sup> Bericht der Deutschen Arbeitsfront Kreisverwaltung Rosenheim für die Zeit vom 31.04.1940 bis 01.05.1941. StAM, NSDAP 1812. Einige erhaltene „*Bewerbungsmappen*“ dieser Wettkämpfe bieten anschauliches Material (teilweise mit Photographien) zu größeren Betrieben in Rosenheim. Diese Unterlagen über die Firmen zeigen, daß alle örtlichen Unternehmen lediglich mit der zweitbesten Auszeichnung, dem „*Gaudiplom*“ belohnt wurden, was auch auf Briefbögen und in Form von Messingtafeln auf dem Betriebsgelände zur Schau gestellt wurde.

<sup>150</sup> Von Fransecky, Tanja: Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939 bis 1945. Eine Firmenübersicht. Arbeitsheft Nr. 31 der Otto Brenner Stiftung. Berlin 2003. S. 45-51.

*Weihnachtsfeiern*“ folgendes angewiesen:

*„Da in diesem Jahr viele ausländische Lagerinsassen nicht nach Hause fahren können, ist es notwendig, auf die Abhaltung von Weihnachtsfeiern in den Lagern besonderes Gewicht zu legen. Die Wirtschaftsräume sind der Feier entsprechend zu dekorieren. Soweit es möglich ist, durch eigene Lagerkräfte eine Veranstaltung durchzuführen, ist dies weitgehend zu unterstützen. Es können auch lagereigene Gruppen benachbarter Lager herangezogen werden. [. . .]*

*Wenn die Möglichkeit gegeben ist, bei der Feier einen kleinen Teller mit Gebäck etc. zu verabreichen, ist nichts dagegen einzuwenden. Auch sollen an den Feiertagen die Nationalgerichte der Lagerinsassen hergestellt werden.*

*Polen und Juden sind von der Teilnahme an den Feiern auszuschliessen. Soweit die Räumlichkeiten es zulassen, ist den einzelnen Nationalitäten die Möglichkeit zu geben, während der Feiertage ihre Heimatsendungen zu hören. Die Sendezeiten können Sie beim Rundfunk erfragen.*

*Ich weise darauf hin, dass es nicht erwünscht ist, dass die Ausländer zwischen Weihnachten und Neujahr, wo jedenfalls ein Teil der Wirtschaft Betriebsruhe einlegt, das Gemeinschaftslager verlassen und die Gaststätten und Dörfer besucht. Der Lagerführer muss Mittel und Wege finden, über diese Zeit die Ausländer im Lager zu halten. Er kann dies durch lagereigene Freizeitgestaltung, durch Schrank-Appelle bzw. Spinde-Revisionen, Kleider- und Schuhe-Appelle usw. veranlassen.“<sup>151</sup>*

Mit der Ernennung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz am 21. März 1942 übernahm die DAF vor allem die soziale Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte.

Nachfolgendes Bild zeigt eine Werbeanzeige für Zeitungen, die speziell für FremdarbeiterInnen herausgegeben wurden.<sup>152</sup>

---

<sup>151</sup> DAF Gauverwaltung München-Oberbayern an alle Lagerführer der Gemeinschaftslager im Gau München-Oberbayern vom 07.12.1942. StAM, NSDAP 2011.

<sup>152</sup> Die Deutsche Arbeitsfront. Amt für Arbeitseinsatz. Sonder-Mitteilungen. Ausgabe 8/1942. StAM, NSDAP 2011.



Abbildung 8: Werbeanzeige zu Lagerzeitungen für FremdarbeiterInnen (August 1942).<sup>153</sup>

Auf Veranlassung der DAF wurden seit dem Frühjahr 1941 fremdsprachige Lagerzeitungen herausgegeben, die wöchentlich oder vierzehntägig erschienen und vor allem propagandistischen Zwecken dienten, sie waren „ein Teil des Herrschaftsapparates im ‚Arbeitseinsatz‘“ und man maß ihnen eine „herausragende Rolle im Spektrum der Fremdarbeiterpropaganda“ bei.<sup>154</sup> Der Wirkungsgrad war jedoch verhältnismäßig gering, denn die ausländischen Arbeitskräfte lasen die Zeitungen zwar aus Langeweile oder weil es keine anderen Text in der Muttersprache gab, den Informationen trauten sie überwiegend nicht.

Eine weitere involvierte Parteigliederung der NSDAP war die Rassenpolitische Hauptstelle im Amt für Volksgesundheit des Gaues München-Oberbayern, die unter anderem die Bevölkerung auch in kleineren Orten durch Vortragsabende zu verschiedenen, die Rassenhygiene

<sup>153</sup> Die Deutsche Arbeitsfront, Amt für Arbeitseinsatz, Sondernummer: Ausländereinsatz II, Aufbau und Tätigkeit der ausländischen Betreuungsorganisationen – Stellung des Ausländers im Betrieb u. a. Ausgabe Nr. 8 (1942). S. 25.

<sup>154</sup> Schiller, Thomas: NS-Propaganda für den „Arbeitseinsatz“. Lagerzeitungen für Fremdarbeiter im Zweiten Weltkrieg. Entstehung, Funktion, Rezeption und Bibliographie. Hamburg 1997 (zugl. Diss. Dortmund 1996). S. 132-133, 200.

betreffenden Themen informierte, worunter auch die Kriegsgefangenen- u. Fremdarbeiterfrage fiel.<sup>155</sup>

#### 4.2.3 Wirtschaftsamt Rosenheim und Bad Aibling

Die Ernährungs- und Wirtschaftsämter<sup>156</sup> der Kreisverwaltungsbehörden übernahmen die Versorgung der ausländischen Arbeitskräfte. Das Wirtschaftsamt versorgte sie mit Spinnstoffwaren, das heißt Kleidung, Decken, Handtücher und Nähmaterial, sowie mit Seife. Auf der Basis verschiedener Bezugsscheinzuteilungsverfahren bekamen FremdarbeiterInnen nach Nationalität und Stand der deutschen Beziehungen zu den jeweiligen Nationen die als ausreichend zugedachten Mengen.

Für OstarbeiterInnen wurde auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers seit 1942 ein Sonderprogramm für sogenannte Ostarbeiter-Spinnstoffwaren eingeführt.<sup>157</sup> Bis auf den erhaltenen Bruchteil der Ausländerkartei des Wirtschaftsamtes Rosenheim-Stadt konnten bisher keine weiteren Quellen gefunden werden, die über den konkreten Vorgang der Versorgung vor Ort Auskunft geben.

In den noch erhaltenen Teilen der städtischen Kartei<sup>158</sup> sind sowohl Ausländer verschiedener Nationen, die betreffenden Firmen sowie die zugeteilten Spinnstoffwaren vermerkt. Auffällig erscheint in diesem Zusammenhang, daß auf einem Großteil der erhaltenen Personenkarteikarten nach einem ersten Posten, beispielsweise Arbeitshemd oder Arbeitsschuhe, die Karte mit dem Vermerk versehen ist: „*Gesperrt ab* [ . .

---

<sup>155</sup> Tätigkeitsbericht der Kreisabteilungsleiterin zu mehreren Vorträgen im Frühjahr 1940 in den Landkreisen Rosenheim und Aibling vom 01.06.1940. StAM, NSDAP 145.

<sup>156</sup> Auf die Versorgung mit Lebensmitteln wird im Kapitel Orte des Arbeitseinsatzes anhand eines konkreten Beispiels eingegangen. In einer Übersicht über die Ernährungsämter von 1944 werden zwei Ämter bei den beiden Landratsämtern und ein Amt der Stadt Rosenheim aufgeführt. Akten dieser drei Ernährungsämter existieren leider nicht mehr. StAM, Ernährungsämter 438.

<sup>157</sup> Arnold, Rudolf: Die Versorgung ausländischer Arbeitskräfte mit Spinnwaren. Reichsarbeitsblatt Nr. 19/20/21 (1944). Teil V (Soziales Deutschland). S. 201.

<sup>158</sup> Knapp 140 Karteikarten stammen aus der Zeit zwischen 1939 und 1945. StadtA Ro, Ausländerkartei des Wirtschaftsamtes Rosenheim.

.J. An das Lagerwirtschaftsamt abgemeldet“.<sup>159</sup>

#### 4.2.4 Lagerwirtschaftsamt für den Wehrwirtschaftsbezirk VII

Wegen der durch die „Häufung von Bauvorhaben und die Zusammenballung von Arbeitskräften“ entstandenen „besonderen Versorgungslage“ sollte die angemessene Versorgung der „ingesessenen Bevölkerung“ durch die Einrichtung eines Lagerwirtschaftsamtes (LgWA) unter der Federführung des Bezirkswirtschaftsamtes für den Wehrwirtschaftsbezirk VII<sup>160</sup> gewährleistet werden.<sup>161</sup>

---

<sup>159</sup> Mehr als die Hälfte der Personen wurden an das Lagerwirtschaftsamt überwiesen. StadtA Ro, Ausländerkartei des Wirtschaftsamt Rosenheim.

<sup>160</sup> Ab 1941 Landeswirtschaftsamt München. Der Wehrwirtschaftsbezirk VII auf der Basis des Wehrkreises VII umfaßte 1937: Die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben (ohne Landkreis Nördlingen), den fränkischen Landkreis Eichstätt und die niederbayerischen Landkreise Dingolfing, Eggenfelden, Griesbach, Landau a. d. Isar, Landshut, Mainburg, Mallersdorf, Pfarrkirchen, Rottenburg, Vilsbiburg und Vilshofen. Aus: Volkert, Wilhelm (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. München 1983. S. 282-283.

<sup>161</sup> Runderlaß Nr. 327/40 BWA des Reichswirtschaftsministers vom 30.05.1940. BayHStA, MWi 9198.

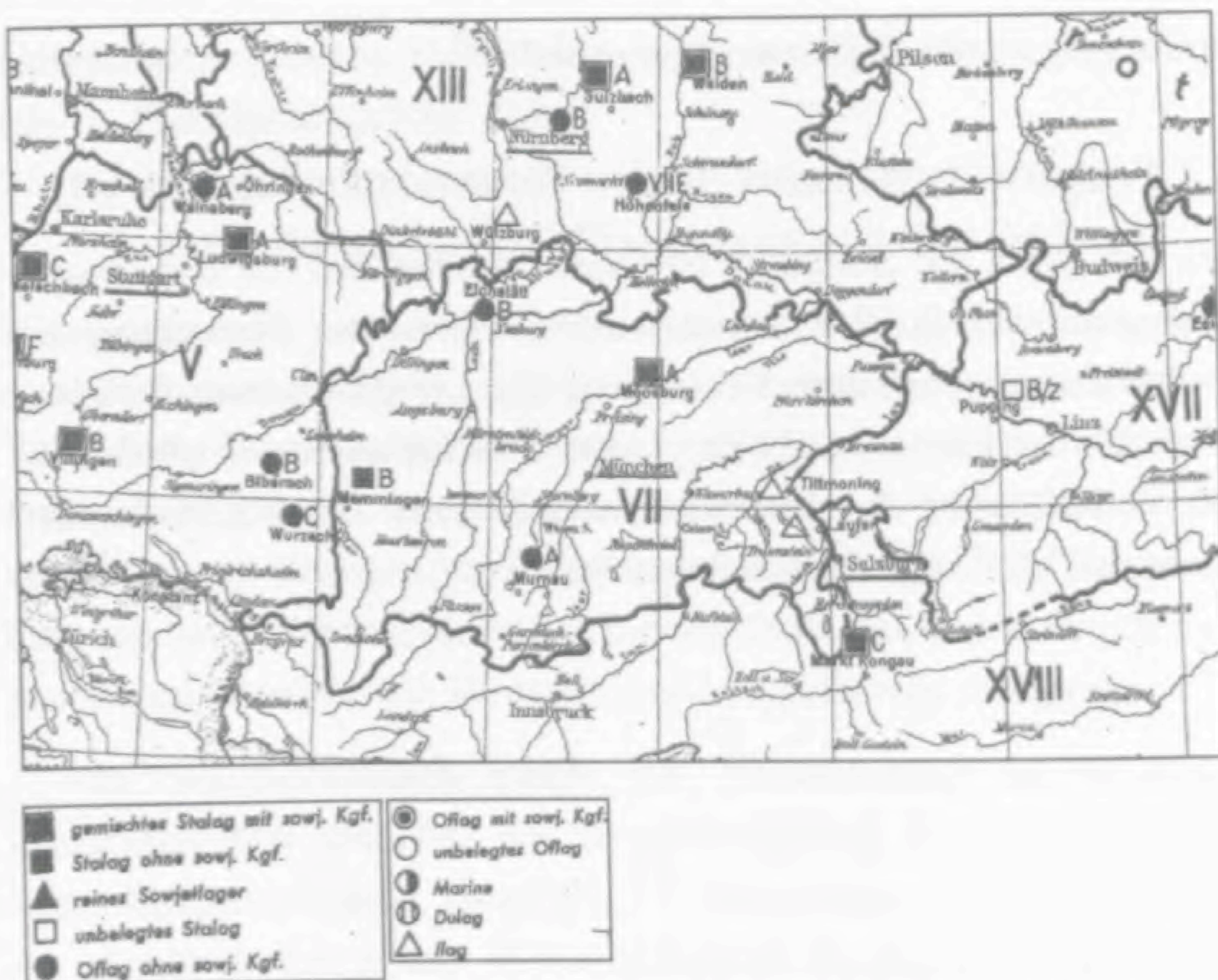


Abbildung 9: Wehrkreis VII (Februar 1942).<sup>162</sup>

Deshalb erhielt das Bezirkswirtschaftsamt durch das Reichswirtschaftsministerium Ende Mai 1940 die Erlaubnis, ein solches Lagerwirtschaftsamt (LgWA) einzurichten, welches „für die Insassen der Arbeitslager im Wehrwirtschaftsbezirk VII sämtliche Aufgaben eines normalen Wirtschaftsamt“ übernehmen sollte.<sup>163</sup> Somit waren die Aufgaben des Amtes ab dem 1. Juni 1940

1. „[Die] Versorgung der in festen und fliegenden Wohnbaracken untergebrachten zivilen Bau- und Werkarbeiter deutscher und fremder Staatsangehörigkeit mit sämtlichen bezugsbeschränkten Waren ausser Lebensmittel.“  
(z. B. Spinnstoffwaren, Lederwaren, Waschmittel, Fahrradreifen)

<sup>162</sup> Ausschnitt aus der Wehrkreiskarte des Oberkommandos der Wehrmacht, Kriegsgefangenenwesen. Stand 01.02.1942. BayHStA, Reichsstatthalter 832.

<sup>163</sup> Neben München erhält auch noch Hamburg die Erlaubnis zur Einrichtung eines LgWA. Runderlaß Nr. 327/40 BWA des Reichswirtschaftsministers vom 30.05.1940. BayHStA, MWi 9198. Ob die Einrichtung in Hamburg auch erfolgt ist, konnte anhand der Quellen nicht belegt werden.

2. „[Die] Versorgung der zivilen Bau- und Werkarbeiterlager (Lagerträger) mit [. . .] bezugsbeschränkten Waren“ (z. B. Schuhreparaturmaterialien, Strohsäcke, Bettwäsche, Handtücher)<sup>164</sup>

In den ehemaligen Räumlichkeiten des Norddeutschen Lloyd in der Briennerstraße 57 in München und unter der Leitung eines ehemaligen Mitarbeiters dieser Firma, Hans Bisle (Jahrgang 1894)<sup>165</sup>, wurde das LgWA dem Bezirkswirtschaftsamt als Außenstelle angegliedert.<sup>166</sup> Am 25. Juni 1940 übertrug das Bezirkswirtschaftsamt auch die Versorgung der Kriegsgefangenenlager auf das LgWA,<sup>167</sup> ab dem 1. Februar 1941 wurde mit der Versorgung der privat untergebrachten Ausländer der Zuständigkeitsbereich des LgWA noch einmal erweitert.<sup>168</sup> Somit war das Amt ab diesem Zeitpunkt mit der Versorgung aller ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen in den Gauen München-Oberbayern und Schwaben betraut. Nachdem seit Anfang des Jahres 1944 auch KZ-Häftlinge und Strafgefangene in der Industrie eingesetzt wurden, fielen diese ebenfalls unter die Zuständigkeit des LgWA.<sup>169</sup> Bisle berichtete im März 1944, daß neben 116 173 zivilen Arbeitskräften (Stand 01. November 1943) rund 60 000 Kriegsgefangene, 12 500 KZ-Häftlinge und etwa 1 000 Strafgefangene (Stand 15. Februar 1944) durch das LgWA zu versorgen gewesen seien.<sup>170</sup> Eine weitere Aufgabe

---

<sup>164</sup> Weisung Nr. 429/40 LWA vom 10.06.1940, BayHStA, MWi 9198.

<sup>165</sup> Er war vom 01.06.1940 bis 31.08.1946 Leiter des LgWa. StAM, SpK-Akten K 149 Bisle, Hans.

Sein Nachfolger beschrieb, daß Bisle für diese Tätigkeit „ein Angestelltenapparat von mehr als 50 Personen u. zur weiteren Einarbeitung ausserdem noch ein Regierungsassessor und eine Rechtsabteilung“ zur Verfügung gestellt wurden. Tätigkeitsbericht von Max Hamberger o. D. BayHStA, MWi 9619.

<sup>166</sup> Es unterstand also organisatorisch, wirtschaftlich und dienstrechtlich dem Staatsministerium für Wirtschaft und wurde durch einen Zuschuß aus den Mitteln für Ernährungs- und Wirtschaftsämter des Staatsministeriums des Innern mitfinanziert. Schreiben des Staatsministeriums des Inneren an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft vom 18.05.1940, Betreff: Lagerbewirtschaftung; hier Errichtung eines Lagerwirtschaftsamtes. BayHStA, MWi 9966.

<sup>167</sup> Weisung Nr. 452/40 BWA vom 25.06.1940. BayHStA, MWi 9198.

<sup>168</sup> Schreiben des LgWA an das Bayerische Staatsministeriums des Inneren vom 06.05.1941. BayHStA, MWi 9966.

<sup>169</sup> Haushaltsplan des LgWA für 1943/44 vom 27.03.1944. BayHStA, MWi 612.

<sup>170</sup> Haushaltsplan des LgWA für 1943/44 vom 27.03.1944. BayHStA, MWi 612.

des LgWA bestand, nach Angabe seines Leiters, in der zentralen Erfassung aller ausländischen ArbeiterInnen. Die so entstandene Kartei wurde jedoch während eines Luftangriffs am 12. Juni 1944, bei dem auch die Räumlichkeiten des LgWA völlig zerstört worden waren, zu einem großen Teil vernichtet.<sup>171</sup> Eine unter der Federführung des LgWA München für die Zeit vom 12. bis 14. September 1940 für alle Bezirkswirtschaftsämter geplante Besichtigungstour (inklusive Rundfahrt zu verschiedenen Lagern im Süden Bayerns), läßt auf einen Modellcharakter des Amtes schließen.<sup>172</sup> Da zu LgWÄ in anderen Wehrwirtschaftsbezirken keine Hinweise gefunden werden konnten, scheint deren Einrichtung andernorts nicht übernommen worden zu sein.<sup>173</sup>

Ob das LgWA seinen Zweck erfüllte oder ob mit dessen Einrichtung nur noch eine weitere Dienststelle im atomisierten Verwaltungsapparat geschaffen wurde, die die „*Gefahr einer Doppelversorgung*“ beziehungsweise eine schlechtere Versorgungslage für die Arbeitskräfte förderte, muß noch überprüft werden.<sup>174</sup> Jedoch stützt die oben genannte Überweisung durch das Wirtschaftsamt Rosenheim-Stadt erst nach der Erstversorgung die letzteren Annahmen. Anscheinend übernahm das LgWA auch über das Kriegsende hinaus die Versorgung von Lagerinsassen, da es erst am 20. Mai 1946 aufgelöst wurde.<sup>175</sup>

---

<sup>171</sup> Tätigkeitsbericht von Max Hamberger, Leiter des Lagerwirtschaftsamtes von September 1945 bis zur Auflösung im Juni 1946. BayHStA, MWi 9619.

<sup>172</sup> Programmvorschlag und Teilnehmerrückmeldung zur Besichtigung des LgWA und verschiedener Lager vom 12. – 14.09.1940. BayHStA, MWi 9198.

<sup>173</sup> Anfragen bei verschiedenen Archiven, unter anderem beim Bundesarchiv Berlin und Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., erbrachten keine Hinweise.

<sup>174</sup> Das Verfahren für die Zuteilung von Waren durch das Lagerwirtschaftsamt war so kompliziert, daß es für die Einsatzträger ein extra „*Vordruck-Verzeichnis des Lagerwirtschaftsamtes*“ gab. StAM, OPD Verzeichnis 15 Nr. 216.

<sup>175</sup> Tätigkeitsbericht von Max Hamberger, o. D., Leiter des Lagerwirtschaftsamtes von September 1945 bis zur Abwicklung im Juni 1946. BayHStA, MWi 9619. Die Abwicklung sollte bis zum 30.06.1946 abgeschlossen sein, rechtliche Grundlagen für die Auflösung bildeten eine Entschließung des Staatsministeriums für Wirtschaft vom 13.05.1946 und eine Entschließung des Bayerischen Landeswirtschaftsamtes vom 14.05.1946. BayHStA, MWi 9619.

## 5 Menschen im Ausländereinsatz

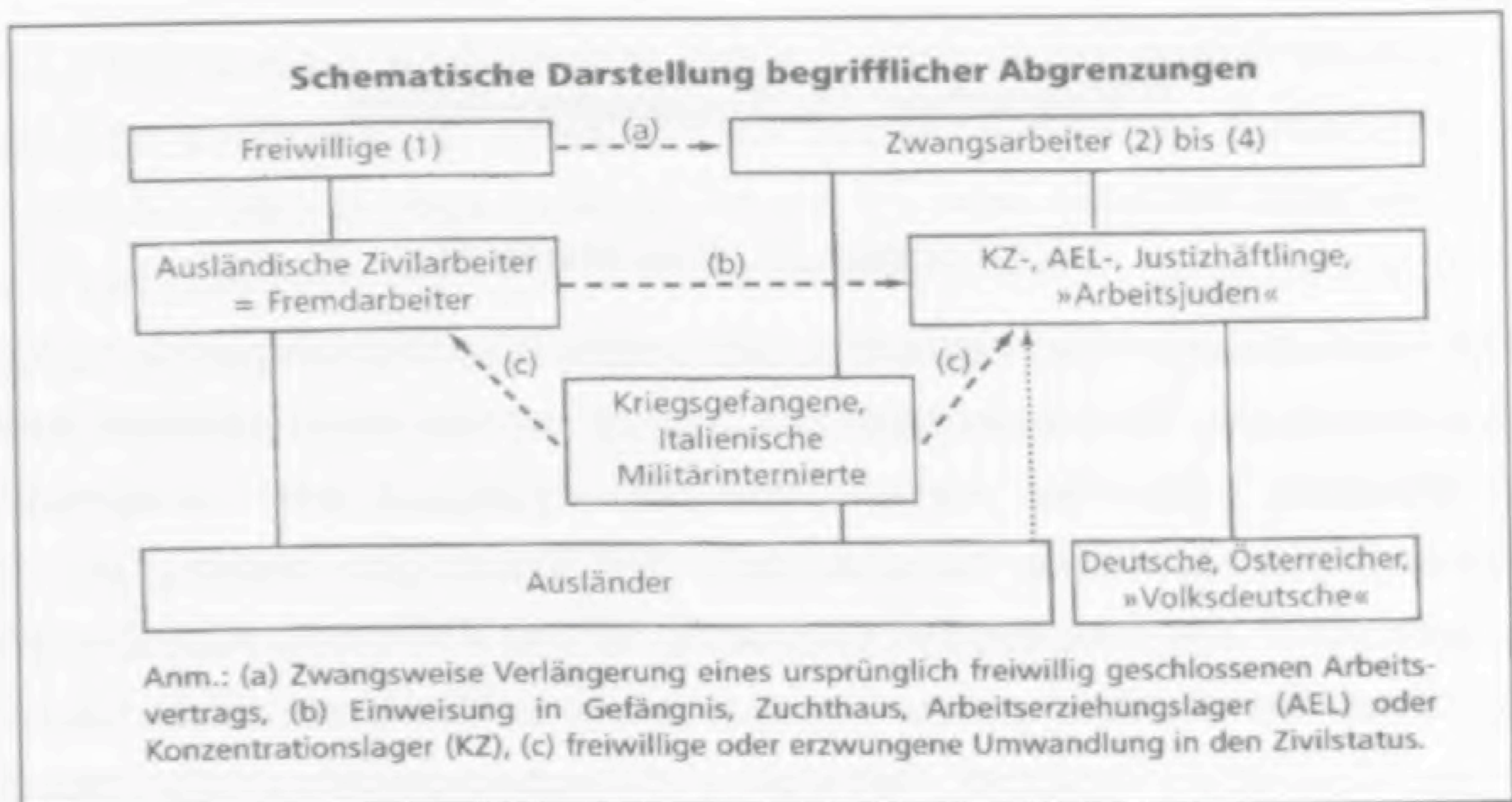
### 5.1 Gruppen im Arbeitseinsatz

Das Menschenbild der nationalsozialistischen Rassenideologie war eine der wichtigsten Determinanten im Umgang mit den ausländischen Arbeitskräften, die zu einer künstlich geschaffenen Gruppen-Hierarchisierung führte, welche unter der Krone der arischen Herrscherasse in einer wertenden Abstufung andere Völker als minderwertig abtat. So wurden, neben Kriminellen und Homosexuellen, Menschen slawischer Herkunft, Menschen mit schwarzer Hautfarbe, Sinti und Roma, Menschen jüdischen Glaubens und Menschen mit Behinderung als unwerte Lebewesen verachtet, verfolgt und zur Vernichtung freigegeben.

Diese Rassenideologie und der jeweilige rechtliche Status, den die Menschen im System des Arbeitseinsatzes zugewiesen bekamen, führten zur Bildung verschiedener Gruppen. Im folgenden soll, auf Basis einer schematischen Darstellung von Spoerer, ein Überblick über die Statusgruppen gegeben werden – diese Übersicht kann sicher dem Einzelfall nicht gerecht werden, bietet jedoch Anhaltspunkte für die verschiedenen Gruppen und deren Einordnung.<sup>176</sup>

---

<sup>176</sup> Auch zum folgenden Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 16-18.



**Abbildung 10: Schematische Darstellung begrifflicher Abgrenzungen der Gruppen im Arbeitseinsatz.<sup>177</sup>**

Ausgehend von der unteren Ebene, in der die erste Aufteilung zwischen Ausländern und Deutschen beziehungsweise Volksdeutschen und Österreichern vorgenommen wird, folgt auf der mittleren Ebene der formale Rechtstatus, der im nationalsozialistischen Sinne zugeordnet wurde. Die obere Ebene gliedert sich schließlich in Freiwillige (1) und ZwangsarbeiterInnen (2-4), die einem unterschiedlichen Grad an Unterdrückung ausgesetzt waren:

(1) Freiwillige ausländische ZivilarbeiterInnen, deren Vertragslaufzeiten und Urlaubsregelungen eingehalten wurden. Durch die Möglichkeit einer Kündigung und durch ihre jeweiligen Landesvertretungen konnten sie Einfluß auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen nehmen (Arbeitskräfte aus Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, dem neutralen Teil Spaniens, Dänemark und viele, die aus West- und Südosteuropa in den frühen Kriegsjahren freiwillig zum Arbeitseinsatz ins Reich gekommen waren),

<sup>177</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 18.

(2) ArbeiterInnen, die teilweise freiwillig, aber auch unter Zwang nach Deutschland kamen und dienstverpflichtet waren. Sie hatten begrenzte Möglichkeiten, ihre Existenzbedingungen zu beeinflussen, und die Sterblichkeitsrate war normal bis geringfügig erhöht (ZivilarbeiterInnen aus den besetzten Gebieten mit Ausnahme Polens und der Sowjetunion sowie Kriegsgefangene vor allem aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien),

(3) ArbeiterInnen, die keine erwähnenswerten Einflußmöglichkeiten auf ihre Lebensbedingungen hatten und von einer überdurchschnittlichen Sterblichkeit bedroht waren (ZivilarbeiterInnen aus Polen und der Sowjetunion sowie nichtjüdische Kriegsgefangene aus Polen sowie italienische Militärinternierte),

(4) ArbeiterInnen ohne jeden Einfluß auf ihre Lebensbedingungen mit extrem hoher Sterblichkeit (jüdische Kriegsgefangene aus Polen und der Sowjetunion, Häftlinge aus Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern, Arbeitsjuden aus Zwangsarbeiterlagern und Ghettos).

Im folgenden sollen nun die verschiedenen Gruppen, ihre jeweilige Größe und die Bereiche, in denen sie eingesetzt waren für das Untersuchungsgebiet konkretisiert werden.

## 5.2 Menschen im Arbeitseinsatz in Rosenheim und Kolbermoor

### *5.2.1 Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau*

Wie eingangs bereits erwähnt, ging man ab dem Spätsommer 1942 dazu über, KZ-Häftlinge auch in der Industrie einzusetzen. Nachdem immer weniger FremdarbeiterInnen gewonnen werden konnten, waren diese Häftlinge, auch wenn sie jüdisch waren, die letzte Reserve für die deutsche Rüstungsindustrie. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Außenlagern, die meist nahe oder auf dem jeweiligen Werksgelände lagen, waren sehr unterschiedlich, jedoch vor allem für jüdische

Häftlinge sehr schlecht.<sup>178</sup>

Für Rosenheim und die nähere Umgebung<sup>179</sup> werden im vorläufigen Haftstättenverzeichnis des Internationalen Suchdienstes (ITS) zwei dieser Außenkommandos mit Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau als Arbeitskräfte genannt: Ein Kommando, das in der zweiten Aprilhälfte 1945 in der Stadt Rosenheim Aufräumungsarbeiten leistete, und ein weiteres, das in Stephanskirchen<sup>180</sup> für Arbeiten bei einem Auslagerungsbetrieb von BMW<sup>181</sup> eingesetzt war. Letzteres Kommando<sup>182</sup> wurde Anfang Dezember 1944 das erste und kurz vor Kriegsende das letzte Mal erwähnt.<sup>183</sup>

Nach Zeitzeugenaussagen, Stärkemeldungen und Ermittlungsangaben waren auf dem Gelände der Flak in Haidholzen etwa 200 bis 250

---

<sup>178</sup> Zur Situation in großen Außenlagern des Konzentrationslagers Dachau vergleiche Raim, Edith: Die Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühldorf. Rüstungsbauten und Zwangsarbeit im letzten Kriegsjahr 1944/45. Landsberg am Lech 1992 (zugl. Diss. München 1991). Zofka, Zdenek: Allach – Sklaven für BMW. Zur Geschichte eines Außenlagers des KZ Dachau. In: Dachauer Hefte 2 (1986) Thema: Sklavenarbeit im KZ. S. 68-78. Zu den kleineren Lagern siehe Zámečník, Stanislav: Das war Dachau. Luxemburg 2002. S. 303-317.

<sup>179</sup> Im Landkreis Rosenheim werden noch zwei weitere Außenkommandos aufgeführt: Thansau/Rohrdorf mit 50 Häftlingen, Erwähnungen Dezember 1944 und 17.01.1945 und Halfing mit zehn Häftlingen von 19.11.1942 bis 18.12.1942. In: Weinmann, Martin (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem [auf der Basis des ITS (Hrsg.): Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-Occupied Territories September 1939-May 1945. Arolsen 1949-1951]. Frankfurt am Main 2001. S. 192-193 beziehungsweise 555-556.

<sup>180</sup> auch Stefanskirchen, in dieser Arbeit wird weiter die aktuelle Schreibweise benutzt.

<sup>181</sup> In diesem Zusammenhang wird auch eine Chiemgauer Vertriebsgesellschaft genannt.

<sup>182</sup> In den Unterlagen zu einem der Prozesse gegen Mitglieder der Wachmannschaft findet sich folgende Definition seitens eines Sachverständigen, der gefragt wurde, ob Stephanskirchen bei Rosenheim ein Außenlager von Dachau war: „As I recollect they where not out-camps in the sense of being permanent out-camps, but prisoners and guards of Dachau Concentration Camp did work at those places.“ vom 12.12.1946. S. 23. BayHStA, OMGUS-Dachauer Kriegsverbrecherprozesse Microfilm 33.

<sup>183</sup> Internationaler Suchdienst: Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten (1933-1945). Arolsen 1969.S. 79 und 83.

KZ-Häftlinge im Arbeitseinsatz.<sup>184</sup> Welcher Nationalität die dort Beschäftigten angehörten, ist nicht mehr nachvollziehbar, bei Vorermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg konnte lediglich ein Zeuge ausfindig gemacht werden, welcher angab, daß Arbeiter verschiedener Nationen, vorwiegend jedoch aus Polen, der Sowjetunion und aus Frankreich dort beschäftigt waren.<sup>185</sup> Einen weiteren Anhaltspunkt bieten drei Eintragungen im Sterbebuch der katholischen Pfarrgemeinde Haidholzen, in denen die Beerdigungen eines ukrainischen, eines polnischen und eines italienischen Toten vermerkt sind.<sup>186</sup>

Einer Unfallmeldung vom Dezember 1944 ist zu entnehmen, daß die Häftlinge zum Teil im Pernloher Keller in Rosenheim untergebracht waren.<sup>187</sup>

In den Akten zu den Dachauer Kriegsverbrecherprozessen finden sich vier Verfahren gegen SS-Wachmänner, die unter anderem in Stephanskirchen eingesetzt waren. Im Rahmen der Vernehmungen sagte ein Angeklagter aus, daß ihm von der Freilassung und anschließenden Erschießung einiger Häftlinge Ende April 1945 erzählt worden sei.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> Zámečník nennt eine Zahl von 320 Mann. In Zámečník, Stanislav: Das war Dachau. Luxemburg 2002. S. 316. Die Befragung eines ehemals in Stephanskirchen inhaftierten Häftlings durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung am 23.09.1975 ergab ca. 200 Häftlinge (Kopie in DaA, 18.565); Stärkemeldung der Außenkommandos vom 03.04.1945: 217 männliche Häftlinge (DaA, 404), ebenfalls in Stärkemeldungen vom 26.04.1945 (DaA, 32.789) und vom 29.04.1945 (DaA, 1341/348). Durchschnittlich 250 Häftlinge in Angaben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen NL. Steph. IV 410 AR 1219/69 (Kopie in DaA 18.565).

<sup>185</sup> Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen NL. Steph. IV 410 AR 1219/69 (Kopie in DaA 18.565).

<sup>186</sup> Angegebene Todesursachen waren ein Arbeitsunfall und zweimal Lungenentzündung und Herz- und Kreislaufschwäche. Nach freundlicher Auskunft des katholischen Pfarrers von Haidholzen.

<sup>187</sup> Unfallmeldung des SS-Außenkommandos Stephanskirchen an das Konzentrationslager Dachau vom 23.12.1944. DaA, 2148.

<sup>188</sup> Der Wachmann habe weiter gehört, daß die Schüsse von Flak-Soldaten abgegeben wurden. Aussage vom Oktober 1946. S. 20. BayHStA, OMGUS-Dachauer Kriegsverbrecherprozesse Microfilm 6. Lakowski gibt an, es seien drei Häftlinge gewesen. In Lakowski, Andreas: Stephanskirchen – Außenlager des Konzentrationslagers Dachau. In: Kulturamt der Stadt Rosenheim (Hrsg.): Rosenheim im Dritten Reich. Ro-

Kurz danach führte man die Häftlinge noch in einem Evakuierungsmarsch in Richtung Nußdorf am Inn (Landkreis Mühldorf am Inn), bei dem es, laut der Aussagen von zwei Wachmännern, keine Toten gab.<sup>189</sup> Bei den Dachauer Kriegsverbrecherprozessen wurde einer der vier Wachmänner freigesprochen, die drei anderen erhielten Haftstrafen von 21, 26 und 36 Monaten.<sup>190</sup>

Das Außenkommando, das vom 14. bis 25. April 1945 für Rosenheim nachweisbar ist, scheint eines der kleineren, mobilen Kommandos gewesen zu sein, die nach Luftangriffen zu Aufräumungsarbeiten beziehungsweise zur Bombenentschärfung herangezogen wurden.<sup>191</sup>

### 5.2.2 Strafgefangene aus Bernau am Chiemsee, Lebenau und Aichach

Nachdem zum Arbeitseinsatz von Justizhäftlingen allgemein eher wenig bekannt ist, soll nun hier etwas ausführlicher auf diese Thematik eingegangen werden, da für die untersuchte Region einige Quellen vorhanden sind. Im September 1944 befanden sich knapp 200 000 Menschen, darunter 73 000 meist jugendliche Ausländer, in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen; im allgemeinen wird der Beginn eines umfassenden Strafgefangeneneinsatzes in der Industrie für Mai 1944 angenommen, da Justiz- und Rüstungsminister in gemeinsamen Erlassen verfügten, alle Strafgefangenen „nach Möglichkeit mit größter Beschleunigung für die Rüstungsfertigung einzusetzen“.<sup>192</sup> Für die im Ar-

---

senheim<sup>2</sup>1989. S. 87-89, hier S. 88.

<sup>189</sup> Aussage aus Oktober 1946. S. 21 und aus Januar 1947. S. 71. BayHStA, OMGUS-Dachauer Kriegsverbrecherprozesse Microfilme 6 u. 46.

<sup>190</sup> BayHStA, OMGUS-Dachauer Kriegsverbrecherprozesse Microfilme 6, 33, 36, 46.

<sup>191</sup> Zámečník, Stanislav: Das war Dachau. Luxemburg 2002. S. 317. Diese Annahme wird gestützt durch das Ergebnis eines Gesprächs mit Prof. Dr. Albert Aschl (damals Schüler in Rosenheim), der sich an den Einsatz von 4-5 Kommandos mit KZ-Häftlingen in der Stärke von 10-20 Mann zu Aufräumungsarbeiten und zur Bombenentschärfung in Rosenheim erinnern kann. Daneben nennt er auch weitere ca. 100 KZ-Häftlinge, die Reparaturarbeiten für die Reichsbahn vornahmen. Gespräch am 28.10.2003.

<sup>192</sup> Gemeinsame Erlasse der beiden Reichsministerien vom 12. und 26.05.1944. Zitiert nach: Eichholz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 Bd.

beitsamtsbezirk Rosenheim eingesetzten Strafgefangenen läßt sich der Verlauf etwas konkretisieren:

Schon zu Beginn des Sommers 1938 bemühte sich, wie oben bereits erwähnt, das Arbeitsamt Rosenheim um den Einsatz von Strafgefangenen der Gefangenenanstalt Bernau am Chiemsee (Landkreis Rosenheim) und verschiedener Gerichtsgefängnisse, stieß jedoch größtenteils auf Ablehnung durch die jeweils Verantwortlichen. Begründet wurde dies damit, daß die Strafgefangenen schon an verschiedenen anstaltseigenen Stellen beschäftigt seien und außerdem die Verweildauer in den Gerichtsgefängnissen zu kurz sei.<sup>193</sup>

Trotzdem wurde im Sommer 1940 eine größere Zahl männlicher Strafgefangener zur Beseitigung der Hochwasserschäden an Inn und Mangfall eingesetzt. Zwar sind keine geschlossenen Zahlenreihen vorhanden, auch ist die Überlieferung des Arbeitsamtes Rosenheim für die Jahre 1941/1942 nicht lückenlos, jedoch scheint es, als seien weiterhin Strafgefangene in Lohnarbeit außerhalb der Anstalten gestanden.

Im Juli 1943 meldete das Arbeitsamt Rosenheim einen Bedarf von knapp 350 männlichen und weiblichen Justizhäftlingen im Bezirk.<sup>194</sup> Ein Bericht der Strafanstalt Bernau am Chiemsee<sup>195</sup> vom 14. Dezember 1943 verzeichnete insgesamt 2 417 männliche Häftlinge, wovon 1 044 Mann in Lohnarbeit außerhalb der Anstalt und 847 Mann in anstaltseigenen Betrieben außerhalb des Anstaltsgeländes beschäftigt waren. Das bedeutet, daß fast 80 Prozent der Strafgefangenen nicht in der Anstalt arbeiteten, davon wiederum über die Hälfte in nicht anstaltseigenen

---

III/1 [Nachdruck des dritten Bandes, der bereits 1996 im Akademie-Verlag Berlin erschien]. München 2003. S. 236.

<sup>193</sup> Anfragen des Arbeitsamtes Rosenheim und Antworten der Gefangenenanstalt Bernau am Chiemsee und der Gerichtsgefängnisse Wasserburg am Inn und Rosenheim im Mai und Juni 1938. StAM, Arbeitsämter 1249.

<sup>194</sup> Bedarfsmeldung des Arbeitsamtes Rosenheim mit Ergänzung vom 27.07.1943. StAM, Arbeitsämter 1249.

<sup>195</sup> Neben der Strafanstalt Lebenau/Laufen waren dem Leiter der Strafanstalt Bernau am Chiemsee, Oberregierungsrat Dr. Weber, auch noch die Gerichtsgefängnisse Mühlendorf, Altötting, Burghausen, Simbach und Rosenheim unterstellt. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 64.

Betrieben. So waren unter anderem 39 Mann bei der Firma Wachter & Co., einem Betrieb für Abfallverwertung, in Rosenheim tätig. Von den 536 weiblichen Häftlingen, die in der Strafanstalt Lebenau bei Laufen inhaftiert waren, arbeiteten 250 außerhalb der Anstalt, der genaue Ort wird im Bericht nicht erwähnt.<sup>196</sup> Ende Mai 1944 stellte sich die Situation ähnlich dar, denn von inzwischen 3 296 strafgefangenen Frauen und Männern in Lebenau und Bernau am Chiemsee waren 2 595 (wieder fast 80 Prozent) außerhalb der Anstalten eingesetzt. Von der mit 550 Mann größten Außenstelle in Uttenhof wurde folgendes berichtet:

*„Hierbei handelt es sich um eine Wasserkraftmaßnahme auf österreichischem Gebiet, bei der zunächst 1000 Strafgefangene eingesetzt waren. Infolge äußerst ungünstiger Verpflegung sind bis jetzt 450 Strafgefangene verstorben. Der Kraftwerksbau (Stubbach) soll im Jahre 1945 fertiggestellt sein.“*<sup>197</sup>

Am 17. April 1945 war mit 5 104 Häftlingen in der Gefangenenanstalt Bernau der Maximalstand für die Zeit des Dritten Reiches erreicht.<sup>198</sup>

Für das Frauenzuchthaus in der nordöstlich von Augsburg gelegenen Frauenverwahrungsanstalt Aichach (Obb.), das ab Juni 1944 eine Außenabteilung in Kolbermoor unterhielt, stehen folgende Zahlen zur Verfügung: Ende Januar 1944 waren dort 2 175 Frauen inhaftiert, davon arbeiteten 35 Prozent in Lohnarbeit an 21 Außenstellen, meist in Aichach, einige auch in München bei Firmen wie Niezoldi und Krämer sowie Agfa.

Die strafgefangenen Frauen, die in der Anstalt beschäftigt waren, arbeiteten zu großen Teilen direkt für die Wehrmacht, ein kleiner Teil auch für zwei Zulieferfirmen der Wehrmacht (I. G. Farben, Gersthofen; Metzeler, München).<sup>199</sup>

---

<sup>196</sup> Frühbericht der Strafanstalt Bernau am Chiemsee vom 14.12.1943. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 64.

<sup>197</sup> Arbeitseinsatz von Strafgefangenen; hier: Überprüfung der Strafvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee am 25.05.1944. StAM, Arbeitsämter 1249.

<sup>198</sup> Gefangenenstatistik der Strafanstalt Bernau am Chiemsee für das Military Government vom 04.02.1946. Registratur der JVA Bernau am Chiemsee.

<sup>199</sup> Frühbericht Frauenzuchthaus Aichach vom 21.01.1944. StAM, Generalstaatsanwalt

Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der weiblichen Justizhäftlinge um fast 950 auf 3 113 Frauen. Der Anteil der Frauen in Außenstellen stieg lediglich leicht (um zwei Prozent) an, jedoch waren nun fast doppelt so viele Frauen wie im Vorjahr auf insgesamt 34 Außenabteilungen beschäftigt, darunter auch in der mit 200 Frauen größten Abteilung bei der Firma Roeckl in Kolbermoor.<sup>200</sup>

Aus einem Monatsbericht der Schutzpolizei Kolbermoor<sup>201</sup> geht hervor, daß ab Juli 1944 auch eine Außenabteilung der Bernauer Männerhaftanstalt bei BMW und bei Roeckl eingesetzt war, nähere Angaben zur Stärke und zum Einsatzzeitraum konnten nicht ermittelt werden. Ein Bericht der Generalstaatsanwaltschaft vom 27. Februar 1945, der nicht vollständig zu sein scheint, erwähnt den Einsatz bei BMW und Roeckl nicht, listet aber für Rosenheim folgende Außenarbeiten auf:

50 männliche und 15 weibliche Strafgefangene bei der Firma Wachter & Co zur Rohstoffgewinnung (weitere 105 weibliche Gefangene waren in Laufen für diese Firma tätig), 20 Häftlinge zum Hochbunkerbau bei den Klepperwerken und 400 männliche Gefangene zur Beseitigung von Fliegerschäden an den Bahnanlagen sowie in der Stadt.<sup>202</sup>

Am Beispiel dieser beiden Haftanstalten wird deutlich, daß der verstärkte Einsatz von Justizhäftlingen in Betrieben außerhalb der Anstalten auf jeden Fall schon ab 1940 begonnen hatte und mit Kriegsverlauf intensiviert wurde. Sicherlich erfuhr er eine Verlagerung und möglicherweise auch eine Verstärkung durch die Erlasse im Mai 1944, was man am Beispiel Kolbermoors deutlich erkennen kann.

---

beim OLG München 51. Und Beschäftigungsnachweis vom 20.01.1944. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 52.

<sup>200</sup> Frühbericht vom 03.02.1945 und Arbeitseinsatz des Frauenzuchthauses Aichach vom 01.02.1945. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 52.

<sup>201</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.07.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>202</sup> Bericht des Generalstaatsanwaltes anlässlich eines Besuches am 27.02.1945 in Bernau am Chiemsee. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 64.

Zu ergänzen sind noch die Aufnahmekapazitäten der drei Haftstätten, die aus zwei Gefangenenstandsmeldungen der zweiten Jahreshälfte 1940 hervorgehen<sup>203</sup>: Bernau hatte regulär 450 Plätze, Laufen 360 und Aichach 659. Waren die zwei Haftanstalten Bernau und Aichach schon 1940 mit durchschnittlich 250 Häftlingen über ihre Kapazität belegt, so stiegen diese Zahlen im Laufe der Jahre 1941 und 1942 weiter an. Die Unterbringung der Häftlinge zur Arbeit in Außenstellen dürfte somit auch die einzige Lösung eines massiven Platzproblems gewesen sein.

Um dem Strafgefangeneneneinsatz mit zwei Beispielen von Strafgefangenen aus Bernau und Aichach ein Gesicht zu geben und auch die Bedingungen näher darzustellen, soll im folgenden der Arbeitseinsatz zweier Justizhäftlinge in Kolbermoor kurz porträtiert werden.

**Wien – Krems – Aichach – Kolbermoor – Lebenau – Salzburg – Wien**

**Erika U., geboren am 26. April 1920 in Wien/Österreich**

Ihre Familie bezeichnet Erika U. als zwar antifaschistisch aber nicht in eine Organisation eingebunden. Sie lebte zusammen mit ihrer Mutter im 20. Wiener Bezirk, beide schlugen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Aufgrund einer Denunziation austrofaschistischer Nachbarn und dem Fund einer Tafel mit dem aus roten Nelken gesteckten Wort ‚Freiheit‘, die Erika U. zum 1. Mai gefertigt hatte, wurde die Mutter bereits 1935 zu sechs Wochen Haft verurteilt. Die Mutter verdiente den Lebensunterhalt unter anderem damit, daß sie in ihrer kleinen Einzimmerwohnung Betten vermietete, dabei nahm sie auch immer wieder

---

<sup>203</sup> Nachweise über den Bestand der Gefangenen des Oberlandesgerichtsbezirks München an das Reichsministerium der Justiz vom 31.08.1940 und 31.12.1940. BAB, Reichsministerium der Justiz 3001-4470 und 4471.

untergetauchte Genossen auf. Erika U. übernahm einige kleinere Aufgaben für eine Gruppe von Kommunisten in der Nachbarschaft und erfuhr so schon relativ früh vom unerbittlichen Vorgehen gegen jegliche Kritiker des Nationalsozialismus in Deutschland.

Nach dem Anschluß Österreichs heiratete sie, ihr Mann wurde bereits kurz nach Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen und fiel am 5. Juni 1940. Dieser Verlust war eine weitere Erfahrung, die Erika U. von der Wichtigkeit der illegalen, politischen Arbeit überzeugte. So unterstützte sie die verbotene KPÖ beim Versuch, neue Kader in Wien aufzubauen, unter anderem durch die Angabe ihrer Adresse und der Anschrift ihrer Mutter als Anlaufstellen für Genossen. Bei einer Verhaftung fand die Gestapo im Sommer 1941 eine Liste, auf der die Namen der beiden Frauen standen. Kurz nach der Festnahme der Mutter, die seit ihrer Haft im Jahr 1935 unter polizeilicher Beobachtung stand, wurde auch Erika U. am 7. August 1941 inhaftiert.

Die Mutter wurde freigesprochen, jedoch von der Gestapo in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert, Erika U. wurde am 9. Dezember 1942 wegen ‚Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats‘ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach einer Verlegung nach Krems kam sie Ende Dezember in das Frauenzuchthaus Aichach, wo sie, wegen der Überbelegung der Gefängnisse, mit zwei weiteren Frauen in einer Einzelzelle eingesperrt war. Die Arbeiten, die die Frauen verrichten mußten, wie zum Beispiel Socken stricken oder blutige und verschmutzte Militäruniformen zerschneiden, wurden in der Zelle ausgeführt. Das Essen war sehr dürftig und schlecht, medizinische Versorgung gab es für die Frauen kaum.

Am 27. Juli 1944 verlegte man Erika U. nach Kolbermoor und brachte sie dort mit ca. 20 anderen Frauen in einer Arbeitsdienstbaracke unter. Da politische und kriminelle Strafgefangene hier nicht mehr getrennt waren, kam es immer wieder zu Diebstählen und anderen Zwischenfällen.

Zuerst wurde Erika U. in der Gasmaskenproduktion der Firma

Roeckl eingesetzt, in der in zwei Schichten 24 Stunden pro Tag gearbeitet wurde. Am eindringlichsten ist ihr der tägliche Marsch zwischen Baracke und Fabrikgelände mit den Holzschuhen durch den Schnee in Erinnerung geblieben, denn man hätte nach der Ankunft am Arbeitsplatz immer nasse Socken und in der Folge den ganzen Tag kalte Füße gehabt. Um dies zu verhindern seien viele Frauen nach Möglichkeit barfuß durch den Schnee gegangen.

Ein Wirt in Kolbermoor namens Reichkobler übernahm die Verpflegung der Häftlinge, nach einiger Zeit wurde eine neue Küchenhilfe gesucht und Erika U. meldete sich zum Dienst.

Als ihr Vater mit einer Besuchserlaubnis Mitte Oktober 1944 nach Kolbermoor kam und Erika U. während der Arbeit in der Küche ansprach, sah dies eine Aufseherin. Der Vater wurde sofort weggeschickt, Erika U. ‚wegen verbotenen Besuchempfanges‘ mit drei Tagen Arreststrafe, das heißt Dunkelhaft bei Wasser und Brot, belegt, da der Vater nur im Lager mit ihr hätte sprechen dürfen. Ferner mußte sie anschließend wieder in der Gasmaskenproduktion arbeiten, in der sie zusammen mit einigen tschechischen Mitgefangenen aus dem Dorf Lidice eine Maschine bediente. Durch besonders langsames Arbeiten versuchte Erika U. Widerstand zu leisten, was dem deutschen Vorgesetzten nicht verborgen blieb, jedoch unternahm er nichts gegen sie.

Ende April 1945 wurde ein Teil der strafgefangenen Frauen von Kolbermoor auf Lastwägen nach Lebenau gebracht, darunter auch Erika U., die beschreibt, daß man an den überfüllten Straßen gut hätte erkennen können, daß der Krieg dem Ende zuginge. Sie erinnert sich auch daran, daß KZ-Häftlinge im Rahmen von Todesmärschen in schrecklichem Zustand im Gefängnis Lebenau angekommen seien. Nahe Lebenau ließ man die Frauen nun kleine Tannenbäume umstechen und geradestellen.

Am 8. Juni 1945 entließ ein amerikanischer Gefängnisausschuß Erika U. und andere Österreicherinnen, ihnen wurde ein Lastwagen zur Verfügung gestellt und die Frauen gelangten nach Salzburg. Auf der Suche nach Unterschlupf und Essen bekamen sie Hilfe von einem Ein-

heimischen und trafen auf KZ-Häftlinge aus Buchenwald.

Zusammen mit dem ehemaligen Buchenwald-Häftling Willi G. kehrte Erika U. nach Wien zurück, wohin auch ihre Mutter schon heimgekehrt war, die bei einem Todesmarsch hatte fliehen und sich mit der Unterstützung einer Genossin bis Wien durchschlagen können. Erika U. und Willi G. zogen in eine gemeinsame Wohnung und heirateten einige Zeit später: *„Ich denke mir, einem anderen gegenüber, der nicht durch Hitlers Lager gegangen war, wäre ich immer misstrauisch gewesen. Vielleicht war er doch auch ein Nazi gewesen! Es war ja üblich, dass 1945 so viele sagten, sie seien keine Nazis gewesen. Dann müssen die, die Hitler zugejubelt haben, Gespenster gewesen sein.“*

**Quellen:** Manuskript von Erika G., o. O. und o. J. ; Haftpersonalakt (StAM, Justizvollzugsanstalten 11143); Gespräche mit Erika G. im Januar/Februar 2004.

Athen – Bernau – Burghausen – Rosenheim – Kolbermoor – Bernau –

Athen

**George K., geboren am 29. Juni 1914 in Serras/Griechenland**

Nach seiner Festnahme am 23. Februar 1943 durch die Geheime Feldpolizei wurde George K. am 16. April 1943 durch das Feldgericht des Befehlshabers Südgriechenland in Athen wegen ‚Zugehörigkeit zu einem kommunistischen Zusammenschluß‘ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. In welchem Zusammenhang dies geschah, ist unklar, jedoch wurden im selben Verfahren drei weitere Angeklagte unter anderem wegen Flugblattverteilen und Streikaufrufung zum Teil zweifach zum Tode verurteilt.

Nachdem George K. Mitte August 1943 wegen seiner Nierensteinerkrankung darum bat, in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden, bestätigte der Gefängnisarzt zwar einen großen Nierenstein, empfahl eine Behandlung aber nur bei Verschlechterung des Befundes und bei subjektiven Beschwerden. Vorerst entging George K. so einem Transport, Mitte Februar 1944 wurde er jedoch trotzdem mit der Bahn nach Bernau am Chiemsee verlegt. Von dort aus wurde er zur Arbeit in der Landwirtschaft, vermutlich bei Burghausen, gebracht, wo er anschließend bei den Alexander-Wacker-Werken arbeitete. Von hier aus wurde er im Juli 1944 der *„Außenarbeitsstelle 13b Kolbermoor (Strafgefangenen-Lager)“* bei BMW überstellt. Am 17. September 1944 wurde George K. im Krankenhaus Kolbermoor aufgenommen, der Arzt vermerkte auf der Aufnahmeanzeige: *„Revierbehandlung! Notwendigkeit werde ich nicht bestätigen. Rücksprache!“* Trotzdem wurde der Patient erst sieben Tage später wieder entlassen. In seinem Bericht vermerkt George K., daß er im Kolbermoorer Krankenhaus wegen einer Verletzung am Auge behandelt wurde, der Arzt wiederum diagnostizierte laut

Aufnahmeschein „*Enteritis (hohes Fieber)*“ [chronisch-entzündliche Darmerkrankung], der Wachmann meldete seinerseits als Grund für die Einlieferung ins Krankenhaus eine Lungenentzündung. Seine Unterbringung und Verpflegung beschreibt George K. als schlecht. Da er zwölf Stunden pro Tag an sieben Tagen die Woche habe arbeiten müssen, habe er keinen Kontakt zu Menschen außerhalb des Gefängnisses (er selbst bezeichnet es als Konzentrationslager) und des Arbeitsplatzes gehabt. Wann genau er nach Bernau am Chiemsee zurückgebracht wurde, wo ihm am 4. Mai 1945 noch von deutscher Seite ein Haftentlassungsschein ausgestellt wurde, ist unklar. Nach der endgültigen Entlassung durch einen amerikanischen Verfügungsbefehl vom 13. Juni 1945 kam er im August 1945 mit dem Zug in Griechenland an. Ausgezehrt und mit Schäden an Augen und Ohren, befand er sich bei seiner Rückkehr in einem sehr schlechten körperlichen und seelischen Zustand.

**Quellen:** Bericht in englischer Sprache von George K. vom 26.01. 2004; Haftpersonalakt (StAM, Justizvollzugsanstalten 14000).

### 5.2.3 Kriegsgefangene

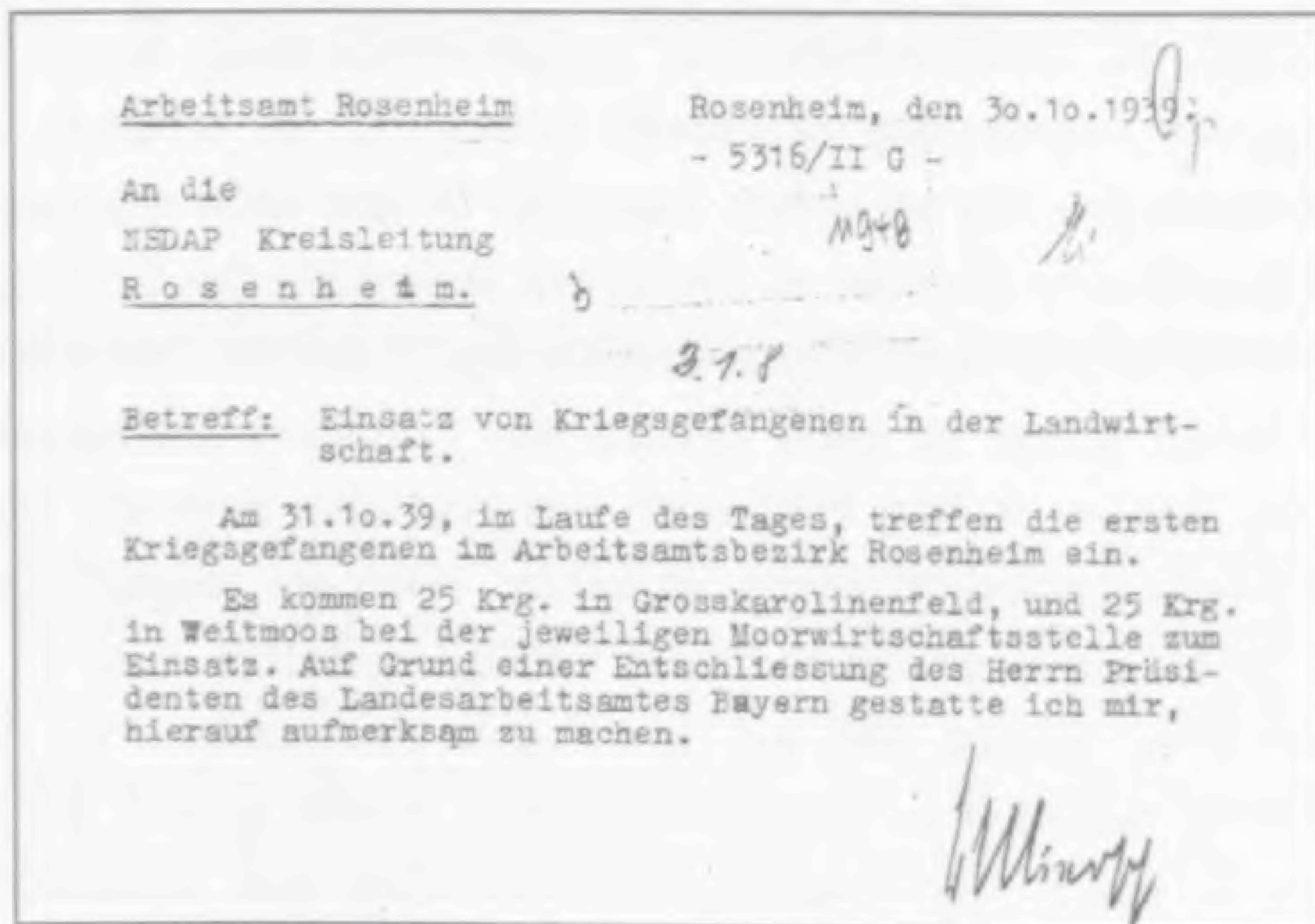


Abbildung 11: Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim zur Ankunft der ersten Kriegsgefangenen (1939).<sup>204</sup>

Laut der oben abgebildeten Meldung des Leiters des Arbeitsamtes Rosenheim an die Kreisleitung trafen die ersten 50 Kriegsgefangenen am 31. Oktober 1939 in Rosenheim ein und wurden in zwei Kommandos in Moorwirtschaftsstellen eingesetzt.

Dem Zeitpunkt nach waren dies Kriegsgefangene aus Polen. Der Einsatz in geschlossenen Kommandos bei körperlich anstrengenden, niederen Tätigkeiten, wie hier in den beiden Moorwirtschaften, entsprach den allgemeinen Bestimmungen für den Einsatz der polnischen Kriegsgefangenen.<sup>205</sup> Wie viele von rund 300 000 ins Reich gebrachten polnischen Kriegsgefangenen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim einge-

<sup>204</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rosenheim an die Kreisleitung vom 30.10.1939. StAM, NSDAP 1557.

<sup>205</sup> Zu weiteren Einsatzfeldern und dem „Polen-Einsatz“ als „Experimentierfeld der Ausländerbeschäftigung“ siehe: Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 101-104.

setzt waren, ist nicht mehr nachzuvollziehen. In den Jahren 1940/41 überführte man den größten Teil von ihnen in den Zivilstatus, um so den Schutz der Genfer Konvention<sup>206</sup> zu umgehen und die Bestimmungen für polnische ZivilarbeiterInnen auch auf diese Gruppe anwenden zu können. Die Handhabung ziviler Arbeitskräfte war sehr viel flexibler und einfacher, für die ehemaligen Kriegsgefangenen aber zog die Umwandlung wesentlich schlechtere Bedingungen nach sich. Nach der Schaffung des Generalgouvernements durch die deutsche Besatzung hatte Polen als eigener Staat aufgehört zu existieren und somit war, nach Anschauung der Nationalsozialisten, die Genfer Konvention außer Kraft gesetzt. Dies hatte auch die Ermordung fast aller 60 000 jüdischen Kriegsgefangenen aus Polen zur Folge.<sup>207</sup>

Anders war dies für die jüdischen Kriegsgefangenen aus Frankreich: Sie überlebten zu großen Teilen, wenn auch durch erniedrigende Arbeiten schikaniert, unter dem Schutz der Genfer Konvention den Holocaust inmitten Deutschlands.<sup>208</sup> Von insgesamt 1,85 Millionen französischen Kriegsgefangenen waren über die Kriegszeit hinweg rund 1,3 Millionen zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich. Mit einer so hohen Zahl von Menschen hatte man vor dem Angriff auf Frankreich nicht gerechnet, die Verhältnisse im Mai/Juni 1940 in den frontnahen Aufangslagern waren deshalb nahezu katastrophal. Erst nach der Verteilung auf Stalags, Oflags und einzelne Kommandos besserten sich die Bedin-

---

<sup>206</sup> Die Genfer Konvention, die im Juli 1929 auch von der damaligen deutschen Regierung unterzeichnet worden war, enthielt unter anderem ein Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Im Kern sicherte sie eine menschliche und gerechte Behandlung der gefangenen Gegner, regelte grundlegend Versorgungsleistung und Unterbringung. Demnach durften lediglich Angehörige von Mannschaftsdienstgraden zu nicht der Kriegswirtschaft dienenden Leistungen herangezogen werden, kam die Arbeit Dritten zugute, stand ihnen Lohn zu.

<sup>207</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 44-46 und 100-102.

<sup>208</sup> Auch zum folgenden Durand, Yves: Das Schicksal der französischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam (1939-1945). In: Bischof, Günter und Overmans, Rüdiger (Hrsg.): Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Tarnitz-Pottschach 1999. S. 71-78.

gungen, die sicher nicht einheitlich, aber grundsätzlich – laut Durand – „hart, aber erträglich“ waren. Im großen und ganzen hielten sich die deutschen Stellen an die Genfer Konvention, dennoch wurden zum Beispiel Unteroffiziere unter Androhung von Bestrafung zur Arbeit gezwungen. Auch wurden in Kooperation mit der Vichy-Regierung, die entgegen den Konventionsvereinbarungen den Schutz der Kriegsgefangenen selbst übernahm und somit gewissermaßen Verhandlungsmasse hatte, in zwei Austauschaktionen ab Sommer 1942 Kriegsgefangene gegen zivile Facharbeitskräfte ausgewechselt, beziehungsweise ab Frühjahr 1943 Kriegsgefangene, teilweise gegen ihren Willen, in den Zivilstatus überführt. Diese sogenannten Statutfranzosen gewannen zwar einerseits die Rechte der französischen ZivilarbeiterInnen, das heißt zum Beispiel Lohn und Bewegungsfreiheit in einem bestimmten Rahmen, verloren aber andererseits den Schutz durch die Genfer Konvention und das Internationale Rote Kreuz, auch setzten sie sich seitens der Kameraden dem Vorwurf der Kollaboration aus.

In Rosenheim und Kolbermoor waren französische Kriegsgefangene überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt, so urteilte der Landrat von Rosenheim im Herbst 1941:

*„Arbeitsleistung: Gut, insbesondere sind die Bauern mit ihnen sehr zufrieden.“*

*Verhalten: Gut; schimpfen über die Kapitalisten, die sie in den Krieg hineingejagt hätten und erklären, daß es ihnen in Deutschland gut gefällt.“*

*Einfluß auf die Stimmung der Deutschen Arbeiterschaft: Wenig feindselige Stimmung, zuweilen bei den Bauern eine zu freundliche und familiäre Einstellung; allgemein geachtet als Soldaten.“<sup>209</sup>*

Zu den etwa 110 000 im Reich eingesetzten serbischen Kriegsgefangenen finden sich in den Quellen für das Untersuchungsgebiet keine Hin-

---

<sup>209</sup> Tabellarischer Bericht zum Einsatz ausländischer Arbeiter des Landrates von Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 17.10.1941. StAM, NSDAP 1555.

weise, vermutlich befand sich nur ein geringer Teil der Kriegsgefangenen aus Jugoslawien im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim.

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in großem Umfang wurde, wie bereits beschrieben, nach langer Diskussion erst am 31. Oktober 1941 beschlossen. Von insgesamt ca. 5,7 Millionen Angehörigen der Roten Armee, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges von den Deutschen gefangengenommen wurden, kamen insgesamt 3,3 Millionen ums Leben. Neben den unmenschlichen Bedingungen, denen diese Menschen aufgrund der Zukunftsplanung der Nationalsozialisten absichtlich ausgesetzt wurden, war die auf ideologischen Gründen basierende schlechte Behandlung im Arbeitseinsatz im Reichsgebiet für diese unglaubliche Zahl von Todesopfern verantwortlich.<sup>210</sup>

In den Akten des Arbeitsamtes Rosenheim finden sich schon seit Mitte Juli 1941 Bedarfsmeldungen einzelner Firmen für sowjetische Kriegsgefangene, meist wollten die Firmen eine geringere Zahl französischer Kriegsgefangener gegen eine erheblich höhere Zahl sowjetischer eintauschen.<sup>211</sup> Wann genau die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim eintrafen, ist nicht mehr ersichtlich, jedoch gab der Landrat in der oben schon zitierten Quelle vom 17. Oktober 1941 folgendes Urteil ab:

*„Russen (Kriegsgefangene): Arbeiten nur unter Zwang, dann aber gut.*

*Verhalten: Verschlossen und feindselig; kennen unter sich keine Kameradschaft, zeigen Schadenfreude, wenn einer von ihnen bestraft wird und bestehlen sich gegenseitig.*

*Einfluß auf die Stimmung der Deutschen Arbeiterschaft: Dankbare Stimmung gegenüber den Soldaten, die diese Horden von der Heimat ab-*

---

<sup>210</sup> Die Zahlenangaben in der Literatur differieren. Zur Diskussion bis 1995 siehe Osterloh, Jörg: Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie (= Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 3). Dresden <sup>2</sup>1996. Grundlegend: Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Neuauflage, Bonn 1997.

<sup>211</sup> Anfragen verschiedener Firmen vom Juli/August 1941. StAM, Arbeitsämter 1337.

*gehalten haben. Der deutsche Arbeiter, der diese kreaturen [sic!] sieht, wird, wenn er in irgendeiner Form noch mit dem Kommunismus sympathisiert hat, gründlich geheilt.*<sup>212</sup>

Natürlich kann es sich dabei um eine vorauseilende Beurteilung durch den Landrat handeln, da er ja relativ allgemeine Vorurteile referierte. Es scheint aber auch nicht unwahrscheinlich, daß sich schon zu diesem Zeitpunkt sowjetische Kriegsgefangene in kleiner Zahl im Landkreis Rosenheim befunden haben.

Wie viele von den über 500 000 italienischen Militärinternierten (IMI), die nach dem „Verrat“ Italiens im September 1943 durch deutsche Truppen entwaffnet und in Stalags gebracht wurden, in Rosenheim und Kolbermoor eingesetzt waren, ist nicht mehr zu ermitteln. Lediglich im Zusammenhang mit dem Werk II von BMW in Kolbermoor ist von vier sich auf der Flucht befindlichen Italienern die Rede.

Der Anteil der im Wehrkreis VII internierten Italiener lag konstant unter drei Prozent (ca. 15 000 Gefangene), war also im Vergleich zu anderen Wehrkreisen verhältnismäßig niedrig, was aufgrund der geographischen Lage verwundert.<sup>213</sup> Nachdem im Juli 1944 für einen großen Teil der italienischen Militärinternierten der Wechsel in den Zivilstatus befohlen wurde, verbesserte sich die unmenschliche Arbeits- und Lebenssituation für diese Gefangenen etwas.<sup>214</sup>

---

<sup>212</sup> Tabellarischer Bericht zum Einsatz ausländischer Arbeiter des Landrates von Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 17.10.1941. StAM, NSDAP 1555.

<sup>213</sup> Zahlen aus Tabelle 4 bei Hammermann, Gabriele: Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Bd. 99). Tübingen 2002.

<sup>214</sup> Hammermann, Gabriele: Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Bd. 99). Tübingen 2002. S. 583-585. Die Zielsetzung für die Überführung wurde in einer Bekanntgabe der Partei-Kanzlei folgendermaßen formuliert: „Das Ziel der in den letzten Tagen angelaufenen Überführung von rund 600 000 italienischen Militärinternierten in ein ziviles Arbeitsverhältnis ist, durch eine bessere Behandlung, deren Arbeitsleistung zu steigern; die bisherige unerfreuliche Lage der italienischen Militärinternierten bedeutete außerdem eine Belastung der deutsch-italienischen Beziehungen.“ Aus Be-

Von kriegsgefangenen Briten und US-Amerikanern wird nur an wenigen Stellen berichtet, die Anzahl scheint jedoch im Vergleich zu den anderen Gruppen vernachlässigbar.

#### 5.2.4 ZivilarbeiterInnen



Abbildung 12: Einsatz von ausländischen Arbeitskräften im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern (Juni 1941).<sup>215</sup>

Zum Ende des Krieges stellten die zivilen Arbeitskräfte die weitaus größte Gruppe des Ausländereinsatzes im Arbeitsamtsbezirk Rosen-

kanntgabe 203/44 der NSDAP Partei-Kanzlei vom 26.08.1944. BayHStA, Reichsstatthalter 498.

<sup>215</sup> Der Arbeitseinsatz im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern. Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Bayern vom Juni 1941. StAM, NSDAP 1557.

heim. Wegen der mangelnden Quellendichte läßt sich lediglich folgende umrißhafte Entwicklung für den Arbeitsamtsbezirk Rosenheim schildern, die größtenteils der allgemeinen Entwicklung entspricht:

Die seit Herbst 1939 dem Bezirk zugeteilten ausländischen Arbeitskräfte stammten – neben der größten Gruppe aus Polen, der bis zum Sommer 1941 ungefähr die Hälfte der zivilen FremdarbeiterInnen angehörte – aus Italien, Tschechien, Bulgarien, Ungarn, der Slowakei, Jugoslawien und Slowenien, wobei die Gruppen aus den letztgenannten Ländern, abgesehen von Italien, sehr klein gewesen sein dürften. Nach dem Sieg über Frankreich kamen wohl auch einige belgische, niederländische und französische FremdarbeiterInnen in den Arbeitsamtsbezirk, die zu diesem Zeitpunkt vor allem in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. ZivilarbeiterInnen aus nördlichen Ländern werden nur selten erwähnt und machten vermutlich nur einen verschwindenden Bruchteil der FremdarbeiterInnen in der Region aus.

Die Vermutung, daß die größten Gruppen der FremdarbeiterInnen aus Polen und Italien stammten, wird durch die bereits zu den Kriegsgefangenen zitierte Beurteilung des Rosenheimer Landrates gestützt, die gerade für die polnischen und italienischen Arbeitskräfte vergleichsweise ausführlich ausfiel:

*„Polen: Arbeitsleistung: Im Durchschnitt gut, insbesondere soweit es sich um Kräfte, die aus der Landwirtschaft stammen, handelt; schlechte Arb.-Leistung von jenen, die als zusammengelesenes Großstadtesindel ins Reich verschubt wurden. Verhalten: gut, soweit sie energisch behandelt werden, frech und anmaßend, falls ihnen nachgegeben wird, Arbeitsniederlegung und Arbeitsverweigerung bei angeblich schlechter Verpflegung. Anfangs des Rußland-Feldzuges siegesfrohe Stimmung jetzt gedrückt. Zur Zeit Mißstimmung über Urlaubsverbot bzw. starke Urlaubseinschränkung. Einfluß auf die Stimmung der Deutschen Arbeiterschaft: Ohne. Der Pole ist für den deutschen Arbeiter der ‚Polak‘. Berührungspunkte sind hier nicht vorhanden.“*

*„Italiener: Arbeitsleistung: Nicht gut. Verhalten: Teilweise frech, herausfordernd und streitsüchtig [es folgen Einzelbeispiele]. Einfluß auf die Stimmung der deutschen Arbeiterschaft: Für den deutschen Arbeiter sind Italiener dieser Sorte eine große Geduldsprobe; die Einstellung des deutschen Arbeiters gegen den Italiener ist an sich nicht die beste. Seelische Belastung*

*daß diese Leute als ‚Bundesgenossen‘ anzusprechen sind.*<sup>216</sup>

Waren bis zum Sommer 1942 die kriegsgefangenen Arbeiter in der Landwirtschaft die stärkste Gruppe im Untersuchungsgebiet, so kippte dieses Verhältnis im Lauf der zweiten Jahreshälfte einerseits wegen der Umwandlung von Kriegsgefangenen in Zivilarbeiter, andererseits durch den verstärkten Einsatz von sowjetischen ArbeiterInnen, die mit der Zeit auch immer mehr im gewerblichen und industriellen Sektor eingesetzt wurden. Dies spiegelt sich auch in den erhaltenen Zahlen über ausländische Arbeitskräfte bei industriellen Betrieben in Rosenheim und Kolbermoor deutlich wider. Ab dem Sommer 1943 finden sich in den Unterlagen des Arbeitsamtes Rosenheim Listen, die völlig entpersonalisiert waren, ein Zeile beispielsweise lautet:

*„Mutter (Alter 31); 3 Söhne (Alter 3-5-7); Mutter (Alter 70) – noch gut; Köpfe 5, Arbeitskräfte 2“*<sup>217</sup>

Diese Liste verzeichnet Ostarbeiterfamilien, die in der Landwirtschaft beschäftigt werden sollten. Die Zuweisung von Familien stieß oft auf Abneigung bei den Einsatzträgern, daher wurden einzelne Familien immer wieder zwischen verschiedenen Betrieben hin und her geschoben.<sup>218</sup>

Geht es um die rechtlichen Regelungen für die einzelnen Gruppen, so sieht man sich mit einer *„schier nicht zu überblickenden Fülle von Einzelerlassen und einander aufhebenden Spezialverfügungen konfron-*

---

<sup>216</sup> Tabellarischer Bericht zum Einsatz ausländischer Arbeiter des Landrates von Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 17.10.1941. StAM, NSDAP 1555.

<sup>217</sup> Liste des Arbeitsamtes Rosenheim im Juli 1943. StAM, Arbeitsämter 880.

<sup>218</sup> Hierzu finden sich verschiedene Beispiele für den Bereich des Arbeitsamtes Rosenheim. Eine fünfköpfige Familie wurde im Februar/März 1944 beispielsweise von der Versuchsstelle Hofgut Au bei Bad Heilbrunn (Bad Tölz) an das Arbeitsamt Rosenheim zurückgegeben, von dort aus versuchte man, sie bei der Firma Roeckl in Kolbermoor unterzubringen, die wegen der großen Kinderzahl die Einstellung ablehnte. Nach einem fünftägigen Aufenthalt in Rosenheim wurde die Familie dann Mitte März bei der Firma Rauscher, Thansau, die Kohlenanzünder fertigte, untergebracht. StAM, Arbeitsämter 880.

tiert [ . . . ].“<sup>219</sup>. Deshalb soll an dieser Stelle nur überblicksartig auf die unterschiedliche gesetzliche Stellung der ArbeiterInnen aus den verschiedenen Ländern eingegangen werden.

Ab März 1941 galt auf dem großdeutschen Reichsgebiet eine fünfstufige staatsrechtliche Einteilung der Staatsangehörigkeiten: Die unterste Stufe nahmen die sogenannten Fremdvölkischen ein, die „*sonderrechtlichen Sonderbestimmungen*“<sup>220</sup> unterlagen und wiederum in sechs Gruppen unterteilt waren. Zwei Gruppen, die arbeitsrechtlich ähnlichen Bestimmungen unterworfen waren wie deutsche Kollegen, waren ArbeiterInnen aus verbündeten beziehungsweise neutralen Staaten, wie Italien (bis 1943), Bulgarien, Kroatien, Rumänien, der Slowakei, Spanien, Ungarn (Gruppe 1) und ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten Tschechiens, Norwegens, Dänemarks, der Niederlande, Belgiens und Frankreichs (Gruppe 2). Die Angehörigen der letzten drei Staaten wurden unter dem Begriff Westarbeiter zusammengefaßt. Balten und überwiegend Ukrainer und Weißrussen aus dem Generalgouvernement und dem Bezirk Białystok (Gruppe 3) wurden arbeitsrechtlich ab Ende 1942 den ersten beiden Gruppen gleichgestellt. Wesentlich schlechteren rechtlichen Bedingungen waren ArbeiterInnen polnischer Herkunft (Gruppe 4) und die sogenannten OstarbeiterInnen aus der Sowjetunion (Gruppe 5) unterworfen, die darüber hinaus noch verpflichtet waren, entsprechende Kennzeichnungen mit der Aufschrift ‚P‘ beziehungsweise ‚Ost‘ zu tragen. Rechtlich ähnlich schlecht gestellt waren jüdische Arbeitskräfte sowie Sinti und Roma (Gruppe 6).<sup>221</sup>

---

<sup>219</sup> Körner, Hans-Michael: Das staatliche Regelwerk für die Zwangsarbeiter. In: Pfister, Peter (Hrsg.): Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising Bd. 1). München 2001. S. 19-23, hier S. 19.

<sup>220</sup> Majer, Diemut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981. S. 253.

<sup>221</sup> Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 91-92.

Der rassische und rechtliche Status der verschiedenen Gruppen im Arbeitseinsatz suggeriert eine klar abgrenzbare Alltagsrealität der ausländischen Arbeitskräfte, jedoch unterlagen ihre allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr individuellen Konditionen, die in einem Wechselspiel von verschiedensten Faktoren beeinflusst wurden. Zu diesen Faktoren zählen beispielsweise der Ort der Unterbringung, die Art der Tätigkeit, der Kriegsverlauf, Situation und Einstellung seitens der Arbeitgeber und der Verwaltung. Deshalb sollen im nachfolgenden Kapitel 6 die wichtigsten Aspekte für die Bedingungen im Arbeitseinsatz am Beispiel einiger Firmen in Rosenheim und Kolbermoor dargestellt werden.<sup>222</sup>

### 5.3 Zahlen zum Ausländereinsatz im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim

Zur quantitativen Erfassung des Ausländereinsatzes in Rosenheim und Kolbermoor konnten lediglich Angaben auf der Ebene des Arbeitsamtsbezirks Rosenheim ermittelt werden. Auch ist dieses Zahlenmaterial nicht für den gesamten Zeitraum durchgehend erhalten, jedoch läßt sich – faßt man statistische Informationen aus verschiedenen Quellen zusammen – eine Übersicht über den Einsatz der Kriegsgefangenen für September 1940 bis Juni 1943 und der ausländischen ZivilarbeiterInnen für die Zeit zwischen Januar 1941 und September 1944 rekonstruieren.

Die vorliegenden Zahlen stammen allesamt aus zeitgenössischen Statistiken, die auf verschiedenen Ebenen der Arbeitsverwaltung erstellt wurden. Der ständige Wandel in den Strukturen und den geographischen Definitionen dieser Verwaltung, aber auch in den Bezeichnungen für die statistisch erhobenen Ausländergruppen erschwert die Vergleichbarkeit der Zahlen.

Darüber hinaus handelt es sich um sogenannte Stichtagszahlen, die

---

<sup>222</sup> Auf die sonderrechtliche Stellung in der Kriegsgesellschaft soll im Kapitel über die „Fremden“ in der oberbayerischen Heimat eingegangen werden.

lediglich über den Stand an einem bestimmten Tag des Monats, die Stichtage variierten, Auskunft geben und somit Veränderungen zwischen den Stichtagen nicht erkennen lassen. Wegen des dadurch begrenzten Aussagewertes des erhaltenen Zahlenmaterials für diese Arbeit wird auf eine Interpretation verzichtet. Ziel ist es vielmehr, einen Eindruck zur quantitativen Größenordnung und Entwicklung des Einsatzes im behandelten Arbeitsamtsbezirk zu bieten.<sup>223</sup>

Da die folgenden Tabellen aus verschiedenen Quellen zusammengestellt wurden, sollen diese hier kurz erläutert werden: Als Basis diente die Veröffentlichung des Reichsarbeitsministeriums (ab 1942 des GBA) *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich von 1939 bis 1944*<sup>224</sup>. Diese Zahlen wurden, soweit notwendig und möglich, durch Zahlen aus dem Mitteilungsblatt *Der Arbeitseinsatz im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern* von 1940 bis 1943<sup>225</sup> ergänzt. Weitere einzelne Angaben stammen aus statistischem Material des Reichsstatthalters Ritter von Epp und des Staatsministeriums für Wirtschaft.<sup>226</sup>

---

<sup>223</sup> Mehr zu den Zahlen aus den Reichsstatistiken und für die zahlenmäßige Entwicklung der Zwangsarbeit in Österreich. In Freund, Florian und Perz, Bertrand: *Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945*. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich. Wien 2000.

<sup>224</sup> Mit Lücken, jedoch – laut Spoerer – größter Bestand in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität Berlin auf Mikrofiche erhalten. Die letzte verfügbare Statistik vor Kriegsende ist auch abgedruckt in Spoerer, Mark: *NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30.09.1944 nach Arbeitsamtsbezirken*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001). S. 666-684.

<sup>225</sup> Die Veröffentlichung dieses Mitteilungsblattes des Landesarbeitsamtes Bayern wurde im März 1943 aus Gründen der Geheimhaltung eingestellt. Rundschreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern vom 26.02.1943. BayHStA, MWi 9367.

Das Mitteilungsblatt ist für Januar 1940 bis Januar 1941, April bis Juni, September, November 1941 und September 1942 in StAM, NSDAP 1557 erhalten. Für den Zeitraum Januar 1942 bis Juli 1942 ohne April 1942 in StAM, NSDAP 2011. Die Bayerische Staatsbibliothek verwahrt typographierte Übersichten unter dem selben Titel (für 1943 unter dem Titel: *„Der Arbeitseinsatz im Gauarbeitsamtsbezirk München-Oberbayern“*) für Dezember 1942, Januar bis Juli 1943 und Januar bis September 1943 in ihren Beständen.

<sup>226</sup> Für Oktober 1942. BayHStA, Reichsstatthalter 578. Für die Monate Februar und Juni 1943. BayHStA, Reichsstatthalter 832. Jahresübersicht unter anderem über

Menschen im Ausländereinsatz

Monat/Jahr	Ausländer im AAB Ro männlich	Ausländer im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro männlich	davon Ostarbeiter im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro gesamt	Ausländer im AAB Ro gesamt
Januar 1941	710	330				1.040
Februar 1941						
März 1941						
April 1941						
Mai 1941						
Juni 1941						
Juli 1941						
Aug. 1941	1.211	678				1.889
Sept. 1941						
Okt. 1941						
Nov. 1941						
Dez. 1941						

---

Kriegsgefangene im Jahr 1941. BayHStA, MWi 3089.

Monat/Jahr	Ausländer im AAB Ro männlich	Ausländer im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro männlich	davon Ostarbeiter im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro gesamt	Ausländer im AAB Ro gesamt
Januar 1942	1.268	682				1.950
Februar 1942	1.231	673				1.904
März 1942						
April 1942						
Mai 1942	1.491	1.326			913	2.817
Juni 1942						
Juli 1942	2.198	1.692			1.217	3.890
Aug. 1942						
Sept. 1942						
Okt. 1942	3.856	3.156				7.012
Nov. 1942						
Dez. 1942	3.308	1.773	914	1.603	2.517	5.081

Menschen im Ausländereinsatz

Monat/Jahr	Ausländer im AAB Ro männlich	Ausländer im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro männlich	davon Ostarbeiter im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro gesamt	Ausländer im AAB Ro gesamt
Januar 1943						
Februar 1943	3.330	1.764	1.010	1.861	2.871	7.966
März 1943	4.112	3.310	1.086	1.443	2.529	7.422
April 1943						
Mai 1943	3.632	1.762	1.324	2.240	3.564	5.394
Juni 1943	4.917	4.064	1.145	1.962	3.107	8.981
Juli 1943						
Aug. 1943	3.858	1.874	1.226	2.405	3.631	5.732
Sept. 1943	5.194	4.533	1.211	2.486	3.697	9.727
Okt. 1943						
Nov. 1943						
Dez. 1943	5.692	4.864			4.057	10.556

Monat/Jahr	Ausländer im AAB Ro männlich	Ausländer im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro männlich	davon Ostarbeiter im AAB Ro weiblich	davon Ostarbeiter im AAB Ro gesamt	Ausländer im AAB Ro gesamt
Januar 1944						
Februar 1944						
März 1944	6.298	4.943			4.323	11.241
April 1944						
Mai 1944						
Juni 1944	6.883	5.353			5.015	12.236
Juli 1944						
Aug. 1944						
Sept. 1944	6.884	5.485			4.794	12.369

Tabelle 2: AusländerInnen und OstarbeiterInnen im Arbeitsamtsbezirk  
Rosenheim (Januar 1941 bis September 1944).

<b>Monat/Jahr</b>	<b>Kriegsgefangene im AAB Ro</b>
<b>Oktober 1940</b>	3.639
<b>November 1940</b>	3.613
<b>Dezember 1940</b>	3.653
<b>Januar 1941</b>	3.749
<b>Februar 1941</b>	3.859
<b>März 1941</b>	3.969
<b>April 1941</b>	3.970
<b>Mai 1941</b>	4.235
<b>Juni 1941</b>	4.375
<b>Juli 1941</b>	4.415
<b>August 1941</b>	4.415
<b>September 1941</b>	4.615
<b>Oktober 1941</b>	4.620
<b>November 1941</b>	4.650
<b>Dezember 1941</b>	4.650

<b>Monat/Jahr</b>	<b>Kriegsgefangene im AAB Ro</b>
Januar 1942	3.557
Februar 1942	3.707
März 1942	
April 1942	4.058
Mai 1942	3.997
Juni 1942	4.217
Juli 1942	
August 1942	5.355
September 1942	
Oktober 1942	
November 1942	
Dezember 1942	5.514

<b>Monat/Jahr</b>	<b>Kriegsgefangene im AAB Ro</b>
<b>Januar 1943</b>	
<b>Februar 1943</b>	5.395
<b>März 1943</b>	
<b>April 1943</b>	
<b>Mai 1943</b>	
<b>Juni 1943</b>	5.344

**Tabelle 3: Kriegsgefangene im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim  
(Oktober 1940 bis Juni 1943).**

## 6 Orte des Ausländereinsatzes: Lebens- und Arbeitsbedingungen

### 6.1 Allgemeine arbeitsrechtliche Bestimmungen und die Rolle der Einsatzträger

Wie im vorhergehenden Kapitel angesprochen, waren die unterschiedlichsten Faktoren für die Situation der ausländischen Arbeitskräfte im Arbeitseinsatz ausschlaggebend. Die sich vor allem in arbeitsrechtlichen Bestimmungen niederschlagende und sich so auf die Arbeitsbedingungen der FremdarbeiterInnen auswirkende Hierarchisierung wurde bereits angesprochen. Hier soll nun einleitend die Entwicklung ihrer Lage im Grundsätzlichen dargestellt werden, da eine detaillierte Wiedergabe den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Im Grundsatz versuchte man, im Hinblick auf die Anwerbung weiterer Ausländer, den Anschein zu erwecken, als seien ausländische Arbeitskräfte den deutschen arbeitsrechtlich gleichgestellt. Für Menschen aus verbündeten und westeuropäischen Staaten galt dies, teilweise durch zwischenstaatliche Abkommen abgesichert, im großen und ganzen auch. Dagegen waren polnische sowie jüdische Arbeitskräfte und OstarbeiterInnen diskriminierenden Sonderregelungen ausgesetzt. Diese reichten beispielsweise von lohnmindernden Sonderabgaben (Sozialausgleichsabgabe, Lohnausgleichsabgabe, Ostarbeiterabgabe), über verminderten Arbeitsschutz bis hin zu großen Ermessensspielräumen für die jeweiligen Einsatzträger. Das Arbeitsrecht, welchem die Kriegsgefangenen unterlagen, war an die Genfer Konvention gebunden, die für westliche Kriegsgefangene im wesentlichen auch eingehalten wurde, für Kriegsgefangene aus dem Osten, italienische Militärinternierte und in den Zivilstatus versetzte ehemalige Kriegsgefangene jedoch nicht zur Anwendung kam.

Man schwächte die Diskriminierung der osteuropäischen Menschen zwar ab 1943 etwas ab, laut Herbert jedoch *„nur in dem Maße, wie*

*unter dem Druck der militärischen Ereignisse die Produktivität gesteigert werden mußte*<sup>227</sup>. Darüber hinaus bleibt fraglich, inwiefern sich dies verbessernd auf die Situation vor Ort auswirkte.<sup>228</sup> Aufgrund der militärischen Ereignisse veränderten sich die Tätigkeitsfelder der Arbeitskräfte, anfangs vor allem derjenigen aus westlichen Ländern: Weg vom Kolonneneinsatz auf „*schmutzigen, schlecht bezahlten und bei Deutschen unbeliebten Arbeitsplätzen [ . . . ]*“ in Außenarbeiten hin zum „*Einzeleinsatz in qualifizierten Arbeitsplätzen*“ der Industrie.<sup>229</sup>

Als letzter und maßgeblicher Aspekt ist der zentrale Einfluß der Einsatzträger auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der ihnen zugeordneten Arbeitskräfte zu nennen. Zwar wurden diese Einsatzträger durch verschiedene Stellen, wie zum Beispiel das Gewerbeaufsichtsamt (Unterbringung und Arbeitsschutz), die DAF oder das Arbeitsamt kontrolliert, aber letztlich lag die Versorgung und Unterbringung in der Verantwortung der jeweils zuständigen Betriebsführer, deren Engagement wiederum durch verschiedene Interessenkonflikte gekennzeichnet war. Einerseits war man am Erhalt der Arbeitskraft, der Leistungssteigerung durch Motivation und, in gewissem Umfang, auch an der Qualifizierung der ausländischen ArbeiterInnen interessiert, andererseits mußten

---

<sup>227</sup> Herbert, Ulrich: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1995. S. 134.

<sup>228</sup> Zum Arbeitsrecht im Ausländereinsatz ausführlich zum Beispiel: Majer, Diemut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981. S. 253-262.

Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001. S. 146-180.

Zeitgenössisch beispielsweise: Die Deutsche Arbeitsfront Gauverwaltung München-Oberbayern Hauptstelle Oberbayern (Hrsg.): Die Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte. Broschüre auf Basis eines Vortrags von Pg. Richard Hetzner. München 1941/42. Und Erste Ergänzung zur Broschüre: Der Einsatz von gewerblichen Arbeitskräften aus dem Osten, ihre arbeitsrechtlichen und sonstigen Bedingungen. Zusammengestellt von Pg. Richard Hetzner. München 1942. StAM, NSDAP 2011.

<sup>229</sup> Herbert, Ulrich: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985). S. 150.

die Kosten für diese Arbeitskräfte niedrig gehalten, und reibungslose Abläufe, bei extremen Leistungssteigerungen in einer immer heißer laufenden Kriegsproduktion, gewährleistet werden.

Im folgenden Abschnitt sollen nun die konkreten Auswirkungen auf den Arbeitseinsatz in Rosenheim und Kolbermoor dargestellt werden.

## 6.2 Ausländereinsatz in Rosenheim und Kolbermoor

Nachdem ausländische Arbeitskräfte im Laufe der Zeit sowohl in der Landwirtschaft als auch in öffentlichen beziehungsweise gewerblich-industriellen Betrieben zum Einsatz kamen, ergaben sich, schon aufgrund der jeweiligen Arbeitsfelder und unter Berücksichtigung des Kriegsverlaufes, sehr unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen für diese in allen Bereichen der Wirtschaft Rosenheims und Kolbermoors eingesetzten Menschen. Dieser Tatsache trägt die Gliederung nach den jeweiligen Wirtschaftsbereichen Rechnung. Obwohl Recherchen bei den heute noch bestehenden Firmen, mit Ausnahme der inzwischen geschlossenen Graphitelektrodenfabrik Conradt, seitens der Unternehmen nicht ermöglicht wurden, und das in öffentlichen Archiven überlieferte Material zu diesen einzelnen Einsatzträgern eher spärlich ist, soll zumindest an einigen Beispielen die Situation der jeweils eingesetzten Arbeitskräfte dargestellt werden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann dabei nicht erhoben werden. Ergänzend befindet sich im Anhang dieser Arbeit eine Liste von Betrieben in Rosenheim und Kolbermoor, bei denen die Beschäftigung von ausländischen ZivilarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und Häftlingen aufgrund der archivalischen Quellen nachgewiesen werden konnte. Diese Auflistung ist weniger vor dem Hintergrund von Schuldzuweisungen zu sehen, vielmehr soll sie zeigen, daß der Ausländereinsatz sich im Verlauf des Krieges in alle Bereiche ausweitete und keine Besonderheit mehr darstellte.

### 6.2.1 Einsatz in Haus- und Landwirtschaft

Die Land- und Moorwirtschaft war im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim der erste wirtschaftliche Bereich, in dem nach Kriegsbeginn ausländische Arbeitskräfte weitgehend flächendeckend eingesetzt wurden. In der Umgebung von Rosenheim und Kolbermoor gab es einige überwiegend kleinere landwirtschaftliche Betriebe und, vor allem nahe Kolbermoor, einige Moorkulturen. Da hierzu nur wenige konkrete Quellen ermittelt werden konnten, wird dieses Kapitel in seiner Gliederung allgemeiner ausfallen als die beiden folgenden. Außerdem sollen hier noch einige Angaben zu FremdarbeiterInnen in der Gastronomie und als Haushaltshilfen bei deutschen Familien<sup>230</sup> gemacht werden, da die Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen Betrieben meist durch die familiäre Struktur bestimmt und somit vergleichbar waren.

In den genannten Bereichen waren vor allem Kriegsgefangene, polnische ZivilarbeiterInnen und OstarbeiterInnen, später auch ganze Ostarbeiterfamilien eingesetzt. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Versorgungslage wurde für viele ausländische Arbeitskräfte die Arbeit in privaten Haushalten und auf Bauernhöfen, neben ihrer Tätigkeit in anderen Bereichen, zu einem wesentlichen Faktor der Verbesserung ihrer Lebensmittelversorgung.<sup>231</sup>

---

<sup>230</sup> In einer durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im April 1942 angekündigten Sonderaktion sollten 450 000 Frauen zur Unterstützung von kinderreichen Familien beziehungsweise landwirtschaftlichen Betrieben aus den östlichen Gebieten ins Reich gebracht werden. Einerseits legalisierte man so nachträglich die schon durch Wehrmachtsangehörige in die Haushalte ihrer Familien gebrachten Ostarbeiterinnen, andererseits wurden zusätzlich Frauen in Sondertransporten ins Reich gebracht, wobei Mitte August 1944 lediglich etwa 77 000 [Spoerer, S. 120] ausländische Dienstmädchen in deutschen Haushalten beschäftigt waren. Winkler, Ulrike: „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten. Winkler, Ulrike (Hrsg.): *Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*. Köln 2000. S. 148-168, hier S. 132.

<sup>231</sup> Für das Untersuchungsgebiet konnten hierzu keine Anhaltspunkte gefunden werden. Winkler, Ulrike: „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten. Winkler, Ulrike (Hrsg.): *Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*. Köln 2000. S. 148-168, hier S. 160-161.

### 6.2.1.1 Arten der Arbeit

Die Art der zugewiesenen Arbeiten war sehr unterschiedlich und richtete sich zum einen nach den bei den ausländischen ArbeiterInnen vorhandenen Kenntnissen, zum anderen vor allem auch nach den Bedürfnissen der Einsatzträger. In allen angesprochenen Bereichen handelte es sich aber um schwere körperliche Arbeit bei zumeist hoher Wochenarbeitszeit und geringer Freizeit.

Die zur Verfügung gestellten ausländischen Arbeitskräfte entsprachen aber nicht immer den Vorstellungen der Arbeitgeber. So betrieb beispielsweise im Herbst 1940 das Arbeitsamt Rosenheim die Rückkehr von ca. 35 polnischen Landarbeitern mit folgender Begründung:

*„Bei den für die Zurückförderung vorgesehenen Polen (geschätzte Zahl) handelt es sich hauptsächlich um aus Warschau stammende, die zum grössten Teil zwangsweise in das Reich befördert wurden und deren Einsatz wegen der fehlenden Kenntnisse und Eignung allergrösste Schwierigkeiten bereitet, sodass sie keinerlei Hilfe, sondern eher eine Entlastung [sic!] für die Landwirtschaft bedeuten.“<sup>232</sup>*

Inwiefern diesem Wunsch entsprochen wurde, ist nicht ersichtlich, da auch für anfangs freiwillige polnische ArbeiterInnen nur beschränkte Möglichkeiten für Heimfahrten oder gar Rückkehr bestanden. Deshalb ging man schon relativ früh auch bei sogenannten Maßnahmen aufgrund von Verstößen so vor, *„daß der Pole von dem Arbeitseinsatz nur in dem erforderlichen Umfang entzogen wird. Ein zwangsweiser Abschub in den Heimatort wird daher kaum erfolgen dürfen“<sup>233</sup>.*

Um die ausländischen Arbeitskräfte auch im Winter am Ort zu halten, wurde schon 1940 weitgehend dafür gesorgt, daß Kriegsgefangene und ausländische ZivilarbeiterInnen nach dem Ende der Winterbestellung und bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung mit *„Betriebsarbeiten, wie Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden, Hofplätzen u. dgl. a.,*

---

<sup>232</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Bayern vom Oktober 1940. StAM, Arbeitsämter 884.

<sup>233</sup> Ausführungsbestimmungen zu einem Erlaß des Beauftragten für den Vierjahresplan an die Obersten Reichsbehörden vom 08.03.1940. BayHStA, MWi 3008.

ferner mit Landeskulturarbeiten, in der Forstwirtschaft, mit Wegbauarbeiten der Gemeinden und in Zucker- und Stärkefabriken sowie in Flachsröstereien“<sup>234</sup> in Beschäftigung blieben, um so für die nächste Saison sofort einsatzbereit zu sein. Diese Praxis fand jedoch weder immer die Zustimmung der Einsatzträger, noch die der AusländerInnen. Ausländische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft übernahmen überwiegend die Tätigkeiten von Mägden und Knechten. Sie wurden meist auch der langen Tradition im Umgang mit diesen zufolge entsprechend behandelt. Mit dem Andauern des Krieges kam es oft zu einer Aufwertung der Position des ausländischen Zivilarbeiters oder Kriegsgefangenen innerhalb der Hofgemeinschaft, da er nicht selten den eingezogenen oder gefallenen Landwirt ersetzte und so „in vielen Fällen an die Stelle des Bauern mit dessen Spezialkenntnissen treten mußte und in vielen Fällen auch de facto die Betriebsabläufe zu organisieren, zumindest aber doch abzusichern hatte“<sup>235</sup>.

#### 6.2.1.2 Unterbringung und Bewachung

Zu Beginn des Krieges sowie später beim Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener sollten ausländische Beschäftigte zentral untergebracht werden und nur in größeren Kommandos arbeiten. Da sich dies jedoch als nicht praktikabel erwies, wurden die Bestimmungen bald umgangen und später auch offiziell gelockert.<sup>236</sup> Beispielsweise lebte ein französischer Kriegsgefangener in der Söchtenau zwar auf dem Hof der Familie, war aber vormittags zusammen mit anderen Kriegsgefangenen in

---

<sup>234</sup> Informationsblatt „Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter in der Landwirtschaft während der Wintermonate“ des Nachrichtendienstes Deutscher Gemeindetag (DGT) vom 05.12.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>235</sup> Lehmann, Joachim: Zwangsarbeit in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945. In: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991. S. 127-139, hier S. 129-130.

<sup>236</sup> Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996. S. 167.

einem Kommando beschäftigt.<sup>237</sup> Ähnlich verhielt es sich auch mit der Bewachung, denn vor allem in bezug auf kriegsgefangene Beschäftigte wurden relativ bald die Einsatzträger zu Hilfswachmännern erklärt beziehungsweise genügte es ab Dezember 1942 sogar, wenn deutsche Kollegen die Funktion von Hilfswachmännern übernahmen.<sup>238</sup>

In der nahe Kolbermoor gelegenen staatlichen Moorkultur in Großkarolinenfeld beispielsweise lebten die 25 eingesetzten Kriegsgefangenen über den gesamten Krieg hinweg in einem „*gut gesicherten Lager hinter Stacheldraht*“. Weiter wird beschrieben, sie seien „*geschlossen innerhalb des Betriebes eingesetzt, in der näheren Umgebung ist keine Ortschaft oder ein Gehöft, sodass auch aus diesem Grunde eine Verbindung mit Aussenstehenden ausgeschlossen ist.*“<sup>239</sup>

ZivilarbeiterInnen in Privathaushalten und in der Gastronomie waren in der Regel am jeweiligen Einsatzort untergebracht.

### 6.2.1.3 Versorgung

„*Zwangsarbeiter auf Bauernhöfen wurden für die gesamte Kriegszeit besser mit Nahrung versorgt sowohl als die städtischen Zwangsarbeiter in Gewerbe- und Rüstungsbetrieben wie auch die deutsche städtische Bevölkerung – und schließlich auch besser als die Bevölkerung in den besetzten Heimatgebieten der Zwangsarbeiter.*“<sup>240</sup> Diese Feststellung mag zwar die allgemeine Situation wiedergeben, jedoch war dies im Einzelfall sicherlich vom jeweiligen Einsatzträger mit seinem weitgehenden Handlungsspielraum abhängig und so war eine bessere Versor-

---

<sup>237</sup> Gespräch mit Regina Baumgartner, Söchtenau am 06.02.2004.

<sup>238</sup> Schreiben zum Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen Dezember 1942. StAM, Arbeitsämter 1338.

<sup>239</sup> Korrespondenz des Arbeitsamtes Rosenheim zum gleichzeitigen Einsatz von Kriegsgefangenen und polnischen Gesindekräften in Großkarolinenfeld im Januar und Februar 1940. StAM, Arbeitsämter 884.

<sup>240</sup> Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996. S. 165.

gung durchaus nicht immer gewährleistet. Weiter sollte man auch bei einem Vergleich der Versorgungslage zwischen Stadt und Land eine gewisse Vorsicht walten lassen, da aus dem zeitgenössischen Blickwinkel heraus die vermutete gute Versorgungssituation auf dem Land, gerade im letzten Drittel des Krieges bis in die Nachkriegszeit hinein, im Vergleich zur städtischen Versorgung möglicherweise einer Verklärung unterlag. In der Erwartung einer besseren Versorgungslage versuchten ausländische ArbeiterInnen in vielen Fällen, aus der Industrie in die Landwirtschaft versetzt zu werden, so ist dazu im Bericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern im September 1942 folgendes vermerkt:

*„Die männlichen ukrainischen Arbeitskräfte sind vielfach mit Lohn und Verpflegung nicht zufrieden. Die in der Industrie eingesetzten Arbeiter laufen häufig von ihrer Arbeitsstelle fort und versuchen bei Bauern unterzukommen, wo sie besseres Essen erwarten.“<sup>241</sup>*

Dieses Verhalten stellte auch in Rosenheim und Umgebung ein Problem für die Sicherheitskräfte dar, denn im gleichen Bericht wird erwähnt, daß im Amtsgerichtsgefängnis Rosenheim durchschnittlich 20 ukrainische Zivilarbeiter inhaftiert waren, welche auf der Flucht oder beim Verlassen des Arbeitsplatzes gefaßt worden waren.<sup>242</sup>

Einer Anregung des Rosenheimer Landrats<sup>243</sup> im Monatsbericht für Februar 1943 zu einem Verbot von bayerischer Trachtenkleidung für polnische Zivilarbeiter folgend ist aus einem Schreiben des Bayerischen Innenministeriums zu erfahren, daß polnische Zivilarbeiter in der Regel keine Kleiderzuweisung bekamen und deshalb gerade Landwirte ihre gebrauchte Trachtenkleidung an ihre Arbeiter weitergaben. Darüber hinaus kommentierte das Ministerium:

---

<sup>241</sup> Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern für den Monat August 1942 vom 09.09.1942. BayHStA, MA 106671.

<sup>242</sup> Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern für den Monat Juli 1942 vom 08.08.1942. BayHStA, MA 106671.

<sup>243</sup> Es ist anzunehmen, daß es sich hier um den Landrat von Aibling handelte, der zugleich für den Rosenheimer Amtssprengel Bericht erstattete.

*„Die Landräte sind gewiss nicht in der Lage, den Polen Arbeitskleidung zu liefern. Diese Sorge bleibt letzten Endes immer auf dem einzelnen Bauern hängen, der mit Recht dafür kein Verständnis aufbringen würde, wenn die Einsatzfähigkeit seiner Polen an einer formellen Kleiderfrage scheitern würde. [. . .] Im übrigen sollen die Bürgermeister eben mehr Sorge dafür tragen, dass das ‚P‘ getragen wird, sodass der Pole als solcher zu erkennen ist.“<sup>244</sup>*

Auch für die anderen Gruppen im Arbeitseinsatz war die Versorgung mit Kleidung durch das Bezugsscheinsystem kompliziert, vor allem auch deshalb, weil nur die jeweiligen Einsatzträger Kleidung für ihre ausländischen Arbeitskräfte bei den Wirtschaftsämtern beziehungsweise beim Lagerwirtschaftsamt beantragen konnten.

In bezug auf die medizinische Versorgung und den Umgang mit schwangeren Frauen sind keine Einzelfälle aus dem Untersuchungsgebiet überliefert, doch schon im März 1941 forderte das Landesarbeitsamt Bayern die Arbeitsämter auf, Operationen und die medizinische Versorgung auf möglichst geringem Niveau zu halten.<sup>245</sup>

Die einzigen konkreten Zahlen zu im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim geborenen ausländischen Kindern stammen aus einem Bericht des Amtes vom Februar 1944, der die Unterbringung von 70 der insgesamt 82 ausländischen Kinder bei ihren Müttern in landwirtschaftlichen Betrieben meldet.<sup>246</sup> Diese stieß nicht immer auf das Einverständnis der Einsatzträger. Nachdem eine Bäuerin beim Arbeitsamt Rosenheim anfragte, was mit dem Kind ihrer polnischen Arbeiterin nach der Geburt

---

<sup>244</sup> Es entwickelte sich daraufhin eine ausführliche Korrespondenz zum Für und Wider eines Trachtenverbots, jedoch ohne konkretes Ergebnis. Schreiben des Sachgebiets 28 VF, ohne Datum. BayHStA, MInn 71635.

<sup>245</sup> Landesarbeitsamt Bayern an das Arbeitsamt Rosenheim März 1941. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>246</sup> Zur Nationalität der Mütter wurden ebenfalls Angaben gemacht: 51 Ostarbeiterinnen, 29 Frauen aus Polen und zwei aus Frankreich. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1943 finden sich Anweisungen zum Umgang mit schwangeren Ausländerinnen. So wies das Landesarbeitsamt Südbayern am 02.02.1943 die Arbeitsämter an, daß schwangere Ostarbeiterinnen grundsätzlich nicht mehr, Schwangere anderer Nationalitäten nur „ganz ausnahmsweise auf eigenen Wunsch“ in ihre Heimat „rückgeführt“ werden sollten. Diese Thematik wird im nächsten Kapitel in bezug auf das Ostarbeiterinnenlager der Firma Roeckl noch einmal aufgegriffen. Korrespondenz des Arbeitsamtes Rosenheim Februar bis März 1943 und Bericht zu in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Mütter Februar 1944. StAM, Arbeitsämter 881.

passieren solle und zur Antwort bekam, daß sie es gleich dem eigenen Kind zu behandeln habe, beschwerte sie sich beim Landratsamt. In einem Bericht der Landwirtschaftsstelle Rosenheim wurde ihre Beschwerde folgendermaßen wiedergegeben:

*„Nicht mit Unrecht weisen hiervon betroffene Bäuerinnen darauf hin, daß bei Kriegsausbruch sogar die Verköstigung der fremdstämmigen Arbeitskräfte an einem Tisch mit den eigenen Leuten verboten wurde, jetzt aber mude man der deutschen Bäuerin sogar zu, sich weitgehend um solche fremdblütige Kinder anzunehmen.“<sup>247</sup>*

Über den Umgang mit den Kindern kann nur spekuliert werden, da auch die Anweisungen durch den Gesetzgeber widersprüchlich waren. So liest man zum einen in einem Schreiben des Gauarbeitsamtes München-Oberbayern vom September 1943: *„Das Europa der Zukunft braucht die jetzt geborenen Ausländerkinder als Arbeitskräfte der Zukunft“<sup>248</sup>*, während andererseits in der Forschungsliteratur immer wieder Fälle beschrieben werden, in denen Mütter und ihre Neugeborenen aus landwirtschaftlichen Betrieben in industrielle Lager gebracht wurden, wo viele Kinder aufgrund der schlechten Versorgung starben.<sup>249</sup>

#### 6.2.1.4 Konflikte und Bestrafung

Zum Thema Konflikte und Bestrafung kann aufgrund der dürftigen Quellenlage sowie des im Einzelfall sehr unterschiedlichen Verhaltens seitens der jeweiligen Einsatzträger, aber auch seitens der ausländischen Arbeitskräfte nur ein eher allgemeines Bild gezeichnet werden.<sup>250</sup>

---

<sup>247</sup> Auszug aus dem Monatsbericht der Landwirtschaftsstelle Rosenheim an das Bayerische Landwirtschaftsministerium Dezember 1943. BayHStA, ML 3940.

<sup>248</sup> Gauarbeitsamt München-Oberbayern an das Arbeitsamt Rosenheim. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>249</sup> In diesem Zusammenhang wird auch hier, wie in anderen Arbeiten, Herberts Bezeichnung als *„Tötungsstätten ausländischer Kinder“* zitiert. In Hoffmann, Katharina: Zwangsarbeit in der Landwirtschaft. In: Winkler, Ulrike (Hrsg.): Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000. S. 131-147, hier S. 141.

<sup>250</sup> Grossmann formuliert es sehr verallgemeinernd folgendermaßen: *„Die meisten Bayern hatten im täglichen Umgang und bei der Zusammenarbeit mit Polen und Sowjetrussen ihre üblichen Umgangsformen mit Ortsfremden, die sich noch nie durch Offenheit oder Herzlichkeit ausgezeichnet hatten, beibehalten.“* In: Grossmann, Anton: Polen und Sowjetrussen als Arbeiter in Bayern 1939-1945. In: Archiv

Sicherlich kam es durch die enge Zusammenarbeit und den oft unfreiwilligen Einsatz der ausländischen ArbeiterInnen immer wieder zu Auseinandersetzungen. Auch lassen die sich wie ein roter Faden durch die Berichte ziehenden Fluchtversuche vieler LandarbeiterInnen auf schlechte Verhältnisse auf manchen Höfen schließen. Die sich im Verlauf des Krieges verändernden Machtverhältnisse zwischen FremdarbeiterInnen und EinsatzträgerInnen, die daraus folgende Aufwertung der ausländischen Arbeitskräfte und die Mitwisserschaft der AusländerInnen bei Verstößen der Einsatzträger gegen das Nahrungsmittelgesetz, wie zum Beispiel Schwarzschlachtungen, Ausbuttern usw., boten, wie Bauer feststellt, den AusländerInnen eine gewisse Sicherheit und führten dazu, daß man sich arrangieren mußte.<sup>251</sup> Auch wurden Straftaten oder Gewaltanwendungen seitens der ausländischen ArbeiterInnen nicht oder erst mit Verspätung gemeldet, da man den Entzug dieser essentiellen Arbeitskräfte fürchtete.

An dieser Stelle sollen nun wieder Berichte – einer tschechischen Arbeiterin und eines französischen Kriegsgefangenen, die in der Umgebung von Rosenheim eingesetzt waren – zur Abrundung des Bildes beitragen.

**Letovice – Endorf – Letovice**

**Marie K.**

**geboren am 1. Mai 1922 in Letovice/Tschechoslowakische Republik**

Am 4. Juli 1942 wurde Marie K. nach Endorf gebracht, sie war ledig und bis dahin im Laden einer Tante beschäftigt gewesen. In Endorf

---

für Sozialgeschichte XXIV. Bd. (1984): S. 355-397, hier S. 371.

<sup>251</sup> Auch zum folgenden Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996. S. 182.

teilte man sie zur Arbeit in der Gastwirtschaft der Familie Masser zu, wo sie in einem Zimmer mit einer Kellnerin untergebracht war. An sieben Arbeitstagen pro Woche erledigte sie von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr abends anfallende Küchenarbeiten, putzte und bedienst später auch in der Gaststube. Die Qualität ihrer Verpflegung bezeichnet Marie K. als mittelmäßig, aber hungern hätte sie nicht müssen. Da sie von ihrem Arbeitgeber keine Kleidung gestellt bekam, mußte das Mitgebrachte ausreichen. Auf die Frage, wie man mit ihr umging, antwortet sie, daß sie anfangs, wie die meisten ausländischen Arbeitskräfte, schlecht behandelt worden sei, später sei es besser geworden und Frau Masser habe sie sogar manchmal in die Kirche mitgenommen. Zu Einheimischen hatte sie keinen näheren Kontakt, da sie jeden Tag arbeitete. Über ihre Befreiung Anfang Mai 1945 freute sie sich sehr und war froh, als sie wieder zu Hause bei ihren Eltern war.

**Quelle:** Bericht von Marie K. in tschechischer Sprache [Übersetzt von: Pavel Kopal], Letovice/Tschechische Republik vom 06.01. 2004.

**Roubaise – Moosburg an der Isar – Riedering bei Rosenheim – Stephanskirchen – Tourcoing/Nord**

**Roger D., geboren am 30. April 1912 in Beaurail-Somme/Frankreich**

Roger D. wurde am 04. Juli 1940 durch die deutschen Truppen gefangen genommen und kam bereits drei Tage später im Stalag VII A in Moosburg an der Isar an. Von hier aus wurde er zehn Tage später als Teil des 17 Mann starken Kommandos Nummer 744 zum Arbeitseinsatz nach Riedering bei Rosenheim gebracht. Vom Lager in Riedering aus war der gelernte Elektroinstallateur auf zwei verschiedenen Höfen in der Landwirtschaft und später in einer Gärtnerei eingesetzt. Er hatte wenig freie Zeit und schildert die Arbeit in der Landwirtschaft als sehr

anstrengend. Er übernahm gelegentlich die Elektrifizierung von Bauernhöfen im Gebirge und verrichtete Maurerarbeiten. Als er vermutlich im Frühjahr 1943 als einziger seines Kommandos in Riedering nicht in den Zivilstatus wechselte, kam er in das größere Kommando 1841 (25 bis 30 Kriegsgefangene) in Stephanskirchen, dessen Unterkunft an das dortige Flak-Gebäude grenzte, blieb aber bei den selben Einsatzträgern beschäftigt. Beide Kommandos wurden von zwei Wachmännern bewacht, zu denen er bemerkt: *„Zu welcher Zeit des Krieges auch immer, habe ich anständige oder bösertige Bewacher gefunden, auf 12 oder 15 kamen 4 oder 5 wirklich bösertige.“*

Er schildert, daß er zweimal von Bewachern mit harten Gegenständen geschlagen worden sei. Ein von Roger D. als anständig bezeichneter Wachmann in Riedering beließ den Gefangenen oft über Nacht den Schlüssel, da er nämlich nicht wußte, daß die Gefangenen auch ohne diesen aus ihrem Lager kamen. Die Versorgung mit Lebensmitteln kritisiert er nicht, er erwähnt, daß es zweimal die Woche Fleisch und sonntags manchmal Kuchen gegeben hätte. Etwas befremdet schildert er die ihm vorgesetzten *„Knudel aus gekochtem Brot“*, jedoch noch mehr irritierte ihn, daß man auf einem Hof noch aus einer gemeinsamen Schüssel gegessen habe. Zusätzlich erhielt er monatlich ein bis zwei Pakete von seiner Familie, dem Roten Kreuz und den Amerikanern. Aufgrund der Arbeit im Freien litt Roger D. gegen Ende des Krieges an akutem Gelenkrheumatismus, der im Winter 1944/45 dazu führte, daß er mit Fieber und großen Schmerzen ans Bett gefesselt war. Seine Arbeitgeber kümmerten sich um medizinische Versorgung und versuchten allerdings vergeblich, Aspirin zu beschaffen. Auch gelang es ihnen, zusammen mit einer Rosenheimer Ärztin und einem Chirurgen, die Einweisung von Roger D. ins Krankenhaus zu verhindern, und sie übernahmen drei Wochen lang die Beheizung seines Zimmers. Ein Bewacher wurde in dieser Zeit dem Kranken gegenüber tötlich, weil er ihm Faulheit unterstellte.

An den freien Sonntagen ging Roger D. in die Kirche, manchmal Fischen oder zu einem Rendezvous. Begeistert schildert er detailliert den

Zuspruch seitens der zum Teil verheirateten deutschen Frauen und seine amourösen Abenteuer. Er bemerkt auch, daß es allgemein viele dieser Beziehungen gegeben hätte. Das Verhalten der Zivilbevölkerung ihm gegenüber faßt er folgendermaßen zusammen: *„Der Pfarrer und die Vikare im Dorf waren nett, die Zivilbevölkerung akzeptabel, einige sehr frankophil.“*

Am 2. Mai 1945 befreiten ihn schließlich die Amerikaner. Nach dem Krieg besuchte er Riedering noch einmal und wurde dort sehr freundlich aufgenommen.

**Quelle:** Bericht des ehemaligen Kriegsgefangenen Roger D. vom 16.01.1959. Archives Nationales, Paris, 72/AJ/298, La Captivité de guerre, les Stalags VI à VIII C.

## 6.2.2 Fallbeispiele bei öffentlichen Einsatzträgern

### 6.2.2.1 Unterbringung und Bewachung der Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen bei der Beseitigung von Hochwasserschäden in Rosenheim und Umgebung im Sommer 1940

Der erste und wahrscheinlich auch größte geschlossene Einsatz von Kriegs- und Zivilgefangenen in Rosenheim und Umgebung – nimmt man die Räumung der Bombenschäden im Frühjahr 1945 aus – war der Einsatz im Rahmen der Aufräumungs- und Dammbauarbeiten nach dem Hochwasser Ende Mai und Anfang Juni 1940.

In zwei verschiedenen Schreiben gab Oberbürgermeister Gmelch an, daß im Stadtgebiet 1 000 und im Landkreis 600 Kriegsgefangene untergebracht werden müßten.<sup>252</sup> Wo diese Männer einquartiert und eingesetzt wurden und ob wirklich so viele Menschen zum Einsatz kamen, ist unklar. Eindeutiger ist die Situation bei den 150 der Stadt Rosenheim als Einsatzträger direkt unterstellten französischen Kriegsgefangenen, von denen 100 im Gasthaus Schloßberg im gleichnamigen Ort und 50 im Amtsgerichtsgefängnis Rosenheim untergebracht waren.

Um die Gaststätte zum Kriegsgefangenenlager umzufunktionieren, mußten folgende Vorkehrungen getroffen werden:

*„Vergitterung der Fenster mit Stacheldraht, Umgebung des Gebäudes mit Stacheldrahtzaun, Bereitstellung von Stroh für die Gefangenen, je 1 Decke für dieselben, Eßgeschirr, Trinkbecher und Löffel sowie Bereitstellung von 18 Bettgestellen für die Gefangenenaufsicht“<sup>253</sup>.*

Nachdem der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München

---

<sup>252</sup> „Wie ich bereits ausgeführt habe, werden zur Behebung der Hochwasserschäden im Gebiet der Stadt Rosenheim insgesamt 1 000 Kriegsgefangene eingesetzt.“ In: Oberbürgermeister der Stadt Rosenheim an die Generalstaatsanwaltschaft München vom 10.06.1940. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 155. Und „Der Landrat seinerseits wird 150 Gefangene von den von ihm angeforderten 600 Gefangenen an die Stadt abtreten.“ In: Aktenvermerk des Oberbürgermeisters der Stadt Rosenheim vom 13.06.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>253</sup> Aktenvermerk des Oberbürgermeisters der Stadt Rosenheim vom 13.06.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

die erteilte Genehmigung zur Unterbringung der Kriegsgefangenen im Amtsgerichtsgefängnis Anfang August 1940 mit der Begründung wieder revidierte, daß die Unterbringung von Kriegsgefangenen in Gefängnissen „*grundsätzlich unzulässig sei*“, fand man für die 50 Mann anderweitig eine Unterkunft.<sup>254</sup>

Anfang Juni 1940 folgte ein zweites Hochwasser, das die bisherigen Arbeiten wieder zunichte machte. Dank eines nächtlichen Einsatzes vom 8. auf den 9. Juni 1940 konnte zumindest der halbfertige Mangfalldamm stabilisiert und Rosenheim vor einer weiteren Hochwasserkatastrophe bewahrt werden. Daneben sollten auch Strafgefangene aus der Strafanstalt Bernau am Chiemsee zu den „*Maßnahmen zur Hochwasserfreilegung (Gesamtschutzmaßnahme, meist Deichbau) Rosenheim*“<sup>255</sup> unter der Leitung des Straßen- und Flußbauamtes und des Stadtbauamtes Rosenheim herangezogen werden.<sup>256</sup>

Neben der Schutzpolizei und acht Wehrmattsangehörigen zur Bewachung der Kriegsgefangenen, benötigte die Stadt Rosenheim zeitweise noch zwölf zusätzliche Polizei-Reservisten, da die Einsatzstellen unübersichtlich waren und bereits Fluchtversuche geglückt waren. Um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, schilderte der Revier-Oberleutnant der Schutzpolizei im letzten Teil seines Schreibens, welche Gefahren für die Volksgenossen von flüchtigen Gefangenen ausgingen, seine Befürchtungen reichten dabei von Einbruchsdiebstählen über Sabotageakte bis hin zum verbotenen Kontakt deutscher Frauen zu kriegsgefangenen Franzosen.

Das Beispiel der Gaststätte Schloßberg gibt zumindest Anhaltspunk-

---

<sup>254</sup> Generalstaatsanwalt an die Herren Vorstände der Vollzugsanstalten vom 05.08.1940 und Amtsgerichtsdirektor in Rosenheim an den Herrn Generalstaatsanwalt in München vom 13.08.1940. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 155.

<sup>255</sup> Projektierung zur Hochwasserfreilegung in der Registratur des Wasserwirtschaftsamtes Rosenheim Ro 4300-4344.

<sup>256</sup> Auch zum folgenden Schreiben der Schutzpolizeiabteilung Rosenheim an den Oberbürgermeister der Stadt Rosenheim wegen der Anforderung von Polizisten der Reserve für die Bewachung bei Außenarbeiten vom 15.07.1940. StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

te, wie ein Kriegsgefangenenlager im Saal einer Gastwirtschaft aussehen haben mag, und welche Vorkehrungen zur Absicherung solcher Einsätze in den Unterkünften und beim Arbeitseinsatz selbst getroffen wurden. Schon 1940 scheint die ausreichende Bewachung der Gefangenen mangels Wachpersonal problematisch gewesen zu sein, so daß zwei Gefangenen die Flucht gelang. Der Hinweis des Schutzpolizisten auf die kriminelle Gefahr, die von den Flüchtenden ausgehe, zeigt dessen Vorurteile und weist auf eine Gleichsetzung der Kriegsgefangenen mit Strafgefangenen hin. Diese Kriminalisierung der Gefangenen dürfte auch den Umgang mit ihnen beeinflußt haben.

#### 6.2.2.2 Versorgung von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern bei den Schuhmachergemeinschaftswerkstätten in Rosenheim im Herbst 1942

Schon im Herbst 1940 war im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim ein großer Mangel an Schuhmachern festgestellt worden, der sich, verstärkt durch die Einberufung der deutschen Männer zur Wehrmacht, in der Folgezeit immer mehr bemerkbar machte. Ende Oktober 1940 gab der Landrat in Aibling an, daß manche Schuster nicht einmal mehr Anmeldungen entgegennehmen würden und Kunden monatelang auf Reparaturen warten müßten.<sup>257</sup> Im November und Dezember 1940 wurden dem Arbeitsamtsbezirk Rosenheim schließlich 13 kriegsgefangene Schuhmacher zur Verfügung gestellt, wovon vier in der Stadt Rosenheim selbst zum Einsatz kamen.<sup>258</sup>

Dies schien jedoch keine Lösung von Dauer gewesen zu sein, denn schon ein Jahr später wurde das Problem erneut evident, und man entschloß sich, unter der Aufsicht eines aus Stadt und Landkreis Rosenheim beziehungsweise der Schuhmacherinnung als Leitung und einem Schuhmachermeister als Geschäftsführer bestehenden Zweckverbandes, die Schuhmachergemeinschaftswerkstätten der Schuhmacher des Land-

---

<sup>257</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.10.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg

<sup>258</sup> Zuteilung von kriegsgefangenen Schuhmachern vom 12.11.1940 und 10.12.1940. StAM, Arbeitsämter 1337.

kreises Rosenheim einzurichten.<sup>259</sup> Zu diesem Zweck wurde auch die Zuweisung von 15 sowjetischen Zivilarbeitern beantragt.<sup>260</sup> Ab 23. Juli 1942 waren in den Werkstätten zwölf Ostarbeiter beschäftigt<sup>261</sup>, auch wurden fünf französische Kriegsgefangene zugeteilt, die im Lager Schloßberg untergebracht waren. Dort schien die Verpflegung unzureichend gewesen zu sein, weswegen mit dem Gesellenhaus der Werkstätten vereinbart wurde, daß die Kriegsgefangenen ab August 1942 hier gegen einen Tagesverpflegungssatz ihr Essen bekämen.<sup>262</sup>

Die Zahl der Beschäftigten in den Werkstätten stieg im November auf 18 Mann, die Ostarbeiter stammten aus der Ukraine und waren zum Teil in einem Gemeinschaftslager in einer Turnhalle an der Kaiserstraße und im Lager Rosenheim, Schießstätte untergebracht. Teilweise wurden für diese Männer Lang-, Langwege- und Nachtarbeiter-Zulagen beim Gewerbeaufsichtsamt<sup>263</sup> beantragt.<sup>264</sup> Ob diese gewährt wurden, und die Betroffenen die damit verbundenen höheren Lebensmittelrationen bekamen, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Folgende ab Okto-

---

<sup>259</sup> Die Stadt Rosenheim schied wegen Streitigkeiten mit dem Landkreis relativ bald wieder aus dem Zweckverband. aus. Schreiben zum Thema Errichtung einer Schuhmachergemeinschaftswerkstätte im März 1942. StAM, LRA 55509.

<sup>260</sup> Antrag auf Zuweisung von Schuhmachern (Zivilrussen) Juni 1942. StAM, LRA 55509.

<sup>261</sup> Anforderung von Tabakzuweisungen an die DAF Gauleitung München-Oberbayern Abteilung Arbeitseinsatz vom 15.09.1942. In der Bilanz für das Rechnungsjahr 1942 sind auch Aufwendungen für Gefangene der Strafanstalt Bernau am Chiemsee verzeichnet, ohne jedoch einen Schluß auf die Anzahl zuzulassen. Dies gilt auch für das Rechnungsjahr 1943, wobei hier französische und sowjetische Zivilarbeiter, Italiener und wieder Häftlinge aufgeführt werden; 1944 und 1945 fallen die Italiener weg, dafür werden Spanier angegeben. StAM, LRA 55509.

<sup>262</sup> Feststellung der Kreiskasse: Verpflegung der französischen Kriegsgefangenen der Gemeinschaftswerkstätten vom 04.08.1942. StAM, 55509.

<sup>263</sup> Mit einem Erlaß waren im Januar 1942 die Zuteilungskriterien für deutsche Arbeiter neu geregelt worden, im Februar 1942 folgte auch eine Neuregelung für nichtsowjetische Kriegsgefangene. Diese konnten einen Teil der den Deutschen gewährten Zulagen bei der Erfüllung bestimmter Kriterien erhalten. Sowjetische Kriegsgefangene erhielten neben einer geringeren Normalarbeiterration auch geringere Zulagen, letztere jedoch nur, wenn sie als Schwer- und Schwerstarbeiter anerkannt waren. In Dommaschk, Heinz: Kriegsernährungswirtschaft. Systematisches Erläuterungswerk der Verbrauchsregelungsvorschriften. Stand Oktober 1942. Berlin 1942. Kapitel III C 33a und III F 1a.

<sup>264</sup> Schreiben an die DAF August und Dezember 1942. StAM, LRA 55509.

ber 1942 für nichtsovjeticische Kriegsgefangene und sowjetische Kriegsgefangene beziehungsweise OstarbeiterInnen geltende Aufstellungen zeigen, wie sich die unterschiedliche Behandlung der Gruppen in den Verpflegungssätzen niederschlug:

*Handwritten signature: H. H. Hoffmann*

Verpflegungssätze ab 19. Oktober 1942 der in der Rüstungsindustrie bzw. in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten ausländischen Kriegsgefangenen soweit sie in Lagern untergebracht sind lt. R.M.W. v. 6.10.42, II/1 - 1047

31

Nr.	Normal- arbeiter		Lager- arbeiter		Schwer- arbeiter		Auf einen Tag trifft	
	gr	gr	gr	gr	gr	gr	gr	gr
Brot	3000	4000	1272	1380	121	773	634	493
oder Roggenmehl	5750	7350	354	10530	347	346	347	370
Malz	1430	1920	230	272	50	95	87	77
Fett	84	88	118	120	29	31	33	46
Ei	125	125	125	125	4	4	4	4
Butter	125	125	125	125	4	4	4	4
Eiweiß	500	600	500	600	21	21	21	21
Getreidefuttermittel	700	700	700	700	25	25	25	25
Salz	700	700	700	700	25	25	25	25
Kaffee-Zucker	250	250	250	250	9	9	9	9
Kartoffeln	21000	21000	21000	21000	75	75	75	75

Beide nach Aufkommen

Je nach ist möglich in Pferde- & Fleischfleisch von vollen Anrechnungssätzen zu verfahren.

Die Ernährungsaufteilungsschlüssel nach jenen der Ernährungskarten in Ernährung, Feigwaren & Kartoffelstärkeerzeugnisse.

Die Ernährung der Arbeiter auf 11400 gr = 8550 gr Roggenmehl ist möglich, wenn nach dem Urteil des Gewerkschaftsausschusses unter Anlegung eines strengen Maßstabes die volle Arbeitsleistung eines deutschen Arbeiters erfüllt wird, oder wenn es erwartet ist, daß durch Gewährung der vollen Brotlage volle Arbeitsleistung erzielt wird.

Für Brot werden nur Belegscheine für Roggenmehl angestellt.

Rosenheim, den 20. Oktober 1942

Der Landrat Rosenheim  
Ernährungsamt  
Abteilung 2  
gez. Hilpert

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Rosenheim  
Ernährungsamt Abt. 2  
gez. Hillert

*Handwritten signature: H. H. Hoffmann*

Verpflegungssätze ab 19. Oktober 1942 der in der Rüstungsindustrie bzw. in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten ausländischen Kriegsgefangenen soweit sie in Lagern untergebracht sind lt. R.M.W. v. 6. Oktober 1942, II/1 - 1047.

4) sowjetischen Kriegsgefangenen,  
5) Ostarbeiter (Ostarbeiterinnen).

Beide nach Aufkommen

Je nach ist möglich in Pferde- oder Fleischfleisch von vollen Anrechnungssätzen zu verfahren.

Die Ernährungsaufteilungsschlüssel nach jenen der Ernährungskarten in Ernährung, Feigwaren und Kartoffelstärkeerzeugnisse.

Die Ernährung der Arbeiter auf die Ernährungskarten voll in Anrechnung bringen. Prinzipielle Freikost auf nicht abgegeben werden.

Für Brot werden nur Belegscheine für Roggenmehl angestellt.

Rosenheim, den 21. Oktober 1942

Der Landrat Rosenheim  
Ernährungsamt  
Abteilung 2  
gez. Hilpert

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Rosenheim  
Ernährungsamt Abt. 2  
gez. Hillert

Abbildung 13: Übersicht über Verpflegungssätze für ausländische Arbeiter (Oktober 1942).<sup>265</sup>

Für ausländische ArbeiterInnen, Insassen von Konzentrationslagern, nichtdeutsche Bewohner des jeweiligen Polizeigebietes und der Ghettos sowie Justizvollzugshäftlinge konnten die Einsatzträger über die DAF

<sup>265</sup> Verpflegungssätze ab 19.10.1942 der in der Rüstungsindustrie beziehungsweise in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten nichtsovjeticischen Kriegsgefangenen und der sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter (Ostarbeiterinnen), soweit sie in Lagern untergebracht sind lt. Reichministerium für Ernährungswirtschaft vom 06.10.1942 über die Ernährungsämter des Landkreises und der Stadt Rosenheim am 28.10.1942, LRA 55509.

spezielle Tabakwaren (Zigaretten und Rauchtabak aus Kroatien) erhalten. Der Zweckverband beantragte eine solche Zuweisung von Tabakwaren auch für seine ukrainischen Arbeiter.<sup>266</sup>

#### 6.2.2.3 Umgang mit kranken ZivilarbeiterInnen bei der Saline Rosenheim im Sommer 1944

Die staatliche Saline Rosenheim, die mittels einer Rohrleitung aus Bad Reichenhall mit Sole versorgt wurde und über das 19. Jahrhundert hinweg ein maßgeblicher Bestandteil der Rosenheimer Industrie war, hatte zu Beginn der 30er Jahre ihren Zenit bereits überschritten.<sup>267</sup> 1933 waren noch 80 ArbeiterInnen beschäftigt und man befürchtete die Schließung des Betriebes, die jedoch während der Kriegszeit, trotz mehrerer Auskämmungsmaßnahmen, nicht vollzogen wurde. Für die Salzgewinnung waren die Moorkulturen des Rosenheimer Umlandes ein wichtiger Brennstofflieferant. Um die Versorgung mit dieser Energiequelle zu sichern, wurden verschiedene Moorfilze der staatlichen Berg-, Hütten- und Salzwerke A.G. (BHS) unterstellt, unter deren Dach auch die Saline firmierte.

Der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in der Saline Rosenheim und dem zugehörigen Torfwerk Raubling ist ab April 1941 quellenmäßig belegbar, hier verzeichnete die Saline zwölf polnische ArbeiterInnen im Rahmen einer Aufstellung über die 80-köpfige Belegschaft.<sup>268</sup>

Anfang Mai 1944 wurden der Saline ein italienischer und vier grie-

---

<sup>266</sup> Anforderung von Tabakwaren für zwölf russische Zivilarbeiter September 1942. StAM, LRA 55509.

<sup>267</sup> Auch zum folgenden Stäbler, Wolfgang: Die Saline Rosenheim. In: Treml, Manfred u. a. (Hrsg.): Salz Macht Geschichte, Aufsätze. Augsburg 1995. S. 111-118.

<sup>268</sup> Im selben Akt befindet sich ein Verzeichnis vom April 1941 mit den beim Torfwerk Raubling beschäftigten und bei der Ortskrankenkasse Rosenheim angemeldeten Gefolgschaftsmitgliedern; hier wurden zwölf polnische Arbeiter verzeichnet. Die Auszählung der noch erhaltenen Meldezettel, die für jedes Gefolgschaftsmitglied an die Ortskrankenkasse gingen, ergab ab Juni 1942 sieben OstarbeiterInnen und ab Juni 1943 18 französische und 13 polnische Zivilarbeiter. StAM, Saline Rosenheim 1291.

chische Arbeiter<sup>269</sup> zugewiesen. Bei einem der Griechen bestand, laut einer Aktennotiz, Verdacht auf Krätze und Syphilis, ein anderer Grieche sei wegen eines Geschwürs am Ellenbogen ins Krankenhaus Rosenheim eingeliefert worden und der italienische Arbeiter machte „*einen vollkommen unbrauchbaren Eindruck*“, weshalb er „*infolge völliger Unbrauchbarkeit dem Arbeitsamt am 16. 5. 1944 wieder zur Verfügung gestellt*“<sup>270</sup> wurde. Der zuständige Mitarbeiter des Arbeitsamtes Rosenheim sicherte nach einer Beschwerde der Saline zu, daß sie ersatzweise fünf Zivilfranzosen zugewiesen bekäme, und fügte hinzu: „*demnach ist das für Griechen angemeldete Lager umzumelden als Franzosenlager und die Griechen in Raubling [Torfwerk] einzusetzen.*“<sup>271</sup> Einem der griechischen Arbeiter gelang Ende Mai 1944 die Flucht, wobei jedoch bereits ein Schreiben der Staatspolizeileitstelle Wien vom 9. Juni 1944 darauf hinwies, daß er ab 19. Juni 1944 im Arbeitserziehungslager (AEL) Oberlanzendorf wieder abgeholt werden könne. In diesem Schreiben heißt es weiter: „*Im Falle der Nichtabholung zum festgesetzten Termin wird er an das Gauarbeitsamt Wien zur Neuvermittlung überwiesen.*“<sup>272</sup> In den Unterlagen finden sich keine Hinweise auf eine Abholung. Der am 5. Juni 1944 aus dem Krankenhaus entlassene Grieche sollte knapp zwei Monate später wieder an das Arbeitsamt zurückgegeben werden, da er in der Akkordarbeit nicht „*annähernd soviel [verdient], als sein Lebensunterhalt erfordert.*“<sup>273</sup> Nachdem das Arbeitsamt jedoch ein Attest forderte, wurde ein Grieche an das Sägewerk Hugo Laue in Rosenheim abgeschoben, wo sich seine Spur verliert, anzunehmen ist jedoch, daß auch dort keine besseren

---

<sup>269</sup> Davon waren drei entlassene griechische Häftlinge aus der Strafanstalt Bernau am Chiemsee, was aus einer Fahrtkostenrechnung des Arbeitsamtes Rosenheim an die Saline Rosenheim hervorgeht. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>270</sup> Aktennotiz vom Mai 1944. StAM, Saline Rosenheim 177. Und StAM, Justizvollzugsanstalten 14001.

<sup>271</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rosenheim an die Saline Rosenheim vom Mai 1944. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>272</sup> Schreiben der Staatspolizeileitstelle Wien an das Arbeitsamt Rosenheim vom 09.06.1944. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>273</sup> Schreiben der Saline Rosenheim an das Arbeitsamt Rosenheim vom 31.07.1944. StAM, Saline Rosenheim 177.

Bedingungen auf ihn warteten.<sup>274</sup>

Ähnlich erging es einer aus „2 russischen Familien mit 15 Köpfen und 9 arbeitseinsatzfähigen Kräften“<sup>275</sup> bestehenden Gruppe von OstarbeiterInnen. Über einen Mann aus dieser Gruppe beklagte sich das Torfwerk Raubling bereits kurz nach der Zuweisung im Juli 1944: „Er kann nur mühsam mit 2 Stöcken kurze Entfernungen zurücklegen“<sup>276</sup>. Diese 15 Menschen wurden im Oktober 1944 an die Flachsröste Rottmayr in Raubling weitergegeben, durften aber noch so lange im Lager des Torfwerkes wohnen, bis sie zur Firma Rottmayr „umpakiert“ werden konnten.<sup>277</sup> Die Korrespondenz endet mit einem Schreiben der Firma Rottmayr, mit dem diese versuchte, die OstarbeiterInnen im März 1945 wieder an das Torfwerk Raubling zurückzugeben.<sup>278</sup>

### 6.2.3 Fallbeispiele bei industriellen Einsatzträgern

#### 6.2.3.1 Barackenbau für Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter beim Graphitelektrodenwerk C. Conradt Werk Kolbermoor im Sommer 1941

Eine Liste des Arbeitsamtes Rosenheim vom 28. Oktober 1942 verzeichnete 18 Betriebe in Rosenheim und Kolbermoor, in denen russische Kriegsgefangene und OstarbeiterInnen lagermäßig untergebracht waren.<sup>279</sup> Einer dieser Betriebe war das Graphitelektrodenwerk Conrad-

---

<sup>274</sup> Das Torfwerk Raubling wandte sich im Oktober 1944 an Hugo Laue, da es noch Forderungen an den griechischen Arbeiter hatte. In der Antwort des Sägewerks wurde die Streichung des Betrages empfohlen, „da der Mann bei uns nur soviel verdient, daß er knapp davon leben kann“. Schreiben des Sägewerks Hugo Laue an das Torfwerk Raubling vom 12.10.1944. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>275</sup> Korrespondenz zwischen dem Torfwerk Raubling und der Flachsröste Rottmayr vom Oktober 1944 bis März 1945. StAM, Saline Rosenheim 177.

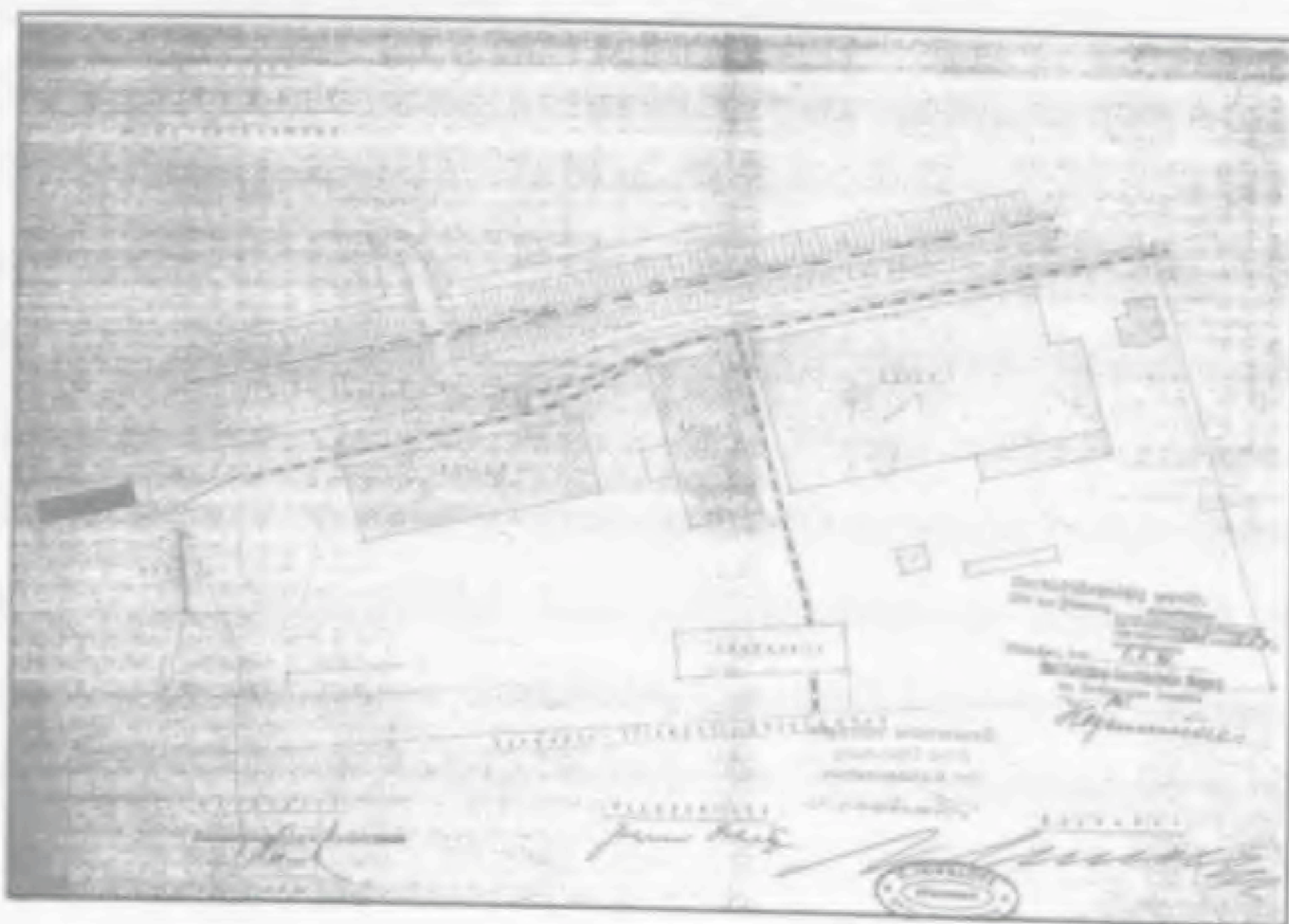
<sup>276</sup> Schreiben des Torfwerks Raubling an das Arbeitsamt Rosenheim vom Juli 1944. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>277</sup> Korrespondenz zwischen dem Torfwerk Raubling und der Flachsröste Rottmayr vom Oktober 1944 bis März 1945. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>278</sup> Korrespondenz zwischen dem Torfwerk Raubling und der Flachsröste Rottmayr vom Oktober 1944 bis März 1945. StAM, Saline Rosenheim 177.

<sup>279</sup> Liste über Betriebe mit lagermäßiger Unterbringung von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim vom 28.10.1942. StAM, Arbeitsäm-

ty in Kolbermoor. Die Arbeitskräfte – deutsche wie ausländische – waren an den Öfen großer Hitze und im gesamten Werk dem alles bedeckenden feinen Graphitstaub ausgesetzt. Im Januar 1941 erhielt der Rüstungsbetrieb<sup>280</sup> die ersten 30 Kriegsgefangenen<sup>281</sup>, deren Nationalität sich nicht mehr genau feststellen läßt, jedoch könnte es sich um französische Kriegsgefangene gehandelt haben.<sup>282</sup> Über die Unterbringung der 30 Mann bis zur Fertigstellung der unten beschriebenen Baracke, die den Plänen nach frühestens Ende Juni 1941 bezugsfertig gewesen sein dürfte, kann nur spekuliert werden.<sup>283</sup> Die Baracke für die Kriegsgefangenen wurde, wie der folgende Lageplan zeigt, am westlichen Rand des Fabrikgeländes errichtet, das Werkstor und das Wohnhaus des Werksleiters lagen am östlichen Ende des Areals:



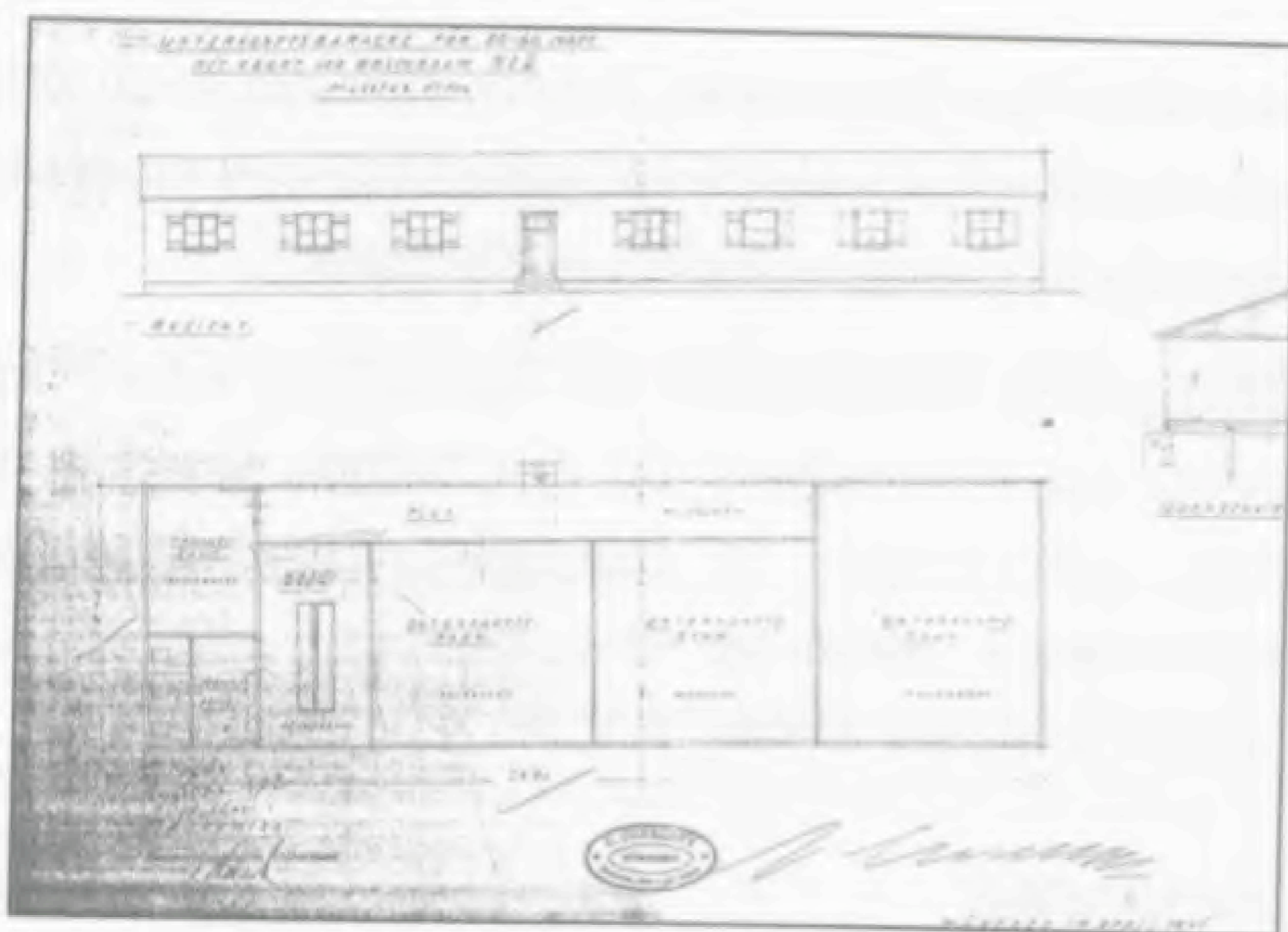
ter 1184.

<sup>280</sup> Angabe des Arbeitsamtes Rosenheim auf einer Liste vom Juni 1940. StAM, Arbeitsämter 1214.

<sup>281</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.02.1941. StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>282</sup> Auf einer vom Betriebsleiter des Werkes Johann Heckel (Jahrgang 1879) kurz nach Kriegsende erstellten Liste sind 16 Franzosen verzeichnet, die in Gemeinschaftsverpflegung standen. Schreiben der Firma C. Conradt Werk Kolbermoor an den Bürgermeister von Kolbermoor vom 11.05.1945. Unterlagen der Firma C. Conradt Werk Kolbermoor.

<sup>283</sup> Die noch vorhandenen Pläne für die Baracke stammen aus der Zeit April–Juni 1941. Unterlagen der Firma C. Conradt Werk Kolbermoor.



Abbildungen 14 und 15: Lage- und Bauplan einer Baracke auf dem Gelände der Firma Conradty (1941).<sup>284</sup>

In der Baracke befanden sich, neben drei abgetrennten Unterkunftsräumen, ein Trockenraum, ein Waschraum und ein extra Raum mit drei Toiletten, deren Entsorgung durch eine Klär- und Versitzgrube geregelt war.<sup>285</sup> Mit ca. 200 qm für 50 bis 60 Mann geplant, war diese Baracke bei einer Belegung mit 30 Mann, im Vergleich zu anderen Unterkünften, eher großzügig bemessen, möglicherweise hatte man aber auch mit weiteren Zuweisungen von Kriegsgefangenen gerechnet. Ab Juli 1942 wurde eine unbekannte Zahl von Ukrainern bei Conradty eingesetzt, welche jedoch nicht in der Unterkunft der Kriegsgefangenen untergebracht werden durften. Dies war vermutlich der Grund für die Errichtung eines zweiten Lagers, eines sogenannten Gemeinschaftslagers, im nördlich gelegenen Lohholz, von dem keine Pläne überliefert sind.<sup>286</sup> Im Juni 1943 waren wesentlich mehr Zivilarbeiter (36 aus den Ostge-

<sup>284</sup> Lageplan und Bauplan für ein Baracke auf dem Werksgelände der Firma Conradty. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

<sup>285</sup> Der Werksleiter gab an, daß Waschraum und Toiletten nur zeitweise genutzt wurden, da die ausländischen Arbeiter in der Fabrik die Möglichkeit hatten, sich mit warmem Wasser zu waschen. Schreiben der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor an den Bürgermeister von Kolbermoor vom 06.07.1945. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

<sup>286</sup> Schreiben der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor an die Ortspolizei Kolbermoor vom 25.06.1945. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

bieten, 17 aus dem Protektorat oder Polen), aber nur noch zehn Kriegsgefangene im Graphitelektrodenwerk gemeldet, wobei unklar ist, wie das Werk das Unterbringungsproblem gelöst hatte.<sup>287</sup>

Kurz nach Kriegsende übermittelte der Werksleiter dem Bürgermeister von Kolbermoor ein Verzeichnis mit den Namen seiner Ausländer, es enthielt sieben tschechische, 16 französische und 29 russische Namen.<sup>288</sup> Eine spätere Meldung des Betriebes für den UNRRA-Suchdienst listete folgende Zahlen auf:

Nationalität	Anzahl der Arbeitskräfte
Frankreich	83
Polen	2
Sowjetunion	32
Tschechoslowakei	18
<b>Insgesamt</b>	<b>135</b>

**Tabelle 4: Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte bei der Firma Conradty (1948 erstellt).<sup>289</sup>**

Kurz nach dem Ende des Krieges wurde die Produktion endgültig gestoppt. Nachdem alle französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen Kolbermoor verlassen hatten<sup>290</sup>, wies die UNRRA beiden Lagern

<sup>287</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.06.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>288</sup> Schreiben der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor an den Bürgermeister von Kolbermoor vom 11.05.1945. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

<sup>289</sup> Formblatt der Firma C. Conradty mit der Auflistung ausländischer Arbeitskräfte, teilweise auf der Basis von DAF-Karten, Arbeitsbüchern beziehungsweise Invalidenkarten aus dem Jahr 1948. StAM, LRA 108294.

<sup>290</sup> Meldung der Gemeinde Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 15.08.1946. StAM, LRA 108294.

verschiedene Gruppen von Displaced Persons aus der Sowjetunion zu, was den Werksleiter dazu veranlaßte, immer wieder Beschwerdeschreiben über das Verhalten der Einquartierten an den Bürgermeister und die Gemeindepolizei zu richten. Einer dieser Briefe hatte folgenden Wortlaut<sup>291</sup>:

*„Beim Begehen der von den Russen verlassenen Baracke in meinem Fabrikgelände heute Morgen gegen 8 Uhr mußte ich feststellen, daß in der Baracke ein Ochse oder eine Kuh geschlachtet wurde, deren Haut noch in einem Raum liegt. Ferner lag in der Nähe der Baracke ein Schweif von einem Schaf.*

*Da die Russen kurz vor ihrem Auszug ein Schaf in der Nähe der Baracke weideten, ist anzunehmen, daß sie dieses geschlachtet haben. Gestern konnte auch beobachtet werden, daß ein mit einem weißen Tuch bedeckter Wagen mit dem Russengespann dem Glasberg zufuhr. Ich bitte Sie, zur Feststellung des Sachverhalts sofort eine Aufnahme machen zu lassen, damit die vorhandenen Spuren für Sie noch gut erkennbar sind. Hochachtungsvoll!“<sup>292</sup>*

---

<sup>291</sup> Schriftverkehr mit der Gemeinde Kolbermoor Mai bis November 1945. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

<sup>292</sup> Schreiben der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor an den Bürgermeister von Kolbermoor vom 16.11.1945. Unterlagen der Firma C. Conradty Werk Kolbermoor.

### 6.2.3.2 Unterbringung und Situation der Ostarbeiterinnen bei der Fabrik für elektrotechnische Apparate Anton Kathrein in Rosenheim ab Frühjahr 1942

Obwohl die Firma Kathrein im März 1940 durch eine Anweisung der Rüstungsinspektion des Wehrkreises VII als Fertigungsbetrieb der Luftwaffe zu betrachten war und ihr deshalb keine Arbeitskräfte entzogen werden durften<sup>293</sup>, stand sie im Oktober 1940 auf einer Liste des Landesarbeitsamtes Bayern, mit der die Auskämmung des Betriebes verfügt wurde.<sup>294</sup>

In der Selbstdarstellung der Firma Kathrein für ihre 5. Bewerbung beim Leistungskampf der Deutschen Betriebe 1942/43 wurde darauf verwiesen, daß der Betrieb als Hersteller und Unterlieferant von Präzisionsteilen die höchste Dringlichkeitsstufe erhalten hatte. So waren der Firma im April 1942, möglicherweise auch deshalb, 41 Frauen aus der Ukraine als Arbeitskräfte zugewiesen worden.<sup>295</sup> Weiter heißt es: *„Der Gefolgschaftssaal musste im April 1942 aus kriegswirtschaftlichen Gründen vorübergehend für ein Lager für ausländische Arbeiterinnen eingerichtet werden.“*<sup>296</sup>

---

<sup>293</sup> Schreiben mit einer Anweisung der Rüstungsinspektion an das Arbeitsamt Rosenheim vom 18.03.1940. StAM, Arbeitsämter 1214.

<sup>294</sup> Landesarbeitsamt Bayern an das Arbeitsamt Rosenheim am 11.10.1940. StAM, Arbeitsämter 1214.

<sup>295</sup> Bewerbung im Leistungskampf der Deutschen Betriebe 1942/43. StAM, NSDAP 914.

<sup>296</sup> Bewerbung im Leistungskampf der Deutschen Betriebe 1942/43. StAM, NSDAP 914.



Abbildung 16: Foto des Gemeinschaftssaals der Firma Kathrein  
(Weihnachten 1941).<sup>297</sup>

Die Photographie zeigt den neuerstellten Gefolgschaftssaal, der hier 1941 für eine Betriebs- und Kinderweihnachtsfeier dekoriert war.

Aus einer Bestätigung ehemaliger Mitarbeiterinnen, die im Rahmen des Spruchkammerverfahrens ein positives Zeugnis für den Betriebsführer Anton Kathrein abgaben, geht hervor, daß sich das Lager bis zum 29. April 1945 im Werk befand.<sup>298</sup> Auch Anhaltspunkte zur Situation der Ausländerinnen, deren Zahl im Frühjahr 1945 wohl bei 56 Frauen lag<sup>299</sup>, können dem Spruchkammerakt entnommen werden, wo-

<sup>297</sup> Photographie des Gemeinschaftssaales in der Bewerbung im Leistungskampf der Deutschen Betriebe 1940/41. StAM, NSDAP 914.

<sup>298</sup> Bestätigung ehemaliger Mitarbeiterinnen vom 29.11.1946, die angaben, daß Anton Kathrein (Jahrgang 1888) nach der Sendung der Freiheits-Aktion-Bayern am 29.04.1945 den ausländischen Frauen erklärt hätte, daß der Krieg vorbei sei und Ausgangsbeschränkungen nun aufgehoben wären. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

<sup>299</sup> Verschiedene Zeugen, die in bezug auf Anton Kathrein positive Aussagen machten, gaben an, daß 56 ausländische Frauen im Betrieb gewesen sein. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

bei sich hier zwei gegensätzliche Bewertungslinien gegenüberstehen:

Auf der einen Seite wurden Vorwürfe erhoben, daß im Betrieb Ausländerinnen mißhandelt, geschlagen und, als Strafmaßnahme, Samstag und Sonntag in den Keller gesperrt wurden<sup>300</sup>. Ein konkreter gewaltsamer Übergriff auf eine Ostarbeiterin der Firma konnte nachgewiesen werden, da in einem Vermerk der Inspektion des Ostarbeitereinsatzes beim Arbeitsamt Rosenheim folgender Fall dokumentiert wurde:

*„Am Sa 6. 5. 44 kam eine Ostarbeiterin der Fa. Kathrein mit blutverschmiertem Gesicht in die Ausländerstelle meines Amtes und brachte heulend vor, dass sie von Herrn Stadler geschlagen worden sei [ . . . ].*

*Nach den Aussagen des Herrn Stadler war jedoch begreiflich, dass die Ostarbeiterin durch ihr gehässiges und aufreizendes Benehmen die Strafmaßnahmen verschuldete. Besonders bemerke ich, dass das Lager der Ostarbeiterinnen der Fa. Kathrein als Musterlager in meinem Amtsbezirk bezeichnet wurde und die Ostarbeiterinnen lt. Angaben des Betriebsführers 100% Arbeitsleistung an den Tag legen.“<sup>301</sup>*

In der Anzahl überwogen die positiven Bewertungen, beispielsweise wurde angegeben, daß der Betriebsführer zusätzliche Lebensmittel für die Arbeiterinnen organisierte, sich um die medizinische Versorgung der Frauen kümmerte und für gute Kleidung sorgte.<sup>302</sup> Darüber hinaus enthält der Spruchkammerakt eine Bestätigung des Acting Directors des Rosenheimer D. P. Transfer Camp, daß dem Betrieb wegen der humanen Behandlung der Ausländer während des Krieges nach Kriegsende ungefähr 30 Displaced Persons als Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt worden waren.<sup>303</sup>

---

<sup>300</sup> Im Akt zum Spruchkammerverfahren: Ausschuß der politischen Parteien Rosenheims, ein Betriebsrat und ehemalige MitarbeiterInnen im Zeitraum Sommer 1946–Herbst 1946. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

<sup>301</sup> Auszug aus den Unterlagen der Inspektion des Ostarbeitereinsatzes beim Arbeitsamt Rosenheim vom 21.09.1946. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

<sup>302</sup> Im Akt zum Spruchkammerverfahren: Erklärungen einer als Lagerführerin eingesetzten Mitarbeiterin, des Baywa Lagerhauses, der Firma Gervais und zweier Ärzte im Zeitraum Winter 1946 bis Sommer 1947. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

<sup>303</sup> Bestätigung des Acting Directors des Rosenheimer D.P. Transfer Camp vom 07.10.1945. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton. Auch seitens der Besat-

Der folgende Bericht einer ehemaligen Ostarbeiterin, die unter anderem bei der Firma Kathrein eingesetzt war, gibt Auskunft über ihre Erinnerungen an den Betrieb.

**Brest – Dachau-Rothschwaige – Berchtesgaden – Rosenheim – Nürnberg – Brest**

**Maria I., geboren 1926**

Am 8. Oktober 1943 wurde Maria I. unter Waffengewalt zum Transport nach Deutschland gezwungen. In einem Güterwaggon brachte man sie in das Durchgangslager Dachau-Rothschwaige, von wo sie drei Monate später nach Berchtesgaden kam und als ungelernete Kraft unter anderem im Haushalt einer Familie tätig war. Im August 1944 kam sie nach Rosenheim zur Firma Kathrein und arbeitete an einer Handfräse in Zwölf-Stunden-Schichten, die Tag und Nacht gefahren wurden. Der Sonntag war frei und der einzige Tag, an dem es Maria I. erlaubt war, sich außerhalb des Fabrikgeländes aufzuhalten. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln empfand sie als schlecht, an Kleidung sei ihr lediglich Arbeitskleidung zur Verfügung gestellt worden, auch habe sie keine medizinische Versorgung erhalten. Weiter beschreibt sie, daß sie wegen Hungers an ihrem freien Tag in die nahegelegenen Dörfer gegangen sei, um dort um Essen zu bitten. Einzig die Vorsteherin des Lagers hat sie in positiver Erinnerung, sie bezeichnet sie als guten Menschen.

Anfang März 1945 flohen Maria I. und drei weitere Frauen aus dem

---

zungsmacht erging, zur Beschleunigung des Verfahrens, ein Schreiben an die Spruchkammer, da Kathrein einen Auftrag zur Herstellung von speziellen, in den Haushalten der Amerikaner benötigten Steckern (Zwischenstecker, durch die amerikanische Zivil-Elektrogeräte an deutsche Steckdosen angeschlossen werden konnten) ausführen sollte. Schreiben von Henry Steinberg, Army Exchange Service Headquarters US Third Army vom 31.07.1946. StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton.

Betrieb und konnten sich bis Nürnberg durchschlagen. Maria I. irrte, verängstigt durch die Bombardierungen, in der Stadt umher, bis sie das Arbeitsamt fand, und von dort aus nahe Nürnberg einem Bauernhof zum weiteren Arbeitseinsatz zugewiesen wurde, hier erlebte sie auch die Befreiung durch die Amerikaner.

Nachdem sie in ihre zerstörte Heimat zurückgekehrt war, mußte sie die Erlebnisse in Deutschland verheimlichen.

**Quelle:** Bericht von Maria I. in englischer und belarussischer Sprache (Übersetzung: Sabine Frauenreuther) vom 15.01.2004.

### 6.2.3.3 Arten der Arbeit beim Bauunternehmen Hans Holzner im Auftrag der Deutschen Reichsbahn ab Sommer 1943

Der Bahnhof Rosenheim gewann, wie oben ausgeführt, mit Fortdauer des Krieges immer mehr an Bedeutung. Hier gab es vom Gleisbau bis hin zur Bahnhofsgaststätte viele Arbeitsfelder, die zwar körperlich sehr anstrengend waren, aber keine besonderen Qualifikationsmerkmale wie technisches Verständnis oder Sprachkenntnisse erforderten, und somit als ideale Einsatzorte für ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene angesehen wurden. In einer Aufstellung von Einsatzträgern mit beschäftigten Zwangsarbeitern im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim vom Sommer 1941 werden die beiden, im Auftrag der Deutschen Reichsbahn tätigen Firmen Holzner und Schauer mit 120 und 141 als die Einsatzträger mit den meisten Kriegsgefangenen in Rosenheim genannt.<sup>304</sup>

Die Firma Hans Holzner war ab 1941 mit Umbau- und Gleisbauarbeiten am Bahnhof Rosenheim befaßt und beantragte im Frühjahr 1942 200 sowjetische Kriegsgefangene, wovon fünf Tiefbauvorarbeiter für Erdarbeiten und Gleisbau, die restlichen 195 Hilfsarbeiter sein sollten. Als Arbeitszeit wurden 54 bis 60 Stunden angegeben, eine Unterkunft in Wohnbaracken, Morgenkaffee, Mittagessen und Abendessen wurden zugesichert.<sup>305</sup> Im März 1942 arbeiteten dann 138 sowjetische Kriegsgefangene, drei italienische und drei tschechische Zivilarbeiter bei dem Unternehmen. Davon wurden der Firma im August 1943 sowjetische Kriegsgefangene für den Einsatz im Bergbau entzogen, die man durch Ostarbeiterfamilien mit insgesamt 60 Arbeitskräften ersetzte.<sup>306</sup> Mit

---

<sup>304</sup> Liste über den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen in Holzwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Landeskulturarbeiten und Wehrmacht im Juli 1941. StAM, Arbeitsämter 1337.

<sup>305</sup> Anforderung der Firma Holzner für sowjetische Kriegsgefangene beim Arbeitsamt Rosenheim vom 18.03.1942. StAM, Arbeitsämter 1338.

<sup>306</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rosenheim vom 27.08.1943. StAM, Arbeitsämter 1209. Im selben Zusammenhang beschwerte sich die Reichsbahn über die ersatzweise zugewiesenen Ostarbeiterfamilien, da bei der Zuteilung für Rosenheim von 88 „Köpfen“ lediglich 54 einsatzfähig gewesen seien. Beschwerdeschreiben der Reichsbahn vom 25.08.1943. StAM, Arbeitsämter 1209.

dieser Information verliert sich die Spur der Firma in den Quellen.<sup>307</sup> Jedoch kann der Zeitzeugenbericht einer Mutter, die mit ihrer Familie im August 1943 der Firma Hans Holzner zum Arbeitseinsatz zugeteilt wurde, weitere Auskunft geben.

**Malynsk, Kostopol, Wolyn, Polen – Przemysl, Polen – Dachau-  
Rothschwaige – Rosenheim – verschiedene DP-Lager – Ingolstadt – New Or-  
leans – Texas**

**Genowefa M., geboren 1921**

**Jozef M., Ehemann, Jahrgang unbekannt**

**Halina M., Tochter, geboren 1940, gestorben 1943**

**Janusz Piotr M., Sohn, geboren 1941**

**N.N., Tochter, geboren 1944**

**Leokadia C., Schwester, geboren 1929**

Am 29. Juli 1943 befahlen deutsche Soldaten der Familie M., zum Bahnhof zu gehen, damit sie nach Deutschland transportiert werden könnten, da dort Arbeitskräfte benötigt würden. Sie hatten zwei Stunden Zeit bis zur Abreise, so daß sie zumindest trockenes Brot und Kissen mitnehmen konnten. In einem überfüllten Güterzug kamen die zwei Erwachsenen und drei Kinder nach drei Tagen in Przemysl/Polen an, wo sie entkleidet, untersucht, geröntgt und für den weiteren Einsatz verteilt wurden. Anschließend verlegte man sie direkt in das Durchgangslager Dachau-Rothschwaige, von wo aus sie Ende August 1943

---

<sup>307</sup> Im Spruchkammerverfahren gegen den Bauunternehmer Hans Holzner (Jahrgang 1910) stehen, wie bereits im oben zitierten Verfahren gegen Anton Kathrein, Aussage gegen Aussage. Auf der einen Seite finden sich Anschuldigungen über die schlechte Behandlung der Ausländer, auf der anderen Seite wird er als sozial eingestellter Einsatzträger beschrieben. StAM, SpK-Akten K 3882 Holzner, Hans.

nach Rosenheim gebracht und dort Hans Holzner zugeteilt wurden, der sie anfangs nahe des Bahnhofs in Baracken und, nachdem diese durch Bomben beschädigt worden waren, in einer anderen Baracke hinter seinem Haus unterbrachte. In einem Raum schliefen vier Familien mit zwölf Mitgliedern auf Betten mit Strohunterlage, Familie M. bekam zwei Betten zugeteilt. Das Essen bestand in der Regel aus Rübensuppe, manchmal gab es Pferdefleisch.

Die dort eingesetzten Menschen erhielten keine weitere Kleidung zugeteilt, lediglich Lederschuhe mit Holzsohlen wurden ihnen zur Verfügung gestellt, damit sie an den Gleisen arbeiten konnten. Zur Arbeit wurden sie täglich, außer Sonntag, bei Sonnenaufgang vom Bahnhof Rosenheim mit einem Zug zum jeweiligen Einsatzort gebracht, wo sie bei Einbruch der Dunkelheit wieder abgeholt wurden, den Weg zwischen Lager und Bahnhof gingen sie mit einer Wache zu Fuß. Die Frauen wurden an Metall-Schlegeln eingesetzt, mit denen Steine unter die Schienen geschlagen wurden. Neben den Reparaturarbeiten wurden außerdem Bauarbeiten an den Bahnstrecken durchgeführt, auch die vierzehnjährige Schwester von Genowefa M., Leokadia C., wurde anfangs für diese Arbeiten eingesetzt. Da sie jedoch sehr starke Menstruationsblutungen hatte, gelang es Genowefa M., eine weniger anstrengende Arbeitsstelle für sie zu organisieren, Leokadia C. wurde zur Bedienung deutscher Soldaten in ein Restaurant versetzt, das zu diesem Zeitpunkt sein 75jähriges Bestehen feierte.

Sowohl im Lager als auch bei der Arbeit standen die Arbeitskräfte unter Bewachung, als Lohn erhielten sie Brotmarken und etwas Geld. Anfangs konnten die OstarbeiterInnen sonntags in die nahegelegene Kirche gehen, aber nachdem sie umgezogen waren, war diese zu weit weg. Der freie Sonntag wurde vor allem genutzt, um Kleidung zu waschen und sich von der schweren Arbeit auszuruhen. Außer einer Bäckerei in der Nähe des Lagers habe es, laut Genowefa M., auch keinen Ort gegeben, an den man hätte gehen können.

Die dreijährige Tochter von Genowefa und Jozef M. war nach den Entbehrungen des Transportes so geschwächt, daß sie ins Rosenheimer

Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo sie am 20. Oktober 1943 starb. Der zweijährige Sohn war ebenfalls krank und kam in ein Lazarett, wo er von Bett zu Bett ging, um die Soldaten zu trösten. Nach dem Tod der Tochter holte die Mutter jedoch ihren Sohn zurück in die Baracke. Während der Arbeitszeit der Eltern blieben die Kinder alleine in den Baracken, da niemand da war, um auf sie aufzupassen. Nachdem Genowefa M. erneut schwanger war, half ihr ein Wachmann namens Max. Er gab ihr sein Brot und schickte sie auf Botengänge, damit sie nicht mehr beim körperlich anstrengenden Gleisbau arbeiten mußte. Nach der Geburt ihrer zweiten Tochter wurde Genowefa M. in der Küche eingesetzt, wo sie für insgesamt 36 ArbeiterInnen kochte.

Zum Kriegsende schreibt Genowefa M., daß die Deutschen nach einem großen Bombenangriff sehr aufgeregt gewesen wären. Als die ausländischen ArbeiterInnen von den Amerikanern gefunden worden seien, hätten sie Brot und Büchsenfleisch bekommen.

Die sowjetischen Gefangenen hätten Hans Holzner umbringen wollen, die polnischen ArbeiterInnen hätten ihn jedoch verteidigten, weil er fair gewesen sei.

Die Familie M. kehrte nicht mehr nach Hause zurück, nach verschiedenen Stationen in DP-Lagern kam sie schließlich nach Ingolstadt, wo die Kinder zur Schule gingen und die Eltern in einer Nähfabrik arbeiteten.

1949 emigrierte die Familie mit Hilfe der National War Relive Services in die USA und kam über New Orleans nach Texas. Heute lebt Genowefa M. in Seattle.

**Quelle:** Bericht von Genowefa M. in englischer Sprache vom 26.01. 2004.

#### 6.2.3.4 Ostarbeiterinnen und ihre Kinder bei der Gasmaskenfabrik Roeckl in Kolbermoor ab Jahresbeginn 1944

Nachdem die Baumwollspinnerei Kolbermoor und die Handschuhfabrik Roeckl aus München, durch die Mitgliedschaft von Heinrich Roeckl im Aufsichtsrat der Spinnerei Kolbermoor, bereits seit 1918 verbunden waren, war 1941 die Übernahme von Räumlichkeiten durch die Firma Roeckl im Spinnereigebäude im Sinne aller Beteiligten.<sup>308</sup> Die Baumwollspinnerei konnte durch die Hereinnahme eines Rüstungsbetriebes vorerst eine Stilllegung verhindern und hatte zusätzlich Mieteinnahmen. Die Firma Roeckl, die in Kolbermoor Material einlagerte und eine Teilproduktion für Gasmasken aufbaute, gewann günstigen, luftsicheren Produktionsraum, welcher bei Expansionsbedarf noch erweiterbar war.<sup>309</sup> Anfangs fertigte Roeckl in Kolbermoor lediglich Wildlederfelle für Gasmasken sowie Gasmaskenstoffe, mit der Verlagerung der Gasmasken-Fabrikation der Auergesellschaft von Berlin-Oranienburg nach Kolbermoor<sup>310</sup> wurde die Produktion von Gasmasken im Mai 1943 vor Ort zusammengelegt.<sup>311</sup>

---

<sup>308</sup> Heinrich Roeckl (Jahrgang 1867) war Aufsichtsrat vom 20.02.1918 bis zum 05.12.1945, als er seine Funktion aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft niederlegen mußte. Liste über die Aufsichtsratsmitglieder der Baumwollspinnerei Kolbermoor, o. J., BWA, F 24-588. Und Schreiben von Heinrich Roeckl an die Baumwollspinnerei Kolbermoor vom 22.11.1945. BWA, F24-148.

<sup>309</sup> Schnidtmann, Andreas: Die wirtschaftliche Entwicklung der Baumwollspinnerei Kolbermoor von 1933-1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sommersemester 2003. S. 61-65.

<sup>310</sup> Die Auergesellschaft war 1892 in Berlin gegründet worden, 1923 erfolgte die Umwandlung in die Deutsche Gasglühlicht-Auer-Gesellschaft m.b.H. (DEGEA), die ab August 1933 unter dem Namen DEGEA-Aktiengesellschaft (Auergesellschaft) firmierte. Zwei Monate später übernahm die Degussa die Aktienmehrheit, und im August 1934 ging das gesamte Aktienkapital in den Besitz der Degussa über. Degussa A.G., Konzernarchiv Frankfurt am Main, bet 10 0004, Prüfungsbericht Maier-Oswald vom 15.10.1946, S. 3.

Die Herstellung anderer Produkte durch die Auergesellschaft lief in Kolbermoor noch bis zur Schließung im Mai 1949, was aus einer Liste zum Gesetz gegen mißbräuchliche Massenentlassungen wegen Mangels an Betriebsmittelkrediten vom Mai 1949 ersichtlich ist. StAM, Arbeitsämter 1177.

<sup>311</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom



Abbildung 17: Kopie des Gefolgschaftsausweis der Firma Roeckl für Ružena H.<sup>312</sup>

In der Produktion waren überwiegend Frauen beschäftigt, ein großer Teil davon Ostarbeiterinnen. Im Dezember 1944 gehörten von 153 ausländischen Frauen 100 dieser Gruppe an.<sup>313</sup> Für Januar 1944 ist den örtlichen Polizeiberichten zu entnehmen, daß im Bereich des Lagers der Gasmaskenfabrik eine sogenannte Säuglingsabteilung für Kinder (drei Monate bis zu einem Jahr) von Ostarbeiterinnen eingerichtet worden sei.<sup>314</sup> Dies ist vermutlich infolge einer Aufforderung seitens des Arbeitsamtes geschehen, denn seit Anfang 1942 entwickelte sich in der Verwaltung des Arbeitseinsatzes eine Diskussion, wie mit Kindern von Ausländerinnen zu verfahren sei. In den Unterlagen des Arbeitsamtes Rosenheim ist teilweise dokumentiert, daß im Februar 1942 Krankenhäuser und Gesundheitsämter im Arbeitsamtsbezirk befragt wurden, ob in Lagern oder Krankenbaracken des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches Möglichkeiten für die gesonderte Entbindung ausländischer Frau-

25.05.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>312</sup> Brief von S., Prag/Tschechische Republik vom 20.01.2004.

<sup>313</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.12.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>314</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.01.1944. StAM, LRA 113813.

en und die Betreuung ausländischer Kinder zur Verfügung stünden.<sup>315</sup> Der zusammenfassende Bericht kam zu dem Schluß, daß Entbindungsmöglichkeiten in dringenden Fällen vorhanden wären, jedoch keine Einrichtungen zur Kleinkinderbetreuung bestünden.<sup>316</sup>

Im Juni 1943 teilte das Landesarbeitsamt Südbayern dem Landeswirtschaftsamt, nach einer Anfrage zum Thema, folgendes mit:

*„Grundsätzlich werden schwangere Ostarbeiterinnen und Polinnen nicht mehr in die Heimat zurückgeführt. Diese Tatsache dürfte vielleicht dazu führen, dass Schwängerungen, die absichtlich mit dem Ziele, damit die Rückführung in die Heimat zu erzwingen, erfolgen, künftig unterblieben.“*

*Um derartige Arbeitskräfte den Betrieben zu erhalten, wird z. Z. angestrebt, möglichst bei den Betrieben selbst entsprechende Entbindungsmöglichkeiten und Betreuungsstätten für die Kinder zu schaffen.“<sup>317</sup>*

Weiter betonte das Landesarbeitsamt, daß nur in Notfällen eine Einweisung in das Durchgangslager Dachau-Rothschwaige möglich sei und daß Ostarbeiterinnen und Polinnen mit Kindern künftig nur noch in Ausnahmefällen in andere Betriebe versetzt werden könnten. Diese Bestrebungen der Arbeitsverwaltung und möglicherweise vorhandene schwangere Ausländerinnen in der Belegschaft von Roeckl führten wohl dazu, daß in Kolbermoor eine Entbindungs- und Unterbringungsmöglichkeit durch den Betrieb selbst geschaffen wurde.<sup>318</sup>

---

<sup>315</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rosenheim an Gesundheitsämter und Krankenhäuser im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim im Februar 1943. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>316</sup> Ergebnisbericht des Arbeitsamtes Rosenheim an das Landesarbeitsamt Südbayern im Februar 1943. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>317</sup> Schreiben des Landesarbeitsamtes Südbayern an das Landeswirtschaftsamt des Wehrwirtschaftsbezirkes VII vom 02.06.1943. BayHStA, MWi 9367.

<sup>318</sup> In den Unterlagen des Arbeitsamtes sind trotzdem noch zehn Einweisungen von schwangeren Ostarbeiterinnen in das Dulag Dachau-Rothschwaige nachweisbar, jedoch nur von Frauen, deren Arbeitgeber zum Zuständigkeitsbereich der Außenstellen Bad Tölz und Holzkirchen gehörten. StAM, Arbeitsämter 881.

Hinweise zur Einlieferung in Krankenhäuser beziehungsweise ins Dulag Dachau-Rothschwaige zur Zwangsabtreibung, wie sie Heusler erwähnt, wurden nicht gefunden. Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 361-362.

Seit einer Anordnung des Landesarbeitsamtes Südbayern vom April 1943 sollten schwangere Ostarbeiterinnen lediglich zwei Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt von der Arbeit befreit werden.<sup>319</sup> Ob diese Regelung bei Roeckl umgesetzt und wie tatsächlich mit schwangeren Frauen im Betrieb umgegangen wurde, ist quellenmäßig nicht faßbar. Zur Entbindung waren die Frauen im Krankenhaus Kolbermoor, was den Taufmatrikeln der katholischen Pfarrei Kolbermoor zu entnehmen ist, wobei letztere auch erste Anhaltspunkte für die Zahl der in Kolbermoor geborenen Kinder liefern<sup>320</sup>: Insgesamt 41 Kinder ausländischer Mütter wurden zwischen Oktober 1943 und Anfang Mai 1945 in Kolbermoor getauft, von den ausländischen Frauen stammten nach den Aufzeichnungen des Pfarramtes lediglich 16 aus dem Lager Mangfall in Kolbermoor. Dies und die Angaben zu den restlichen Frauen lassen vermuten, daß das Kolbermoorer Krankenhaus vor allem ab Anfang 1944 ein zentraler Ort für die Entbindung von Ausländerinnen aus der Umgebung war. Die Entbindungen schienen im Krankenhausgebäude selbst stattgefunden zu haben, da es keine Überlieferung zu einer „Gebärbaracke“ – wie Heusler sie für einige Firmen aufführt – beziehungsweise zu einer Entbindungseinrichtung im Lager der Firma Roeckl gibt.<sup>321</sup> Zumindest ab Juni 1944 erwähnt die Schutzpolizei das Roeckl-Lager als Ort für die „kreisweite“ Unterbringung von „Ostarbeiterkindern“ im Säuglingsalter.<sup>322</sup> So waren laut den Berichten An-

---

<sup>319</sup> Für Frauen aus Bulgarien, Italien, Kroatien, der Slowakei, Spanien und Ungarn galten dieselben Bestimmungen wie für deutsche Mütter. Landesarbeitsamt Südbayern an das Arbeitsamt Rosenheim im April 1943. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>320</sup> Taufmatrikeln der katholischen Pfarrgemeinde Kolbermoor von Oktober 1943 bis Mai 1945. Pfarramt Kolbermoor.

<sup>321</sup> Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 362.

Erstaunlich auch, weil das Gauarbeitsamt München-Oberbayern in einer Anweisung im September 1943 mitteilte: „*Entbindung der schwangeren Ausländerinnen: Die normale Entbindung ist keine Krankheit. Die normale Entbindung gehört daher nicht in das Krankenhaus. Grundsätzlich soll die Ausländerin im Betrieb entbinden. Es ist Sache der Betriebe für Entbindungsmöglichkeiten zu sorgen [ . . . ]*“. StAM, Arbeitsämter 881.

<sup>322</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom

fang des Jahres 1944 elf Kinder dort untergebracht, im Juni waren es bereits 24 Kinder und bis September wurden 45 Kinder im Lager der Firma Roeckl gemeldet, so daß sich die Zahl fast verdoppelte hatte.<sup>323</sup>

Einzelne Schriftstücke, die auch Heusler im Zusammenhang mit der Unterbringung von Ostarbeiterinnen und ihren Kindern zitiert, zeigen, daß schon im Januar 1944 Frauen mit Kindern und auch deren Ehemänner nach Kolbermoor zum Arbeitseinsatz geschickt wurden, da hier die Kinder im Lager untergebracht und die Mütter wieder dem Arbeitseinsatz zugeführt werden konnten.<sup>324</sup> Die Lebensverhältnisse der Kinder im Lager sind anhand der archivalischen Quellen kaum zu beschreiben. Eine Zeitzeugin, die im selben Lager untergebracht war, schildert sie folgendermaßen:

*„Die hatten ein kleines Zimmer mit Stroh usw.. Die Mütter mussten arbeiten, viele Kinder sind gestorben. Aber zu uns hat man gesagt, dass die Kinder nicht hier geboren wurden. Die Deutschen haben die jungen Frauen, Ukrainerinnen und so, als sie auf der Suche nach Brot waren, weil sie nichts zu Essen hatten, irgendwo geschnappt. Die Angehörigen haben gar nichts davon gewusst. Die wurden zum Arbeiten verschleppt. Das war gefährlich. Die Kinder waren klein. Aber die Frauen, die kamen, hatten ihre Babys schon. Es wurde hier nicht direkt geboren.“<sup>325</sup>*

Die Sterbematrikeln des Pfarramtes Kolbermoor verzeichnen zwischen Mitte Januar 1944 und Ende Januar 1945 15 Todesfälle von ausländischen Kindern im Alter von einem Tag bis zu acht Monaten, wovon zwölf Kinder im Lager und drei Kinder wenige Tage nach der Geburt im Krankenhaus starben.<sup>326</sup> In der folgenden Tabelle wird eine Mel-

---

26.06.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>323</sup> Berichte der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling im Januar, Juni und September 1944. StAM, LRA 113813.

<sup>324</sup> Aktennotiz der Reichspostdirektion vom Januar 1944 und Schreiben des Sammellagers VI des Rüstungskommandos (Johann Häusler & Co. K. G.) München-Laim vom 11.01.1944 an das Postamt 2 in München. StAM, OPD Verzeichnis 15 Nr. 220.

<sup>325</sup> Transkription eines Interviews mit Pauline G. vom 14.01.2002. Im Besitz der Geschichtswerkstatt Kolbermoor.

<sup>326</sup> Unklar ist, ob alle verstorbenen Kinder in den Sterbematrikeln erfaßt wurden. Sterbematrikeln der katholischen Pfarrgemeinde Kolbermoor von Januar 1944 bis Anfang Mai 1945. Pfarramt Kolbermoor.

dung seitens der Gemeinde über die sich seit dem 1. September 1939 in Kolbermoor befindlichen ausländischen Kinder im Rahmen des UNRRA-Projekts wiedergegeben.

Nationalität der Mütter	Zahl der Kinder
Frankreich	8
Jugoslawien	1
Kroatien	1
Polen	14
Rußland	29
Tschechoslowakei	1
Ukraine	8
Ungarn	1
<b>Insgesamt</b>	<b>63</b>

**Tabelle 5: Meldung für die UNRRA über ausländische Kinder in der Gemeinde Kolbermoor(1946 bis 1948 erstellt).<sup>327</sup>**

Stellt man die gemeldeten Zahlen den Sterbematrizen gegenüber und nimmt diese Zahl als Gesamtzahl an, dann wäre knapp ein Viertel der ausländischen Kinder in Kolbermoor ums Leben gekommen.

---

<sup>327</sup> Meldungen der Gemeinde Kolbermoor an das Landratsamt Aibling über die seit dem 01.09.1939 in der Gemeinde befindlichen Ausländer von August 1946 bis August 1948. StAM, LRA 108294.

### 6.3 Lager

Heusler sieht in den Lagern eine „*lebensräumliche Dominante der Kriegsgesellschaft*“, weiter stellt er fest, „*daß das Phänomen Lager in seiner von den NS-Machthabern bewußt abgewogenen Mischung aus lebensräumlich-ökonomischer Zweckmäßigkeit, repressiver Fremdbestimmung und sozialer Kontrolle als eines der zentralen Funktionselemente der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik angesprochen werden kann.*“<sup>328</sup> Dies galt sowohl für Lager, in denen Deutsche (Reichsarbeitsdienst, Kinderlandverschickung, Kriegshilfsdienst usw.) untergebracht waren, als auch für Lager, die ausländischen Arbeitskräften als Unterkunft dienten.

Wie in den Fallbeispielen dargestellt, gab es im Untersuchungsgebiet verschiedene Arten von Lagern, es fanden sich überwiegend Unterkünfte in umfunktionierten Sälen von Gastwirtschaften, Holz-Baracken-Bauten in der Nähe oder auf dem Betriebsgelände, aber auch zentrale Baracken-Lager, in denen ausländische Beschäftigte verschiedener Betriebe untergebracht waren. Die weiblichen ausländischen Arbeitskräfte von BMW beispielsweise waren im sogenannten Loretto-Lager auf der Rosenheimer Loretto-Wiese einquartiert.<sup>329</sup> Manche ausländischen Arbeitskräfte waren auch privat untergebracht, obwohl es Bestrebungen gab, diese ebenfalls in Lager zu verbringen. Dies war jedoch bis zum Ende des Krieges nicht flächendeckend in die Realität umzusetzen und so war noch im September 1944 ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte der Firma Roeckl in privaten Haushalten untergebracht.<sup>330</sup> Die Bedingungen in den Lagern waren sehr unterschiedlich

---

<sup>328</sup> KZ-Lager nimmt Heusler hier wegen des Charakters der Disziplinierung, der Isolierung, der Ausgrenzung und später der Vernichtung aus. Heusler, Andreas: *Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945* (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996. S. 173.

<sup>329</sup> Personalunterlagen ausländischer Frauen, die in Kolbermoor beschäftigt waren. BMW, Personalakten ausländischer Arbeitskräfte.

<sup>330</sup> Bericht über die Firma Roeckl in den sonstigen Feststellungen bei den überprüften R-Betrieben vom 14.09.1944. StAM, NSDAP 80.

Aus einem Bericht der Schutzpolizei läßt sich schließen, daß es sich wahrscheinlich um Protektoratsangehörige gehandelt haben dürfte: „*Widersetzlicher als alle Aus-*

und vor allem abhängig von der Belegungsstärke und der Qualität der sanitären Anlagen, denn ein großes Problem in allen Lagern war, daß sich Ungeziefer schnell und ungehindert verbreiten konnte und somit Krankheiten übertragen wurden.

---

*länder sind die Protektoratsangehörigen und es ist nur zu begrüßen, daß sie endlich auch lagermäßig untergebracht werden mußten.“* Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.10.1944. StAM, LRA 113813.

## 7 Chronologie des Ausländereinsatzes in Kolbermoor

Sind die Berichte aus Kolbermoor bis 1943 in den Quellen nur fragmentarisch überliefert, ist das kommunale Berichtswesen für den Markt, wie für den gesamten Landkreis Aibling, gerade für die Jahre 1943 bis 1945 außergewöhnlich gut erhalten. Darüber hinaus können einige Lücken durch die Berichte der Landräte Aibling und Rosenheim geschlossen werden. So ist es möglich, am Beispiel Kolbermoors auf der Basis verhältnismäßig homogener Quellen, die Darstellung eines zeitlichen Verlaufs des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften in dem industriell geprägten Ort zu wagen.

Die Berichterstatter sind der Bürgermeister mit Berichten an den Landrat Aibling und die Kreisleitung der NSDAP beziehungsweise der Gendarmerieposten Kolbermoor<sup>331</sup> und die Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor<sup>332</sup> mit monatlichen Meldungen an den Landrat Aibling. In den Berichten des Bezirksamtmanne/Landrates Roidl an den Regierungspräsidenten von Oberbayern sind wiederum alle Berichte aus dem Bezirk/Landkreis verdichtet zusammengefaßt.

Die Gliederung der Berichte wurde immer wieder verändert, schwerpunktmäßig läßt sich jedoch folgendes Schema herausarbeiten:

1. *Allgemeine Lage*
2. *Sicherheitszustand*
3. *Wirtschaftliche Lage*
4. *Außerordentliche Vorkommnisse*

---

<sup>331</sup> Die Berichte der Gendarmerie sind leider nicht besonders aussagekräftig, da sie sich lediglich auf die Umgebung Kolbermoors beziehen und der Berichterstatter zu den meisten Punkten „*Fehlanzeige*“ meldete.

<sup>332</sup> Die Dienstabteilung unter der Leitung des Meisters der Schutzpolizei Hans Stapfner wurde am 01.07.1941 per Entschließung der Regierung von Oberbayern eingerichtet. StAM, LRA 47027.

Die Homogenität der Quelle ist vor allem auch durch die Kontinuität der Berichterstatter bedingt, weshalb im folgenden kurz die beiden in der Chronologie am häufigsten zitierten berichtenden Personen beschrieben werden sollen:

**Hans Stapfner, Revier-Oberleutnant der Schutzpolizei, für die Schutzpolizei-Dienstabteilung:**

Geboren am 4. April 1898 in Buchbach, Landkreis Mühldorf a. Inn. Nach seiner Ausbildung im Polizeidienst trat er als Angehöriger der Schutzpolizei Freising am 9./10. September 1939 seinen Dienst bei der Schutzpolizeiabteilung Rawicz/Polen an. Im Dezember 1940 kehrte er nach Freising zurück und wurde mit der Leitung der neu eingerichteten Schutzpolizei-Dienststelle Kolbermoor betraut. Am 2. Februar 1946 wurde er durch den Landrat Aibling vom Dienst suspendiert und, aufgrund einer Entscheidung der Spruchkammer Bad Aibling vom 6. September 1946, am 1. Dezember 1946 aus dem Polizeidienst des Marktes Kolbermoor entlassen. Im Januar 1948 erfolgte auf Anweisung der Spruchkammer die Verhaftung und Internierung im Lager Dachau. Der Weg in die Berufung brachte für Hans Stapfner am 24. Oktober 1949 die endgültige Einstufung in die Gruppe der Mitläufer durch die Berufungskammer München.<sup>333</sup>

Als im Frühjahr 1957 die Polizeibeamten der Marktgemeinde Kolbermoor in die staatliche Landpolizei übernommen werden sollten, genügte Oberkommissar Stapfner den Anforderungen aus gesundheitlichen Gründen nicht und wurde von der Marktgemeinde Kolbermoor bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand mit einer anderen Aufgabe betraut.<sup>334</sup> Nach einer Anzeige der Landpolizeistation Bad Aibling wegen des „*Verdachts des Mordes und des Totschlags nach §§ 211, 212 StGB (Kriegsverbrechen)*“ nahm die Staatsanwaltschaft Traunstein im Juli 1960 die Ermittlungen gegen den Oberkommissar i. R. auf. Hans Stapfner hatte sich während seiner Dienstzeit in Rawicz/Polen in einem

---

<sup>333</sup> StAM, Staatsanwaltschaften 34741/1-3.

<sup>334</sup> StAM, LRA 47027.

Brief an den Oberbürgermeister von Freising mit der Teilnahme an Exekutionen polnischer Zivilisten gebrüstet. Da die gegen den Beschuldigten erhobenen Vorwürfe im Ermittlungsverfahren nicht erhärtet werden konnten, wurde das Verfahren am 13. April 1961 eingestellt. Hans Stapfner starb am 1. November 1965 in Kolbermoor.<sup>335</sup>

**Bezirksamtman/Landrat Dr. Martin Roidl für den Bezirk/Landkreis:**

Geboren am 24. August 1890 in Niederhof, Landkreis Schwandorf. Der kriegsversehrte Jurist übernahm nach Tätigkeiten bei den Bezirksämtern Mellersdorf und Garmisch am 7. Juli 1938 die Dienstgeschäfte als Bezirksamtman des Bezirksamtes Aibling<sup>336</sup>.

Mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 10. Januar 1942 wurde Roidl mit der Vertretung des Landrates in Rosenheim beauftragt, weshalb er ab diesem Zeitpunkt die Berichte für beide Landkreise verfaßte.<sup>337</sup>

Am 8. Juni 1945 wurde Roidl durch die örtliche Militärregierung von seinem Amt entbunden, da ihm ein ärztliches Attest bescheinigte, den Anstrengungen seines Amtes nicht mehr gewachsen zu sein. Der damalige Ministerpräsident Fritz Schäffer setzte sich persönlich für Roidl ein, der, seiner Meinung nach, „gut gegen die NSDAP gearbeitet“ habe, und empfahl, Roidl „zunächst mit Gehalt zu beurlauben und ihn später wieder zu verwenden (Versicherungskammer, Statistisches Landesamt).“<sup>338</sup> Nach einer kurzen Tätigkeit für die Bayerische Versiche-

---

<sup>335</sup> StAM, Staatsanwaltschaften 34741/1-3.

<sup>336</sup> Dem als politisch eher unzuverlässig eingestuften Roidl sollte mit dieser Berufung wohl die weitere Karriere verbaut werden, da das Bezirksamt Aibling vor allem wegen seiner geringen Größe zur Eingliederung in das Bezirksamt Rosenheim vorgesehen war. BayHStA, Minn 84741.

<sup>337</sup> Der Rosenheimer Landrat Fritz Schorr war wegen eines laufenden Dienststrafverfahrens mit Erlaß des Reichsministers des Innern vom 06.02.1942 an die Behörde des Reichsstatthalters in Salzburg versetzt worden. Schorr wurde vorgeworfen, in seiner Eigenschaft als Landrat staatliche Aufgaben einseitig und nicht pflichtgemäß behandelt zu haben. BayHStA, Minn 84959.

<sup>338</sup> BayHStA, Minn 84741.

rungskammer wurde er im Jahr 1948 an das Verwaltungsgericht München versetzt, von wo aus er als Verwaltungsdirektor 1955 in den Ruhestand trat.

In seinem Spruchkammerverfahren in Bad Aibling wurde Roidl am 8. Oktober 1946 als Entlasteter eingestuft. Aufgrund von deutlich positiven Aussagen ehemaliger Kollegen, MitarbeiterInnen und ortsansässiger Antifaschisten wurde Roidl eine „*streng demokratische Gesinnung, die allen nazistischen Ideen und Methoden von vornherein abhold gegenüberstand*“, attestiert.<sup>339</sup>

Dr. Martin Roidl starb am 13. Februar 1974 in Garmisch-Partenkirchen.<sup>340</sup>

In den Berichten verstieg sich vor allem der Leiter der Schutzpolizei-Dienststelle Kolbermoor zu Lobeshymnen auf die Kriegsführung und machte aus seiner negativen Einstellung gegenüber den ausländischen ArbeiterInnen keinen Hehl. Der Landrat von Aibling formulierte seine Berichte im Vergleich dazu sehr viel milder, hielt sich aber in ausführlichen Bewertungen der regionalen Zustände nicht unbedingt zurück.

### 7.1 Die Jahre 1935 bis 1939: Nur wenige Ausländer in Kolbermoor

Die Berichte über Ausländer bezogen sich bis 1939, vor allem in den ersten beiden Jahren, auf Österreicher, denn in Bad Aibling bestand ein „*österreichisches SA-Hilfswerklager*“<sup>341</sup>, das ca. 700 bis 1200<sup>342</sup> nationalsozialistisch gesinnte Flüchtlinge<sup>343</sup> beherbergte. Bevor es im Januar

---

<sup>339</sup> BayHStA, Minn 84741.

<sup>340</sup> Freundliche Mitteilung des Marktarchivs Garmisch-Partenkirchen vom 10.02.2004.

<sup>341</sup> Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich am 19.06.1933 und dem gescheiterten Putsch am 25.07.1934 flohen viele Parteimitglieder nach Deutschland, wo sie zum Teil als „*Österreichische Legion*“ in grenznahen Sammellagern untergebracht wurden.

<sup>342</sup> Berichte des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 06.05.1935 und 06.06.1935. StAM, LRA 113813.

<sup>343</sup> Durch eine Regierungsentschließung vom 15.10.1935 wurden ca. 670 Österreicher

1936 geräumt wurde, kam es immer wieder zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Lagerbewohnern und der Bevölkerung.<sup>344</sup> In Kolbermoor wurde im März 1936 auch ein österreichischer Arbeitstrupp aus dem Hilfswerklager Reichersbeuern (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) mit 40 Mann eingesetzt.<sup>345</sup> Als es im Sommer desselben Jahres infolge des Freitodes eines Arbeiters zu Protesten von Kolbermoorer Spinnereiarbeitern gegen Direktion und Meister kam, war die Vermutung des Bezirksamtmannes: „[Die] grosse Anzahl von spanischen Flüchtlingen im Bezirk scheint derartige Ideen der Unruhe bei den dafür empfänglichen Kreisen zu fördern [. . .]“.<sup>346</sup> Ansonsten hielten sich „im Bezirk vereinzelt Ausländer mit behördlicher Aufenthaltsgenehmigung auf.“<sup>347</sup> Anwesende Ortsfremde bis hin zum inländischen Kurgast wurden genauestens erfaßt, so berichtete etwa der Bezirksamtmann im November 1938, daß er die einzige polnischstämmige Jüdin des Bezirks im Rahmen der „Aktion zur Rückschaffung polnischer Juden in ihr Heimatland [. . .] von Bad Aibling rechtzeitig zum Münchner Sammeltransport überstellt“ habe.<sup>348</sup>

Vor allem jedoch waren die Jahre vor Kriegsbeginn gekennzeichnet von der schwankenden Rohstoffzufuhr für die Baumwollspinnerei und die daraus resultierenden ständigen Veränderungen in der wöchentlichen Arbeitszeit (35 bis 48 Stunden). Die Stimmung am Ort war zu dieser Zeit, aufgrund der unsicheren und überhaupt als zu gering empfundenen Entlohnung, relativ gespannt.

Es kam auch immer wieder zu Verhaftungen wegen „Heimtücke“<sup>349</sup>

---

im Bezirksamts Aibling eingebürgert. StAM, LRA 121662.

<sup>344</sup> StAM, LRA 47163.

<sup>345</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 06.04.1936. StAM, LRA 113813.

<sup>346</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 05.09.1936. StAM, LRA 113813.

<sup>347</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 06.06.1935. StAM, LRA 113813.

<sup>348</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.11.1938. StAM, LRA 47140.

<sup>349</sup> Verstöße gegen die am 21.03.1933 erlassene „Verordnung des Reichspräsidenten

oder „*kommunistischer Betätigung*“, daneben wurden auch Kolbermoorer Bibelforscher und katholische Gegner des Regimes verfolgt. Die Berichte aus diesen Jahren zeigen, daß die Zahl der Verhafteten und Verurteilten gerade in Kolbermoor nicht unerheblich war.<sup>350</sup>

Im Juni 1938 meldete die Gendarmeriestation Kolbermoor: „*Durch die Eingliederung Österreichs sind die hier wohnenden Ausländer bedeutend reduziert worden. Eine grosse Anzahl der hiesigen Einwohnerschaft sind Österreicher.*“<sup>351</sup> Gemeint ist natürlich, daß mit dem Anschluss Österreichs<sup>352</sup> ein Großteil der ausländischen Einwohnerschaft eingedeutscht wurde. Somit ist auch der wichtige Hinweis gegeben, daß vor Beginn des Krieges nicht besonders viele ausländische Arbeitskräfte in Kolbermoor gewesen sein konnten, wo, wie weiter berichtet wird, Vollbeschäftigung herrschte.

Seitens des Bezirksamtes wird die Regierung von Oberbayern darauf aufmerksam gemacht, daß in Kolbermoor im Rahmen des Vierjahresplans noch Industrie angesiedelt werden könne, da Potential und Infrastruktur vorhanden wären.<sup>353</sup>

Das Graphitelektrodenwerk Conradty als Zulieferer der Schwerin-

---

zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ beziehungsweise das am 20.12.1934 erlassene „*Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen*“. Darunter fielen zum Beispiel kritische Äußerungen über führende Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP. Dörner, Bernward: „*Heimtücke*“: Das Gesetz als Waffe: Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933-1945. Paderborn 1998. S. 20.

<sup>350</sup> Auf diesen Aspekt kann hier leider nicht weiter eingegangen werden, eine eigene Untersuchung wäre sicherlich lohnenswert. Einen ersten Überblick über Widerstand und Verfolgung gibt: Kühne, Edda: Chronik des Widerstands in Kolbermoor 1931-1945. In: Geschichtswerkstatt Kolbermoor (Hrsg.): Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors Bd. 1. Kolbermoor 2002. S. 126-138.

<sup>351</sup> Bericht der Gendarmeriestation Kolbermoor an das Bezirksamt Aibling vom 18.06.1938. StAM, LRA 47140.

<sup>352</sup> Nach einem Bericht des Bezirksamtes haben Aiblinger Landwirte dem Militär Pferde zum Einmarsch in Österreich zur Verfügung gestellt. Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 02.04.1938. StAM, LRA 47140.

<sup>353</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 25.01.1938. StAM, LRA 113813.

dustrie hatte in der Phase intensiver Aufrüstung Hochbetrieb und erweiterte seine Werksanlagen in diesem Zeitraum zweimal.<sup>354</sup>

Nachdem der einzige aus dem Jahr 1939 erhaltene Bericht der Kolbermoorer Gendarmeriestation im November nur erwähnt, daß sich keine Juden im Bezirk aufhalten, und zu Ausländern keine Aussage macht, kann das erste Eintreffen von ausländischen Arbeitskräften wohl auf das Jahr 1940 datiert werden.<sup>355</sup>

## 7.2 Das Jahr 1940: Kriegsgefangene zur Räumung von Hochwasserschäden

Ab der zweiten Hälfte 1940 liegen wieder Berichte vor, in denen unter anderem gemeldet wird, daß Ende Mai 1940 in den Regionen um Mangfall und Inn durch ein Hochwasser große Schäden verursacht worden seien.

Die erste Erwähnung von ausländischen Arbeitskräften im Quartalsbericht des Bürgermeisters von Kolbermoor an die Kreisleitung Rosenheim betrifft 65 Kriegsgefangene, die zur Beseitigung von Hochwasserschäden in Kolbermoor eingesetzt waren. Untergebracht hat man sie, so Bürgermeister Fleischmann, in einem extra für sie eingerichteten Lager.<sup>356</sup> Auch die Baumwollspinnerei erhielt zu diesem Zweck 21 Kriegsgefangene gestellt.<sup>357</sup> Der Mangel an industriellen Arbeitskräften wurde im darauffolgenden Quartalsbericht beklagt. Nachdem Einberufungen und Dienstverpflichtungen die Belegschaften erheblich verringert hatten, versuchte zum Beispiel die Baumwollspinnerei, sogar dienstverpflichtete Arbeitskräfte wieder in den Betrieb zurückzuho-

---

<sup>354</sup> Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 23.11.1936. StAM, LRA 113813. Und Bericht des Bezirksamtes Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 05.02.1938. StAM, LRA 47140.

<sup>355</sup> Bericht der Gendarmeriestation Kolbermoor an das Bezirksamt Aibling vom 19.11.1939. StAM, LRA 47140.

<sup>356</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Juli/August/September 1940 an die Kreisleitung Rosenheim vom 18.09.1940. StAM, NSDAP 1894.

<sup>357</sup> Verzeichnis des Arbeitsamtes Rosenheim vom Februar/März 1941. StAM, Arbeitsämter 1193.

len<sup>358</sup>. Im Oktober 1940 wurden von den 400<sup>359</sup> im Landkreis eingesetzten französischen Kriegsgefangenen 20 zum Arbeitseinsatz in das Kolbermoorer Tonwerk abgestellt. Die zur Beseitigung der Hochwasserschäden eingesetzten Kriegsgefangenen mußten mit Einbruch des Frostes abgegeben werden.<sup>360</sup>

Zu den ausländischen Arbeitskräften in der Landwirtschaft, die vermutlich eher in der Umgebung Kolbermoors eingesetzt waren, findet sich immer wieder die stereotype Aussage, daß man unzufrieden sei, mit den sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften haltenden polnischen Zivilarbeitern, während man zu den französischen Kriegsgefangenen überwiegend eine eher positive Einstellung habe.<sup>361</sup>

### 7.3 Das Jahr 1941: Erster Fall von „verbotenem Umgang“

Im Januar wurde von einer Zuweisung von 30 Kriegsgefangenen an Conradty berichtet.<sup>362</sup> Die Zahl der Kriegsgefangenen bei der Baumwollspinnerei war im März auf 15 Mann gesunken.<sup>363</sup> Im Monatsbericht für März meldete der Landrat den ersten Fall von „*intimem Verkehr*“ zwischen einem polnischen Landarbeiter und einer Deutschen im Bereich Kolbermoor, gegen beide wurde ermittelt.<sup>364</sup>

---

<sup>358</sup> Die Produktionskapazität war gemäß Spinnereiangaben wegen des Mangels an Arbeitskräften und Rohstoffen über den Berichtszeitraum auf 60 Prozent gesetzt. Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.08.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>359</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.08.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>360</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Oktober/November/Dezember 1940 an die Kreisleitung Rosenheim vom 20.12.1940. StAM, NSDAP 1894.

<sup>361</sup> Leider liefert der Bericht keine weiteren Anhaltspunkte zu den polnischen Landarbeitern. Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.11.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>362</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.02.1941. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>363</sup> Verzeichnis des Arbeitsamtes Rosenheim vom März 1941. StAM, Arbeitsämter 1337.

<sup>364</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 29.03.1940. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

Im Laufe des Jahres tritt der Facharbeitermangel aufgrund von Einberufungen immer mehr in den Vordergrund. Mit den ab Mai im Landkreis Aibling eingesetzten serbischen Kriegsgefangenen war man zufrieden.<sup>365</sup>

Der Landrat beschreibt die Lage im Oktober optimistisch: „*Die Industrie des Mangfalltales hat Hochbetrieb und ist mit Heereslieferungen überladen.*“<sup>366</sup> Lediglich die Baumwollspinnerei Kolbermoor hatte wieder die Belegschaft reduziert, inzwischen arbeiteten dort nur noch ca. 500 Personen, zumeist Frauen.

#### 7.4 Das Jahr 1942: Auslagerungsbetrieb Roeckl kommt nach Kolbermoor

Zum 1. April 1942 wurde das Tonwerk Kolbermoor, trotz der immer wieder in den Monatsberichten des Vorjahres erwähnten guten Auftragslage und der entsprechenden Umsätze, geschlossen.<sup>367</sup> Die freiwerdenden Arbeitskräfte wurden in die Rüstungsbetriebe Hamberger in Rosenheim, Conradty in Kolbermoor und zur Reichsbahn überstellt.<sup>368</sup> Zusätzlich erhielt Conradty im Sommer noch ukrainische Arbeitskräfte.<sup>369</sup> Im letzten Quartal meldete Bürgermeister Fleischmann mit der Firma Roeckl den ersten Auslagerungsbetrieb: Man hatte hier einen Teil der Produktion in Räumlichkeiten der Baumwollspinnerei untergebracht und erwartete für Januar 1943 auch ausländische Arbeitskräfte.

---

<sup>365</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.05.1941. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>366</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.10.1941. StadtA Ro Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>367</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Januar/Februar/März 1942 an die Kreisleitung Rosenheim vom 30.03.1942. StAM, NSDAP 1894.

<sup>368</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate April/Mai/Juni 1942 an die Kreisleitung Rosenheim vom 30.06.1942. StAM, NSDAP 1894.

<sup>369</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Juli/August/September 1942 an die Kreisleitung Rosenheim vom 29.09.1942. StAM, NSDAP 1894.

## 7.5 Das Jahr 1943: Rund 250 ausländische Arbeitskräfte in Kolbermoor

Der Mai-Bericht der Schutzpolizei verzeichnete detailliert den aktuellen Stand der ausländischen Belegschaften: Bei der Baumwollspinnerei waren zehn Ostarbeiterinnen und 15 französische Kriegsgefangene<sup>370</sup> beschäftigt. In der Gasmaskenproduktion Firma Roeckl bestand knapp die Hälfte der Belegschaft aus Ausländern: 60 Ostarbeiterinnen, 21 Protektoratsangehörigen, 22 weiblichen und vier männlichen Zivilfranzosen, zwei Kroatinnen und neun kriegsgefangenen Franzosen. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch eine eigene Abteilung zur Produktion von Gasfiltern eingerichtet.<sup>371</sup> Der darauffolgende Bericht des Monats Juni ging auf die Beschäftigtenzahl der Elektrodenfabrik Conradt ein: Von der 141 Mann zählenden Belegschaft waren 36 Arbeiter aus den Ostgebieten, 17 aus dem Protektorat und Polen sowie zehn französische Kriegsgefangene.<sup>372</sup> Bei den letztgenannten Betrieben war also knapp die Hälfte der Belegschaft nicht deutsch. Für Ende Juli nannte Bürgermeister Fleischmann eine konkrete Zahl: 246 ausländische Arbeitskräfte waren in den Betrieben Kolbermoors und in einem, seit Beginn des Monats, in die Baumwollspinnerei verlegten Teil der für die Luftwaffe produzierenden Klepperwerke Rosenheim im Arbeitseinsatz.<sup>373</sup>

Die Dienstabteilung der Schutzpolizei meldete im Mai zweimal verbotenen Umgang von Deutschen mit einem französischen Kriegsgefangenen und einer Ostarbeiterin, ein sowjetischer Arbeiter wurde wegen der Herstellung eines Messers verhaftet.<sup>374</sup>

---

<sup>370</sup> Die deutsche Belegschaft betrug 444 Arbeitskräfte. Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.05.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>371</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.05.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>372</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.06.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>373</sup> Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate April/Mai/Juni 1943 an die Kreisleitung Rosenheim vom 01.07.1943. StAM, NSDAP 1894.

<sup>374</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.05.1943. StAM, LRA 113813.

Der August verlief, bis auf die Festnahmen zweier serbischer und zweier französischer Kriegsgefangener, welche die Gendarmerie aufgriff und in Kriegsgefangenenlager brachte, relativ ruhig.<sup>375</sup>

Die beiden neu eingerichteten Auslagerungsbetriebe von Roeckl und Klepper bauten im Sommer ihre Zweigwerke weiter aus. Das Tonwerk wurde ab Juli/August von den Bayerischen Motorenwerken München (BMW) als Materiallager genutzt, in dem, neben einem deutschen Arbeiter, 22 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt waren. Der Berichtstatter der Schutzpolizei beschreibt die Situation im Tonwerk folgendermaßen: *„Bei strenger Leistungsforderung wird in diesem Betrieb wöchentlich 70 bis 75 Stunden gearbeitet und bei der straffen Führung kann niemand aus der Reihe tanzen“*<sup>376</sup>. Anfang August kamen mit ca. 130 Frauen und Kinder die ersten Evakuierten aus bombengefährdeten Gebieten in die Marktgemeinde, zur Erfassung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten fanden sich auch immer wieder Mitarbeiter Münchner Dienststellen in Kolbermoor ein.<sup>377</sup>

Bis Jahresende erhöhte sich vor allem die Beschäftigtenzahl der Gasmaskenfabrik, hier waren im Dezember, neben 208 teilweise von der Spinnerei übernommenen deutschen MitarbeiterInnen, inzwischen 100 Ostarbeiterinnen, 19 Protektoratsangehörige, 32 Französinen, eine Belgierin, eine Kroatin, vier Zivilfranzosen und ein Spanier beschäftigt.<sup>378</sup>

Während sich die Zahl der FremdarbeiterInnen in den anderen gro-

---

<sup>375</sup> Bericht der Gendarmeriestation Kolbermoor an das Bezirksamt Aibling vom 24.08.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>376</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.09.1943. StAM, LRA 113813. Und Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Juli/August/September 1943 an die Kreisleitung Rosenheim vom 01.10.1943. StAM, NSDAP 1894.

<sup>377</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.08.1943. StAM, LRA 113813. Und Tätigkeitsbericht des Marktes Kolbermoor für die Monate Oktober/November/Dezember 1943 an die Kreisleitung Rosenheim vom 03.01.1944. StAM, NSDAP 1894.

<sup>378</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.12.1943. StAM, LRA 113813.

ßen Betrieben leicht erhöhte, ging sie in der Spinnerei eher zurück. Man kann davon ausgehen, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hier mit ca. 250 konstant blieb; über die Hälfte dieser ArbeiterInnen waren OstarbeiterInnen.

Seit Beginn des Jahres kam es im Landkreis zu unzähligen Verhaftungen und Bestrafungen wegen verschiedenster Vergehen, zum Beispiel Nichttragen der Kennzeichnung, Verlassen des Arbeitsplatzes, unsittlicher Umgang, aber vor allem wurden Vertragsbruch und Flucht geahndet. Auch wurden immer wieder geflohene Ausländer aus anderen Gegenden festgenommen.

In Kolbermoor wurden ab Mai etwa zehn Ausländer verhaftet, die entweder auf der Flucht waren oder unsittlichen Umgang mit deutschen Frauen hatten. Der Leiter der Schutzpolizei betonte in seinen Berichten, daß die Ausländer strengstens überwacht würden.

Ein im Oktober-Bericht des Landrates erwähnter Protest, vermutlich beim Flugzeugteilelager von BMW, kann als Indiz für mangelhafte Verpflegung gelten: 20 ausländische Zivilarbeiter lehnten das ihnen vorgesetzte schlechte Essen ab.<sup>379</sup>

Der Bericht des Landrates zum Dezember bemängelte die unzureichende Bewaffnung der Landwacht und beschrieb: „[. . .] es wirkt nicht nur unschön, sondern auch lächerlich, wenn ein Landwachtmann beim Einsatz mit einem ‚Spazierstock‘ bewaffnet ist.“<sup>380</sup> In der am 17. Januar 1942<sup>381</sup> reichsweit aufgestellten Landwacht leisteten Notdienstverpflichtete als ehrenamtliche, bewaffnete Hilfspolizisten Dienst. Diese waren der Gendarmerie unterstellt und sollten „der Bevölkerung zum Schutze gegen entwichene Kriegsgefangene und andere Personen, die

---

<sup>379</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.11.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>380</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.12.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>381</sup> Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 17.01.1942. StAM, LRA 206236.

*im Herumtreiben die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden*<sup>382</sup>, dienen. Als Ergänzung, speziell für die Städte, wurde im November 1942 eine Stadtwacht eingerichtet. Diesen, der örtlichen Polizei unterstellten Kräften, oblag, neben den oben zitierten Aufgaben, unter anderem auch *„die Aufrechterhaltung der Ordnung in Arbeitslagern“*.<sup>383</sup> Klagen über eine mangelnde Bewaffnung der Stadtwacht gab es aus Kolbermoor nicht, Bürgermeister Fleischmann lobte die Hilfspolizisten, da sie sich *„im Fahndungsdienst brauchbar gezeigt“* hätten. Im November 1943 wurde die Stärke der Kolbermoorer Stadtwacht von acht auf zwölf Mann erhöht.<sup>384</sup>

## 7.6 Das Jahr 1944: BMW lagert Teilproduktion nach Kolbermoor aus

Januar

*„Die den einzelnen hiesigen Betrieben zugeteilten ausländischen Arbeiter verhalten sich mit wenigen Ausnahmen zufriedenstellend. Nur bei den den [sic!] BMW. (Tonwerk) eingesetzten Ausländern befinden sich Querulanten, die sich absolut nicht fügen wollen und deren Verhalten unbedingt als Sabotage anzusehen ist“*, so der schutzpolizeiliche Berichterstatter.<sup>385</sup> Im übrigen habe man inzwischen die Gestapo informiert und würde einen *„Austausch dieser Subjekte“* vorschlagen. Weiter meldete man die Festnahmen einer Polin wegen Schuhdiebstahls und eines Polen wegen fahrlässiger Brandstiftung. Gebührenpflichtig verwarnt wurden in mehreren Fällen ausländische ArbeiterInnen aus der Umgebung wegen *„widerrechtlichen Aufenthalts“* in Kolbermoor. Darüber hinaus kam es auch zu Strafverfügungen wegen *„unerlaubten Reiseverkehrs“*. Die Betriebsleiter seien grundsätzlich zufrieden mit der

---

<sup>382</sup> Dienstanweisung für die Landwacht vom 11.08.1942. StAM, LRA 206236.

<sup>383</sup> Schnellbrief des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 09.11.1942. StAM, LRA 206224.

<sup>384</sup> Schreiben des Bürgermeisters des Marktes Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 20.10.1943 und vom 17.11.1943. LRA 206224.

<sup>385</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.01.1944. StAM, LRA 113813.

Leistung der ausländischen Arbeitskräfte, jedoch auch der Meinung, daß *„außerdienstlich die polizeiliche Überwachung dieser Menschen immer eine strenge sein muß, denn eine Lockerung würde nur Nachteile bringen“*. Gerade die Schutzpolizei hatte demnach allerhand zu tun, um die *„gute Sicherheitslage“* aufrechtzuerhalten.

In einer im Lager für die ausländischen Arbeitskräfte der Firma Roeckl neu eingerichteten *„Säuglingsabteilung“* wurden von diesem Monat an elf Kinder von Ostarbeiterinnen im Alter von drei Wochen bis zu einem Jahr versorgt. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in den industriellen Betrieben lag inzwischen bei etwa 300.

## Februar

Im Februar kam es zu Differenzen zwischen der Schutzpolizei und der Firma Roeckl, die nach der Meinung des Leiters der Schutzpolizei ihre ausländischen Arbeiterinnen *„zu wenig hart anfaßt ... [und] mehr polizeiliche Maßnahmen von dort aus gerügt werden, als die Ungehörigkeit ihrer Ostarbeiterinnen“*. Lobend stellte dem der Berichtstatter die *„straffe Führung“* bei Conradty gegenüber, wo *„polizeiliche Maßnahmen voll und ganz unterstützt werden“*.<sup>386</sup> Die genaue Ursache der Differenzen ist leider nicht mehr zu ermitteln, es wurden nur andeutungsweise verschiedene Vergehen von AusländerInnen erwähnt, beispielsweise Verlassen des Wohnortes, *„Hamsterware“* im Besitz von Ostarbeiterinnen oder Diebstahl von Wehrmachtseigentum, derentwegen es zu Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Arrest- beziehungsweise Geldstrafen kam.

## März

Der März verlief im Hinblick auf den ausländischen Arbeitseinsatz

---

<sup>386</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.02.1944. StAM, LRA 113813.

anscheinend ruhig, die Schutzpolizei ahndete lediglich den Diebstahl von Lebensmitteln durch eine Ostarbeiterin.<sup>387</sup> Aus dem Rückgang der Delikte schloß der schutzpolizeiliche Berichterstatter: „*Die angewandten Maßnahmen der vergangenen Zeit scheinen erzieherisch den Zweck nicht zu verfehlen und die ausgesprochenen Strafen waren meines Erachtens allgemein abschreckend und wirkungsvoll.*“

Ferner erwähnte er Planungen, die „*kriegswichtige*“ Produktion von BMW oder der Messerschmittwerke in die durch Produktionsdrosselung frei werdenden Räume der Baumwollspinnerei einzuquartieren. Der Landrat führte dazu in seinem Bericht aus, daß insgesamt 8 000 m<sup>2</sup> der Baumwollspinnerei für solche Auslagerungen freigegeben werden sollten.<sup>388</sup>

## April

Um einen großen Teil der Maschinen in der Baumwollspinnerei zu demontieren, wurden durch die BMW München ca. 250 ausländische Arbeitskräfte nach Kolbermoor gebracht.<sup>389</sup> Die frei werdenden Räumlichkeiten wurden zur Errichtung eines Entwicklungswerkes<sup>390</sup> der Münchner Firma ausgebaut, die zu dieser Zeit nach neuen Produktionsstätten fern der von dauernden Luftangriffen bedrohten Großstadt suchte. Sowohl die Zahl der neuen ausländischen Arbeitskräfte als auch die große Zahl von zusätzlich erwarteten Arbeitern gefährdete nach Mei-

---

<sup>387</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 26.03.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>388</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.03.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>389</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.04.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>390</sup> Aus einer Auflistung „*of BMW factories, dispersed plants and stocks*“, die im Dezember 1945 im Auftrag der US-Amerikaner angefertigt wurde, geht hervor, daß das Werk in Kolbermoor eigentlich ein Entwicklungswerk für Motoren war. Ab Januar 1945 sollte das Heinkel-Hirth-Gerät HS-11 erzeugt werden, jedoch wurde dem Werk dann die Teilerzeugung des R-Antriebes 109 548 übertragen, die Montage des Gerätes wurde im nahegelegenen Bruckmühl ausgeführt. BMW-Archiv, BMW UA 84.

nung der Schutzpolizei die Sicherheitslage in Kolbermoor beträchtlich. Das sogenannte „*Werk II*“<sup>391</sup> sollte bei vollem Betrieb etwa 1200 bis 1500 ArbeiterInnen beschäftigen, „[. . .] von denen ein Großteil den verschiedensten Nationen angehört“.<sup>392</sup> Der Landrat wiederum formulierte es folgendermaßen: „12-1500 Arbeiter sollen dort neu eingesetzt werden. [. . .] Beschäftigt wird das reinste Völkergemisch. Doch sind die deutschen Arbeiter in großer Zahl vertreten.“<sup>393</sup> Im Rahmen des „*Jägerprogramms*“<sup>394</sup> mußten die ArbeiterInnen 72 Stunden pro Woche Arbeit leisten, so auch im BMW-Lager im ehemaligen Tonwerk, wo die Belegschaft vor allem durch 40 sowjetische Kriegsgefangene auf 73 Mann aufgestockt worden war. Insgesamt waren also ab diesem Monat in den Kolbermoorer Industriebetrieben, neben ca. 750 deutschen ArbeiterInnen und Angestellten, mindestens 650 ausländische Kräfte im Arbeitseinsatz.

Bereits die Ankunft der 250 vorläufigen Arbeiter veranlaßte die Schutzpolizei in Zusammenarbeit mit den örtlichen Funktionären der

---

<sup>391</sup> Die volle Bezeichnung zu Tarnungszwecken war „*Baumwollspinnerei Werk II*“. Wegen der Geheimhaltung ist in den folgenden Berichten der Schutzpolizei kaum Information zum BMW-Werk enthalten.

<sup>392</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.04.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>393</sup> Im innenpolitischen Teil desselben Berichts lautete die Formulierung: „*Aus Kolbermoor [. . .] wird nun berichtet, daß die neuentstandene Industrie mit ihrer starken Kraftanspannung, mit ihren 12-1500 neuen Arbeitern eine ziemliche Erregung ausgelöst habe, [. . .] hervorgerufen durch ungezählte fragwürdige Elemente aus aller Herren Länder, die jetzt einströmen würden.*“ Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.04.1944. StAM, LRA 113813.

Eine Liste „*of BMW factories, dispersed plants and stocks*“, die im Dezember 1945 im Auftrag der US-Amerikaner angefordert worden war, verzeichnete 148 ausländische Belegschaftsmitglieder und 83 Strafgefangene im Werk II. BMW-Archiv, BMW UA 84. Personalakten sind noch für 146 ausländische Mitarbeiter erhalten. BMW, Personalakten ausländischer Arbeiter.

<sup>394</sup> Ab März 1944 sollte mit dem „*Jägerprogramm*“ die kriegswichtige Massenproduktion von Jagdflugzeugen an „*luftsicheren*“ Orten erfolgen, das heißt in unterirdischen Produktionsstätten beziehungsweise in Gebieten, die von den Bomben der Alliierten bislang verschont geblieben waren. Ausführlich dazu: Budraß, Lutz: *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945* (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 50). Düsseldorf 1998.

NSDAP einen Ortsschutz<sup>395</sup> zu installieren, der nachts die Straßen überwachte. In seinem aufgeregten Bericht überschlug sich Revierleutnant Stapfner von der Schutzpolizei in demaskierenden Bewertungen der AusländerInnen und bezeichnete diese als „*Subjekte*“, „*zerlumppte und verdreckte Gestalten*“ sowie „*Schlamm der Menschheit*“.<sup>396</sup>

In den übrigen Betrieben, ausgenommen der Baumwollspinnerei, hatte sich die Zahl an ausländischen Arbeitskräften leicht erhöht. In der Säuglingsstation der Gasmaskenfabrik Roeckl verzeichnete man inzwischen 24 Kinder von Ostarbeiterinnen unter einem Jahr.<sup>397</sup>

## Mai

Das Werk II in der Baumwollspinnerei begann in diesem Monat mit der Produktion.<sup>398</sup>

Der Berichterstatter zeigte sich mit der Sicherheitslage zufrieden. In Zusammenarbeit mit den Wachkommandos der Kriegsgefangenenlager und örtlichen NSDAP-Funktionären wurden die Ausländer-Lager bewacht, die Betriebe hatten Werkschutzmannschaften zur „*Wahrung des Sicherheitszustandes*“ eingerichtet. Ferner sorgten ständige Kontrollen und Durchsuchungen in unregelmäßigen Abständen zu jeder Tages- und Nachtzeit dafür, daß die ausländischen Arbeitskräfte „*das Gefühl des Überwachtseins auf diese Weise niemals verlieren*“.<sup>399</sup>

---

<sup>395</sup> Ob dies zusätzlich zur oben beschriebenen Stadtwacht passierte oder diese nur umgewandelt wurde, geht nicht aus den Quellen hervor.

<sup>396</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.04.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>397</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.04.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>398</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 26.05.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>399</sup> Zusätzlich wurde am 25.05.1944 eine kreisweite Durchsuchungsaktion aller Ausländerunterkünfte durchgeführt. In der Ankündigung für diese Aktion schrieb der Kreisleiter: „*Die Frage der Behandlung und das Auftreten der Ausländer macht uns die größte Sorge. Wir wollen auch erkennen, daß die Ausländer sich in den Gedanken wiegen, daß unsere Gegner uns besiegen, und daß sie dann die Herren sein*“.

Die Baumwollspinnerei erhielt zu dieser Zeit 30 von Wehrmachtsangehörigen bewachte kriegsgefangene sowjetische Offiziere zur Aufschließung von Grünflachswerg.

Zur Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte wurden nahe der Baumwollspinnerei „*mehrere große Baracken*“ errichtet, auch die Gasmaskenfabrik Roeckl erhielt ein Barackenlager für ungefähr 100 Personen.

Der Landrat äußerte sich besorgt ob der problematischen Bevölkerungsverdichtung: „*Der Markt Kolbermoor z. B. beherbergt Volks- [gestrichen] jetzt Elemente aus 14 verschiedenen Fremdvölkern, die meist notdürftig untergebracht sind.*“<sup>400</sup>

Juni

Durch die Erhöhung der Dringlichkeitsstufe in bezug auf die Kriegswichtigkeit wurden der Firma Roeckl für die nun sogenannte „*Brandtgerätefertigung*“ weitere Ostarbeiterinnen und 220 weibliche Strafgefangene aus der Justizvollzugsanstalt Aichach zugewiesen, die statt der KHD-Maiden die oben genannten Baracken bezogen. Im Säuglingsheim, das unverändert 24 Kinder verzeichnete, sollten – weiterhin unter der Lagerführung von Roeckl – nun kreisweit die Säuglinge von Ostarbeiterinnen untergebracht werden.

Personelle Veränderungen gab es auch beim BMW-Lager zu verzeichnen, da dort die 40 sowjetischen Kriegsgefangenen abgezogen wurden.<sup>401</sup>

---

*können. Wir müssen auch daran denken, daß diese Ausländer unter Umständen sich zu Sabotage-Gruppen zusammenfinden, um so uns größere Schwierigkeiten zu bereiten.*

*In einigen Kreisen wurde bei überraschenden Kontrollen festgestellt, daß diese Ausländer Schußwaffen, z. T. selbstgefertigte Hieb- und Stichwaffen sich beschafft und diese in ihrem Quartier versteckt hatten.“* In Kolbermoorer Lagern konnten keine Waffen gefunden werden. StAM, NSDAP 1569.

<sup>400</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.05.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>401</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom

## Juli

Seit Juli waren auch Strafgefangene aus der Justizvollzugsanstalt Bernau bei Roeckl und BMW eingesetzt, zweien von ihnen gelang um die Mitte des Monats die Flucht aus dem Lager. Ansonsten ahndete die Schutzpolizei, wie auch in den Vormonaten, mehrere Vergehen gegen das Kriegsgefangenengesetz und die Ausländer-Verordnungen und nahm vier flüchtige Kriegsgefangene fest.<sup>402</sup>

## August

Grundsätzlich äußerte man sich in den Betrieben relativ zufrieden über die ausländischen Arbeitskräfte, auch wurde vom Berichterstatter der Schutzpolizei stets beteuert, daß die ArbeiterInnen keine Beschwerden bei den jeweiligen Behörden vorbrächten.<sup>403</sup> Die Vorfälle des Monats August zeigen jedoch, daß diese Beurteilung recht fadenscheinig war. Um anschaulich zu machen, welcher Überwachung diese Menschen unterstanden und welchen Repressalien sie ausgesetzt waren, sollen hier dezidiert die in diesem Monat verfolgten Delikte aufgezählt werden:

– Sechs strafgefangene Protektoratsangehörige und vier Italiener<sup>404</sup> flohen aus dem Lager des BMW-Werkes; drei der Italiener wurden in Brannenburg wieder gefaßt, der vierte bei seiner Entdeckung in den Bergen wegen „*Widerstands*“ erschossen.

– Zwei Protektoratsangehörige wurden wegen „*Arbeitssabotage*“ und Flucht angezeigt.

---

26.06.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>402</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.07.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>403</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.08.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>404</sup> Der Landrat berichtete von neun Italienern. Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.09.1944. StAM, LRA 113813.

- Ein „*verbotener Umgang*“ mit Franzosen wurde aufgedeckt.
- Zwei Ausländer wurden wegen unerlaubten Verlassens des Wohnortes angezeigt.
- Zwei Ostarbeiterinnen wurden wegen Diebstahls von großen Mengen an Fleischmarken in das Amtsgerichtsgefängnis Rosenheim überführt.

## September

Auch in diesem Monat ahndete die Schutzpolizei erneut mehrere Vergehen, wobei vor allem Flucht und Sabotage im Vordergrund standen.<sup>405</sup> Wurden die Täter gefaßt, kamen sie entweder zurück in die jeweiligen Strafgefangenenlager oder wurden der Gestapo übergeben.

Die Beschäftigtenzahlen der Firma Roeckl stiegen in dieser Zeit stetig: Neben den 200 strafgefangenen Frauen waren im September 226 FremdarbeiterInnen im Betrieb eingesetzt, davon waren die Ostarbeiterinnen mit 146 Frauen die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Gerade diese Arbeiterinnen waren der Schutzpolizei ein Dorn im Auge, da sie sich „*an Disziplin und Ordnung nicht halten wollen*“; in bezug auf die Arbeitskräfte von BMW rühmte man sich, in Zusammenarbeit mit dem Werkschutz „*scharf durchzugreifen*“ und Sabotageversuchen durch Festnahmen vorgebeugt zu haben. In der Säuglingsabteilung des Roeckl-Lagers befanden sich 45 Kinder.

Ein Bericht über die Prüfung von R(üstungs)-Betrieben gibt Auskunft über die Verhältnisse in der Baumwollspinnerei<sup>406</sup>: In der Spinnerei selbst waren 350 Deutsche und 50 AusländerInnen beschäftigt, im Werk II (BMW) waren, neben 800 Deutschen, 250 AusländerInnen und Strafgefangene tätig; Insbesondere die fehlenden Luftschutzeinrichtun-

---

<sup>405</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.09.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>406</sup> Auch zum folgenden Sonstige Feststellungen bei den überprüften R-Betrieben vom 14.09.1944. StAM, NSDAP 80.

gen für die Gefolgschaft der drei Betriebe (Baumwollspinnerei, BMW und Roeckl) wurden im Bericht bemängelt. Darüber hinaus kritisierte der Berichterstatter, daß die französischen ZivilarbeiterInnen und OstarbeiterInnen des Werks II in einem Lager in Rosenheim untergebracht seien; die privat untergebrachten AusländerInnen der Firma Roeckl sollten seiner Meinung nach in ein Lager verlegt werden.

## Oktober

Nachdem im Laufe des Monats das nahegelegene Rosenheim zweimal bombardiert worden war, fürchtete man auch Luftangriffe auf Kolbermoor. Wahrscheinlich aus dem Gefühl heraus, daß Oberbayern sicher sei, und aufgrund der örtlichen Bodenverhältnisse waren hier die Luftschutzeinrichtungen relativ mangelhaft.<sup>407</sup> Bei Alarm flüchtete ein Großteil der Bevölkerung und die ausländischen Arbeitskräfte in die nahen Waldgebiete oder suchten in notdürftig abgestützten Kellern oder Deckungsgräben Schutz.

In bezug auf den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte hatte sich in diesem Monat nichts Erwähnenswertes geändert.

## November

BMW hatte den Saal der Gastwirtschaft Mareis im Ortskern wieder zum Lager für ausländische Arbeitskräfte deklariert, wo 150 Menschen untergebracht wurden. Darüber hinaus waren alle Betriebe durch die erschwerten Transportbedingungen beeinträchtigt.<sup>408</sup>

---

<sup>407</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.10.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>408</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.11.1944. StAM, LRA 113813.

## Dezember

Der Gendarmerieposten Kolbermoor meldete, daß ein Privatjäger einen flüchtenden Ostarbeiter „*in berechtigter Notwehr*“ erschossen hätte.<sup>409</sup>

Nachdem die nahegelegenen Orte Lohholz und Großkarolinenfeld am 21. Dezember bombardiert worden waren, herrschte auch in Kolbermoor erneut große Angst vor Luftangriffen.<sup>410</sup> Das Augenmerk richtete sich nun mehr und mehr auf die eigenen Belange, die ausländischen Arbeitskräfte und ihr „*Gefahrenpotential*“ für die Sicherheit des Ortes rückte merklich in den Hintergrund, Schwarzmarktgeschäfte von ausländischen Arbeitskräften wurden jedoch trotzdem scharf verfolgt. Weiter wurde die Kritik laut, daß gerade die BMW-Arbeiter, im Vergleich zu den Einheimischen, besonders hohe Einkommen hätten.

### 7.7 Januar bis Juni 1945: Die Bedingungen werden immer schlechter

## Januar

Aufgrund von Transportproblemen wurde die Produktion von Gasmasken bei der Firma Roeckl auf 50 Prozent reduziert, von der zwischenzeitlich 800 ArbeiterInnen umfassenden Belegschaft arbeiteten im Monat Januar nur noch 200 Ostarbeiterinnen und die 200 weiblichen Strafgefangenen, ähnliches galt für das Graphitelektrodenwerk Conradty.<sup>411</sup> Auffällig ist, daß die Meldungen über Flucht oder Sabotage merklich zurückgegangen sind: Hat man sie von Amts wegen einfach nicht mehr notiert, oder harrten die ausländischen Arbeitskräfte aus, weil sie das nahe Kriegsende ahnten?

---

<sup>409</sup> Bericht der Gendarmeriestation Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 23.12.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>410</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 26.12.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>411</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.01.1945. StAM, LRA 113813.

## Februar

Mitte des Monats fand eine große Durchsuchungsaktion auf Anordnung des Kreisleiters der NSDAP statt: Zusammen mit NSDAP-Funktionären wurde vor allem das Lager des BMW-Werkes durchsucht, wobei die eigentlich gesuchten Waffen nicht gefunden wurden. Sicherstellen konnte man lediglich „*Diebesgut*“ aus der Baumwollspinnerei, das wieder zurückgegeben wurde; die Täter brachte man zur Anzeige.<sup>412</sup> Außerdem fand weiterhin eine strenge Überwachung der Ausländer statt, weil man Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung fürchtete. Um diese bereits im Keim zu ersticken, wurden „*Subjekte, die sich nicht fügen wollen . . . herausgenommen und ihrem Benehmen entsprechend behandelt*“.

Nachdem fertige Waren nicht mehr abtransportiert werden konnten, wurde die Produktion in den Betrieben weiter verringert, bis die noch vorhandenen Rohstoffe aufgebraucht waren.

## März

Der letzte verfügbare Bericht der Schutzpolizei verzeichnete ein Ansteigen der Kriminalität, wobei die Gesetzesbrecher angeblich meist Ausländer waren, „*denen mit aller Schärfe entgegengetreten wird*“. Die Kontrollen der Lager wurden intensiviert, blieben jedoch ohne Ergebnis.<sup>413</sup>

Ohne Angaben von Zahlen wurde von der Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte an die Reichsbahn und andere Betriebe berichtet, Roeckl und BMW hatten vermutlich den Großteil ihrer Belegschaften im März schon freigestellt.

Bemerkenswert ist, daß nun, neben vielen deutschen Arbeitskräften,

---

<sup>412</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.02.1945. StAM, LRA 113813.

<sup>413</sup> Auch zum folgenden Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.03.1945. StAM, LRA 113813.

auch Italiener zur Wehrmacht einberufen wurden, obwohl die italienischen Arbeiter seit dem als Verrat empfundenen Wechsel Italiens auf die Seite der Alliierten im Jahr 1943 ein äußerst geringes Ansehen genossen haben.

#### April bis Juni

Über die Ereignisse im April gibt es nur noch den Bericht der Gendarmeriestation Kolbermoor, der allerdings nicht besonders aussagekräftig ist.

Am 2. Mai 1945 kamen die US-Amerikaner nach Kolbermoor. Ein Bericht des Bürgermeisters Fleischmann vom 28. Mai beschreibt den Zustand der Gemeinde am Ende des Monats.<sup>414</sup> Karl Staudter, der am 13. Juni durch die amerikanische Militärregierung zum kommissarischen Bürgermeister ernannt wurde, hat seine Erinnerungen in einer Chronik niedergeschrieben, die, neben dem Bericht Fleischmanns, als Quelle für die Ereignisse um das Kriegsende in Kolbermoor dienen soll.<sup>415</sup>

Nach Bürgermeister Fleischmann hielten sich Ende Mai 460 Ausländer aus zehn Nationen in Kolbermoor auf, die in der Werkkantine von BMW verpflegt wurden:

Nationalität	Anzahl
Sowjetunion	226
Tschechoslowakei	81
Italien	38

<sup>414</sup> Wochenbericht des Bürgermeisters des Marktes Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 28.05.1945. StAM, LRA 181261.

<sup>415</sup> Staudter, Karl: Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950. Kolbermoor 1997.

Jugoslawien	32
Polen	28
Österreich	20
Griechenland	18
Lettland	12
Ungarn	2
Staatenlos	2
Rumänien	1
<b>Insgesamt</b>	<b>460</b>

**Tabelle 6: Aufstellung über die AusländerInnen in Kolbermoor  
(Ende Mai 1945).<sup>416</sup>**

In den Schulen befanden sich 309 Flüchtlinge und die 630 am Ort lebenden Evakuierten waren in Privathaushalten untergebracht. Außerdem hatte man vier Notlazarette mit insgesamt 393 Verwundeten in verschiedenen Gasthäusern und in den Räumen des Kindergartens eingerichtet. Über die Unterbringung der Ausländer ist nichts zu erfahren. Seinem Bericht fügte Fleischmann ein vom Leiter der Schutzpolizei Stapfner erstelltes Verzeichnis über die angezeigten Straftaten im Monat Mai bei. Die 142 Anzeigen beziehen sich ausschließlich auf Eigen-

<sup>416</sup> In den Meldekarten waren insgesamt nur 200 Ausländer verzeichnet. Staudter, Karl: *Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950.* Kolbermoor 1997, S. 42.

Personalakten von BMW zeigen, daß das Unternehmen schon im März/April die ausländischen Arbeitskräfte ausstellte. BMW, Personalakten ausländischer Arbeiter.

tumsdelikte, wobei in 77 Fällen AusländerInnen beschuldigt wurden.<sup>417</sup>

Staudter, der von Landrat Roidl Anfang Mai zum Sicherheitsbeauftragten für Kolbermoor bestimmt wurde, beschreibt ein Treffen mit Bürgermeister Fleischmann kurz nach dem Einmarsch der US-Amerikaner, bei dem ihm dieser mitgeteilt habe, „daß bereits Übergriffe der Ausländer auf unsere Bürger stattgefunden“ hätten und Staudter deshalb dringend die Sicherheitslage mit dem Leiter der Schutzpolizei Stapfner besprechen solle. Während dieser Unterredung seien einige ausländische ArbeiterInnen erschienen, die eine Auslieferung des Polizeimeisters Franz Auer (Jahrgang 1900) gefordert hätten, welcher jedoch nicht anwesend war.<sup>418</sup>

Staudter habe dann, wohl um weitere Übergriffe zu verhindern, Kontakt mit den Ausländern aufgenommen, wobei er vom „Wortführer der Franzosen“, Monsieur Roudmirnovitch, unterstützt worden sei. In der Folgezeit seien dann die „Plünderungen“, das heißt der Diebstahl von Fahrrädern, Lebensmitteln und Kleidung, deutlich weniger geworden.

An anderer Stelle fügt Staudter seiner Chronik eine detaillierte, zeitgenössische Aufstellung der „Plünderungen und Diebstähle im Mai 1945“ bei, nach der Unternehmen und Privatpersonen insgesamt 552 961 Reichsmark für entstandene Sachschäden einforderten. Auf die die Displaced Persons betreffenden Belange geht der Chronist nicht gesondert ein.<sup>419</sup> Ein paar Details kann man einem Bericht des Vorstandes der

---

<sup>417</sup> Nebenbei: In einem beigelegten Attest vom 27.05.1945 wurde Fleischmann vom „Ausschuss der befreiten tschechoslovakischen Gefangenen von Kolbermoor“ bescheinigt, „dass er uns nach unserer Befreiung immer bereitwillig in unseren Angelegenheiten entgegengekommen ist und uns unterstützt hat“. Wochenbericht des Bürgermeisters des Marktes Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 28.05.1945. StAM, LRA 181261.

<sup>418</sup> Auer soll laut Staudter während des Krieges für das Ausländerwesen zuständig gewesen sein „und von ihm durchgeführte Maßnahmen brachten Haß ein.“ In: Staudter, Karl: *Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950*. Kolbermoor 1997. S. 28.

<sup>419</sup> Staudter, Karl: *Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950*. Kolbermoor 1997. S. 708-724.

Baumwollspinnerei Rudolf Hausenblas (Jahrgang 1881) entnehmen: Bereits am 15. Mai hätten die ehemaligen französischen Kriegsgefangenen Kolbermoor verlassen, am 17. Mai habe in der BMW-Kantine eine Abschiedsfeier der ausländischen ArbeiterInnen stattgefunden und am 29. Mai seien die tschechoslowakischen Frauen und Männer aus Kolbermoor abgereist. Drei Tage vorher notierte der Vorstand: *„Der Tag ist ruhig verlaufen, doch machen sich die Ausländer der verschiedenen Nationalitäten immer noch sehr unangenehm bemerkbar. Alles hofft auf ihr baldiges Verschwinden.“*<sup>420</sup>

Die drei großen Betriebe Baumwollspinnerei, Tonwerk und Conrady nahmen die Nachkriegsproduktion in Kolbermoor Stück für Stück wieder auf. Soweit ersichtlich, gab es in der Leitungsetage keine personellen Veränderungen. BMW und Roeckl<sup>421</sup> waren mit ihrer Produktion wieder nach München zurückgekehrt.<sup>422</sup>

---

<sup>420</sup> Bericht über die Vorgänge im Betrieb bei der Besetzung von Kolbermoor durch die US-Truppen [28.04.1945 bis 30.05.1945]. BWA F 24-151.

<sup>421</sup> Die Auergesellschaft blieb noch einige Jahre in den Baracken des ehemaligen *Lagers Mangfall*. In: Stadtverwaltung Kolbermoor (Hrsg.): Chronik von Kolbermoor 1863-1963 [verfaßt von Otto Kahlhammer]. München 1963. S. 45.

<sup>422</sup> Staudter, Karl: Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950 Kolbermoor 1997. S. 650-654.

## 8 Ausländische ArbeiterInnen: Vom „Risiko für die öffentliche Ordnung“ zu Displaced Persons

Die Angst vor politischen Zusammenschlüssen und rächenden Übergriffen von FremdarbeiterInnen ist in den erhaltenen Berichten – nicht nur im Landkreis Aibling – ein zentrales Thema, wenn es um ausländische Arbeitskräfte geht. Dies führte einerseits zu einer übermäßigen Kriminalisierung und Überwachung der ArbeiterInnen seitens der Behörden, andererseits brachte es, so paradox es klingen mag, gerade ab 1943, vor allem im ländlichen Bereich, einen gewissen Schutz für die FremdarbeiterInnen mit sich. Mit der zunehmenden Erkenntnis, daß der Krieg für Deutschland nicht siegreich enden würde und den damit verbundenen Ängsten vor eventuellen Rachegedanken der AusländerInnen nahmen die Übergriffe und Denunziationen ab. Außerdem wurde die Berichterstattung ab Herbst 1944 von einer neuen Bedrohung dominiert, denn, nach der verstärkten Bombardierung Münchens ab Sommer 1944, wurden Mitte Oktober der Rosenheimer Bahnhof und die Industriegebäude zum ersten Mal Ziel eines größeren alliierten Luftangriffes.<sup>423</sup> Kannte man diese Angriffe bisher nur aus Gerüchten und Erzählungen der Evakuierten und wähnte sich daher in Sicherheit, war der Schock in der als nicht gefährdet geltenden „ländlichen Idylle“ – so der Landrat von Aibling – um so nachhaltiger.<sup>424</sup> Bei den nun in ca. zweiwöchigen Intervallen stattfindenden, oft auch kleineren Bombenabwürfen auf Rosenheim kamen ca. 20 ausländische Menschen ums Leben, ca. 25 wurden verletzt. Jedoch sind die Schadensberichte, die Oberbürgermeister Gmelch als örtlicher Luftschutzleiter erstattete, nicht vollständig erhalten und außerdem ist fraglich, wie zuverlässig die darin gemachten Angaben sind.<sup>425</sup>

---

<sup>423</sup> Aufstellung der 14 Bombenangriffe auf Rosenheim. StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>424</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.12.1944. StAM, LRA 113813

<sup>425</sup> Abschlußberichte des Oberbürgermeisters von Rosenheim als örtlicher Luftschutzleiter zu den Feindtätigkeiten vom 20.10.1944 bis 21.04.1945. StadtA Ro, Dokuslg.

Schon im September 1944 kursierten – laut dem Bericht des Landrates von Aibling – unter den AusländerInnen Gerüchte, daß „*sie im Falle von innerdeutschen Unruhen alle beseitigt werden würden*“, infolgedessen wurde vor allem die Gründung von Ausländerbanden gefürchtet.<sup>426</sup> In den letzten Kriegsmonaten kam es deshalb vor allem im Westen Deutschlands durch die Staatspolizeileitstellen zu massiven Übergriffen auf ausländische ArbeiterInnen, für das Untersuchungsgebiet konnten hierfür jedoch keine Anhaltspunkte gefunden werden. Dafür mehrten sich zum Jahresende hin „*Arbeitsflucht und -sabotage*“, Fahrrad-, Holz- und Lebensmitteldiebstähle, die vor allem den Ausländern angelastet wurden.<sup>427</sup>

Nachdem schon seit Beginn des Jahres 1945 für die Firmen kaum mehr Möglichkeiten bestanden, die produzierten Waren abzutransportieren, wurden ab Ende März ausländische Arbeitskräfte freigesetzt oder nicht mehr beschäftigt, Strafgefangenen-Kommandos zurück in die extrem überfüllten Gefängnisse geschickt und KZ-Häftlinge entweder nach Dachau zurücktransportiert oder in Evakuierungsmärschen Richtung Süden geführt. Je näher die Frontlinie rückte, desto mehr Menschen waren auf den Straßen unterwegs, darunter auch eine große Gruppe ausländischer ArbeiterInnen, die in der Regel versuchten, in die Heimat zu gelangen.

Am 2. Mai 1945 marschierten erst in Kolbermoor und anschließend in Rosenheim Teile der 12. Panzerdivision und der 3. Infanteriedivision des 21. US-amerikanischen Armeekorps ein, sowohl der Markt als auch die Stadt wurden, bis auf kleinere Zwischenfälle, kampflos übernommen.<sup>428</sup>

---

Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>426</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.10.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>427</sup> Berichte des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.10.1944 und 01.12.1944 StAM, LRA 113813.

<sup>428</sup> Kaiser, Christine: Rosenheim 1945 bis 1947. In: Das bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim 53 (1996). S. 8-81. Diese Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit der administrativen Ebene, es wird zwar auf Evaku-

In der offiziellen Berichterstattung von deutscher Seite überwogen nun die Aufzählungen von Verstößen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die nun Displaced Persons<sup>429</sup> genannt und für den schlechten Sicherheitszustand verantwortlich gemacht wurden. So schreibt die Gendarmerie des Landkreises Rosenheim im Juni 1945 folgendes:

*„Der Sicherheitszustand im Landkreis Rosenheim kann nicht als gut bezeichnet werden, hat sich aber in letzter Zeit wesentlich durch den Abtransport von ausländischen Arbeitern u. Arbeiterinnen gebessert. [. . .]*

*[. . .] täglich kommt eine neue Flut über strafbare Handlungen aller Art, die in der Hauptsache auf Ausländer zurückzuführen sind, die jegliche Arbeit verweigern und den ganzen Tag herumlungern und besonders die Nacht zu Einbrüchen benutzen. Die im Bezirk vorhandenen Ausländer sollen zwar in ein Sammellager bei Rosenheim in der Nähe der ehemaligen Pionierkaserne gebracht werden, doch folgen bei weitem nicht alle der Aufforderung, sich in dieses Lager zu begeben und wachsen sich immer mehr zu einer ständigen Bedrohung der Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung in ihren Einzelhöfen, und für alleinstehende Frauen aus. Unter schweren Drohungen, vielfach unter Vorzeigung von Schiesswaffen, werden in erster Linie Lebensmittel, wie Milch, Eier, Mehl, Fleisch und dergl. erpresst.“<sup>430</sup>*

Diese Feststellung wurde – ähnlich wie für Kolbermoor – durch eine lange Aufzählung über sämtliche Vergehen der Displaced Persons untermauert: Fahrrad-, Kfz- und Wohnungsdiebstähle, Plünderungen, Raub und sogar drei Morde wurden aufgezählt. Letztere wurden *„mittels Schusswaffe in der Hauptsache von Russen ausgeführt. Teilweise erfolgte dies gegen Personen, die ihnen früher als Arbeitgeber unliebsam waren, teils auch bei Ausführung von strafbaren Handlungen, wo*

---

ierte und Flüchtlinge eingegangen, DPs, UNRRA- beziehungsweise DP-Camps werden aber nicht erwähnt.

<sup>429</sup> Displaced Persons waren laut Definition der Alliierten: *„Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden, die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen.“* Zitiert nach: Eder, Angelika: Displaced Persons/„Heimatlose Ausländer“ als Arbeitskräfte in Westdeutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 42 (2002), S. 1-17, hier S. 2.

<sup>430</sup> Auch zum folgenden Bericht der Gendarmerie des Landkreises Rosenheim an die Militärregierung und den Landrat Rosenheim vom 11.07.1945. StAM, 57248.

*ihnen entgegengetreten wurde.*“ Die Vergewaltigungen, die im Zuständigkeitsgebiet angezeigt worden waren, wurden vor allem Amerikanern zugeschrieben. Zwei „*noch während den Kampfhandlungen*“ durch SS-Angehörige verübte Morde an KZ-Häftlingen gingen fast unter in der Flut der Anwürfe gegen die Displaced Persons.<sup>431</sup> Hier ist anzumerken, daß es sich um die Lesart der administrativen Seite handelt und die Berichte zumeist noch von denselben Amtsträgern verfaßt worden sind, die auch vor dem 2. Mai 1945 Bericht erstattet hatten.

Auch wurde inzwischen in verschiedenen regionalen Studien nachgewiesen, daß vor allem durch Gerüchte über Gewalttätigkeiten und Racheaktionen der „*heimatlosen Ausländer*“ Angst geschürt worden ist, jedoch in der deutschen Bevölkerung die Wirren um das Kriegsende vor allem im Hinblick auf Eigentumsdelikte in ähnlichem Maße genutzt worden sind, um Versorgungsengpässe zu überbrücken.<sup>432</sup> Interessant ist bei der Liste der Kolbermoorer Schutzpolizei, wie einhellig die Anzeigen gegen die US-amerikanischen Besatzer zwischen den Anzeigen gegen die Displaced Persons aufgeführt wurden.

Die schon während des Krieges geplante Versorgung und Repatriierung der Displaced Persons durch die Alliierten ging auch in Rosenheim und Kolbermoor ihren Weg: Über zentrale DP-Camps, wie beispielsweise das DP-Camp VI in den Baracken gegenüber der Pionierkaserne<sup>433</sup> in Rosenheim, wurden die Menschen gesammelt in ihre Hei-

---

<sup>431</sup> Auch zum folgende Bericht der Gendarmerie des Landkreises Rosenheim an die Militärregierung und den Landrat Rosenheim vom 11.07.1945. StAM, 57248.

<sup>432</sup> Für Rosenheim und Kolbermoor liegen leider keine repräsentativen Angaben vor. Weger, Tobias: Nationalsozialistischer „Fremdarbeitereinsatz“ in einer bayerischen Gemeinde 1939-1945. Das Beispiel Olching (Landkreis Fürstfeldbruck) (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 20). Frankfurt am Main 1998. S. 145-146.

Bösl, Elsbeth u. a.: Die vielen Gesichter der Zwangsarbeit. Ausländereinsatz im Landkreis München 1939-1945. München 2004. S. 163. Beide stützen sich auf: Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland. 1945-1951. Göttingen 1985.

<sup>433</sup> Die Pionierkaserne selbst diente anfangs der US-Armee als Unterkunft, später wurden hier jüdische Displaced Persons untergebracht. Laut zwei Artikel von Jim G. Tobias im Oberbayerischen Volksblatt vom 21.04.2001 und 06.07.2003 richtete man

matländer zurücktransportiert oder sie versuchten auf eigene Faust, dorthin zu gelangen. Jedoch wollten nicht alle ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen ohne weiteres zurückkehren. Vor allem Displaced Persons aus sowjetischen Gebieten wehrten sich gegen ihre Repatriierung, da sich relativ bald herumgesprochen hatte, daß ihnen, unter dem Vorwurf des Vaterlandsverrats, möglicherweise der kommunistische Arbeitseinsatz drohen würde. Im Abkommen von Jalta war beschlossen worden, daß sowjetische Displaced Persons ohne Ausnahme repatriert werden mußten, eine Vereinbarung, die bis 1946 auch in der amerikanischen Zone umgesetzt wurde.<sup>434</sup>

Die Schilderungen der Zeitzeugen zeigen zwar die große Freude über die Befreiung, gehen aber dann sogleich zur meist knappen Beschreibung der Rückkehr über. ArbeiterInnen aus Tschechien konnten sich teilweise schon im März/April 1945 auf den Weg in die Heimat machen<sup>435</sup> und vor allem Displaced Persons aus Jugoslawien haben sich auf eigene Faust, teilweise mit der Bahn, meist aber zu Fuß, bis in ihre Heimat durchgeschlagen.<sup>436</sup> Die Rücktransporte der ehemaligen ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen, die vorerst in den vormaligen Lagern der Betriebe oder in Sammellagern untergebracht waren, liefen ab Mitte Mai 1945 an. Displaced Persons, die in andere Länder auswandern wollten, wurden in spezielle Lager gebracht, jedoch dauerte die Organisation und Genehmigung der Ausreise oft so lange, daß diese

---

im Herbst 1946 hier ein Transitlager für elternlose jüdische Kinder ein. Zu weiterführenden Auskünften war der Autor auf Anfrage nicht bereit.

<sup>434</sup> Polian, Pavel: Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ (= Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Ludwig-Bolzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Bd. 2). München 2001. S. 127-142. Und Goeke-Haidel, Ulrike: Repatriierung in den Terror? Die Rückkehr der sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in ihre Heimat 1944-1956. In: Dachauer Hefte 16 (2000) Thema: Zwangsarbeit. S. 190-209.

<sup>435</sup> Briefe von Josef M., Husinec/Tschechische Republik vom 15.01.2004, Ružena Š., Prag/Tschechische Republik vom 20.01.2004, Šeba V., Cheb/Tschechische Republik vom 13.01.2004.

<sup>436</sup> Briefe von Leoposava R., Zagreb/Kroatien vom 04.02.2004; Dušan D., Zagreb/Kroatien vom 27.02.2004, Milan D., Gornji Podgradci/Bosnien-Herzegowina vom 28.01.2004. Lončar F., Moravče/Slowenien vom 04.02.2004, Alojz P., Domžale/Slowenien vom 04.02.2004, Vinko G. Kresnice/Slowenien vom 04.02.2004.

Menschen teilweise noch mehrere Jahre in DP-Camps zubringen mußten.<sup>437</sup>

Manche ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wollten auch in Deutschland bleiben, so schilderte Pauline G., ohne konkrete zeitliche Angaben, ihre Erlebnisse nach Kriegsende folgendermaßen: Relativ bald nach dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen sei sie mit anderen Frauen nach Chemnitz gebracht worden, wo sie einen Zwischenstop gemacht hätten, um anschließend den sowjetischen Militärs übergeben zu werden. Hier hätten sie schon gerüchteweise davon erfahren, daß wieder ein unfreiwilliger Arbeitseinsatz bevorstehen könne, falls sie in die Sowjetunion gebracht würden. Nachdem Pauline G. schon einige Zeit im sowjetischen Transport unterwegs war, entschied sie nach einem „großen inneren Kampf“, in der Nacht aus dem langsam fahrenden Zug zu springen. Bei Hof in Oberfranken wurde sie von sowjetischen Grenzposten aufgehalten, diese ließen Pauline G., nachdem sie behauptet hatte, Tochter von russischen Emigranten in Kolbermoor zu sein, jedoch passieren. So gelangte sie zurück nach Kolbermoor, wo sie bei einer ehemaligen Kollegin wohnen konnte und wo auch ihre Tochter Rita zur Welt kam. Heute lebt Pauline G. in München.<sup>438</sup>

Für die Stadt Rosenheim markiert die im Oberbayerischen Volksblatt vom 24. April 1949 angezeigte Schließung der Ausländermeldestelle im Rosenheimer Rathaus den offiziellen Abschluß der Rückführung beziehungsweise Auswanderung der Displaced Persons.<sup>439</sup> Zwei Wochen vorher meldete das Blatt, daß sich „im Jahr 1945 in Rosenheim etwa 4 000 Ausländer vieler Nationen aufhielten“, inzwischen seien es nur noch 2 700 Personen, davon seien 1 311 in folgenden vier Lagern der International Refugee Organisation (IRO, Nachfolgeorganisation der UNRRA) untergebracht: Lager A: Pionierkaserne, Lager B:

---

<sup>437</sup> Briefe von Katerina S., Guelph/Ukraine jetzt Ontario/Canada vom 21.01.2004, Genowefa M., Malynsk/Polen jetzt Seattle Washington/USA vom 26.01.2004.

<sup>438</sup> Transkription eines Interviews mit Pauline G. vom 14.01.2002. Im Besitz der Geschichtswerkstatt Kolbermoor.

<sup>439</sup> Oberbayerisches Volksblatt vom 24.04.1949.

Eiseltwerk, Lager C: Hospital, Lager D: Kaserne.<sup>440</sup>

### 8.1 Exkurs: Volksdeutsche Umsiedler, Evakuierte und Flüchtlinge in Rosenheim und Kolbermoor

Ausländische ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene waren nicht die einzigen Gruppen Fremder, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges nach Rosenheim und Kolbermoor kamen.

In einem Bericht der Kreisleitung Rosenheim an die Gauleitung München-Oberbayern meldete der Kreisleiter die Beschaffung von Unterkünften für Bessarabien-Deutsche Umsiedler, weiter schrieb er: *„Die Unterkünfte werden an Ort und Stelle besichtigt und mit den Besitzern der Heime die erforderlichen Verhandlungen geführt.“*<sup>441</sup>

Ab Herbst 1939 begann nämlich die Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums unterstellte Volksdeutsche Mittelstelle, im Rahmen großangelegter Umsiedlungsaktionen sogenannte Volksdeutsche, das heißt Angehörige deutscher Minderheiten außerhalb der Reichsgrenzen, zur späteren Ansiedlung in den Ostgebieten heim ins Reich zu holen.<sup>442</sup>

Wie viele Menschen tatsächlich aus den verschiedenen Ländern<sup>443</sup> nach Rosenheim gebracht wurden, war nicht zu ermitteln, die bisher einzige konkrete Zahl findet sich im Bericht des Kreisleiters vom Oktober 1940: *„Die Haupttätigkeit im letzten Berichtsabschnitt fiel auf die Empfänge, Betreuung und Unterbringung der Bessarabien-Deutschen Umsiedler. Bisher wurden hier 6 Transporte mit 3 775 Personen ver-*

---

<sup>440</sup> Oberbayerisches Volksblatt vom 08.04.1949.

<sup>441</sup> Bericht der Kreisleitung Rosenheim an die Gauleitung München-Oberbayern vom 14.09.1940. StAM, NSDAP 1625.

<sup>442</sup> Ausführlich und zum folgenden Leniger, Markus: „Heim ins Reich?“ Das Amt XI und die Umsiedlerlager der Volksdeutschen Mittelstelle, 1935-1945. In: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Band 17 (2001) Thema: Bürokratien, Initiative und Effizienz. S. 81-109, hier S. 81-82.

<sup>443</sup> Hierbei handelte es sich vor allem um Länder im Südosten und Osten Europas. Bessarabien lag bis zur Abtretung an die Sowjetunion 1940 auf rumänischem Gebiet zwischen Pruth und Dnjestr.

*pfllegt. In unserem Kreisgebiet sind nun ca. 762 Umsiedler untergebracht.“<sup>444</sup>*

Rosenheim schien also eine Durchgangsstation für die Umsiedler gewesen zu sein und es wurden wohl auch Bessarabien-Deutsche in der Region untergebracht. So berichtete der Gendarmerieposten Schechen (Landkreis Rosenheim) im November 1940:

*„Die Räumung des benachbarten Klosters Attel aus Anlaß der Unterbringung von Bessarabien-Deutschen ist hier viel besprochen worden. Insbesondere ist die kath. Bevölkerung darüber unwillig, weil man ihr bisher vorenthalten hat, was man mit den dort untergebrachten Leuten getan hat, wo sie untergebracht wurden und wie lange das Kloster Attel überhaupt ausgeschaltet wird.“<sup>445</sup>*

In anderem Zusammenhang war 1944 noch einmal die Rede von volksdeutschen Umsiedlern, hier fragte das Gauarbeitsamt München-Oberbayern beim Arbeitsamt Rosenheim an, ob sich ein bestimmter volksdeutscher Facharbeiter im „Durchgangslager Rosenheim der Volksdeutschen Mittelstelle“ befände.<sup>446</sup> Weitere Angaben zu den volksdeutschen Umsiedlern in Rosenheim liegen bisher noch nicht vor, und es wäre gewagt, anhand dieser fragmentarischen Quellen auf das Ausmaß der Ansiedlungen zu schließen.

Nachdem Oberbayern als vor alliierten Bomben sicherer Raum galt, wuchs mit der Verschärfung des Luftkrieges im Laufe des Jahres 1943

---

<sup>444</sup> Bericht der Kreisleitung Rosenheim an die Gauleitung München-Oberbayern vom 28.10.1940. StAM, NSDAP 1625.

Insgesamt wurden 1940 aus „Bessarabien“ 93 548 Menschen ins Reich gebracht. Leniger, Markus: „Heim ins Reich?“ Das Amt XI und die Umsiedlerlager der Volksdeutschen Mittelstelle, 1935-1945. In: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Band 17 (2001) Thema: Bürokratien, Initiative und Effizienz. S. 81-109, hier S. 86.

<sup>445</sup> Ausschnitt aus dem Bericht des Landrates Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 04.11.1940. StAM, NSDAP 1554.

<sup>446</sup> Der Facharbeiter sei, so das Gauarbeitsamt, gelernter Filmoperateur und werde für Wartungsarbeiten des Photomaton-Apparates im Dulag Dachau gebraucht. Der Antwort ist zu entnehmen, daß er nicht mehr in Rosenheim und außerdem von Beruf Zimmermann gewesen sei. Schriftwechsel zwischen dem Gauarbeitsamt München-Oberbayern und dem Arbeitsamt Rosenheim im März 1944. StAM, Arbeitsämter 1276.

der Zustrom von Evakuierten und Bombengeschädigten stärker an. Auch Kinder wurden im Rahmen der sogenannten erweiterten Kinderlandverschickung<sup>447</sup> in größeren Gruppen in der Region untergebracht. Am 31. August 1943 meldete der Landrat für die Landkreise Rosenheim und Aibling rund 18 000 aus luftgefährdeten Gebieten zugezogene beziehungsweise zugewiesene Personen einschließlich Kindern, wovon ca. 12 000 Menschen aus Norddeutschland in die beiden Landkreise gekommen waren.<sup>448</sup> Im November desselben Jahres hielten sich nur noch rund 11 000 Menschen (davon rund 2200 Kinder) in insgesamt 55 Lagern in den Landkreisen auf, wobei die Evakuierten vor allem aus den Gauen Westfalen-Nord und München-Oberbayern kamen.<sup>449</sup>

Im Mai 1944 resümierte der Landrat:

*„Die Menschenzahl der beiden Landkreise einschließlich der Evakuierten, der fremdstämmigen Arbeitskräfte und der Gefangenen nähert sich der Zahl von 120 000, was einer Mehrung von fast 30 v. H. im Kriege gleichkommt. Im Landkreis Rosenheim überwiegen die Bombenflüchtlinge, im Aiblinger Landkreis die industriellen Arbeiter.“*<sup>450</sup>

Der Berichtstatter übertreibt hier sicherlich bewußt etwas, jedoch war der Anteil an Evakuierten im darauffolgenden Monat für die Landkreise Rosenheim und Aibling wieder auf rund 15 200 Personen (davon ca. 8000 Kinder) gestiegen - die größte Gruppe stammte aus dem Gau München-Oberbayern – so scheint seine Prozentangabe die Situation doch treffend darzustellen.<sup>451</sup>

---

<sup>447</sup> Ab September 1940 entwickelten sich die anfänglich zeitlich begrenzten Erholungsaufenthalte (die Kinder wurden mit ihren Lehrern ursprünglich nur bis zu sechs Monaten in „Luftsicheren“ Gebieten in Lagern untergebracht) zur Evakuierung von Kindern aus luftgefährdeten Gebieten. Neben der Entlastung der Eltern diente die Kinderlandverschickung auch zur Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus.

<sup>448</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.08.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>449</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.12.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>450</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.05.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>451</sup> Statistische Erfassung der Umquartierten der Landkreise Aibling und Rosenheim

Mit dem letzten Satz verweist er auf eine weitere Gruppe von Ortsfremden, die in die Region kam: Durch die Auslagerung von Rüstungsbetrieben, wie zum Beispiel die im Frühjahr 1944 eingerichtete Entwicklungsabteilung von BMW in der Baumwollspinnerei Kolbermoor, wurden nicht nur ausländische Arbeiter, sondern auch deutsche IndustriearbeiterInnen aufs Land verlegt und mußten vor Ort einquartiert werden.<sup>452</sup>

Weiteres Zahlenmaterial in bezug auf die beiden Landkreise konnte nicht ermittelt werden, jedoch geben die aufgeführten Zahlen einen Eindruck davon, wie viele Menschen – und es wurden in den darauffolgenden Monaten sicherlich noch mehr – auf der Flucht vor den Bomben in die Region kamen. Die Einquartierungen der Evakuierten in den Haushalten der Landkreise, anfänglich noch als sozialer Akt gegenüber den bemitleidenswerten Bombengeschädigten empfunden, wurden relativ schnell zu einer Belastung, die Evakuierten zogen Ungeduld und Unmut auf sich, wenn sie sich nicht entsprechend den Vorstellungen der ortsansässigen Bewohner verhielten.<sup>453</sup> Die Vorwürfe bestanden vor allem darin, daß die Evakuierten, zum größten Teil Mütter mit Kindern, nur Ansprüche stellten würden und nicht bereit wären, sich in das örtliche Erwerbsleben einzuordnen.<sup>454</sup> Mit dem Vormarsch der sowjetischen Armee vor allem ab Spätsommer 1944 verstärkte sich der anfänglich in Rosenheim und Kolbermoor vergleichsweise eher geringe Zustrom von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten. Dieser Zuzug setzte sich auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ab Januar 1946 in behördlich geregelter Form fort.<sup>455</sup>

---

vom 17.06.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>452</sup> Im Schriftverkehr des Landratsamtes Aibling zu den Auslagerungsbetrieben von BMW steht das Problem der Quartiersuche für die Mitarbeiter des Rüstungsbetriebs im Vordergrund. StAM, LRA 205821.

<sup>453</sup> Bericht des Landrates für Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.07.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>454</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.12.1943. StAM, LRA 113813.

<sup>455</sup> Brandau, Doris: Die Aufbauleistung der Vertriebenen im Raum Rosenheim. In: Das bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim 53 (1996).

Die Bevölkerungszahlen der beiden Landkreise auf Basis der Lebensmittelkarten stellten sich im Dezember 1945 folgendermaßen dar:

Landkreis Rosenheim	76 980
Landkreis Aibling	41 193

**Tabelle 7: Bevölkerungszahlen für die Landkreise Aibling und Rosenheim auf Basis der Lebensmittelkarten (Dezember 1945).<sup>456</sup>**

Vergleicht man diese Zahlen mit der Wohnbevölkerung von 1944 beziehungsweise 1939, so lebten am Ende des Jahres 1945 in beiden Landkreisen ca. 25 Prozent mehr Menschen. Die Bevölkerungszahl nahm in bezug auf die Stadt Rosenheim um acht Prozent und in bezug auf den Markt Kolbermoor um 26 Prozent zu.

Eine Sonderauszählung der Flüchtlinge in Bayern im Oktober 1946 ergab, daß sich deren Zahl in den beiden Landkreisen bei 20 Prozent der Wohnbevölkerung eingependelt hatte. Die Bevölkerungszunahme, die für Rosenheim im Dezember 1945 nur acht Prozent betrug, war in der Stadt bis zum Oktober 1946 auf 16 Prozent gestiegen, was vermutlich auf die geregelte Zuteilung von Flüchtlingen für Rosenheim zurückzuführen ist.<sup>457</sup>

---

S. 153-160.

<sup>456</sup> Bavarian Statistical Office (Hrsg.): Statistical Handbook for Bavaria. Munich 1946. S. 15.

<sup>457</sup> Zu Kolbermoor konnten keine Angaben gefunden werden. Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Flüchtlinge in Bayern. Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 142. München 1946. S. 20.

## 9 Gesellschaftsgeschichtliche Aspekte: Die „Fremden“ in der oberbayerischen Heimat

Im Laufe des Krieges und vor allem ab 1943 kamen verschiedene Gruppen von Ortsfremden nach Rosenheim und Kolbermoor. Wo begegneten sich Einheimische und FremdarbeiterInnen, welche Kontakte entstanden? Welche emotionalen Spannungsfelder taten sich auf? Wie veränderte dieser Zustrom einer doch erheblichen Zahl von Menschen die Gesellschaft vor Ort?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird im folgenden zuerst auf die sonderrechtliche Stellung der FremdarbeiterInnen eingegangen, da das Sonderrecht, neben vielen anderen Reglementierungen, vor allem dazu dienen sollte, den unerwünschten Kontakt zwischen Deutschen und Fremdvölkischen zu verhindern. Nachdem daran anschließend einige Bereiche, in denen Begegnungen zwischen ausländischen ArbeiterInnen und Einheimischen stattfanden, beschrieben werden, wird kurz darauf eingegangen, wie sich die Deutschen und die anfangs oft der deutschen Sprache kaum mächtigen FremdarbeiterInnen überhaupt verständigten. Abschließend soll versucht werden, die wesentlichen emotionalen Spannungsfelder – auch im Hinblick auf Evakuierte und Flüchtlinge – in Gegensatzpaaren zusammenzufassen, um dann mit einigen Gedanken zum Einfluß des nationalsozialistischen Ausländer-einsatzes auf die oberbayerische Kriegsgesellschaft zu schließen.

### 9.1 Das Sonderrecht für die Fremdvölkischen: Verordnungstheorie und lokale Wirklichkeit

Die sogenannten Polenerlasse vom März 1940 bildeten die Grundlage für die künftigen sonderrechtlichen Regelungen im Umgang mit den polnischen ArbeiterInnen im Deutschen Reich sowie in den besetzten Gebieten, auf der eine Vielzahl weiterer Regelungen für ausländische Arbeitskräfte aufbauen sollte.<sup>458</sup> Die Zuständigkeit für diese Regelun-

---

<sup>458</sup> Auch zum folgenden Majer, Diemut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und

gen lag bei der Sicherheitspolizei beziehungsweise der Gestapo. Diese Kompetenzzuweisung wurde vorgenommen, da man in den FremdarbeiterInnen sowohl eine politische (mögliche Terror- und Sabotageakte) als auch eine rassistische (Kontakt zu Deutschen) Gefahr für die Staatssicherheit sah: *„Das Regime fürchtete nichts so sehr, wie die unerwünschten Kontakte zwischen Deutschen und ‚fremdvölkischen‘ Arbeitern, die unter allen Umständen zu verhindern waren.“*<sup>459</sup>

Die sich im zeitlichen Verlauf für die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte immer wieder verändernden Regelungen können hier nur beispielhaft dargestellt werden: Angehörigen verbündeter Staaten wie Italien, aber auch Frankreich, konnte der Kontakt zu deutschen Frauen aus politischen Gründen nicht untersagt werden und er wurde deshalb ab Dezember 1942 nur noch als unerwünscht bezeichnet. Für Arbeiter aus Polen oder der Sowjetunion hingegen konnte der entdeckte Kontakt zu einer deutschen Frau unter Umständen mit der Todesstrafe geahndet werden. Vor allem für ArbeiterInnen aus osteuropäischen Ländern wurde die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt: Sie durften nur nach einer Genehmigung der Ortspolizeibehörde offiziell ihren Aufenthaltsort verlassen oder öffentliche Verkehrsmittel außerhalb des Ortsverkehrs benutzen. Der Besuch von gesellschaftlichen oder kirchlichen Veranstaltungen und Gaststätten war verboten. Von Majer auf eine kurze Formel gebracht, *„ordneten sie [die sonderrechtlichen Regelungen] an, daß alles verboten war, wenn es nicht ausdrücklich erlaubt war“*<sup>460</sup>. Zwar wurden ab 1943 einige Korrekturen

---

Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981. S. 306-314.

<sup>459</sup> Majer, Diemut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981. S. 307.

<sup>460</sup> Majer, Diemut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981. S. 309.

vorgenommen, um die nach der Kriegswende wertvoller gewordenen Arbeitskräfte zu erhalten, jedoch ist fraglich, inwieweit diese in die Alltagsrealität der ausländischen Arbeitskräfte hineinwirkten. Als Indiz für die Veränderungen dienen unter anderem die Berichte der Schutzpolizei Kolbermoor 1943/44. Es finden sich aber auch Beispiele anderer Art: So waren die Tauf- und Sterbesakramente, die der Pfarrer Josef Birnkammer (Jahrgang 1896) 1944 den Kindern von Ostarbeiterinnen<sup>461</sup> in Kolbermoor spendete, oder die Messen, die er an verschiedenen Festtagen für Strafgefangene zelebrierte<sup>462</sup>, mutmaßlich nach 1943 nicht im Rahmen der sonderrechtlichen Verordnungen. Wie die Chronologie zu Kolbermoor zeigt, wurden einige Fälle von der örtlichen Schutzpolizei an die Gestapo übergeben, deren Fortgang sich jedoch dem quellenmäßigen Zugriff entzieht.

Einen Einblick in die Skala der möglichen Ahndungen von meist arbeitsrechtlichen Verstößen ausländischer ArbeiterInnen bieten die noch erhaltenen Personalunterlagen des Werks II von BMW in der Baumwollspinnerei Kolbermoor. Die Eintragungen, die auch aus der Zeit vor der Überstellung nach Kolbermoor stammen, enthalten: Verwarnungen und Abzüge von einem Drittel bis hin zu mehreren Tageslöhnen wegen kleinerer Vergehen, wie zum Beispiel Rauchen auf der Toilette, Nichteinhalten der Pausenzeiten oder Zuspätkommen. Solche Einträge waren beinahe in jeder Akte zu finden.

Hier ein Beispiel, das den meist gleich lautenden Inhalt wiedergibt:

*„Sie sind in der 12. Lohnwoche mehrere Male zu spät zur Arbeit erschienen, wodurch Sie gegen die Ordnung des Betriebes verstossen haben. Wir müssen Sie deswegen strengstens verwarnen und nach Beratung im Vertrauensrat mit einer Buße von 1/3 Tagesverdienst belegen. Dieser Betrag wird*

---

<sup>461</sup> Interessant ist auch, daß in den meisten Fällen die Hebamme Mina Helfer aus Kolbermoor als Taufpatin eingetragen ist. Pfarramt Kolbermoor, Taufmatrikeln.

<sup>462</sup> Empfehlungsschreiben von Karl Stauter im Dezember 1950. Personalakt Josef Birnkammer, Pfarrer in Kolbermoor 1935-1962. AEM, PA-P III 155.

Grundsätzlich war das Verhalten der katholischen Geistlichen gegenüber katholischen AusländerInnen oft wohlwollend, da sie diese, unabhängig von der Rassenideologie, als gleichwertige, gläubige Christen ansahen.

*bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug gebracht und dem DRK überwiesen.*<sup>463</sup>

Auch finden sich einige wenige verhängte Arreststrafen, die – meist zweitägig – von den ausländischen ArbeiterInnen im Polizeigefängnis verbüßt wurden. In den Unterlagen von drei französischen Arbeitern findet sich die Bemerkung, daß die Männer am 10. November 1944 aus dem Arbeitserziehungslager Reichenau bei Innsbruck<sup>464</sup> abgeholt werden könnten. Die drei Männer scheinen, nach einer gemeinsamen Flucht, Anfang September 1944, aufgegriffen und in dieses Lager verbracht worden zu sein, da in einem Fall konkret Flucht als Einweisungsgrund angegeben ist.<sup>465</sup> Im Kolbermoorer Schutzpolizeibericht für September 1944 werden fünf Franzosen erwähnt, die wegen „*Arbeits-sabotage*“<sup>466</sup> festgenommen und an die zuständige Staatspolizeileitstelle München überstellt wurden; ob es sich allerdings um dieselben Fälle handelt, ist anhand der Quellen nicht nachvollziehbar.<sup>467</sup> Die Anwendung disziplinarischer Maßnahmen differierte, da den Betriebsführern bei geringfügigen Verstößen eine Reihe von Maßregelungen erlaubt

---

<sup>463</sup> Verwarnung gegen einen französischen Schlosser vom 09.04.1943. BMW, Personalakten ausländischer Arbeitskräfte.

<sup>464</sup> Das für 800 Mann konzipierte und Ende 1941 eingerichtete Lager Reichenau unterstand der Staatspolizeistelle Innsbruck und war ursprünglich vor allem als Sammel-lager für die auf der Flucht aufgegriffenen italienischen Arbeiter gedacht. Als durchschnittliche Belegung darf von 400-600 Männern ausgegangen werden, wobei jedoch auch die Einweisungen von Frauen nachweisbar ist. Ab Sommer 1942 wurde es offiziell zum AEL und somit zu einem Lager, in dem durch strenge Führung und schwere Arbeit, neben anderen Gruppen, auch ausländische Arbeitskräfte, denen zum Beispiel Arbeitsvertragsbruch vorgeworfen wurde, in der Regel für maximal 56 Tage, diszipliniert werden sollten. Im Lager Reichenau waren die AEL-Häftlinge unter schlechten Versorgungsbedingungen vor allem bei örtlichen Baufirmen und bei Aufräumungsarbeiten nach Luftangriffen beschäftigt. Schreder, Erich: Das Auf-fanglager für italienische Arbeiter bzw. Arbeitserziehungslager (AEL) Reichenau der Geheimen Staatspolizei-Staatspolizeistelle Innsbruck. o. O. u. o. J.. Und <http://www.zeitlupe.at/projekte/reichenau/schreiber.htm> vom 10.02.2004.

<sup>465</sup> Personalakten Emile G., Henri G. und Martinal M.. BMW, Personalakten ausländischer Arbeitskräfte.

<sup>466</sup> Dieser Begriff umfaßte: Sabotageakte und Arbeitsvertragsbrüche, wie zum Beispiel Arbeitsverweigerung, pflichtwidriges Fernbleiben von der Arbeit, Flucht.

<sup>467</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 25.09.1944. StAM, LRA 113813.

war, und sicher auch der Stellenwert der ausländischen ArbeiterInnen, gemessen an deren Arbeitsleistung und an der allgemeinen Verfügbarkeit von Arbeitskräften, Einfluß auf die jeweils verhängte Strafe hatte. Bei größeren Vergehen war die Verständigung der zuständigen Gestapo-Dienststelle jedoch vorgeschrieben. Die Gestapo konnte, nach einem Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes, ab September 1940 in eigener Zuständigkeit entscheiden, ob sie Vergehen von polnischen ArbeiterInnen und später zusätzlich von OstarbeiterInnen, die unerlaubten Umgang oder Arbeitsdisziplinverstöße betrafen – ab Juni 1943 sogar alle Delikte – selbst ahnden oder sie an die Justiz abgeben wollte.<sup>468</sup>

Für die anderen AusländerInnen<sup>469</sup> blieb die Zuständigkeit weiterhin bei den Organen der Justiz<sup>470</sup>, das heißt bei der Abteilung Strafgericht des Amtsgerichtes beziehungsweise beim Sondergericht, „[. . .] wenn die Anklagebehörde der Auffassung ist, daß die sofortige Aburteilung durch das Sondergericht mit Rücksicht auf die Schwere oder die Verwerflichkeit der Tat, wegen der in der Öffentlichkeit hervorgerufenen Erregung oder wegen ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit geboten ist.“<sup>471</sup> So konnten für den Untersuchungsraum neun Verfahren im Zusammenhang mit Ausländern ermittelt werden, die vor dem Sondergericht München verhandelt wurden. Bis auf einen Fall ging es in allen Verfahren um unerlaubten Umgang mit französischen Kriegsgefangenen; angeklagt waren eine polnische und sechs

---

<sup>468</sup> Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 28). München 1990. S. 690.

<sup>469</sup> Kriegsgefangene waren direkt dem entsprechenden Stalag unterstellt, weswegen die Gestapo auch bei Delikten, für die sie eigentlich zuständig war, kaum Zugriffsmöglichkeiten hatte. Sowjetische Kriegsgefangene bildeten hier jedoch eine Ausnahme.

<sup>470</sup> Heusler, Andreas: Prävention durch Terror. Die Gestapo und die Kontrolle der ausländischen Zwangsarbeiter am Beispiel Münchens. In: Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa. Darmstadt 2000. S. 222-236, hier S. 232.

<sup>471</sup> „Gegen Entscheidungen des Sondergerichts ist ein Rechtsmittel nicht zulässig“, es gab lediglich die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens. Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften. Vom 21.02.1940. In: Reichsgesetzblatt I 1940. S. 405-411.

deutsche Frauen sowie ein französischer Zivilarbeiter.<sup>472</sup> Auch von den 15 vor der Abteilung Strafgericht des Amtsgerichtes Rosenheim verhandelten Fällen mit Bezug zu Ausländern haben zehn Verfahren den unerlaubten Umgang mit französischen Kriegsgefangenen zum Gegenstand. Die Taten, die den deutschen Angeklagten angelastet wurden, reichten von persönlichen Gesprächen über das Zustecken von Essen bis hin zum Geschlechtsverkehr.<sup>473</sup>

Wenn auch diese Verfahren sicherlich nicht die Gesamtzahl der geahndeten Fälle darstellen, da sowohl die quellenmäßige Überlieferung lückenhaft ist als auch eine hohe Zahl von nicht geahndeten unerlaubten Kontakten angenommen werden darf, zeigen sie doch, daß die strikte Trennung zwischen deutscher Bevölkerung und ausländischen ZivilarbeiterInnen sowie Kriegsgefangenen in der Realität nicht praktikabel war. Ein weiteres Indiz dafür ist auch die Thematisierung dieser Problematik in nahezu allen Monatsberichten der verschiedenen Verwaltungsebenen.

### *9.1.1 Raum und Kontakt*

Hier stellt sich nun die Frage, welche Berührungspunkte es eigentlich zwischen Fremdvölkischen und Einheimischen gab.

Wie im Kapitel Orte des Ausländereinsatzes dargestellt, war der Arbeitsplatz mit seinen sehr unterschiedlichen Bedingungen der zentrale und bestimmende Bereich für die FremdarbeiterInnen. Die Einsatzträger hatten große Handlungsspielräume und ihrer persönlichen Einstellung, sowie auch der Einstellung der leitenden Angestellten gegenüber

---

<sup>472</sup> Von einer detaillierten inhaltlichen Beschreibung der Sondergerichtsverfahren wird bewußt abgesehen, da diese schon in manch anderer Darstellung mit voyeuristisch anmutender Akribie ausgeführten Einzelfälle keinen besonderen Erkenntnisgewinn bieten. Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht München, zum Teil mit mehreren Angeklagten. StAM, Staatsanwaltschaften 12302; 12580; 12658; 12672; 12717; 135874.

<sup>473</sup> Verfahrensakten des Amtsgerichtes Rosenheim. StAM, AG 58275; 58305; 58334; 58338; 58351; 58355; 58361; 58370; 58376; 58377; 58383; 58384; 58390; 58393; 58407.

den ausländischen Arbeitskräften kam große Bedeutung zu. In bezug auf das Verhältnis zu den deutschen Kollegen finden sich immer wieder Angaben über zugestecktes Essen oder verschiedene andere, kleinere Hilfeleistungen.

Die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ausländern und deutschen Vorgesetzten, ein oft unterschätztes Problem in der Beschreibung der Arbeitseinsätze, wurde teils durch berufsspezifische, in mehreren Sprachen herausgegebene Wörterbücher<sup>474</sup>, teils durch Dolmetscher – aus den Reihen der ausländischen Arbeitskräfte oder vom Arbeitsamt zur Verfügung gestellt – oder mittels zweisprachiger Dokumente gelöst.

Schwieriger zu fassen sind Begegnungen der einheimischen Bevölkerung mit den FremdarbeiterInnen außerhalb des Arbeitsplatzes. Die schriftlichen Quellen geben hierzu, mit Ausnahme der oben bereits aufgeführten Fälle, in denen sich die Justiz mit unerlaubten Kontakten beschäftigte, kaum Auskunft. Auch in den Erinnerungen ehemaliger FremdarbeiterInnen wurde diese Frage meist knapp mit der Auskunft beschieden, daß sie kaum Freizeit und daher wenig Kontakt zur deutschen Bevölkerung gehabt hätten. Drei ehemalige ArbeiterInnen beschreiben zumindest einige Begegnungen. Der tschechische Arbeiter Josef M., der seit Juni 1942 bei der Firma Schauer in Rosenheim arbeitete, erinnert sich, daß er in seiner Freizeit verschiedene Ausflüge in die Umgebung gemacht und im Sommer im Chiemsee gebadet habe. Er beschreibt, daß das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung anfangs unterkühlt gewesen sei, sich nach einem Jahr aber verbessert hätte.<sup>475</sup> Eine tschechische Arbeiterin, die ab März 1943 bei der Firma Roeckl in Kolbermoor beschäftigt war, berichtet von ähnlichen Ausflügen und von grundsätzlich guten Beziehungen zu Deutschen am Arbeitsplatz und im Ort.<sup>476</sup> Der niederländische Arbeiter Leendert K., der eigentlich

---

<sup>474</sup> Winkler, Ulrike: „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten. Winkler, Ulrike (Hrsg.): *Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*. Köln 2000. S. 148 – 168, hier S. 157.

<sup>475</sup> Brief von Josef M., Tschechische Republik vom 15.01.2004.

<sup>476</sup> Brief von Ružena Š., Tschechische Republik vom 20.01.2004.

in die Schweiz hatte fliehen wollen und im Juli 1944 nach Rosenheim gekommen war, hatte, gemeinsam mit einem Freund, Kontakt zu einer älteren Frau, die die beiden Männer mit Essen und Kleidung versorgte. In einem Frauenkloster in Rosenheim erhielten sie ebenfalls Nahrungsmittel.<sup>477</sup>

Oft kam es auf der Flucht<sup>478</sup> zu Begegnungen mit der deutschen Bevölkerung, wobei diese sehr unterschiedlich ausfallen konnten, wie man an zwei Beispielen von Fluchtversuchen aus Kolbermoor sehen kann, die durch Quellenfunde näher beschrieben werden können. Vier strafgefangenen Frauen war während der Torfsticharbeit in der Nähe von Kolbermoor die Flucht gelungen und sie konnten sich bis nach Miesbach (ca. 20 Kilometer) durchschlagen, wo ihnen eine Bäuerin Stoffreste gab, um ihre Häftlingskleider durch Aufnähen des bunten Stoffes unkenntlich zu machen. Trotzdem wurden die Frauen nach vier Tagen Flucht von der Gendarmerie in Miesbach wieder gefaßt.<sup>479</sup> Ende Juli 1944 konnten vier italienische Strafgefangene während der Nachtschicht aus dem Werk II von BMW fliehen. Drei der Flüchtigen wurden einen Tag später durch einen Jagdaufseher in Brannenburg (ca. 15 Kilometer) wieder aufgegriffen, der vierte Italiener wurde – dem Bericht nach – drei Tage später bei einem Einbruch auf der Wistlalm bei Bayrischzell bei dem Versuch, sich der Festnahme zu entziehen, von einem Wehrmattsangehörigen erschossen und anschließend nahe des Tatortes begraben.<sup>480</sup>

---

<sup>477</sup> Brief von Leendert K., Niederlande vom 02.01.2004.

<sup>478</sup> Grossmann sieht in der Flucht ausländischer Arbeitskräfte ein Massenphänomen. Im Untersuchungsgebiet ist diese Thematik, ähnlich wie das Themenfeld Widerstand, bis auf wenige Einzelfälle schwer zu fassen, da, außer sehr allgemeinen Angaben in den monatlichen Berichten, kaum Quellen zu finden waren. Grossmann, Anton J.: Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939-1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986). S. 481-521.

<sup>479</sup> Schriftverkehr zur Flucht von vier weiblichen Zuchthausgefangenen bei der Außenabteilung Kolbermoor des Frauenzuchthauses Aichach. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 52.

<sup>480</sup> Schriftverkehr zur Flucht von vier italienischen Strafgefangenen bei der Außenarbeitsstelle Kolbermoor der Strafanstalt Bernau am Chiemsee. StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG München 67.

Schon im September 1941 berichtete der Landrat von Rosenheim von einer *„auffallend starken Zunahme der Einbrüche in Alm- und Blockhütten; Täter konnten bisher nur in wenigen Fällen ermittelt werden. Es wird angenommen, dass sich flüchtige Kriegsgefangene auf diese Weise Lebensmittel und bürgerliche Kleidung verschaffen.“*<sup>481</sup>

Über einen weiteren Berührungspunkt der Einwohner mit den FremdarbeiterInnen beklagte sich der Gendarmerie-Kreisführer im benachbarten Landkreis Miesbach:

*„Im nahegelegenen Hausham sind im dortigen Bergwerk seit 4 Monaten ca. 195 ukrainische Zivilarbeiter eingesetzt. Von diesen wurden seit dieser Zeit einzelne oder kleinere Trupps in Schliersee, Neuhaus bis hinauf auf die Berge getroffen [. . .], wie sie in Häuser gingen und die Bevölkerung in der Hauptsache um Brot und Zigaretten, auch Schuhe, anbettelten. Dabei sind die Leute äußerst primitiv gekleidet, meistens barfuß und haben dazu ein heruntergekommenes Aussehen [. . .] In den meisten Fällen gibt die Bevölkerung, um keine Rachegefühle auszulösen [. . .] doch werden die Leute immer zudringlicher [. . .] Zurechtweisungen sind meistens zwecklos, weil die Ukrainer keinerlei deutsche Sprachkenntnisse besitzen. Des weiteren ist zu befürchten, dass mit Eintritt der kälteren Jahreszeit auch Diebstähle an Bekleidungsstücken usw. überhand nehmen werden.“*<sup>482</sup>

Nicht nur auf der Flucht, sondern in allen gerade ausgeführten Bereichen kamen sich natürlich auch ausländische Frauen und deutsche Männer beziehungsweise deutsche Frauen und ausländische Männer näher. Wie im vorherigen Kapitel beschrieben, wurden diese Kontakte von polizeilicher und gerichtlicher Seite verfolgt, was jedoch die Beziehungen nicht weniger werden ließ. Die Belege hierfür sind unzählig und es wurde, wie bereits erwähnt, monatlich von entdeckten verbotenen Kontakten berichtet. Der französische Kriegsgefangene Roger D., dessen Erinnerungen vorher bereits erwähnt wurden, gab beispielsweise

---

<sup>481</sup> Auszug im Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern für den Monat August 1941 vom 09.09.1941. BayHStA, MA 106671.

<sup>482</sup> Beschwerde des Gendarmerie-Kreisführers in Miesbach über bettelnde und herumstreunende, ukrainische Zivilarbeiter aus Hausham vom 25.09.1942. BayHStA, MInn 71635.

an, daß viele dieser Verhältnisse existiert hätten. Die Rassenpolitische Hauptstelle versuchte vergeblich, in Vorträgen über die Verwerflichkeit solcher Beziehungen aufzuklären. Auf Basis verschiedener Berichte stellt Bauer fest, daß der verbotene Umgang schon 1940 ein Massendelikt gewesen sei und vor allem im ländlichen Raum dazu geführt habe, daß auch die deutsche Bevölkerung diesbezüglich stark ins Visier der staatspolizeilichen Verfolgung geraten sei<sup>483</sup>, was wohl mehr den Effekt einer Solidarisierung nach sich gezogen hätte und somit den rassistisch begründeten Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsbestrebungen der Nationalsozialisten völlig zuwidergelaufen sei.

### 9.1.2 Einige emotionale Spannungsfelder

Obwohl eher schwer zu greifen, soll anhand einiger emotionaler Spannungsfelder die Darstellung der Verschiedenartigkeit und meist auch Widersprüchlichkeit in der Beziehung zwischen einheimischer Bevölkerung und Fremden, unter Einbeziehung der Umsiedler, Evakuierten und Flüchtlinge, versucht werden. Faßt man die Menschen aus den verschiedenen Gruppen zusammen und legt dann die Zahl der Wohnbevölkerung von 1939 und 1944 zugrunde, so war im Untersuchungsraum 1944 fast jeder Vierte fremd.

*Macht und Abhängigkeit:* Sowohl FremdarbeiterInnen als auch Evakuierte und Flüchtlinge waren abhängig vom Wohlwollen der einheimischen Bevölkerung. Vor allem die Abhängigkeit der ausländischen Arbeitskräfte von Einsatzträgern und Kollegen war augenfällig und wurde schon an einigen Beispielen dargestellt. Evakuierte und Flüchtlinge dagegen wurden zwar als Volksgenossen und damit als gleichwertig angesehen und durch gesetzliche Maßnahmen geschützt, waren je-

---

<sup>483</sup> Mit einigen Beispielen. Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996. S. 174-175.

doch unter anderem auf den zur Verfügung gestellten Wohnraum angewiesen. Wandelte sich mit dem Kriegsverlauf die Abhängigkeit der FremdarbeiterInnen, hauptsächlich im Bereich der Landwirtschaft, teilweise zur Abhängigkeit der Einsatzträger von den wertvollen Arbeitskräften, so war diese Möglichkeit für Evakuierte und Flüchtlinge selten gegeben.

*Neid und Mitleid:* Überwog anfangs für die Evakuierten das Mitleid ob ihres Schicksals, so nahmen nach kurzer Zeit Klagen und Unmut gegenüber den meist jungen Frauen zu, die angeblich – wie der Rosenheimer Landrat schon im Frühjahr 1941 berichtete – „*bequem in den Tag hineinleben* [würden]“<sup>484</sup>. Später sah man in ihnen sogar eine existentielle Bedrohung für die einheimische Bevölkerung:

*„Durch den starken Zustrom der Fremden, insbesondere aus Norddeutschland und die Belegung des Landkreises mit Bombenflüchtlingen, tritt in den meisten Ortschaften eine Verknappung der Lebens-, Genuß- und sonstigen Gebrauchsmittel ein. Die einheimische Bevölkerung, die unter tags ihrer Arbeit nachgehen muß und erst in den Abendstunden Zeit zum Einkaufen findet, kann teilweise ihren nötigen Bedarf nicht mehr decken, [. . .]“*<sup>485</sup>

Auch ist immer wieder von mit Neid betrachteten Sonderzuteilungen für die Evakuierten die Rede.

Neben der Nennung ähnlicher Vorwürfe, sorgte sich der Aiblinger Landrat ab Herbst 1943 vor allem darum, daß die Erzählungen der Evakuierten von den Folgen der alliierten Bombenangriffe die Stimmung der Landbevölkerung belasten würden – von Mitleid war schon lange nicht mehr die Rede. Die Einstellung gegenüber den Evakuierten blieb auch, den Berichten nach zu urteilen, in der Folgezeit unverändert, sie übertrug sich häufig auf die oft im selben Atemzug genannten Flüchtlinge.

In bezug auf die ausländischen Arbeitskräfte kann hier keine klare

---

<sup>484</sup> Bericht des Landrates Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.04.1941. StAM, NSDAP 1555.

<sup>485</sup> Bericht des Landrates Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.10.1940. StAM, NSDAP 1555.

Entwicklung festgestellt werden; einerseits verstärkten sich mit dem Kriegsverlauf das Mitleid und damit die Hilfeleistungen, andererseits ist in den Berichten zu lesen, daß die einheimische Bevölkerung mit folgender Begründung neidvoll auf die ausländischen Arbeitskräfte geblickt hätte:

*„Besonders die ausländischen Arbeiter, die in kriegswichtigen Betrieben hohe Arbeitslöhne beziehen, zahlen auf den sogenannten schwarzen Märkten die höchsten Preise für die wichtigsten Dinge. [. . .] es will niemand verstehen, daß man Menschen, die überwiegend Angehörige von Feindstaaten sind, so hohe Löhne bezahlt, daß sie den deutschen Volksgenossen vieles einfach wegkaufen können.“<sup>486</sup>*

*Vorurteile und Achtung:* Die NS-Propaganda bediente sich aller Mittel, um gerade Menschen aus Osteuropa dem rassistischen Bild der Nationalsozialisten entsprechend darzustellen, wie bereits im Abschnitt zu den einzelnen Gruppen im Ausländereinsatz deutlich gemacht wurde. In der Berichterstattung aus den Jahren 1944/45 ist festzustellen, daß bei den Fremdvölkischen kaum mehr zwischen verschiedenen Nationen unterschieden wurde und die jahrelang propagierten Rassenunterschiede eher in den Hintergrund traten. Dies bedeutete jedoch nicht, daß deshalb beispielsweise OstarbeiterInnen ein höheres Ansehen genossen hätten, vielmehr schien man die Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte als Einheit zu sehen. Der Gruppe der Ausländer, aber auch den Gruppen anderer Fremder, kam eine gewisse Sündenbockfunktion zu, denn immer wieder finden sich Sätze wie der folgende: *„Die Zahl der Einbruchdiebstähle nahm leicht zu. Die Täter konnten meist noch nicht festgestellt werden und dürften vielfach unter den Fremden zu suchen sein.“<sup>487</sup>*

Der sich mit der *„weiteren Verschärfung des sogen. Preußen-*

---

<sup>486</sup> Bericht der Schutzpolizei-Dienstabteilung Kolbermoor an den Landrat Aibling vom 24.02.1945. StAM, LRA 113813.

<sup>487</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.05.1944. StAM, LRA 113813.

*haß[es]*<sup>488</sup> beschäftigende Abschnitt aus dem Bericht des Rosenheimer Landrates stammt zwar aus dem Herbst 1941, dieses Thema war jedoch, vermutlich auch in der Folgezeit, ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Beziehung zu Evakuierten und Flüchtlingen. Durchaus besorgt schilderte der Landrat von Aibling im Sommer 1943 den Gegensatz zwischen Nord und Süd und nennt sogar tätliche Auseinandersetzungen, zu denen es schon mehrfach gekommen sei. In diesem Zusammenhang erwähnt er folgenden Sachverhalt:

*„Es wird herumgeschwätzt, dass der Führer den Preussen das Land Bayern versprochen habe. Die Bayern müssten nach der Ukraine auswandern. Einige norddeutsche Evakuierte taten ganz erstaunt, dass Bayern nicht geräumt sei, wie man es ihnen (angeblich) gesagt habe. Möglicherweise glauben auch viele dieser Schwätzer die hiesige Bevölkerung damit nur ‚hinauftreiben‘ zu können, die Masse der Einheimischen nimmt aber solch reden gerne ernst.“*<sup>489</sup>

Der Landrat schien von dieser Aussage auch nicht ganz unberührt zu bleiben. Dieser Textauszug gibt recht anschaulich die emotionale Gemengelage vor Ort wieder. Die Beispiele machen deutlich, daß weniger rassistisch geprägte Vorurteile – auch gegen Fremdvölkische – zum tragen kamen, als vielmehr alte Stereotype, die mit Elementen der Rassenideologie kombiniert wurden.

Im selben Bericht stellte der Landrat auch mißbilligend fest, einige evakuierte Mütter mit Kleinkindern *„erliegen den Versuchungen des Müssiggangs und bandeln mit Soldaten oder fremdvölkischen Männern an.“*<sup>490</sup> – ein Vorwurf, der sich immer wieder in den Berichten finden läßt.

---

<sup>488</sup> Bericht des Landrates Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 02.09.1941. StAM, NSDAP 1555.

<sup>489</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.08.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>490</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.08.1944. StAM, LRA 113813.



Abbildung 18: Die Schatten-Aktion im Januar 1944.<sup>491</sup>

Im Rahmen der Mitte Januar 1944 von der NSDAP durchgeführten sogenannten Schatten-Aktion sollten unzählige Schattenfiguren an Hauswände gemalt werden. Nach einigen Tagen klärten Plakate mit der Warnung „*Achtung, Feind hört mit!*“ die Bevölkerung über den Hinter-sinn dieser Symbolik auf.<sup>492</sup> Dieser Versuch der NS-Propaganda, das Mißtrauen der Bevölkerung gerade gegen Fremde zu schüren, schlug eher fehl. Der Aiblinger Landrat berichtete davon, daß die Schattenbil-der zwar das allgemeine Interesse erregen würden, da die Bevölkerung annähme, daß diese nun die Vergeltung für den alliierten Bombenterror ankündigen würden, jedoch wären die Enttäuschung und die Mißbilli-gung der Materialverschwendung groß gewesen, als sich herausgestellt habe, daß die Aktion nur auf die Spionagegefahr aufmerksam machen

---

<sup>491</sup> Postkarte „*Achtung, Feind hört mit!*“. Bildarchiv Sebastian Winkler.

<sup>492</sup> Schreiben der Kreisleitung Rosenheim an die Ortsgruppenleiter vom Januar 1944. StAM, NSDAP 1569.

sollte.<sup>493</sup>

Auf der anderen Seite finden sich auch immer wieder Hinweise darauf, daß gerade auf dem Land Fremde primär über die Bereitschaft zur Arbeit und die dabei erbrachten Leistungen an Achtung gewannen und mit dieser die Zugehörigkeit zur Gruppe der Ausländer, Evakuierten oder Flüchtlinge in den Hintergrund trat.

*Konkurrenz und Zusammenarbeit:* Anfangs wurden gerade am Arbeitsplatz Fremde als Konkurrenten empfunden. So beschwerten sich, laut dem Bericht des Aiblinger Landrates, beispielsweise die Landwirte, daß italienische Arbeiter die Arbeitsplätze von Deutschen einnahmen, die zum Militär eingezogen würden.<sup>494</sup> In einigen Fällen wurden die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte, vor allem, wenn es sich um ArbeiterInnen aus verbündeten Staaten handelte, von den Deutschen als ungleich besser empfunden. Quellenmäßig schwer zu greifen ist die Zusammenarbeit zwischen Fremden und Deutschen, die sicherlich in der Landwirtschaft und beispielsweise in der Akkordarbeit gegeben war. Eine Zeitzeugin berichtet darüber hinaus, daß ab der zweiten Jahreshälfte 1944 eine allgemeine Hilfsbereitschaft über die gesellschaftlichen Gruppen hinweg eingesetzt hätte: *„Jeder half jedem, weil es sein konnte, daß man morgen schon der war, dem geholfen werden mußte.“*<sup>495</sup> Eine Wende trat in der Nachkriegszeit ein, als die Erwartungen der Flüchtlinge an diese Hilfsbereitschaft aus Sicht der einheimischen Bevölkerung kein Ende zu nehmen schienen. Die Gegenreaktionen waren ein Rückzug auf Besitzstandswahrung und Ablehnung von Fremdem und Neuem.<sup>496</sup>

---

<sup>493</sup> Bericht des Landrates Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 31.01.1944. StAM, LRA 113813.

<sup>494</sup> Bericht des Landrates Aibling an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 30.10.1941. StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg.

<sup>495</sup> Gespräch mit Dr. Annemarie Wolf am 02.02.2004.

<sup>496</sup> Brellie-Lewien, Doris von der: Im Spannungsfeld zwischen Beharrung und Wandel. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, Ausgebombte und Flüchtlinge in ländlichen Regionen Niedersachsens. In: Bajohr, Frank (Hrsg.): Norddeutschland im Nationalsozialismus (= Forum Zeitgeschichte Bd. 1). Hamburg 1993. S. 347-370, hier S.

Die Rivalität beim Organisieren von Lebensmitteln mit der inzwischen stark angewachsenen Zahl an Fremden verschärfte sich in demselben Maße, wie sich die Versorgungslage verschlechterte. Im Juli 1944 schrieb der Landrat von Aibling: *„Die neuen Werke in Kolbermoor haben glücklicherweise die Versorgung ihrer Gefolgschaftsmitglieder mit Brot, Schuhen etc. selbst in die Hände genommen. Wo dies nicht der Fall ist, leidet die einheimische Bevölkerung stark unter der Konkurrenz der zugezogenen Arbeiter und Luftkriegsbetroffenen.“*<sup>497</sup> Die Wahrnehmung der Fremden als Konkurrenz in der Versorgung läßt sich bis in die Nachkriegszeit hinein beobachten.

*Angst und Sicherheit:* Seit 1940 erwähnen die Berichte in regelmäßigen Abständen im Hinblick auf die ausländischen Arbeitskräfte die wachsenden Ängste der Einheimischen vor Überfremdung, jedoch standen diese Ängste vor allem im Zusammenhang mit befürchteten gewaltsamen Ausschreitungen der Fremdarbeiter. Bis auf vereinzelte Streikaktionen, die jedoch durch die Ordnungskräfte schnell im Keim erstickt wurden, gibt es in der Überlieferung zum Untersuchungsgebiet keinerlei Anzeichen für einen solchen Aufstand. Die in der Chronologie des Ausländereinsatzes zitierten Berichte der Schutzpolizei Kolbermoor zeigen sehr deutlich, wie groß die Angst vor den Fremden auf seiten der Ordnungskräfte war, als durch die Auslagerung von BMW zusätzliche ausländische Arbeitskräfte nach Kolbermoor gebracht wurden und der Berichterstatter der Schutzpolizei mit noch wesentlich mehr Ausländern rechnete. Die Gründung eines Ortsschutzes und die ständigen Durchsuchungsaktionen, teilweise auch von der Kreisleitung Rosenheim veranlaßt, gaben zumindest der Schutzpolizei das Gefühl einer gewissen Sicherheit. Über das AngstszENARIO, das hinter einem möglichen Aufstand der Ausländer im Wehrkreis VII stand, gibt die einleitende Beschreibung eines Planspiels mit dem Titel ‚Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den staatlichen und sonstigen Sicherheitskräften im Wehr-

---

359.

<sup>497</sup> Bericht des Landrates für Aibling und Rosenheim an den Regierungspräsidenten von Oberbayern vom 01.07.1944. StAM, LRA 113813.

kreis' Auskunft, das im April 1943 in einem Münchner Offiziersheim durchgeführt wurde:

*„Außenpolitische Entwicklung sowie militärische Rückschläge haben den unruhigen Elementen der im Wehrkreis beschäftigten zahlreichen Ausländern einen schon früher bei ähnlicher Gelegenheit beobachteten Auftrieb gegeben. Auch unter den Kriegsgefangenen ist Unruhe zu bemerken. Feindliche Agenten scheinen diese Stimmung erfolgreich zu beeinflussen. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in anderen Teilen des Reichsgebietes.“<sup>498</sup>*

Eine grundsätzlichere Angst vor Überfremdung trat erst im Übergang zur Nachkriegszeit ein, da die einheimische Bevölkerung davon ausging, daß die ausländischen Arbeitskräfte nach einem wie auch immer gearteten Ende des Krieges in ihre Heimat zurückkehren würden.

---

<sup>498</sup> Teile von Unterlagen zur Vorbereitung des Planspiels vom 30.04.1943. Insgesamt wurden zur Vorbereitung sieben Vorträge gehalten, wovon zwei, dem Titel nach, in bezug auf die Situation ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener im Wehrkreis VII Informationen hätten bieten können. Leider konnten die Textfassungen dieser Vorträge nicht ermittelt werden. BayHStA, Reichsstatthalter 832.

## 10 Resümee: Zwangsarbeit in der oberbayerischen Kriegsgesellschaft

Welche Rolle aber spielte die Gruppe der FremdarbeiterInnen in der Phase des gesellschaftlichen Wandels, die durch die Forschung für den Zeitraum zwischen 1943 und 1948 konstatiert wird und, vor allem für die unmittelbare Nachkriegszeit, *„auf dem Lande als eine Zeit des massiven Umbruchs überkommener Normen und Traditionen empfunden“*<sup>499</sup> wurde?

Die Annahme der einheimischen Bevölkerung, daß die ausländischen Arbeitskräfte nur zeitlich begrenzt in Rosenheim und Kolbermoor bleiben würden, schien ein wichtiger Faktor in der Wahrnehmung dieser Gruppe von Fremden gewesen zu sein. Dies zeigt sich auch in Gesprächen mit deutschen Zeitzeugen: Man wußte zwar davon, daß FremdarbeiterInnen in Rosenheim und Kolbermoor waren, jedoch wurde in den meisten Gesprächen die Vermutung ausgesprochen, daß es nicht besonders viele gewesen sein können. Nur einzelne konkrete Begegnungen mit ausländischen ArbeiterInnen blieben in der Erinnerung haften. Zwei ZeitzeugInnen beispielsweise erwähnten, unabhängig voneinander, ihr Erstaunen über die gute Bildung zweier osteuropäischer Frauen, eine von ihnen eine ca. 17jährige Ukrainerin, die in der Küche beschäftigt war und, obwohl man sich sprachlich nicht verständigen konnte, den Schülern bei den Mathematikaufgaben half.<sup>500</sup> Ein französischer Kriegsgefangener blieb in guter Erinnerung, weil er nach Kriegsende über Jahre hinweg Päckchen mit Süßigkeiten für die Kinder des Bauernhofes, auf dem er eingesetzt gewesen war, schickte und bis

---

<sup>499</sup> Erker, Paul: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel. In: Broszat, Martin, u. a. (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 26). München 1990. S. 367-425, hier S. 367.

<sup>500</sup> Gespräche mit Prof. Dr. Albert Aschl am 28.10.2003, mit Ludwig Weinberger am 12.12.2003, mit Dr. Annemarie Wolf am 02.02.2004 und mit Manfred Schweiger am 16.01.2004.

Anfang der 90er Jahre jedes Weihnachten eine Karte schrieb.<sup>501</sup>

Erinnerungen an größere Gruppen von AusländerInnen beziehungsweise Häftlingen knüpften sich, wenn überhaupt, vor allem an die Zeit ab Herbst 1944, hier wurden diese Menschen entweder als Bombenräumkommandos oder zerlumpfte, ausgezehnte Kolonnen auf dem Weg zum Arbeitsplatz wahrgenommen, denen man versuchte Essen zuzustecken.<sup>502</sup>

In Interviews, die für eine Radiosendung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Rosenheim mit insgesamt sechs ZeitzeugInnen geführt wurden, kamen die FremdarbeiterInnen in den Erinnerungen kaum vor, lediglich eine erzählte Episode ging auf das Thema ein:

*„Wo man ein bißchen Angst gehabt hat, das waren damals die, ja Fremdarbeiter hat man sie genannt, denen es ja bei uns nicht blendend gegangen ist. Das die irgendetwas anstellen würden. Ist auch das eine oder andere passiert natürlich, was man hinterher, sagen wir es, kann man verstehen. Mein Vater z.B. den haben Fremdarbeiter von seinem geliebten Radl runtergeholt. Mein Vater war furchtbar stolz auf sein Radl, das er sich mal irgendwann gebraucht gekauft hat. Holzfelgen hat es gehabt. Das war also ein Unikum, das Fahrrad. Und das haben ihm drei oder vier Fremdarbeiter, Entschuldigung für den Ausdruck, am Mangfalldamm oder wo haben sie ihn vom Radl runtergeholt. Und er ist zu Fuß nach Hause gekommen, total zerstört. Sicher objektiv kein großes Ding. Aber um zu illustrieren, wie es damals war. Es war immer noch, im großen und ganzen muß man sagen, harmlos, vernünftig.“<sup>503</sup>*

Diese Erinnerung scheint symptomatisch zu sein für die Wahrnehmung der ausländischen Arbeitskräfte. Der Einsatz von AusländerInnen war zwar in Ausmaß und Intensität ein Novum, jedoch wurde er, außer von den Sicherheitsbehörden, denen das wirkliche Ausmaß bekannt gewesen sein mußte, meist nicht in der Gesamtheit wahrgenommen. Erst zum Kriegsende hin und auch im Zusammenhang mit den befürchteten,

---

<sup>501</sup> Gespräch mit Regina Baumgartner am 06.02.2004.

<sup>502</sup> Gespräch mit Manfred Schweiger am 16.01.2004.

<sup>503</sup> Fischer, Michael: Zur Sache: Am Ende stand ein Anfang. Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Rosenheim am 2. Mai 1945. In: Das bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim 53 (1996). S. 85-148, hier S. 108.

teilweise auch stattgefundenen Plünderungen in der direkten Nachkriegszeit wurden die Ausländer in der Wahrnehmung der Einheimischen zu der Bedrohung, die seitens der nationalsozialistischen Sicherheitsorgane schon immer befürchtet worden war, und dies zu einem Zeitpunkt, als man eigentlich hoffte, daß mit Kriegsende eine Normalisierung des Alltags eintreten würde. Unter anderem aus dieser Furcht vor Übergriffen von Ausländern entstand eine Angst vor einer genereller Überfremdung, die beispielsweise in den oben zitierten Berichten über die ersten Nachkriegsmonate deutlich wurde; wie dort festgestellt, wurde anfänglich nicht einmal mehr zwischen Displaced Persons und amerikanischen Besatzern unterschieden.

Auf diese Situation trafen die immer größer werdenden Gruppen von Flüchtlingen, die, nicht nur ideell, sondern oft auch ganz materiell, den Platz der heimkehrenden Evakuierten und FremdarbeiterInnen einnahmen. So zum Beispiel wenn Flüchtlinge in die frei werdenden Baracken der DP-Camps zogen, die Zimmer zugewiesen bekamen, die durch heimkehrende Evakuierte geräumt worden waren oder wenn ein Flüchtling als Hilfskraft auf dem Bauernhof die Arbeiten übernahm, die zuvor der französische Kriegsgefangene ausgeführt hatte.

Sicherlich trugen die anwesenden FremdarbeiterInnen in einigen Fällen zur Veränderung der Wahrnehmung gegenüber Fremden bei, jedoch – und hier kommt den eingangs ausgeführten sonderrechtlichen Regelungen eine maßgebliche Rolle zu – nicht in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang.

Trotz des langen Zeitraums, während dessen die ausländischen Arbeitskräfte am Ort waren, haftete den Strukturen, die für den Ausländereinsatz geschaffen worden waren, etwas Provisorisches und Übergangsartiges an, was eine zentrale Auswirkung auf die Lebensbedingungen der FremdarbeiterInnen hatte.

Neben anderen Faktoren führten die Bevölkerungsbewegungen, die durch die nationalsozialistische Herrschaft ausgelöst worden waren, zu einem Wandel in der Gesellschaft Oberbayerns. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte war hiervon ein Teilbereich und zwar der, der den

Resümee: Zwangsarbeit in der oberbayerischen Kriegsgesellschaft

Beginn dieser Umbruchphase markierte. Für den einzelnen Menschen aber, der im Rahmen des Ausländereinsatzes nach Rosenheim und Kolbermoor gebracht wurde, stellte er eine prägende Lebenserfahrung dar.

## 11 Anhang

### 11.1 Verzeichnis Firmen und Einsatzträger

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie konzentriert sich hauptsächlich auf Firmen in Rosenheim und Kolbermoor, die größere Gruppen von ausländischen Arbeitskräften beschäftigten und in den Quellen gefunden wurden. Die Zahlen hinter Monat und Jahr sind gewissermaßen Stichtagsangabe, weder Anforderungen der Einsatzträger noch Rückgaben beziehungsweise Weitergaben der ausländischen Arbeitskräfte wurden in der Aufzählung berücksichtigt. Die *kursiv* gesetzten Angaben stammen aus der Zeit nach dem Kriegsende.

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
A.E.G. München, Bahnhof Rosenheim	10/40: 20 Kriegsgefangene 03/41: 15 Kriegsgefangene 07/41: 14 Kriegsgefangene 11/41: 9 Kriegsgefangene	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337
Anton Kathrein, elektr. Geräte, Rosenheim	04/42: 51 Ostarbeiterinnen (Lg. Gemeinschaftssaal Kathrein) <i>1946: Spruchkammerverfahren: 56 insgesamt ausländische Frauen</i>	StAM, NSDAP 914 StAM, SpK-Akten K 3890 Kathrein, Anton
Bahnbetriebswerk	04/44: 20 Ostarbeiter	StAM, Arbeitsämter 1184
Bahnhof Rosenheim	05/43: 5 tschechische Zivilarbeiter 1 Ausländer	StAM, NSDAP 910
Bahnhofsgaststätte	06/44: 1 Ostarbeiterin	StAM, Arbeitsämter 1208
Bahnmeisterei	04/44: 10 Ostarbeiter	StAM, Arbeitsämter 1184
Barth. Grossmann, Baugeschäft, Rosenheim	11/43: 20 sowjetische Kriegsgefangene 12/43: 39 sowjetische Kriegsgefangene	BWA, HR 1943 XVA10c 361. Akt, Fall 27 LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z
Baumwollspinnerei, Kolbermoor	07/40: 21 Kriegsgefangene (Hochwasser) 03/41: 15 Kriegsgefangene 07/41: 16 Kriegsgefangene 05/43: 10 Ostarbeiterinnen 15 französische Kriegsgefangene 05/44: 30 sowjetische Kriegsgefangene (Offiziere)	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, LRA 113813 StAM, LRA 113813

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
BMW Lager, Tonwerk Kolbermoor	07,08/43: 22 ausländische Arbeitskräfte 04/44: 40 sowjetische Kriegsgefangene 11 kroatische Zivilarbeiter 11 tschechische Zivilarbeiter 4 Polen 4 Ostarbeiter 2 französische Zivilarbeiter 1 niederländischer Zivilarbeiter	StAM, NSDAP 1894 StAM, LRA 113813
BMW Werk II, B.spinnerei Kolbermoor	04/44: ca. 250 ausländische Arbeitskräfte 12/45: 148 ausländische Arbeitskräfte 83 Strafgefangene	StAM, LRA 113813 BMW-Archiv, BMW UA 84
BMW, Stephanskirchen Bombenräumkommandos	12/44: ca. 200-250 KZ-Häftlinge (Lg. Flakkaserne) 02/45: 400 Strafgefangene 04/45: KZ-Häftlinge	DaA, 348, 404, 1341, 18.565, 32.789 StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG M. 64 Weinmann: Das nationalsozialistische Lagersystem
C. Conradty	01/41: 30 Kriegsgefangene (Lg. Conradty) 11/41: 44 Kriegsgefangene 06/43: 36 Ostarbeiter (Lg. Lohholzen) 17 Zivilarbeiter/Polen oder Protektorat (Lg. Lohholzen) 10 Kriegsgefangene (Lg. Conradty) 05/45: 7 tschechische Zivilarbeiter 16 französische Zivilarbeiter o. Kriegsgefangene 29 Ostarbeiter o. sowjetische Kriegsgefangene 1948: UNRRA-Liste: insgesamt 135 ausländische Arbeitskräfte	StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg StAM, Arbeitsämter 1337 StAM, LRA 113813  Unterlagen der Fa. C. Conradty  StAM, LRA 108294

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
Ch. Gervais A.G., Rosenheim	09/41: 6 belgische Zivilarbeiter 10/42: Ostarbeiter (Lg. Gervais) 11/42: 10 französische Kriegsgefangene (Lg. Schloßberg) 10 Ostarbeiterinnen	StAM, NSDAP 912 StAM, Arbeitsämter 1184 LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z StAM, NSDAP 912
Flötzinger-Brauerei, Rosenheim	42/43: 9 französische Kriegsgefangene 10/44: 5 ausländische Zivilarbeiterinnen 7 ausländische Zivilarbeiter	LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
F. P. Hamberger, Industriewerke, Rosenheim/Ziegelberg	01/41: 28 Kriegsgefangene 03/41: 35 Kriegsgefangene 07/41: 46 Kriegsgefangene 11/41: 38 Kriegsgefangene 07/42: 38 französische Kriegsgefangene 44 OstarbeiterInnen 10/42: Ostarbeiter (Lg. Hamberger)	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, NSDAP 913  StAM, Arbeitsämter 1184
Franz Hurnaas, Rosenheim	09/44: 25 ausländische Zivilarbeiter	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Franz Miller, Bauunternehmen, Rosenheim	??/40: 8 französische Kriegsgefangene ??/40: 53 Kriegsgefangene 03/43: 61 serbische Kriegsgefangene 10/44: 10 englische Kriegsgefangene	LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z
Fritz Ankirchner, Sporthaus Rosenheim	04/43: ausländische Zivilarbeiter	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Gebr. Aicher, Holzindustrie Rosenheim	10/40: 35 französische Kriegsgefangene 10/40: 25 Kriegsgefangene 03/41: 25 Kriegsgefangene 11/41: 25 Kriegsgefangene 10/42: Ostarbeiter (Lg. Aicher) 12/42: 25 Kriegsgefangene 51 Ostarbeiter 03/43: ausländische ZivilarbeiterInnen 05/43: ausländische Zivilarbeiter 11/44: ausländische Zivilarbeiter	LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, NSDAP 909 StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim

<b>Einsatzträger/Firma</b>	<b>Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)</b>	<b>Quellen</b>
Georg Niedermaier, Rosenheim	12/44: 15 ausländische ZivilarbeiterInnen	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Gut Hamberger, Rosenheim/Ziegelberg	07/41: 7 französischen Kriegsgefangenen	StAM, Arbeitsämter 1337
Hans Holzner, Bauunternehmen, Rosenheim	10/40: 150-250 Kriegsgefangene 03/41: 135 Kriegsgefangene 07/41: 120 Kriegsgefangene 11/41: 101 Kriegsgefangene 03/42: 138 sowjetische Kriegsgefangene 3 italienische Zivilarbeiter 3 tschechische Zivilarbeiter 10/42: sowjetische Kriegsgefangene (Lg. Holzner) 08/43: 60 Ostarbeiter (Ostarbeiterfamilien) (Lg. Holzner)	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, Arbeitsämter 1338  StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, Arbeitsämter 1209
Häuslmayer, Rosenheim	01/44: 2 ausländische Zivilarbeiter	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Heeresstandortverwaltung, Rosenheim	10/40: 35 Kriegsgefangene 03/41: 32 Kriegsgefangene 07/41: 28 Kriegsgefangene 11/41: 21 polnische Zivilarbeiter	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337
Hugo Laue, Sägewerk J. A. Meggle, Rosenheim	07/44 1 griechischer Zivilarbeiter 06/44: 13 Ostarbeiter	StAM, Saline Rosenheim 177 StAM, Arbeitsämter 1157

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
Klepper-Werke, Stich & Klepper, Gummimäntel, Faltboot- und Zeltherstellung Rosenheim	01/41: 12 Kriegsgefangene 03/41: 20 Kriegsgefangene 07/41: 17 Kriegsgefangene 11/41: 25 Kriegsgefangene ??/41: 17 französische Kriegsgefangene 1 dänische Zivilarbeiterin 1 italienische Zivilarbeiterin 1 tschechische Zivilarbeiterin 10/42: Ostarbeiter (Lg. Klepper) ??/42: 28 französische Kriegsgefangene 40 Ostarbeiter 3 polnische ZivilarbeiterInnen 1 kroatischer Zivilarbeiter 2 niederländische Zivilarbeiterinnen 07/43: 28 Ostarbeiter 22 französische Zivilarbeiter 02/45: 20 Strafgefangene	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, NSDAP 915     StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, Arbeitsämter 1219 StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG M. 64
Kohlenhändler Vereinigung, Rosenheim	10/40: 27 Kriegsgefangene 03/41: 35 Kriegsgefangene 07/41: 34 Kriegsgefangene	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337
Kolbermoor, Markt	07/40: 65 Kriegsgefangene 07,08/43: 3 französische Zivilarbeiter	StAM, NSDAP 1894 StAM, NSDAP 1894
Kulturbauamt, Rosenheim	03/41: 67 Kriegsgefangene 07/41: 90 Kriegsgefangene 11/41: 54 Kriegsgefangene	StAM, Arbeitsämter 1337
Mahler, Gartenbaubetrieb Rosenheim	02/43: ausländische Zivilarbeiter 07/43: ausländische ZivilarbeiterInnen	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
Martin Beilhack GmbH, Rosenheim	01/41: 10 Kriegsgefangene 03/41: 4 Kriegsgefangene 07/41: 7 Kriegsgefangene 11/41: 11 Kriegsgefangene 02/42: 10 französische Kriegsgefangene 10/42: Ostarbeiter (Lg. Beilhack) 04/43: 15 ausländische Arbeiter 05/43: 34 ausländische Arbeiter	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337 StAM, Arbeitsämter 1184  StAM, Arbeitsämter 1338  StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Moorwirtschaftsstelle Grosskarolinenfeld	10/39: 25 polnische Kriegsgefangene 10/42: sowjetische Kriegsgefangene (Lg. Moorwirtschaftsstelle)	StAM, NSDAP 1557 StAM, Arbeitsämter 1184
Moorwirtschaftsstelle Weitmoos	10/39: 25 polnische Kriegsgefangene	StAM, NSDAP 1557
Niedermayr A.G., Papierfabrik, Rosenheim	11/44: 17 ausländische ZivilarbeiterInnen	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim
Peter Wolf, Eisenwerk, Rosenheim	03/43: 3 ausländische ZivilarbeiterInnen 08/43: 15 Ostarbeiter (Ostarbeiterfamilien)	StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim StAM, Arbeitsämter 1209
Reichsbahn Rosenheim	10/42: Ostarbeiter (Lg. Reichsbahn) 08/43: 85 Ostarbeiter 54 OstarbeiterInnen (insgesamt 88 Pers. Ostarbeiterfamilien)	StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, Arbeitsämter 1209

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
Roeckl, Gasmaskenfabrik/Hof- gut Au,Kolbermoor	<p>05/43: 60 OstarbeiterInnen  21 Protektoratsangehörige  26 französische ZivilarbeiterInnen  2 kroatische ZivilarbeiterInnen  9 französische Kriegsgefangene  12/43: 100 OstarbeiterInnen (u. a. Lg. Untere Mangfallstraße)  19 Protektoratsangehörige  36 französische ZivilarbeiterInnen  1 belgische Zivilarbeiterin  1 Kroatin  1 Spanier  06/44: 220 Strafgefangene (Lg. Obere Mangfallstraße)  09/44: 200 Strafgefangene  146 OstarbeiterInnen  80 ausländische ArbeiterInnen  12/44: 100 OstarbeiterInnen  01/45: 200 Strafgefangene  200 OstarbeiterInnen  05/45: 39 <i>ausländische Zivilarbeiter</i>  92 <i>ausländische ZivilarbeiterInnen</i></p>	<p>StAM, LRA 113813  LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/A-K</p> <p>Verz. ausländischer Arbeitskräfte, BWA, F  24-367</p>
Rosenheim, Landkreis	<p>07/40: Kriegsgefangene (Hochwasser)  10/42: Ostarbeiter (Lg. Landkreis Rosenheim)</p>	<p>StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG M.  155  StAM, Arbeitsämter 1184</p>
Rosenheim, Stadt	<p>06/40: 150 Kriegsgefangene (Lg. Schloßberg)  07/41: 98 Kriegsgefangene  11/41: 72 Kriegsgefangene  07/44: 30 italienische Militärinternierte  08/44: 15 italienische Zivilarbeiter  11/44: 24 italienische Zivilarbeiter  ca. 50 amerikanische Kriegsgefangene  10/44: 15 OstarbeiterInnen</p>	<p>StadtA Ro Dokuslg. – 2. Weltkrieg  StAM, Arbeitsämter 1337</p> <p>LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z  LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z  StadtA Ro, Ausländerkartei WA Rosenheim  LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z</p>
Rottmayr, Flachsrosterei, Raubling		<p>StAM, Saline Rosenheim 177</p>

Einsatzträger/Firma	Monat/Jahr der Erwähnung, Zahl, Lager (Lg.)	Quellen
Saline Rosenheim/Torwerk Raubling	04/41: 12 polnische Zivilarbeiter 06/42: 7 Ostarbeiterinnen 10/42: sowjetische Kriegsgefangene (Lg. Saline) 06/43: 18 französische Zivilarbeiter 13 polnische Zivilarbeiter 05/44: 1 italienischer Zivilarbeiter (Lg. Raubling) 4 griechische Zivilarbeiter (Lg. Raubling) 07/44: 15 OstarbeiterInnen (Lg. Raubling)	StAM, Saline Rosenheim 1291  StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, Saline Rosenheim 177
Schauer, Bauunternehmen, Achenmühle	07/41: 141 Kriegsgefangene 11/41: 144 Kriegsgefangene 03/42: 126 französische Kriegsgefangene 28 tschechische Zivilarbeiter	StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, Arbeitsämter 1337
Schuhmachergem. Werkstätten, Rosenheim	07/42: 12 Ostarbeiter (Lg. Turnhalle Kaiserstr., Schießstätte) 5 französische Kriegsgefangene (Lg. Schloßberg)	StAM, LRA 55509
Telegraphenbauamt, Rosenheim	10/42: sowjetische Kriegsgefangene (Lg. Telegraphenbauamt)	StAM, Arbeitsämter 1184
Tonwerk Kolbermoor	01/40: 20 Kriegsgefangene 10/40: 20 französische Kriegsgefangene 03/41: 10 Kriegsgefangene 07/41: 15 Kriegsgefangene 11/41: 15 Kriegsgefangene	StAM, Arbeitsämter 1193 StadtA Ro, Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg StAM, Arbeitsämter 1337
Verein. Kunstmühlen Landshut-Rosenheim A.G., Rosenheim	11/41: 10 Kriegsgefangene 05/42: 27 französische Kriegsgefangene 07/42: 2 niederländische Zivilarbeiter 9 Kriegsgefangene	StAM, Arbeitsämter 1337 LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z StAM, NSDAP 918
Wachter, Rosenheim	10/42: Ostarbeiter (Lg. Wachter) 02/44: 153 Strafgefangene 02/45: 65 Strafgefangene	StAM, Arbeitsämter 1184 StAM, Arbeitsämter 1249 StAM, Generalstaatsanwalt beim OLG M. 64
Wilhelm Rief, Holzbearbeitung, Rosenheim	01/41: 10 Kriegsgefangene 03/41: 10 Kriegsgefangene 07/41: 10 Kriegsgefangene 11/41: 10 Kriegsgefangene 10/42: Ostarbeiter (Lg. Rief) ??/44: 20 französische Kriegsgefangene (Lg. Schloßberg)	StAM, Arbeitsämter 1193 StAM, Arbeitsämter 1337  StAM, Arbeitsämter 1184 LWL, SVG, Camps douteux, Serie I/L-Z

## 11.2 Abkürzungsverzeichnis

AÄ	Arbeitsämter
AAB Ro	Arbeitsamtsbezirk Rosenheim
AEL	Arbeitserziehungslager
AEM	Archiv des Erzbistums München und Freising
A.G.	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgerichte
BAA	Bundesarchiv Aachen
BAB	Bundesarchiv Berlin
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Bd.	Band
BHS	Berg-, Hütten- und Salzwerke A.G.
BWA	Bayerisches Wirtschaftsarchiv
DaA	Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Dokuslg.	Dokumentensammlung
DPs	Displaced Persons
Dulag	Durchgangslager
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IMI	Italienische Militärinternierte
IRO	International Refugee Organisation
ITS	International Tracing Service
KHD	Kriegshilfsdienst
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
LAÄ	Landesarbeitsämter
LgWA	Lagerwirtschaftsamt
LRA	Landratsämter
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
MA	Ministerium des Äußern (Staatskanzlei)
MInn	Ministerium des Innern
ML	Ministerium für Wirtschaft – Abteilung Landwirtschaft
MWi	Ministerium für Wirtschaft
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	ohne Datierung
Oflag	Offizierslager
o. J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OMGUS	Office of Military Government for Germany, US
o. O.	ohne Ortsangabe
OPD	Oberpostdirektion
RAM	Reichsarbeitsministerium
SA	Sturmabteilung
SpK-Akten	Spruchkammer-Akten
SS	Schutzstaffel der NSDAP

StadtA Ro	Stadtarchiv Rosenheim
Stalag	Kriegsgefangenengemeinschaftsstammlager
StAM	Staatsarchiv München
SVG	Service des Victimes de la Guerre, Belgien
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
US	United States
USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
WA	Wirtschaftsamt
zugl. Diss.	zugleich Dissertation

### 11.3 Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b> Ausschnitt aus einer Ansicht des Gebäudes der Firma Anton Kathrein (1937/1938)	Titel
<b>Abbildung 2:</b> Topographische Karte von Kolbermoor (1944)	S. 26
<b>Abbildung 3:</b> Topographische Karte von Rosenheim (1944)	S. 32
<b>Abbildung 4:</b> Stadt- und Landkreise im Südosten Oberbayerns (1933)	S. 39
<b>Abbildung 5:</b> Ausschnitt aus dem Plan der Sanierungsanlage (November 1915)	S. 49
<b>Abbildungen 6 und 7:</b> Photographien „ <i>Entlausung ukrainischer Zwangsarbeiter Juni 42</i> “	S. 50
<b>Abbildung 8:</b> Werbeanzeige zu Lagerzeitungen für FremdarbeiterInnen (August 1942)	S. 57
<b>Abbildung 9:</b> Wehrkreis VII (Februar 1942)	S. 60
<b>Abbildung 10:</b> Schematische Darstellung begrifflicher Abgrenzungen der Gruppen im Arbeitseinsatz	S. 64
<b>Abbildung 11:</b> Meldung des Arbeitsamtes Rosenheim zur Ankunft der ersten Kriegsgefangenen (1939)	S. 78
<b>Abbildung 12:</b> Einsatz von ausländischen Arbeitskräften im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern (Juni 1941)	S. 83
<b>Abbildung 13:</b> Übersicht über Verpflegungssätze für ausländische Arbeiter (Oktober 1942)	S. 114
<b>Abbildung 14 und 15:</b> Lage- und Bauplan einer Baracke auf dem Gelände der Firma Conradty (1941)	S. 118
<b>Abbildung 16:</b> Foto des Gemeinschaftssaals der Firma Kathrein (Weihnachten 1941)	S. 123
<b>Abbildung 17:</b> Kopie des Gefolgschaftsausweis der Firma Roeckl für Ružena H.	S. 132
<b>Abbildung 18:</b> Die Schatten-Aktion im Januar 1944	S. 190
<b>Diagramm 1:</b> Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Kolbermoor von 1910-1946	S. 29
<b>Diagramm 2:</b> Bevölkerungsentwicklung der Stadt Rosenheim 1910-1946	S. 35
<b>Tabelle 1:</b> Stand der Wohnbevölkerung im erweiterten Arbeitsamtsbezirk Rosenheim (Juli 1944)	S. 40
<b>Tabelle 2:</b> AusländerInnen und OstarbeiterInnen im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim	

	(Januar 1941 bis September 1944)	S. 89
<b>Tabelle 3:</b>	Kriegsgefangene im Arbeitsamtsbezirk Rosenheim (Oktober 1940 bis Juni 1943)	S. 93
<b>Tabelle 4:</b>	Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte bei der Firma Conradty (1948 erstellt)	S. 120
<b>Tabelle 5:</b>	Meldung für die UNRRA über ausländische Kinder in der Gemeinde Kolbermoor (1946 bis 1948 erstellt)	S. 136
<b>Tabelle 6:</b>	Aufstellung über die AusländerInnen in Kolbermoor (Ende Mai 1945)	S. 162
<b>Tabelle 7:</b>	Bevölkerungszahlen für die Landkreise Aibling und Rosenheim auf Basis der Lebensmittelkarten (Dezember 1945)	S. 176

## 11.4 Quellenverzeichnis

### 11.4.1 Ungedruckte Quellen

#### Staatsarchiv München (StAM)

##### BESTAND ARBEITSÄMTER

- 878 Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Landarbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitskräften (1938-1940)
- 879 Einsatz ausländischer Landarbeiter und landwirtschaftlicher Arbeitskräfte (1938-1945)
- 880 Ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte (Polen, Sowjetrussen, Slowaken, Ungarn) (1938-1945)
- 881 Ärztliche Versorgung von ausländischen Arbeitskräften: Bestimmungen für Untersuchungen, Krankenbehandlung, Versorgung und Rückführung schwangerer Ausländerinnen, Seuchenverhütung (1940-1945)
- 884 Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer (1938-1945)
- 1117 Bezirkseinteilung und Neuabgrenzung der Arbeitsamtsbezirke im Reichsgebiet (1940-1945)
- 1157 Organisation der Arbeitsvermittlung: Allgemeines, Technik des Arbeitseinsatzes, Deckung des Kräftebedarfs bei der Rüstungsindustrie (1937-1954)
- 1177 Entlassung, Stilllegung und Betriebseinschränkungen; Stilllegung nicht kriegswichtiger Bauvorhaben und industrieller Betriebe; Betriebsumsetzungen in die Rüstung (1937-1953)
- 1184 Arbeitseinsatz (v.a. Unterbringung) (1937-1953)
- 1193 Arbeitsvermittlung in der Landwirtschaft (1937-1944)
- 1195 Landwirtschaftliche Wanderarbeitervermittlung (u. a. Arbeiter aus Österreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei) (1935-1944)
- 1208 Vermittlung und Arbeitseinsatz von Gaststättenpersonal (1944-1956)
- 1209 Arbeitseinsatz im Bergbau (1937-1944)
- 1214 Berufliche Bildungsmaßnahmen; Maßnahmen für Arbeitslose, vor allem für die Rüstungs- und Bauindustrie; Arbeitskräfteeinsatz und Dienstverpflichtung; Notdienstleistungen; Stilllegung von Betrieben; Arbeitsurlauber (1934-1941)
- 1219 Beschäftigung in der Verkehrswirtschaft (öffentliche Verkehrsmittel, Kraftfahrer, Schifffahrt) (1934-1944)
- 1249 Arbeitseinsatz von Justizgefangenen. Allgemein und bei einzelnen Justizvollzugsanstalten (Einsatzstellen) (1937-1944)
- 1276 Führung des Arbeitsbuches. Allgemein (u. a. Arbeitsbuch für Ausländer) (1937-1947)
- 1337 Einsatz von Kriegsgefangenen in der Wirtschaft (1940-1941)
- 1338 Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen (1941-1943)

BESTAND BEZIRKSÄMTER/LANDRATSÄMTER (LRA)

- 47027 Auflösung der Gemeindepolizei der Marktgemeinde Kolbermoor (1938-1957)
- 47140 Monatliche Berichterstattung (1931-1945)
- 47163 Verletzung der öffentlichen Ordnung durch die Insassen des österreichischen Hilfswerklagers (1935-1937)
- 55509 Schuhmachergemeinschaftswerkstätte des Landkreises Rosenheim (Ostarbeiter) (1942-1948)
- 57248 Allgemeine Lageberichte der Landpolizei (1945-1947)
- 108294 Angehörige der Vereinten Nationen, Ausländer, deutsche Juden, Staatenlose (Ausländersuchstelle) in der Gemeinde Kolbermoor (1946-1951)
- 113813 Monatsberichte über die allgemeine und wirtschaftliche Lage an den Regierungspräsidenten (1936-1938, 1943-1945)
- 121662 Verzeichnis des Landratsamtes Bad Aibling über die nach Deutschland emigrierten und eingebürgerten österreichischen Angehörigen der SA (1935)
- 181261 Wochenberichte der Gemeinde an den Landrat und Wochenberichte des Landrates an die Militärregierung über die Woche vom 20.5.-26.5.1945 (1945)
- 205718 Anordnung zur Aktenverbrennung von Verschlusssachen und streng vertraulichen Schriftstücken (1945)
- 205821 Betriebsverlagerungen der Bayerische-Motoren-Werke A.G. (1943-1944)
- 206224 Aufstellung einer Stadtwacht für die Orte Bad Aibling und Kolbermoor (1942-1944)
- 206236 Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen entwichene Kriegsgefangene (1942-1945)

BESTAND NSDAP

- 80 Einsatzstab „Totaler Krieg“; Arbeitsleistungen; Prüfung von Betrieben u. a. (1944)
- 145 Tätigkeitsberichte der Gau- und Kreisamtsleitungen (Rassenpolitisches Amt) (1940-1941)
- 909 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: Gebr. Aicher, Holzindustrie (1937-1943)
- 910 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: Bahnhof Rosenheim, Reichsbahn (1942-1943)
- 912 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: Ch. Gervais A.G. (1937-1943)
- 913 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: F.P. Hamberger, Industriewerk (1938-1943)
- 914 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: Anton Kathrein, Fabrik elektrotechnischer Apparate Rosenheim (1937-1943)
- 915 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim: Klepper-Werke, Stich & Klepper, Gummimäntel, Faltboot- und Zeltherstellung (1937-1943)
- 918 Leistungskampf der deutschen Betriebe in der Stadt Rosenheim:

- 1554 Vereinigte Kunstmühlen Landshut-Rosenheim A.G. (1937-1943)  
Schriftwechsel der Kreisleitung Rosenheim mit dem  
Bezirksamt/Landratsamt Rosenheim (u. a. Monatsberichte)  
(1937-1940)
- 1555 Schriftwechsel der Kreisleitung Rosenheim mit dem Landratsamt  
Rosenheim (u. a. Monatsberichte) (1941)
- 1557 Schriftwechsel der Kreisleitung Rosenheim mit der  
Arbeitsverwaltung: (u. a. Arbeitseinsatz von Ausländern und Frauen,  
Vermittlung von Arbeitsplätzen) (1934-1942)
- 1569 Geschäftsführung der Kreisleitung (1944)
- 1625 Monats- und Wochenberichte der Kreisleitung Rosenheim an die  
Gauleitung (1936-1942)
- 1812 Allgemeiner Schriftwechsel der DAF-Kreisverwaltung Rosenheim (u. a.  
Jahresbericht der Kreisverwaltung) (1934-1937, 1940-1944)
- 1894 Kommunalpolitik in der Gemeinde Kolbermoor (v.a. Wahl der  
Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte;  
Gemeinschaftsarbeit; Gemeindegesetz; monatliche  
Tätigkeitsberichte) (1936-1944)
- 2011 Arbeitseinsatz (u. a. Rundschreiben der Abteilung Lagerbetreuung)  
(1942)

#### BESTAND STAATSANWALTSCHAFTEN

12302; 12580; 12658; 12672; 12717; 135874.

34741/1-3 Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München II gegen  
Albert Oechsner und Hans Stapfner ([1939-1949] 1960-1973)

#### BESTAND AMTSGERICHE (AG)

58275; 58305; 58334; 58338; 58351; 58355; 58361; 58370; 58376; 58377;  
58383; 58384; 58390; 58393; 58407.

#### BESTAND SPRUCHKAMMER-AKTEN

- K 149 Bisle, Hans (1945-1948)
- K 1064 Lippert, Hermann ([1934] 1945-1950 [1957])
- K 3882 Holzner, Hans ([1940-1943] 1946-1948)
- K 2890 Kathrein, Anton ([1937-1942] 1945-1949)
- K 3904 Miersch, Hans (1945-1950)
- K 3913 Neumann, Paul (1945-1948)

#### BESTAND GENERALSTAATSANWALT BEIM OLG MÜNCHEN

- 52 Gefängnisakt Frauenzuchthaus und Frauenverwahranstalt Aichach  
(1938-1945)
- 64 Gefängnisakt Gefangenenanstalt Bernau (1922-1945)
- 67 Gefängnisakt Gefangenenanstalt Bernau (1922-1945)
- 155 Gefängnisakt Amtsgerichtsgefängnis Rosenheim (1880-1968)

#### BESTAND JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN

- 11143 Haftpersonalakt Erika U. ([1938] 1941-1945)
- 14000 Haftpersonalakt Georg K. (1943-1945)
- 14001 Haftpersonalakt Dionysios F. (1943-1945 [1953])

BESTAND SALINE ROSENHEIM

- 177 Ausländische Arbeiter, Ostarbeiter (Griechen, Italiener, Russen)  
(1944-1945)  
1291 Krankenkasse für Torfarbeiter (u. a. Ostarbeiter) (1934-1943)

BESTAND OPD

Verzeichnis 15 Nr. 220 Einsatz und Zuweisung von Ostarbeiterinnen und ausländischen Arbeitskräften.  
Unterbringung, Verpflegung, Winterbekleidung, Arbeitsflucht, Paket-Diebstähle (Einzelfälle) (1942-1945)

**Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA)**

BESTAND MWI

- 612 Lagerwirtschaftsamt (1940-1944)  
3008 Russische und polnische Arbeiter (1915-1940)  
3089 Berichte des Statistischen Landesamtes über die Wirtschaftslage etc. (1941-1943)  
5915 Wirtschaftliche Lage in Kolbermoor (1938)  
9198 Lagerwirtschaftsamt. Allgemeine Durchführungsbestimmungen (1940-1945)  
9367 Schriftverkehr mit dem Landesarbeitsamt. Grundsätzliches (1940-1944)  
9619 Lagerwirtschaftsamt (1946-1947)  
9966 Lagerwirtschaftsamt. Rechnungswesen (1940-1944)

BESTAND MINN

- 71635 Aufenthalt ausländischer Arbeiter (1942-1943)  
84283 Personalakt Lippert, Hermann (1912-1963)  
84741 Personalakt Roidl, Martin (1921-1958)  
84959 Personalakt Schorr, Fritz (1941-1952)

BESTAND OMGUS - DACHAUER KRIEGSVERBRECHERPROZESSE

Mikrofilme Nr. 6, 33, 36, 46

BESTAND REICHSSTATTHALTER

- 498 Ausländische Arbeitskräfte (1940-1945)  
578 Volkszählung und Bevölkerungsstatistik (1933-1943)  
832 Arbeitseinsatz ausländischer Kriegs- und Zivilgefangener;  
Aufstellung, Ausbildung und Gliederung von Stadt- und Landwacht sowie Schutzpolizei (1942-1944)

BESTAND MA

- 106671 Monatsberichte des Regierungspräsidenten von Oberbayern für die Monate Januar 1938 bis September 1943

BESTAND ML

- 3940 Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen und Landwirtschafts-  
außenstellen. Auszüge und Zusammenfassungen (1943-1944)

EISENBAHNTRUPPEN: INSPEKTION DER EISENBAHNEN

Bd. 23 Sanierungsanstalten Rosenheim und Plattling (1915-1916)

**Bayerisches Wirtschaftsarchiv (BWA)**

BESTAND BAUMWOLLSPINNEREI KOLBERMOOR

F 24-148 Korrespondenz mit Aufsichtsräten (1939-1945)

F 24-151 Besetzung der Baumwollspinnerei Kolbermoor durch US-amerikanische Truppen: Bericht aus Tagebuchnotizen von Direktor Hausenblas (1945)

F 24-367 Arbeiter der Firma I. Röckl, Betriebsabteilung Kolbermoor (1942-1945)

F 24-588 Aufsichtsratsmitglieder: Liste mit Personaldaten (1950)

F 24-673 Berichte der Obermeister, u. a. Personalstandsvergleich März 1939/April 1948 (1927-1957)

BESTAND HANDELSREGISTEREINTRÄGE 1943

XVA 10c 361. Akt, Fall 27

**Stadtarchiv Rosenheim (StadtA Ro)**

Ausländerkartei des Wirtschaftsamtes Rosenheim

Dokuslg. Krieg – 2. Weltkrieg

Dokuslg. Nationalsozialismus III

Zahlenspiegel, Bevölkerungszahlen der Stadt Rosenheim (Einwohner) 1565-2001

**Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau (DaA)**

348; 404; 1341; 18.565; 32.789.

**Archiv des katholischen Pfarramtes Kolbermoor**

unverzeichnete Bestände

Taufmatrikeln, Sterbematrikeln

**Archives Nationales, Paris**

72/AJ/298 La Captivité de guerre, les Stalags VI à VIII C.

**Bundesarchiv Berlin (BAB)**

BESTAND REICHSMINISTERIUM DER JUSTIZ

3001-4470 Belegungs- und Beschäftigungsübersichten (Oktober 1934-Mai 1941)

4471 Belegungs- und Beschäftigungsübersichten (Oktober 1934-Mai 1941)

**Bundesarchiv Zentralnachweisstelle Aachen (BAA)**

HZ-2231

**Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Archivamt, Münster**

Service des Victimes de la Guerre, Belgien: Camps douteux Serie I A-K, Fiche 10/11

Serie I L-Z, Fiche

6/12

**Archiv des Erzbistums München und Freising (AEM)**

PA-P III 155 Personalakt Josef Birnkammer

**Registratur des Wasserwirtschaftsamtes Rosenheim**

4300 – 4344 Maßnahmen zur Hochwasserfreilegung Rosenheim

**Registratur der Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee**

Gefangenenstatistik vom 04.02.1946.

**Historisches Archiv der BMW A.G., München**

BMW UA 84

Personalakten ausländischer Arbeitskräfte im Werk II Kolbermoor

**Konzernarchiv der Degussa A.G., Frankfurt am Main**

bet 10 0004

**Bildarchiv Sebastian Winkler**

Postkarte „Achtung, Feind hört mit!“

**In Privatbesitz**

Unterlagen der Firma C. Conradt Werk Kolbermoor

STAUDTER, KARL: Bewegte Jahre. Erinnerungen an meine Zeit als Bürgermeister von Kolbermoor 13.06.1945-31.12.1950. Kolbermoor 1997

**BERICHTE VON ZEITZEUGINNEN:**

Brief von LÁZLÓ I., Ungarn vom 23.12.2003

Brief von JINDRICH LADISLAV P., jetzt Australien vom 31.12.2003

Brief von LEENDERT K., Niederlande vom 02.01.2004

Brief von MARIE K., Tschechische Republik vom 06.01.2004

[Übersetzung Pavel Kopal]

Brief von STEFAN P., Slowakische Republik vom 08.01.2004

Brief von BRANKO Š., Bosnien vom 08.01.2004

Brief von ŠEBA V., Tschechische Republik vom 13.01.2004

[Übersetzung Pavel Kopal]

Brief von JOSEF M., Tschechische Republik vom 15.01.2004

[Übersetzung Pavel Kopal]

Brief von MARIA I., Belarusland vom 15.01.2004

[Übersetzung Sabine Frauenreuther]

Brief von FAZEKAS L., Slowakische Republik vom 16.01.2004.

Brief von RUŽENA Š., Tschechische Republik vom 20.01.2004

[Übersetzung Pavel Kopal]

Brief von KATERINA S., jetzt Kanada vom 21.01.2004

Brief von GENOWEFA M., jetzt USA vom 26.01.2004

Brief von GEORGE K., Griechenland vom 26.01.2004

Brief von MILAN D., Bosnien-Herzegowina vom 28.01.2004

Brief von LONČAR F., Slowenien vom 04.02.2004

Brief von ALOJZ P., Slowenien vom 04.02.2004

Brief von VINKO G., Slowenien vom 04.02.2004

Brief von LEOPOSAVA R., Kroatien vom 04.02.2004  
Brief von DUŠAN D., Kroatien vom 27.02.2004

Manuskript von ERIKA G. o. O. u. o. J.

Transkription eines Interviews mit PAULINE G. vom 14. Januar 2002

Gespräche mit ERIKA G. im Januar und Februar 2004  
Gespräche mit PROF. DR. ALBERT ASCHL im Oktober,  
November 2003 und März 2004

Gespräch mit REGINA BAUMGARTNER im Februar 2004  
Gespräche mit DR. ANNEMARIE WOLF im Februar und März 2004  
Gespräch mit MANFRED SCHWEIGER im Februar 2004  
Gespräch mit LUDWIG WEINBERGER im Dezember 2003

#### 11.4.2 Gedruckte Quellen

ADAM, ROBERT: Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern. In: Müller, Ernst Ferdinand (Hrsg.): Bayerisches Jahrbuch 1942. Ein Hand- und Nachschlagebuch für Partei, Staat, Verwaltung, Wirtschaft und alle Berufe nebst Kalendarium. München 1942. S. 313-316

Amtsblatt des Landrates Bad Aibling Nr. 1 (1939)

ARNOLD, RUDOLF: Die Versorgung ausländischer Arbeitskräfte mit Spinnwaren. Reichsarbeitsblatt Nr. 19/20/21 (1944). Teil V (Soziales Deutschland). S. 201-202

Bavarian Statistical Office (Hrsg.): Statistical Handbook for Bavaria. Munich 1946

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Amtliches Ortsverzeichnis für Bayern. Bearbeitet auf Grund der Volkszählung vom 13.09.1950. Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 169. München 1952

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Flüchtlinge in Bayern. Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 142. München 1946

Bayerisches Statistisches Landesamt: Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik. Heft 1: Oberbayern. Beiträge zur Statistik Bayerns Bd. 132/1. München 1942

Die Deutsche Arbeitsfront Gauverwaltung München-Oberbayern Hauptstelle Oberbayern (Hrsg.): Die Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte. Broschüre auf Basis eines Vortrags von Pg. Richard  
Die Deutsche Arbeitsfront, Amt für Arbeitseinsatz, Sondernummer: Ausländer-einsatz II, Aufbau und Tätigkeit der ausländischen Betreuungsorganisationen –

Stellung des Ausländers im Betrieb u. a. Ausgabe Nr. 8 (1942)

DOMMASCHK, HEINZ: Kriegsernährungswirtschaft. Systematisches Erläuterungswerk der Verbrauchsregelungsvorschriften. Stand Oktober 1942. III C 33a und III F 1a

Gauarbeitsamt München-Oberbayern (Hrsg.): Der Arbeitseinsatz im Gau München-Oberbayern. 1943

Hetzner. München 1941/42. Und Erste Ergänzung zur Broschüre: Der Einsatz von gewerblichen Arbeitskräften aus dem Osten. Ihrer arbeitsrechtlichen und sonstigen Bedingungen. Zusammengestellt von Pg. Richard Hetzner. München 1942

HÖLK, N.N: Der Kriegsgefangeneneinsatz im zweiten Kriegsjahr. Reichsarbeitsblatt 15 (1941) Teil V (Soziales Deutschland). S. 256-259

Landesarbeitsamt Bayern (ab 1943 Gauarbeitsamt München-Oberbayern) (Hrsg.): Der Arbeitseinsatz im Landesarbeitsamtsbezirk Bayern von 1940-1943

Landesarbeitsamt Bayern (Hrsg.): Der Arbeitseinsatz in Bayern. 1942

Bayerisches Landesvermessungsamt: Topographischen Karte von Rosenheim und Umgebung. Aufnahme 1906, Ausgabe 1910, letzte Nachträge 1944

Reichsarbeitsministerium (ab 1942 des GBA) (Hrsg.): Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich von 1939-1944

Reichsgesetzblatt I 1938, I 1940

SPOERER, MARK: NS-Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken. In Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001). S. 665-684

STEGMÜLLER, LUDWIG: Die wirtschaftliche Struktur des Arbeitsamts-Bezirks Rosenheim. Rosenheim 1939 (zugl. Diss. München 1938)

TIMM, MAX: Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland. Reichsarbeitsblatt Nr. 34 (1941) bis Nr. 2 (1942) Teil V (Soziales Deutschland). S. 609-617; 636-642; S. 5-15; 23-33

### **11.4.3 Zeitungen**

Oberbayerisches Volksblatt vom 08.03.1949 und 24.03.1949.

Oberbayerischen Volksblatt vom 21.04.2001 und 06.07.2003.

## 11.5 Literaturverzeichnis

Archiv für Sozialgeschichte XXIV. Band (1984)

Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns Nr. 43: Weichenstellung. Eisenbahnen in Bayern 1835-1920. München 2001

BAJOHR, FRANK (HRSG.): Norddeutschland im Nationalsozialismus (= Forum Zeitgeschichte Bd. 1) Hamburg 1993

BAUER, THERESIA: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg: eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 14). Frankfurt am Main 1996

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Historisches Gemeindeverzeichnis. Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 192. 1840-1952. München 1952

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Band 17 (2001) Thema: Bürokratien, Initiative und Effizienz

BISCHOF, GÜNTER UND OVERMANS RÜDIGER (HRSG.): Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Tarnitz-Pottschach 1999

BÖSL, ELSBETH U. A.: Die vielen Gesichter der Zwangsarbeit. Ausländereinsatz im Landkreis München 1939-1945. München 2004

BROSZAT, MARTIN U. A. (HRSG.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München Wien 1977

BROSZAT, MARTIN U. A. (HRSG.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 26). München 1990

BUDRAß, LUTZ: Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945 (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 50). Düsseldorf 1998

Dachauer Hefte 2 (1986) Thema: Sklavenarbeit im KZ

Dachauer Hefte 16 (2000) Thema: Zwangsarbeit

DB Museum (Hrsg.): Geschichte der Eisenbahn in Deutschland Bd. 2. Im Dienst von Demokratie und Diktatur. Die Reichbahn 1920-1945. Nürnberg 2002

Das bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des Historischen Vereins Rosenheim 53 (1996)

Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 13 (1968)

Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 15 (1970)

Der Mangfallgau. Heimatkundliches Jahrbuch für den Landkreis Bad Aibling 17 (1972)

Der Storchenturm. Geschichtsblätter für die Landkreise um Dingolfing, Landau und Vilsbiburg 44 (1988)

DÖRNER, BERNWARD: „Heimtücke“ das Gesetz als Waffe: Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933-1945. Paderborn 1998

EBERHARDT, SUSANNE: 100 Jahre Arbeitsamt Rosenheim. Rosenheim 2001

EICHHOLZ, DIETRICH: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 Bd. III/1 [Nachdruck des dritten Bandes, der bereits 1996 im Akademie-Verlag Berlin erschien]. München 2003

FREUND, FLORIAN UND PERZ, BERTRAND: Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich. Wien 2000

GESCHICHTSWERKSTATT KOLBERMOOR (HRSG.): Jahrbuch zur Geschichte Kolbermoors Bd. 1. Kolbermoor 2002

GRUCHMANN, LOTHAR: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 28). München 1990

GRUNER, WOLF: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Berlin 1996

HAMMERMANN, GABRIELE: Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Bd. 99). Tübingen 2002

HERBERT, ULRICH: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001

HERBERT, ULRICH: Fremdarbeit. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Erweiterte Neuauflage, Bonn 1999 (zugl. Diss. Essen 1985)

HERBERT, ULRICH: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1995

HERBERT, ULRICH (HRSG.): Europa und der „Reichseinsatz“ Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991

HEUSLER, ANDREAS: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München Bd. 1). München 1996

<http://www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeiter.htm>, Stand Dezember 2000, 06.10.2003

<http://www.zeitlupe.at/projekte/reichenau/schreiber.htm> vom 10.02.2004

INTERNATIONALER SUCHDIENST: Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten (1933-1945). Arolsen 1969

JACOBMEYER, WOLFGANG: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland. 1945-1951. Göttingen 1985

JOBST, GEORG: Geschichte des Bahnhof Rosenheim (= Das Bayerische Inn-Oberland. Zeitschrift des historischen Vereins Rosenheim 29 ). Rosenheim 1958

JUNG, HELMUT: „Da is m´r koi Mensch mehr...“. Zwangsarbeit in Oettingen während des Zweiten Weltkrieges (= Schriftenreihe des Heimatverbandes Oettingen Bd. 8). Oettingen 1999

KULTURAMT DER STADT ROSENHEIM (HRSG.): Rosenheim im Dritten Reich. Rosenheim 21989.

Landberger Geschichtsblätter 99/100 (2000/2001)

LANDGREBE, CHRISTA: Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor. München 1980 (zugl. Diss. München 1977)

LOOZ-CORSWAREM, CLEMENS VON (HRSG.): Zwangsarbeit in Düsseldorf. „Ausländereinsatz“ während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 62). Düsseldorf 2002

LOTFI, GABRIELE: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Stuttgart München (zugl. Diss. Bochum 1998) 2000

MAJER, DIEMUT: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 28). Boppard am Rhein 1981

MEYER, WIENFRIED UND NEITMANN, KLAUS (HRSG.): Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption. Potsdam 2001

MIESBECK, PETER: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Rosenheim Bd. 13). Rosenheim 1994

MUGGENTHALER, THOMAS: „Wir hatten keine Jugend“. Zwangsarbeiter erinnern sich an ihre Zeit in Bayern. Viechtach 2003

OSTERLOH, JÖRG: Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie

PANCUR, ANDREA: Bergbau unterm Hakenkreuz: Zwangsarbeit im Bergwerk am Fallbeispiel Penzberg 1939 bis 1945. München 1994 (unveröffentlicht)

- PAUL, GERHARD UND MALLMANN, KLAUS-MICHAEL: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa. Darmstadt 2000
- PFAHLMANN, HANS: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt 1968
- PFISTER, PETER (HRSG.): Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising Bd. 1). München 2001
- POLIAN, PAVEL: Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ (= Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Bd. 2). München 2001
- RAIM, EDITH: Die Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühldorf Rüstungsbauten und Zwangsarbeit im letzten Kriegsjahr 1944/45. Landsberg am Lech 1992 (zugl. Diss. München 1991)
- REININGHAUS, WILFRIED U. REIMANN, NORBERT: Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien. Bielefeld 2001
- SALOMON, ANDREAS: Auf den Spuren von Georg Schuhmann und Alois Lahn. Ein Beitrag zur Kolbermoorer Räterepublik“. Kolbermoor 2000
- SCHNIDTMANN, ANDREAS: Die wirtschaftliche Entwicklung der Baumwollspinnerei Kolbermoor von 1933-1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sommersemester 2003
- SCHOSSIG, BERNHARD (HRSG.): Unter dem geflügelten Rad. Arbeit und Leben bei der Eisenbahn in München und im südlichen Bayern. München 2001
- SCHREDER, ERICH: Das Auffanglager für italienische Arbeiter bzw. Arbeitserziehungslager (AEL) Reichenau der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle Innsbruck. o. O. u. o. J.
- SMOLORZ, ROMAN P.: Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ am Beispiel Regensburgs (= Regensburger Studien Bd. 8). Regensburg 2003
- SPEER, FLORIAN: Ausländer im „Arbeitseinsatz“ in Wuppertal. Zivile Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg. Wuppertal 2003
- SPOERER, MARK: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart München 2001
- STÄBLER, WOLFGANG: Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (= Münchner Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 14). Kallmünz 1992 (zugl. Diss. München 1989)
- STADT MOOSBURG AN DER ISAR (HRSG.): Geschichte des Gefangenenlager Stalag VII A (1939-1945). Moosburg an der Isar 1982

- STADTVERWALTUNG KOLBERMOOR (HRSG.): Chronik von Kolbermoor 1863-1963 [verfasst von Otto Kahlhammer]. München 1963
- STAMP, FRIEDRICH: Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Arbeitsheft Nr. 24 der Otto Brenner Stiftung. Berlin 2001
- STEFAN FREUNDL: der Bahnhof am Wegekrenz Rosenheim. Eisenbahngeschichte und Stadtentwicklung. Wasserburg am Inn 1985
- STREIT, CHRISTIAN: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Neuauflage, Bonn 1997
- TREML, MANFRED U. A. (HRSG.): Salz Macht Geschichte, Aufsätze. Augsburg 1995
- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986)
- VOLKERT, WILHELM (HRSG.): Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. München 1983
- WEGER, TOBIAS: Nationalsozialistischer „Fremdarbeitereinsatz“ in einer bayerischen Gemeinde 1939-1945. Das Beispiel Olching (Landkreis Fürstentfeldbruck) (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 20). Frankfurt am Main 1998
- WEINMANN, MARTIN (HRSG.): Das nationalsozialistische Lagersystem [auf der Basis des ITS (Hrsg.): Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-Occupied Territories September 1939-May 1945. Arolsen 1949-1951]. Frankfurt am Main 2001
- WERNER, CONSTANZE: Kiew – München – Kiew. Schicksale ukrainischer Zwangsarbeiter. München 2000
- WILLI, ALOIS: Die Stadt Rosenheim. Ihre Erscheinung und Raumbeziehung (= Forschungen zur deutschen Landeskunde Bd. 51). Landshut 1951
- WINKLER, ULRIKE (HRSG.): Stiften gehen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000
- ZÁMEČNÍK, STANISLAV: Das war Dachau. Luxemburg 2002



